Beilage Kultur bildet.

3,00 €
Juli/
August

4|13

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Marc Jan Eumann
Selmin Çalişkan
Hermann Häring
Hans-Joachim Otto
Ellen Ueberschär
und viele andere

Freihandelsabkommen
Das Abkommen der EU und der USA (TTIP) und die möglichen Auswirkungen auf den audiovisuellen Kulturbereich.
Seiten 6 bis 10, 26

Im Fokus
Was kann Kultur in Krisenregionen leisten? Über die Rolle der Kultur in Konflikten und Krisen.
Seiten 15 bis 21

Medienvielfalt
In Zeiten von Blogs und Mantelzeitungen steht die Frage im Raum, wie Medienvielfalt auch zukünftig gesichert werden kann.
Seiten 22 und 23

Im Netz
Netzpolitik der Zukunft: zwischen Orwellschen Ängsten und Defiziten in der Gegenwart.
Seiten 24 bis 26

Feiertag

2017, das Jubiläumsjahr 500 Jahre Reformation rückt näher. Seit fast fünf Jahren begleitet der Deutsche Kulturrat die Vorbereitungen mit einer festen Kolumne in dieser Zeitung. Ende Mai durfte ich als Gast an der Sitzung des Lenkungsausschusses des Reformationsjubiläums, der die staatlichen und kirchlichen Partner koordiniert, in Worms teilnehmen. Es ist wohl ein erster Erfolg, wenn Staat und Kirche durch diese Einladung ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation mit der Zivilgesellschaft zu erkennen geben.

Dies ist auch bitter nötig, denn Staat und Kirche haben sich bei der Durchführung der Reformationsjubiläen der letzten knapp zweieinhalb Jahrhunderte nicht gerade mit Ruhm bekleckert. 1883 zum 400. Geburtstag Martin Luthers avanciert der Reformator unversehens zum Gründungsvater des Deutschen Reiches. Mit Luther habe der politische und kulturelle Aufstieg der Deutschen zur Nation begonnen, der mit dem Deutsch-Französischem Krieg und der Reichseinigung erfolgreich vollendet wurde. 1917, bei den Feierlichkeiten zu 400 Jahre Thesenanschlag gilt Luther als der Retter der Deutschen in großer Not. Deutschland befindet sich im dritten Kriegsjahr und die Reformationsfeierlichkeiten werden genutzt, um Luthers »unbeugsamen Kampfeswillen« und sein »Gottvertrauen« als nationales Vorbild zu missbrauchen und besonders den Hass auf den »Erbfeind« Frankreich zu schüren. 1933 zum 450. Geburtstag behaupten die »Deutschen Christen«, Luther sei der gottgesandter Vorbote des Führers gewesen. 1946 zum 400. Todestag mutiert Luther zum besten Tröster »seiner Deutschen«. 1983 zu Luthers 500. Geburtstag brach ein Wettkampf der Systeme, Ost gegen West, aus.

Alle bisherigen Luther-Jubiläen sind durch eine zweifelhafte Nähe von Staat und Kirche gekennzeichnet. Auch die Reformationsfeierlichkeiten 2017 stehen noch unter diesem Vorzeichen. Als vor eineinhalb Jahren die Evangelische Kirche und der Kulturstaatsminister die Kampagne für das Reformationsjubiläum vorstellte, schien es ihnen noch nicht sonderlich peinlich zu sein, dass Staat und Kirche auch dieses Mal in trauter Zweisamkeit, ohne Einbindung der Zivilgesellschaft, agierten.

Jetzt soll der 31. Oktober 2017 einmalig zum bundesweiten gesetzlicher Feiertag erklärt werden. Eigentlich eine gute Idee, wenn er nicht fatal an den kaiserlichen Erlass erinnern würde, das der 400. Geburtstag Luthers 1883 in ganz Deutschland begangen werden muss. Staat und evangelische Kirche müssen verstehen, dass es mehr braucht als einen Feiertag, um eine zeitgemäße Erinnerung an eines der größten Ereignisse in der Geschichte zu finden.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: ANTONIA ZENNARO/ZEITENSPIEGEL

Erdoğans gefährliche Irrungen und Wirrungen

Zur aktuellen politischen Situation in der Türkei

REINHARD BAUMGARTEN

Ist Recep Tayyip Erdoğan jetzt da angekommen, wo er hingehört, oder wo er hin will? Was unterscheidet ihn noch von einem Husni Mubarak, einem Muammer al-Qadhafi oder einem Bashar al-Assad? Dass er seine Sicherheitskräfte nicht scharf schießen lässt, dass er nicht massenhaft foltern und Leute verschwinden lässt. Es gibt – glücklicherweise! – noch viele andere Unterschiede. Aber es gibt unglücklicherweise von Tag zu Tag mehr Ähnlichkeiten. Am auffallendsten sind die Delegitimisierung der Demonstranten, deren Stigmatisierung als Randalierer, Chaoten und Extremisten sowie das brutale Vergehen gegen friedlichen zivilen Ungehorsam.

Regierungschef Erdoğan ist nach Staatsgründer Atatürk der einflussreichste Politiker der modernen Republik Türkei. Daran kann es keinen Zweifel geben. Er und seine Parteigänger haben aus dem schwächelnden Land in elf Jahren eine aufstrebende Wirtschaftsnation gemacht. Die Türkei weist beeindruckende Wachstumsraten auf. Nach China war die Türkei in der vergangenen Dekade das Land mit

Was unterscheidet Erdoğan noch von Mubarak oder Assad?

der höchsten Zunahme des Bruttoinlandprodukts unter den 20 größten Industriestaaten. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen hat sich während Erdoğans Regierungszeit verdreifacht, das Bruttosozialprodukt vervierfacht. In Europa ist die Türkei seit Jahren Nummer eins beim Wirtschaftswachstum. Im Tourismus ist sie mit deutlich mehr als 30 Millionen Besuchern per anno in der europäischen Spitzengruppe fest etabliert. Allein nach Istanbul, dem Ort der heftigsten Auseinandersetzungen, kamen 2012 rund elf Millionen Touristen. Recep Tayyip Erdoğan ist ein machtbewusster Politiker mit überbordendem Selbstvertrauen. Er war stark genug, das allmächtige Militär in demokratische Schranken zu weisen. Er hat den religiösen Minderheiten in der nominell laizistischen Türkei mehr Rechte eingeräumt als alle seine Vorgänger. Er ist dabei, gemeinsam mit PKK-Chef Abdullah Öcalan den Kurdenkonflikt zu lösen, der in den vergangenen drei Jahrzehnten mehr als 40.000 Menschenleben gefordert hat.

Recep Tayyip Erdoğan hat sich um sein Land verdient gemacht. Vieles setzt er jetzt aufs Spiel. Warum macht er das? Dafür gibt es viele Antworten, aber eine sticht heraus: Er begreift nicht, wie moderne Demokratien funktionieren. Moderne Demokratien müssen mit politischen Minderheiten, mit zivilem Ungehorsam und hartnäckigem friedlichem Protest zivilisiert umgehen können. Er scheint das nicht zu verstehen, und viele seiner Adlaten scheinen es ebenfalls nicht zu verstehen. Wenn sein Minister für EU-Angelegenheiten, Egemen Bağış, in Demonstranten, die sich dem Taksim-Platz nähern, mutmaßliche Terroristen sieht, dann drängen sich Vergleiche mit nahöstlichen Despoten und deren Umgang mit ihnen unliebsamen Demonstranten auf. Wenn Regierungschef Erdoğan vor Zehntausenden seiner Anhänger ausländische Journalisten und deren Berichterstattung über die Vorgänge im Gezi-Park und auf dem Taksim beschuldigt, sie seien maßgeblich an der Eskalation beteiligt, verhält er sich ähnlich wie gefallene Alleinherrscher an den südlichen Gestaden des Mittelmeeres. Auch sie machten für innenpolitischen Unbill gerne ausländische Kräfte verantwortlich. Mehr noch: bei dem verheerenden Terroranschlag in der Grenzstadt Reyhanlı seien Ausländer beteiligt gewesen, im Gezi-Park und auf dem Taksim seien ebenfalls Ausländer beteiligt gewesen. Will er damit ausländische Reporter und nichttürkische Sympathisanten der Protestler rhetorisch in die Nähe von Terroristen rücken? Er will zumindest ihre Arbeit und deren Haltung diskreditieren. Die türkischen Medien haben anfangs so gut wie gar nicht über die Vorgänge berichtet. Friedliche Demonstranten wurden im Gezi-Park mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken traktiert. Türkische Nachrichtenkanäle spielten toter Käfer und brachten Sendungen über Pinguine. Kein Wunder, sitzen doch in der Türkei des Recep Tayyip Erdoğan mehr Journalisten hinter Gittern als

Erdoğan hat nicht verstanden, wie moderne Demokratien funktionieren

in jedem anderen Land der Welt. Den meisten wird vorgeworfen, mit der PKK in Verbindung zu stehen und deshalb Teil einer terroristischen Organisation zu sein.

Begreifen die Herren Erdoğan, Bağış und Ihresgleichen nicht, das ihre Eskalationspolitik der Beginn tiefgreifender gesellschaftlicher Spaltungen sein kann? In Demokratien regiert, wer bei Wahlen die Mehrheit erhält. Demokratien funktionieren dauerhaft aber nur, wenn trotz der Mehrheitsverhältnisse auch Kompromisse und Konsens mit Minderheiten möglich sind, die berechtigte Ansinnen vortragen. Diese Grundregel scheint einem Recep Tayyip Erdoğan fremd zu sein. Immer häufiger rekurriert er auf die großartige Vergangenheit des Osmanischen Reiches. Immer stärker führt er sich wie der Alleinherrscher früherer Jahrhunderte auf. Das ist es, wogegen mehr und mehr Menschen in der modernen Türkei des 21. Jahrhunderts aufbegehren. Der Konflikt um den Gezi-Park ist dafür ein beredtes Beispiel. Die Bäume sollen weichen,

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 4/2013
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Feiertag
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Erdoğans gefährliche Irrungen und Wirrungen
Reinhard Baumgarten 01

AKTUELLES

Im Zeichen der »Kulturellen Bildung«
Stefanie Ernst 02

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser
Olaf Zimmermann 03

INLAND

Bürokratieersparnis per Gesetz
Katharina Görder 04

Mommert meint 04

Musikpolitik ist Gesellschaftspolitik
Christian Höppner 05

Auf Herz und Nieren
14 Fragen an Jörg Löwer und Josef Haslinger 06

Kulturverarmung verhindern
Andreas Kolb 06

EUROPA

Der alte Kontinent und die kulturelle Vielfalt
Gabriele Schulz 07

Umfassend und ehrgeizig
Hans-Joachim Otto 07

Spinnen die Gallier? Nein, vive la France!
Jürgen Burggraf 08

Bauernopfer Buchhandel?
Birgit Reuß 09

Der freie Markt ersetzt keine Kulturförderung
5 Statements 10

WEITE WELT

Verbinden. Verstehen. Vertrauen.
Ingrid Fischer-Schreiber 11

KULTURELLE BILDUNG

Gesellschaftlicher Resonanzraum
Ellen Ueberschär 12

Impulse setzen
Ein Gespräch mit Tilo Gerlach, Geschäftsführer der GVL 12

KULTURELLES LEBEN

Die Rote Liste 13

PORTRÄT

Neunzehn mal Berlin – Dirk von Kügelgen im Porträt
Andreas Kolb 14

Wie aus dem Märchen
Georg Ruppelt 14

Kulturmenschen
Gabriele Lindinger und Karlheinz Schmid 14

IM FOKUS

Kein Wohlfühlprogramm
Olaf Zimmermann und Ronald Grätz 15

Den Tanz auf dem Vulkan wagen
Hermann Häring 16

Freiräume nutzen, Konflikte bearbeiten
Peter Mares 17

Differenz als Chance
Johannes Ebert 17

Segen und Fluch zugleich
Lösungsansätze zur Bewältigung internationaler Konflike – 5 Statements 18

Von der Schönheit des Grauens
Michael Daxner 20

Kunst und Konflikt
Dietrich Heißenbüttel 20

Frauen in bewaffneten Konflikten
Selmin Çalışkan 21

MEDIEN

Ein Instrument zur Meinungsfreiheit
Paul Leo Giani 22

Auf dem Weg zu einem Medienstaatsvertrag
Helmut Hartung 22

Finanzierung von Öffentlichkeit
Marc Jan Eumann 23

NETZKULTUR

Zur Netzpolitik der Zukunft
5 Statements zum Thema Neue Medien und den Perspektiven der digitalen Gesellschaft 24

Wenn der »Shitstorm« losbricht
Felix Zimmermann 25

E-Book versus Buch
Frank Simon-Ritz 26

Über den Tellerrand geblickt
Natascha Reip 26

WISSENSWERTES

Blätterrauschen
KUNSTUNDKULTUR – kulturpolitische Zeitschrift ver.di 27

Kulturelle Ausnahme ist bei geplantem Freihandelsabkommen zwischen EU und USA unverzichtbar
Resolution des Deutschen Kulturrates 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Karikatur 28

Kurznachrichten 28

Impressum 28

Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

DER AUSBLICK 5|13

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. September 2013.
Im Fokus der nächsten Ausgabe steht die Frage »Was ist eigentlich Popkultur?«

Fortsetzung von Seite 1

eine der letzten nennenswerten Grünflächen im Zentrum der 15-Millionen-Metropole soll verschwinden, damit eine osmanische Kaserne aus dem 18. Jahrhundert nachgebaut werden kann. Darin, so die ursprünglichen Pläne, sollten dann ein Einkaufzentrum und teure Wohnungen entstehen. Wenn Istanbul und die gesamte Türkei unter Regierungschef Erdoğan eines in Hülle und Fülle bekommen hat, dann sind das Einkaufszentren. Doch die türkischen Demonstranten dieser Tage begehren nicht in erster Linie gegen diese unheilige Allianz aus religiöser Verengung und konsumorientiertem Materialismus auf, den die islamisch-konservative AK-Partei über das Land gebracht hat. Sie begehren gegen die zunehmenden Allmachtsansprüche und das paternalistische Gebaren ihres Ministerpräsidenten auf.

Der Spielraum der Meinungsfreiheit wird immer mehr eingeengt

Recep Tayyip Erdoğan duldet keinen Widerspruch. Was sich seiner Entschlossenheit in den Weg stellt, räumt er weg. Wenn's sein muss – siehe Gezi-Park – mit Gewalt. Bei seiner konservativ-islamischen Anhängerschaft mag das gut ankommen. Aber bei Millionen von säkular denkenden Türken kommt es eben nicht gut an. Sie gönnen es ihrem Regierungschef, wenn er verkündet, er trinke lieber das Yoghurt-Getränk Ayran anstatt den Anis-Schnaps Rakı. Aber sie wollen sich nicht vorschreiben lassen, dass Ayran zum türkischen Nationalgetränk erklärt, die Alkoholsteuer weiter erhöht und auf vielfältige Weise ihr Lebensstil marginalisiert wird. Sie akzeptieren es nicht, wenn ein Gesetz entworfen wird, das die »falsche Darstellung« osmanischer Sultane unter Strafe stellen soll. Auslöser war eine Seifenoper über Sultan Süleyman den Prächtigen. Herr Erdoğan befand, dass der Herrscher im Film zu viel Zeit im Harem verbringe, während er doch »30 Jahre im Sattel auf dem Rücken seines (jeweiligen A.d.R.) Pferdes« verbracht habe. Viele säkulare Türken erfüllt es mit Groll, dass die Zahl jener Anklagen vor Gericht zunimmt, in denen ein Frommer seine religiösen Gefühle verletzt sieht, weil sich jemand über Gott, die Religion oder den Propheten geäußert hat. Der Fall des weltbekannten Pianisten Fazıl Say ist das markanteste Beispiel. Religionsfreiheit bedeutet eben auch, dass jemand nicht glauben darf. Und die Meinungsfreiheit muss es auch in der Türkei ermöglichen, Zweifel und persönliche Ansichten zu Religion äußern zu dürfen. Der Spielraum wird aber hier immer mehr eingeengt.

Bis vor kurzem noch war die Türkei eine Insel der Stabilität in einem Meer sie umgebender instabiler Staaten. Es grenzt an blankem Wahnsinn, mit welchem Starrsinn Ministerpräsident Erdoğan und seine Leute gesellschaftliches Mit- und Nebeneinander durch Rechthaberei, Kraftmeierei, Brutalität und der Unfähigkeit zum Konsens aufs Spiel setzen. Die Keile, die durch Erdoğans Politik jetzt in die türkische Gesellschaft getrieben werden, verursachen tiefe Risse. Der Blick übers Mittelmeer und nach Süden zeigt, wohin eine solche Politik der Delegitimisierung ziviler Proteste in letzter Konsequenz führen kann. Der Blick in die eigene Vergangenheit müsste den Regierenden in Ankara klar machen, wohin gesellschaftliche Spaltungen und Radikalisierungen führen. Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre lieferten sich linke und rechte Gruppierungen derart blutige Auseinandersetzungen, dass das Militär mit einem Putsch eingriff und die Türkei für viele Jahre unter einem bleiernen Mantel verschwand. Droht nun eine gesellschaftliche Spaltung entlang einer religiös-säkularen Bruchlinie?

Die Ausgangslage der Proteste in der Türkei mit denen in Syrien, Ägypten, Tunesien oder Libyen zu vergleichen, verbietet sich. Recep Tayyip Erdoğan ist ein demokratisch gewählter und legitimierter Ministerpräsident. Ein kluger Regierungschef, der das Wohl nicht nur seiner Anhänger im Auge hat, sondern gesamtgesellschaftlich denkt, hätte in den vergangenen Wochen weniger wie ein rechthaberischer Machthaber, sondern mehr wie ein moderner Staatsmann gehandelt, der bereits viel erreicht hat und seine politischen Erfolge nicht mutwillig aufs Spiel setzt.

Reinhard Baumgarten ist ARD-Korrespondent für die Türkei, Griechenland und den Iran

Im Zeichen der »Kulturellen Bildung«

Zum dritten Aktionstag »Kultur gut stärken"

STEFANIE ERNST

In diesem Jahr ging der Aktionstag »Kultur gut stärken« in die dritte Runde. 350 Veranstaltungen fanden rund um den 21. Mai in allen Ecken und Winkeln der Republik – und zum Teil darüber hinaus – statt.

Ob tanzen, trommeln, performen und diskutieren im Dortmunder U, länderverbindene deutsch-schweizerische Künstlertage in Büsingen, rasende Reporter des Schultheater-Studios Frankfurt, abgedrehte Kunst am Dümmer See oder extra für den Tag konzipierte Mitmachaktionen in Kitas und Schulen – kulturelle Bildung war an diesem Tag absolut präsent. Die meisten Aktionen fanden in den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen statt. Das Jahresmotto »Kulturelle Bildung« wurde besonders von den kleineren Einrichtungen vor Ort aufgegriffen. Insbesondere in Städten und in ländlichen Regionen fanden vielfältige Aktivitäten statt. Besonders hervorgetan haben sich zudem größere Städte wie Erfurt, Görlitz oder Dortmund, die den Aktionstag genutzt haben, um ein sehr umfangreiches Programm in der Stadt anzubieten.

Abgesehen von Veranstaltungen zur kulturellen Bildung entfielen die meisten Aktivitäten auf die Sparten Bildenden Kunst und Architektur. Der Deutsche Kulturrat selbst führte zum Aktionstag sein zweites Dialogform »Kultur bildet.« durch. Die Diskussionsrunde im Podewil war hochkarätig besetzt: Sachsen-Anhalts Kultusminister Stephan Dorgerloh, der in diesem Jahr Präsident der Kultusministerkonferenz ist, diskutierte mit Christian Höppner, Präsident des Deutschen Kulturrates und Christoph Wulf, Vizepräsident der Deutschen UNESCO-Kommission. Im Fokus stand die Frage »Land unter in der kulturellen Bildung?« Alle Diskutanten hoben den zentralen Stellenwert der Kulturellen Bildung hervor.

»Ohne kulturelle Grundbildung und den Reichtum der kulturellen Gestaltungs- und Ausdrucksmöglichkeiten ist Schule, ist Bildung überhaupt nicht vorstellbar«, betonte der Präsident der Kultusministerkonferenz Stephan Dorgerloh, »nur mit kultureller Bildung kann sich die Persönlichkeit voll entfalten, erst mit ihr gelingt eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Über Kunst und Kultur lernen sich Menschen selbst und die Welt kennen. Sie entwickeln ihr eigenes kreatives und innovatives Potenzial, das unverzichtbar für die Zukunft ist. «

Ohne das große Engagement von Vielen wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Deshalb möchte der Deutsche Kulturrat seinen allerherzlichsten Dank allen Aktiven für ihre hervorragenden Ideen und ihre wunderbare Umsetzung vor Ort, dem Beauftragten für Kultur und Medien und den Unterstützern aus eigenen Reihen für die finanzielle Ermöglichung, den Kulturmenschen als absolut wertvolle Stützen der Aktion und allen Medienpartnern, die unser Anliegen in die Öffentlichkeit getragen haben, aussprechen.

Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Künstlersozialabgabepflicht: CDU/CSU und FDP schützen durch ihre Untätigkeit Sozialversicherungsbetrüger

OLAF ZIMMERMANN

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, diese Lenin nachgesagte Redewendung ist gerade mit Blick auf die Künstlersozialversicherung von großer Bedeutung. Diejenigen, die sich schon länger mit dem Thema befassen, können es schon kaum noch hören oder lesen: Immer wieder ist der Appell notwendig, dass zur Sicherung und Stabilisierung der Künstlersozialversicherung sowie mit Blick auf die Beitragsgerechtigkeit eine möglichst umfassende Erfassung aller Abgabepflichtigen unerlässlich ist.

In unterschiedlichen Wellen mussten sich die verschiedenen Bundesregierungen in den letzten Jahrzehnten mit dem Thema befassen. Als im Jahr 1999 im Rahmen des Haushaltsbereinigungsgesetzes von der rot-grünen Bundesregierung der Bundeszuschuss zur Künstlersozialversicherung von 25 auf 20 Prozent gekürzt und damit der Abgabesatz für die abgabepflichtigen Unternehmen erhöht wurde, gab es eine breite Debatte, wie die Unternehmen besser erfasst werden könnten. Im Deutschen Kulturrat wurde überlegt, ob mit Hilfe einer Amnestieregelung die Unternehmen, die bislang ihrer Zahlungspflicht noch nicht nachgekommen sind, von der Nachzahlung für die letzten fünf Jahre befreit werden sollten, wenn sie sich freiwillig melden. Nicht zuletzt bei denjenigen, die bereits seit vielen Jahren ihrer Zahlungsverpflichtung nachkommen, stieß eine solche Idee auf wenig positive Resonanz. Es wurde dann der Bundesregierung der Vorschlag gemacht, dass der Abgabesatz auf einen stabilen Beitrag festgelegt wird und der Bundeszuschuss schwankt. Damit wurde sich erhofft, dass der Bund einen Anreiz verspürt, mehr Abgabepflichtige zu erfassen, da so sein Bundeszuschuss sinken könnte. Dieser Vorschlag stieß leider bei der Bundesregierung auf wenig Gegenliebe.

Es waren dann über mehrere Jahre deutlich schwankende Abgabesätze zu beobachten, bis schließlich im Jahr 2005 ein Wert von 5,8 Prozent Künstlersozialabgabe auf die an freiberufliche Künstler und Publizisten gezahlten Honorare erreicht wurde. Den Vertretern von Verwerterverbänden platzte daraufhin der Kragen und das gesamte System der Künstlersozialversicherung wurde in Frage gestellt. Der Deutsche Kulturrat berief zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Runden Tisch Künstlersozialversicherung ein, an dem gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zur Stabilisierung der Künstlersozialversicherung gesucht wurde.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Zahl der versicherten Künstler angesichts der Entwicklung in den Kulturberufen weiter steigen wird. Denn bereits seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass die freiberufliche Tätigkeit im Kultur- und Mediensektor fortlaufend an Bedeutung gewinnt. D.h. die Zahl der freiberuflichen Künstler und Publizisten wächst und damit auch die Zahl der Versicherten in der Künstlersozialversicherung. Zugleich nehmen aber auch mehr Unternehmen, Vereine und öffentliche Verwaltungen die Leistungen dieser Künstler in Anspruch.

Anstieg freiberuflicher Tätigkeiten

Es liegt daher auf der Hand, dass auch die Zahl der abgabepflichtigen Unternehmen oder zumindest die von ihnen gemeldeten Honorarsummen wachsen müssten.

Am Runden Tisch Künstlersozialversicherung wurde schließlich die Idee entwickelt, der Deutschen Rentenversicherung die Aufgabe zu übertragen, die Künstlersozialabgabepflicht bei den Unternehmen zu prüfen. Diese Idee wurde von der Bundesregierung mit dem »Dritten Gesetz zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze« aufgegriffen und im Jahr 2007 umgesetzt. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags begründete seine Zustimmung zu dieser Änderung damals folgendermaßen: »Die Prüfung der Arbeitgeber im Hinblick auf die Erfüllung der Melde- und Abgabepflichten nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz wird auf die Prüfdienste der Deutschen Rentenversicherung im Rahmen der turnusmäßigen Prüfung aller Arbeitgeber nach § 28p des Vierten Buches Sozialgesetzbuch übertragen. Dadurch wird mittelfristig die nahezu vollständige Erfassung der abgabepflichtigen Arbeitgeber erreicht werden können. Die Bemessung der Künstlersozialabgabe wird somit auf eine breitere Grundlage gestellt und damit Abgabegerechtigkeit hergestellt. Der Künstlersozialabgabesatz wird stabilisiert.« (Bundestagsdrucksache 16/4648) In ihren Einzelvoten heben die Bundestagsfraktionen auf die erforderliche Beitragsgerechtigkeit zur Akzeptanz der Künstlersozialversicherung übereinstimmend ab.

Nach Inkrafttreten der Gesetzesnovelle aus dem Jahr 2007 hat sich die Deutsche Rentenversicherung in enger Absprache mit der Künstlersozialkasse zunächst darauf konzentriert, Unternehmen aus jenen Wirtschaftsbereichen auf ihre Abgabepflicht hin zu überprüfen, bei denen angenommen wurde, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Abgabepflicht vorliegt. Es konnte bei zahlreichen Unternehmen die Abgabepflicht neu festgestellt werden, so dass sich die Zahl der abgabepflichtigen Unternehmen fast verdreifachte. Zum 31.12.2006 waren 56.435 abgabepflichtige Unternehmen registriert und im Jahr 2012 waren es 153.270 Unternehmen. Allein diese Zahlen belegen, dass die stärkere Überprüfung von Unternehmen sich gelohnt hat. Nicht nur konnte der Abgabesatz für alle Abgabepflichtigen spürbar gesenkt werden, weil mehr Unternehmen ihrer Verpflichtung nachkommen, sondern vor allem wurde ein wesentlicher Beitrag zu mehr Beitragsgerechtigkeit geleistet. Gleichzeitig wurde eine Reihe von neuen Ausgleichsvereinigungen gegründet, die für die abgabepflichtigen Unternehmen den bürokratischen Aufwand sehr deutlich verringern. Die Übertragung der Prüfaufgabe an die Deutsche Rentenversicherung war also die richtige Entscheidung. Bereits in der genannten Beschlussempfehlung des Deutschen Bundestags wird sich auf die turnusgemäße Überprüfung der Arbeitgeber bezogen, die alle vier Jahre stattfinden soll. Bislang hat die Deutsche Rentenversicherung die Prüfung der Künstlersozialabgabepflicht in diese turnusgemäße Prüfung der Arbeitgeber nicht umgesetzt, sondern sich nach wie vor auf kleine spezielle Gruppen konzentriert. Das führt zum einen dazu, dass diejenigen, die als künstlersozialabgabepflichtig erfasst sind, keine Sorge vor einer Prüfung durch die deutsche Rentenversicherung haben müssen. Zum anderen wird es voraussichtlich noch Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis die Deutsche Rentenversicherung alle Arbeitgeber in diesem vorgelegten Schneckentempo geprüft hat. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hatte daher vorgesehen, im Rahmen des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung »Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der bundesunmittelbaren Unfallkassen, zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (BUK-Neuorganisationsgesetz – BUK-NOG)« (Bundestagsdrucksache 17/12297) klarzustellen, dass die Deutsche Rentenversicherung die Prüfung der Künstlersozialabgabepflicht im Rahmen der turnusgemäßen Prüfung der Arbeitgeber alle vier Jahre vornehmen muss.

Gesetzliche Anpassungen stehen immer noch aus

Mit dieser Klarstellung sollte weder eine neue Abgabe noch eine neue Prüfverpflichtung geschaffen werden. Es ging lediglich darum, die bereits festgelegte turnusgemäße Prüfung durch den Vierjahresrhythmus zu präzisieren. Leider fand diese Präzisierung bei den Beratungen im Juni dieses Jahres im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags keine Mehrheit, weil CDU/CSU und FDP gegen die Vorlage ihres eigenen Ministeriums stimmten. Es wurde von der Regierungskoalition vor einem zu großen bürokratischen Aufwand gewarnt und nebulös erklärt, die Künstlersozialversicherung weiter stärken zu wollen. Selbst im Kulturausschuss des Deutschen Bundestags stimmten die CDU/CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion gegen diese Präzisierung. Nach diesen negativen Voten wurden die Änderungen, die die Künstlersozialversicherung betreffen, aus dem BUK-NOG noch vor der abschließenden Beratung in der zweiten und dritten Lesung im Deutschen Bundestag entfernt. Vorerst bleibt es daher dabei, dass die Unternehmen, die bei der Künstlersozialkasse gemeldet sind, nicht damit rechnen müssen, geprüft zu werden und die Unternehmen, die noch nicht erfasst wurden, sich das Risiko ausrechnen können, ob sie einmal in eine Stichprobenprüfung der Deutschen Rentenversicherung hereinrutschen werden. Beitragsgerechtigkeit sieht anders aus.

Es ist unglaublich, dass die absolut notwendige Anpassung der Künstlersozialgesetzgebung wird in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nicht mehr vorgenommen wird. CDU/CSU und die FDP leisten zum Ende der Legislaturperiode den Künstlern und den Unternehmen der Kulturwirtschaft einen Bärendienst.

Bei der Künstlersozialabgabe handelt es sich um keine freiwillige Sonderabgabe, sondern um eine Pflichtversicherung im Rahmen des gesetzlichen Sozialversicherungssystems. Die Abgabe ist seit Jahrzehnten gesetzlich verankert, die Kontrolle, ob dieser Abgabepflicht nachgekommen wird, wird allerdings sehr lax gehandhabt. Den Schaden durch daraus folgende höhere Abgabesätze haben die ehrlichen Unternehmen, die ihre Abgabepflicht nachkommen, zu tragen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Kultur-Triple!

Aus Politik & Kultur Nr. 8

Vielfalt ist Trumpf – gerade gegen Einfalt. Vielfalt steckt überall, selbstverständlich oder gerade auch im Kulturbereich. Im Fokus dieses Bandes stehen die Begriffspaare kulturelle Vielfalt und interkulturelle Bildung.

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
368 Seiten, ISBN: 978-3-934868-27-4, 18,80 Euro

Aus Politik & Kultur Nr. 9

Die Kultur- und Kreativwirtschaft boomt. Längst hat sich der einstige Nischenmarkt zum wirtschaftsstarken Aushängeschild entwickelt. Doch wie ist der Arbeitsmarkt Kultur eigentlich aufgestellt?

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
322 Seiten, ISBN: 978-3-934868-28-1, 18,80 Euro

Aus Politik & Kultur Nr. 10

2017 jährt sich zum 500sten Mal der Thesenanschlag Martin Luthers an die Schlosskirche in Wittenberg. Anlass genug, sich mit dem Reformator, seinen Weggefährten und Gegnern, den Wirkungen der Reformation auf Politik, Gesellschaft und vor allem Kultur auseinanderzusetzen.

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
156 Seiten, ISBN: 978-3-934868-29-8, 12,80 Euro

Bürokratieersparnis per Gesetz

Künstlersozialversicherung – Zur Gründung der 50. Ausgleichsvereinigung

KATHARINA GÖRDER

FOTO: KALLEJIPP / PHOTOCASE.COM

In diesem Jahr feiert die Künstlersozialversicherung ihren 30. Jahrestag. Sie hat sich als erfolgreiches Instrument zur sozialen Absicherung der selbstständigen Künstler und Publizisten seit Langem bewährt. Schon sechs Jahre, nachdem das Gesetz in Kraft getreten war und bald nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit der Künstlersozialabgabe hat der Gesetzgeber das Künstlersozialversicherungsgesetz um ein besonderes Instrument ergänzt – die Ausgleichsvereinigungen. Mit einer gänzlich neu geschaffenen Vorschrift zur Verwaltungsvereinfachung wird es den abgabepflichtigen Unternehmern ermöglicht, sich zu Ausgleichsvereinigungen zusammenzuschließen, die dann mit befreiender Wirkung die Künstlersozialabgabe nach einem vereinfachten Verfahren entrichten.

Die Ausgleichsvereinigung kann mit der Künstlersozialkasse einen für ihre Mitglieder passenden und vereinfachten Maßstab für die Berechnung der Künstlersozialabgabe vereinbaren. Dabei wird für die jährlichen Meldungen häufig auf Unternehmenszahlen zurückgegriffen, die bereits vorhanden sind und nicht gesondert ermittelt werden müssen. Um eine angemessene Abgabeerhebung sicherzustellen, sieht das Gesetz in diesen Fällen die Genehmigung des Bundesversicherungsamtes vor. Bei der Festsetzung der Künstlersozialabgabe können auch die Verwaltungskosten der Ausgleichsvereinigung berücksichtigt werden, wenn die Ausgleichsvereinbarung dazu beiträgt, auch die Künstlersozialkasse vom Verwaltungsaufwand zu entlasten.

Während einige Branchen die Zweckmäßigkeit schon früh erkannt haben, haben andere diese – mit besonders geringer Bürokratiebelastung für die Unternehmen einhergehende und deswegen kostengünstige – Möglichkeit erstmalig in Betracht gezogen, als die Deutsche Rentenversicherung vor einigen Jahren die Erfassung und Prüfung der Unternehmen übernommen hat. So gab es im Jahr 2008 – also fast 20 Jahre nach Einführung der Norm – erst 16 Ausgleichsvereinigungen, in denen allerdings schon eine Vielzahl von Mitgliedsunternehmen zusammengeschlossen waren. Zwischen 2008 und 2013 sind innerhalb von nur fünf Jahren insgesamt 34 weitere Ausgleichsvereinigungen neu gegründet worden. Inzwischen werden annähernd 20 Prozent der gesamten Künstlersozialabgabe von einer Vielzahl einzelner Unternehmen ganz unterschiedlicher Branchen über die Ausgleichsvereinigungen entrichtet. Das Interesse der Unternehmen und Verbände, auf diesem Wege mit der Künstlersozialkasse eine erhebliche Bürokratieerleichterung zu vereinbaren, ist weiterhin ungebrochen.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass Ausgleichsvereinigungen in zwei Bereichen eine besonders große Bürokratieentlastung erzeugen und daher auch besonders zu empfehlen sind. Zum einen betrifft dies Organisationen mit einer großen Anzahl gleichartiger Mitglieder, wie zum Beispiel Kirchengemeinden und Parteigliederungen. Hier tritt, leicht nachvollziehbar, für beide Seiten eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung ein. Allein die großen Kirchen haben mit der Ausgleichsvereinigung einen sehr einfachen Weg gefunden, mit dem die Belastung der jeweils mehr als 10.000 Untergliederungen zur individuellen jährlichen Meldung und Abführung der Künstlersozialabgabe im Rahmen der Ausgleichsvereinigung auf Seiten der Untergliederungen vollständig entfällt. Zum anderen bietet sich die Gründung einer Ausgleichsvereinigung bei Unternehmen an, die Werbung für Zwecke des eigenen Unternehmens betreiben, den sogenannten Eigenwerbern. Hier macht die Beauftragung von selbstständigen Künstlern und Publizisten regelmäßig nur einen Bruchteil der gesamten Geschäftstätigkeit aus. Neben der Führung von Aufzeichnungen können bestehende Unsicherheiten, ob und inwieweit gezahlte Entgelte der Künstlersozialabgabe unterliegen, ebenso vermieden werden wie Belastungen durch Personalwechsel und ähnliches. Eine pauschale Abführung der Künstlersozialkasse bringt regelmäßig eine erhebliche Arbeitserleichterung und Rechtssicherheit mit sich. Weitere gute Erfahrungen mit den Ausgleichsvereinigungen wurden gemacht bei Städten mit Eigenbetrieben oder bei Großkonzernen mit vielen Tochterunternehmen, da hier ein Unternehmen die Korrespondenz, Meldung und Abrechnung für mehrere Unternehmen übernehmen kann.

Bemerkenswert ist, dass sich im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte keine Ausgleichsvereinigung wieder aufgelöst hat. Dies spricht für die Funktionalität und Effektivität und damit für die Attraktivität dieser Verfahrensweise.

Eine pauschale Abführung bringt Arbeitserleichterung und Rechtssicherheit

Informationen zur Gründung und zu den Vorteilen einer Ausgleichsvereinigung stellt die Künstlersozialkasse in ihrer Informationsschrift Nr. 19 im Downloadbereich unter www.kuenstlersozialkasse.de bereit.

Katharina Görder leitet das Sachgebiet Ausgleichsvereinigungen bei der Künstlersozialkasse in Wilhelmshaven.In ihre Zuständigkeit fällt die Gründung, Betreuung und die Prüfung der Ausgleichsvereinigungen

Deutscher Kulturrat

Arbeitsmarkt Kultur
Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Kulturberufen

Bestellen Sie jetzt!

Im Buchhandel und unter www.kulturrat.de/shop.php

ISBN: 978-3-934868-30-4
336 Seiten · 17,80 Euro

Die Studie gliedert sich in vier Teile. Nach einer Einführung wird im ersten Teil eine Bestandsaufnahme zum Arbeitsmarkt Kultur vorgenommen. Dabei wird sowohl auf die Ausbildung für diesen Arbeitsmarkt, die Arbeitgeber, die abhängige Beschäftigung wie auch die Selbständigen eingegangen. Im weiteren Teil wird eine explorative Analyse des sozioökonomischen Panels zum Arbeitsmarkt Kultur vorgenommen. Danach werden Daten der Künstlersozialversicherung dezidiert ausgewertet. Im letzten Teil erfolgt eine Zusammenschau der Untersuchung.

Gabriele Schulz, Olaf Zimmermann, Rainer Hufnagel

MOMMERT MEINT

Gehört der deutsche Fußball zum Weltkulturerbe? Diese Frage wird manchem nicht mehr ganz so abwegig vorgekommen sein angesichts der Höhepunkte zum Finale der letzten Spielzeit. Aber: Geht es auch hier um gewisse Spielerqualitäten, strömen doch immer noch mehr Besucher in die deutschen Theater und Konzerthäuser als in alle Bundesligastadien. Nur mit der Bezahlung der Akteure hapert es bei den Künstlern doch gewaltig im Vergleich mit den Stars am runden Leder.

Selbst wenn manche hohe Regiegage oder einige Intendantengehälter auch ihre Kritiker finden, so muss doch mal die Frage erlaubt sein, in welchem Verhältnis Leistung und Geldwert stehen, wenn junge Kickerstars, die frisch von der Schulbank kommen oder ihr erst ein paar Jahre entwachsen sind, im sogenannten Transferhandel sogleich mit zigmillionen Euro gehandelt werden und wohl proportional bereits entsprechende Fußballer-Gehälter beziehen.
Von den Vorstandsgehältern der Vereinsbosse vielleicht ganz zu schweigen, von denen einer sogar Zeit und Geld genug hat, um in großem Maße an der Börse zu spekulieren.

»Jedem Tierchen sein Pläsierchen«, mag der der eine oder andere sagen. Okay, »Sport und Spiele« sind für eine Gesellschaft unverzichtbar. Aber das gilt dann wohl auch für die Kultur, die immer größeren Sparzwängen unterworfen wird im »Land der Dichter und Denker«. So gesehen ist die Forderung des Deutschen Bühnenvereins, den Weltkulturerbe-Status für die in der Welt einzigartige deutsche Theaterlandschaft zu beantragen, keineswegs abwegig, auch wenn das nur eine symbolische Bedeutung hat. Natürlich muss sich ein solcher Titel immer wieder auch durch die Aufführungen rechtfertigen, wie Kritiker einer solchen Welterbe-Idee zu Recht anmerken.

Aber selbst die stärksten Gegner des sogenannten Regietheaters müssen sehen, dass der Zuschauer-Andrang in den deutschen Theatern und Konzerthäusern seit Jahren ungebrochen ist, Regietheater hin oder her. Es gibt also auch im Internetzeitalter nach wie vor das Bedürfnis nach gemeinsamen kulturellen »Live-Erlebnissen« in der Gesellschaft. Und das kann – auch im Hinblick auf die soziale Bedeutung – nicht genug gefördert werden, meint Mommert.

Musikpolitik ist Gesellschaftspolitik

Deutscher Musikrat: 60 Jahre organisierte Zivilgesellschaft

CHRISTIAN HÖPPNER

Potenziale suchen und finden bilden eines der wesentlichen Merkmale gestaltender Gesellschaftspolitik. Die Suche nach Potenzialen setzt einen Erkenntnisprozess voraus und wird im Wesentlichen von drei Faktoren getrieben: Lösungen für bestehende Herausforderungen zu finden, Bestehendes zu schützen und weiterzuentwickeln und Neuem den Weg zu ebnen.

Treibende Kräfte für gesellschaftspolitisches Engagement sind neben der Erkenntnis die Motivationslage und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die organisierte Zivilgesellschaft prägen wesentlich den Weg und die Ergebnisse. Die Defizitorientierung in der öffentlichen Diskussion vieler kurz-, mittel- und langfristiger Herausforderungen wie zum Beispiel bei den Themen Demografie und Migration mag im Interesse medialer Aufmerksamkeit liegen, behindert aber den Blick auf das halb volle Glas. Selbstverständlich ist die klare Defizitanzeige gegenüber den Entscheidungsträgern unverzichtbar und in vielen Fällen der öffentliche Diskurs ebenso. Eine Lösungsorientierung eröffnet aber so manche Sichtachse, die sich einem partikularen Blick entzieht. Ein positives Beispiel dafür liefert der Abschlussbericht des Kulturkonvents in Sachsen-Anhalt. Ein und dasselbe Thema aus unterschiedlichen Perspektiven – einschließlich der Vogelperspektive – betrachten zu können, ist für die organisierte Zivilgesellschaft Privileg und Verpflichtung zugleich. Privileg, weil nur wenige gesellschaftliche Kräfte diese Unabhängigkeit in politischer, wirtschaftlicher oder weltanschaulicher Hinsicht für sich in Anspruch nehmen können und Verpflichtung, diese Unabhängigkeit zu bewahren. Eine Unabhängigkeit, die im Verbund mit den demokratischen Legitimationsprozessen in der organisierten Zivilgesellschaft ein beispielloses Maß an Glaubwürdigkeit vermittelt. Dieses Privileg der Unabhängigkeit ist, zumal im Zeitalter der Ökonomisierung nahezu aller Gesellschaftsbereiche, eine starke Motivation, sich als Teil einer gestaltenden Gesellschaftspolitik zu verstehen.

Die organisierte Zivilgesellschaft im Kulturbereich, an der Spitze durch den Deutschen Kulturrat vertreten, handelt in dem Bewusstsein, dass Kulturpolitik Teil von Gesellschaftspolitik ist. Dem Gedanken folgend, dass das Ganze mehr

Orientierung an Lösungen

als die Summe seiner Teile ist, ist diese Kulturpolitik mehr als die Summierung der Mitgliederinteressen. Die Kulturpolitik des Deutschen Kulturrates zeichnet sich durch einen dynamischen Prozess in der Meinungsbildung zu den Themen aus, die die Mitglieder des Deutschen Kulturrates als wesentlich für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft halten. Ein Mitglied des Deutschen Kulturrates, das von den insgesamt acht Sektionen die Sektion Musik bildet, hatte bei der Gründung des Kulturrates bereits 28 Jahre Entwicklung hinter sich: der Deutsche Musikrat. Der Dachverband des Musiklebens wurde 1953 auf Anregung der UNESCO als Sektion des Internationalen Musikrates in Bonn gegründet und hatte als wesentliche Aufgaben die Förderung des musikalischen Nachwuchses und des Musiklebens im Blickfeld. Damit schlossen sich die Fachorganisationen und Persönlichkeiten des Musiklebens, unterstützt von der bereits seit 1950 bestehenden »Arbeitsgemeinschaft Musikerziehung und Musikpflege« (AGMM) zusammen. 1957 kam die »Verbindungsstelle für zwischenstaatliche Beziehungen des Musiklebens« dazu, ebenso wie immer mehr Projekte, wie »Jugend musiziert«, das in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen feiert. Die Projekte waren und sind die Visitenkarte des Deutschen Musikrates zur impulsgebenden Förderung des musikalischen Nachwuchses und der Begegnungsprogramme im In- und Ausland. Heute gehören zu den Projekten u.a. das »Musikinformationszentrum«, »Deutscher Chor- und Orchesterwettbewerb«, »Dirigentenforum«, »Bundesjugendorchester«, »Deutscher Musikwettbewerb«, »Bundesjazzorchester«, »Jugend jazzt«, »Jugend musiziert«, »Popcamp« oder Förderprojekte Zeitgenössische Musik. Der 1962 gegründete »Musikrat der DDR« löste sich 1990 auf und ging in den Deutschen Musikrat über. Ab 1977 gründeten sich die ersten Landesmusikräte, ebenso wie nach der Wende in den östlichen Ländern der Bundesrepublik. Mit der Neuaufstellung des Deutschen Musikrates in den Jahren 2003/2004 erweiterte sich die

FOTO: DMR / SCHOELZEL

Musikratsarbeit um die oben beschriebene gesellschaftspolitische Komponente. Dabei hat sich das Engagement für den Schutz und die Förderung der Kulturellen Vielfalt im Sinne der drei Grundsäulen der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt, kulturelles Erbe, zeitgenössische künstlerische Ausdrucksformen und die Kulturen anderer Länder in Deutschland zum zentralen Handlungsleitfaden für alle musikpolitischen Aktivitäten entwickelt. Die Erkenntnis, dass Musikpolitik Teil einer Gesellschaftspolitik ist und der Musikrat als Dachverband des Musiklebens in Deutschland mit seinen 8 Millionen musizierenden Menschen eine Mitverantwortung für das Heute und Morgen in unserer Gesellschaft trägt, hat u.a. zur Aufgabe des Konsensprinzips durch die Mitgliederversammlung 2005 geführt, um die Wirksamkeit der musikpolitischen Arbeit weiter zu steigern. Für den Deutschen Musikrat sind die Bindungen und Verbindungen mit dem Deutschen Kulturrat seit seiner Gründung wesentlicher Bestandteil seiner Arbeit.

Für die Zukunft könnte ein Nachdenken über die föderale Verwurzelung des Kulturrates sowie die europäische Verankerung der Kulturratsarbeit weitere Impulse für die Wirksamkeit der gesellschaftspolitischen Arbeit setzen. Vor dem Einsetzen der Schuldenbremse 2016, dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 und im Umfeld der Bundestagswahl am 22. September ist es nicht nur an der Zeit, jetzt eine wesentlich stärkere Prioritätensetzung für Bildung und Kultur einzufordern, sondern auch über einen Ausbau der Kulturratsverankerungen nachzudenken. Der nachträgliche Umgang der Landesregierung Sachsen-Anhalts mit den konsensualen gefassten und zukunftsweisenden Ergebnissen des Kulturkonvents zeigt einmal mehr, dass das Nachdenken über einen noch dichteren zivilgesellschaftlichen Schulterschluss auf Länderebene notwendig ist. Ob die weitere Gründung von Landeskulturräten und angesichts des wachsenden Einflusses der Europäischen Union auf die Liberalisierung der Märkte und die Herausforderungen im Zusammenwachsen Europas – die Gründung eines Europäischen Kulturrates zukunftsweisend sein könnten, bleibt der kommenden Diskussion vorbehalten. Potenziale für eine gestaltende Gesellschaftspolitik sind jedenfalls reichlich vorhanden.

Christian Höppner ist Präsident des Deutschen Kulturrates und Generalsekretär des Deutschen Musikrates

Auf Herz und Nieren

14 Fragen an Jörg Löwer und Josef Haslinger

1

Die größte kulturpolitische Herausforderung der nächsten Jahre für den von Ihnen vertretenen Bereich wird sein, …
Josef Haslinger: …ein europäisches Urheberrecht zu akkordieren, das diesen Namen noch verdient.
Jörg Löwer: …dass die Politik Kultur so wichtig nimmt, wie sie in Sonntagsreden immer behauptet.

2

Welche Schwerpunkte möchten Sie in Ihrer Amtszeit setzen?
Haslinger: Die Öffentlichkeitsarbeit für verfolgte Autoren intensivieren und den PEN auch wieder als literarische Vereinigung sichtbar machen.
Löwer: Damit die GDBA und wir alle mit aktuellen Theaterkrisen ebenso fertig werden wie mit den Herausforderungen der Zukunft, braucht es starke Gemeinschaften und Bündnisse – insofern stehe ich für Kommunikation, Kooperation und eine basisorientierte Gewerkschaftsarbeit.

3

Menschen sollten sich mit kulturpolitischen Fragestellungen beschäftigen, weil…
Haslinger: ….die Kulturpolitik auf die Lebensqualität einer Gesellschaft einen erheblichen Einfluss hat.
Löwer: wir ohne Kultur nur mehr oder weniger gut funktionierende Kohlenstoffeinheiten sind.

4

Mit welchem Staatsmann würden Sie sich gerne auf einen Wein treffen, um über kulturpolitische Anliegen, die Ihnen schon lange unter den Nägeln brennen, zu reden?
Haslinger: Da müsste viel Wein fließen, denn das föderale System in Deutschland würde eigentlich verlangen, dass man sich mit den Kulturpolitikern aller Bundesländer zusammensetzt.
Löwer: Was ist mit Staatsfrauen? Ansonsten mit allen, die zuhören wollen.

5

Kunst und Kultur geraten an ihre Grenze, wenn…
Haslinger: …die Gewalt regiert.
Löwer: …die Welt verrückt spielt – Krieg, Wirtschaft, Umwelt.

6

Mit Horváth den Wiener Wald erkunden oder mit Goethe in Auerbachs Keller einkehren?
Haslinger: Da in Horváths Wiener Wald nur Unerfreuliches zu erkunden ist, lieber mit Goethe in Auerbachs Keller einkehren.
Löwer: Weder noch. Mit Andy Warhol ins Studio 54.

7

Für die Aneignung welches Kunstwerks würden Sie die Grenzen des Legalen großzügig ausdehnen?
Haslinger: Die Kunstwerke gehören der ganzen Welt. Wer sie besitzen will wie Autos und Häuser, dem gehört nur ihre äußere Hülle.
Löwer: In schwachen Momenten für automobile Designklassiker. Große Kunst sollte möglichst vielen zugänglich sein.

8

Ist es eine Aufgabe von Kunst, antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken?
Haslinger: Das ist nicht die Aufgabe von Kunst, aber es kann die Aufgabe von Künstlern sein, zum Beispiel von Mitgliedern des PEN.
Löwer: Die Aufgabe sollte jede Bürgerin und jeder Bürger haben. Kunst ist frei und damit per se eine Bedrohung für Antidemokraten.

Jörg Löwer ist Präsident der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger

Josef Haslinger ist Präsident des PEN-Zentrums Deutschland

FOTOS: LÖWER: A. ZOUGGAR / HASLINGER: JÜRGEN BAUER

9

Ein wenig ketzerisch gefragt: Ist Deutschland im internationalen Vergleich nicht ein Hort der Glückseligkeit und sollten sich die Künstler hierzulande, statt über zu niedrige Gehälter zu klagen, lieber über die vorhandenen Möglichkeiten und die Grundsicherung freuen?
Haslinger: Wir können auch die Gewerkschaften abschaffen, weil Hartz IV dafür sorgt, dass keiner verhungern muss.
Löwer: Das ist ein Totschlagargument. Durch die Mitgliedschaft der GDBA in der »International Federation of Actors (FIA)« sehe ich sehr deutlich, wie es den Kollegen in Krisenstaaten geht. Das ist aber kein Grund, das Streben nach Verbesserungen hierzulande aufzugeben.

10

Während Ihrer Zeit in Kassel faszinierte Sie an der Stadt besonders die documenta oder eher die Tatsache, dass Kassel einen Bahnhof im Hochgeschwindigkeitsnetz besitzt, der einen schnell überall anders hingelangen lässt?
Haslinger: Als ich ein Jahr in Kassel verbrachte, gab es den Bahnhof Wilhelmshöhe, den misslungensten Bahnhof Europas, noch nicht. Also hielt ich mich an die documenta und an das Theater, das mich vor allem mit günstigen Eintrittspreisen überraschte.
Löwer: Höre ich da Kasselfeindlichkeit heraus? Mich hat in meiner Jugend in Kassel vor allem das Staatstheater Kassel fasziniert. Die documenta habe ich damals nie besucht und den ICE gab es noch nicht.

11

Die deutsche Theaterlandschaft sollte zum immateriellen Kulturerbe der UNESCO erklärt werden, weil…
Haslinger: …sie offenbar nur unter einer Art Denkmalschutz meint, ihrer weiteren Ausdünnung entgegenwirken zu können.
Löwer: …sie eine der Besonderheiten Deutschlands ist, die es in dieser Breite nirgendwo sonst gibt.

12

Unsere Kulturlandschaft wird sich in Ödland entwickeln, wenn nicht…
Haslinger: ..die Mehrheit darin eine kulturpolitische Aufgabe sieht und es verhindert.
Löwer: …aufgehört wird, marktkonforme Konsumenten heranzuziehen.

13

Als Schriftsteller bzw. als Choreograf und Musicaldarsteller werde ich den Moment nie vergessen, als…
Haslinger: …es in den Nachrichten hieß, auf die U-Bahn in Tokyo sei ein Giftgasanschlag verübt worden.
Löwer: …mich Helmut Baumann engagiert hat. Das war mein Traum als ich anfing.

14

Verbandsarbeit gilt gemeinhin als wenig sexy. Warum haben Sie sich entschlossen, Ihr Amt anzutreten?
Haslinger: Ein solches Amt wird sicher nicht jedermann liegen. Ich denke, ich kann das, daher sollte ich es eine Weile tun. Es ist ein Ehrenamt, dessen Ehre man sich durch Arbeit verdienen muss.
Löwer: Ich habe große Teile meines Bühnenlebens in Hotpants und Glitzer verbracht – genügend Vorrat, um sich jetzt um Kollegen zu kümmern, die ernsthafte Probleme haben.

GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER BÜHNEN-ANGEHÖRIGER

Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) ist die gewerkschaftliche Organisation der Bühnenangehörigen. In der GDBA sind Mitglieder des künstlerischen und künstlerisch-technischen Bereiches der Theater der Bundesrepublik Deutschland organisiert. Die Mitglieder der Genossenschaft sind Angehörige der vier Berufsgruppen: Solo, Tanz, Opernchor sowie Ausstattung, Technik und Verwaltung.

PEN

Das PEN-Zentrum Deutschland tritt für die Freiheit des Wortes ein und erhebt seine Stimme für verfolgte und unterdruckte Schriftstellerinnen und Schriftsteller. PEN Deutschland ist Mitglied des PEN International, in dem 140 Schriftstellerorganisationen aus 101 Nationen vereinigt sind. Besonders intensiv widmet sich PEN den drei Themenblöcken Writers-in-Prison, Writers-in-Exile und Writers-for-Peace.

Kulturverarmung verhindern

Ein Bericht vom Kongress des Verbandes deutscher Musikschulen in Bamberg

ANDREAS KOLB

Faszination Musikschule« nannte sich der Bundeskongress des Verbands deutscher Musikschulen (VdM), der dieses Jahr vom 26. bis 28. April in Bamberg stattfand. Das Motto war kein Euphemismus, tatsächlich kamen über 1.500 Teilnehmer zu den 50 Workshops und Themenforen und nutzten die Gelegenheit, sich weiterzubilden und Anregungen und neue Energie fürs Alltagsgeschäft mitzunehmen.

Über allen Veranstaltungen, Aufführungen, Workshops, Podiumsdiskussionen und informellen Gesprächen unter Kollegen schwebte als Herausforderung, ja oft als Drohszenario die sogenannte »veränderte Bildungslandschaft«. G8, Ganztag und Schulzeitverdichtung greifen immer stärker in den Tagesablauf von Kindern und Jugendlichen ein. Wo bleibt da Platz für das »Haus Musikschule?« Und wer soll es betreiben? Instrumentallehrer in prekären Beschäftigungsverhältnissen?

»Kooperationen« oder die »kommunale Bildungslandschaft«, so sind die Konzepte überschrieben, die Antworten auf diese Fragen geben sollen. Sie wurden diskutiert in Bamberg und die sich daraus ergebenden Forderungen nach entsprechendem schulischem Strukturwandel in der »Bamberger Erklärung« des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) an die Bildungspolitik adressiert.

»Mit großer Aufmerksamkeit und mit Besorgnis verfolgen die Musikschulen eine Tendenz der Vereinnahmung und Besetzung von Entfaltungsräumen von Kindern und Jugendlichen durch die allgemeinbildende Schule, die mittelfristig zu einer musikalisch-kulturellen Verarmung und Verödung führen kann, wenn nicht geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden, welche die dynamische Veränderung in der Bildungslandschaft zu einem Gewinn für Kinder und Jugendliche wie für die Gesellschaft führen.« Diese zentrale Aussage der »Bamberger Erklärung« verdeutlicht die kultur- und bildungspolitische Problematik, mit der sich der VdM derzeit beschäftigt.

Abgesehen von der Frage nach zeitlichen und räumlichen Gegebenheiten, nach der Aufgabenverteilung im »Tandem« von Schule und Musikschule, nach den Ausbildungsvoraussetzungen für die Lehrkräfte sowohl der Musik- als auch der allgemeinbildenden Schulen spielt auch die unterschiedliche Honorierung eine Rolle. Eine Podiumsdiskussion am letzten Kongresstag zwischen Vertretern des VdM, des VDS und des Arbeitskreises für Schulmusik (AfS) ließ Klagen aus dem Publikum über diese Schieflage aufkommen. Beklagt wurde auch in dieser Diskussion die desolate Situation der Musikpädagogik in Zeiten von G8. Zurück zum G9 ist dabei nicht die Lösung. Neben der »Entschlackung« fordern Schulmusiker wie Musikschulvertreter einen flexibleren Umgang mit den Schulzeiten, neue Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sich mit außerschulischen Inhalten intensiv zu beschäftigen – eben nicht nur ab 16.30 Uhr, wenn sowieso »nichts mehr geht«, sondern auch am Vormittag. Vor allem aber, so lautet die Forderung der Diskutanten, müssen die Ansprüche der Musikpädagogen laut genug sein, damit sie in der Politik gehört werden. Dazu braucht es eine echte Allianz der Verbände.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Der alte Kontinent und die kulturelle Vielfalt

Zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa

GABRIELE SCHULZ

Als der US-amerikanische Präsident Barack Obama im Februar 2013 bei seiner Einführungsrede anlässlich seiner zweiten Amtszeit erklärte, er wolle ein Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in seiner Amtszeit auf den Weg bringen und abschließen, horchten viele in Europa auf. Wurde es doch als ein Zeichen interpretiert, dass der erste »pazifische« Präsident der USA, als solchen hatte sich Obama selbst bezeichnet, die Brücke zum alten Europa nicht ganz abreißen lassen will. Die Ernennung von John Kerry zum Außenminister, der einen Teil seiner Jugend in Europa verbracht hatte, wurde ebenfalls als Signal an den alten Kontinent verstanden.

Bis zu diesem Zeitpunkt spielte die transatlantische Handelspartnerschaft in der Debatte um die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und in Deutschland eine untergeordnete Rolle. Weitaus mehr wurde von der wachsenden weltwirtschaftlichen Bedeutung der sogenannten BRICS-Staaten gesprochen. Unter den BRICS-Staaten werden die Länder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika verstanden, die in den letzten Jahren ein beträchtliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatten und denen die Volkswirte der großen Geldhäuser weitere Wachstumspotenziale im zweistelliger Prozentbereich prognostizierten. Hier werden die Märkte genauso wie die Bedrohungen der Zukunft gesehen. Diese Staaten besitzen nicht nur beträchtliche Rohstoffvorkommen wie Brasilien oder Russland, sie haben innerhalb eines kurzen Zeitraums eine rasante Entwicklung genommen. Wer sich noch erinnert, dass die GATS-Verhandlungen in Cancún (Mexiko) im Jahr 2003 unter anderem am Einspruch Brasiliens und weiterer sogenannter Entwicklungsländer zum Agrarkapitel gescheitert sind, mag ermessen, welche immense wirtschaftliche Entwicklung und Industrialisierung diese Länder in den letzten zehn Jahren genommen haben.

Ein Ausfluss der stockenden Doha-Runde der WHO

Und auch die USA haben sich mit Blick auf Handelsabkommen in diesem Jahrzehnt zuerst dem pazifischen Raum zugewandt. Präsident Obama hat in verschiedenen Reden erklärt, dass er sich besonders den Handelsbeziehungen mit den Ländern des pazifischen Raums widmen will und hier die wirtschaftlichen Potenziale für die USA verortet. Bereits im Jahr 2011 wurde begonnen, ein Freihandelsabkommen mit den Ländern Singapur, Chile, Australien, Peru, Neuseeland, Malaysia, Brunei und Vietnam zu schließen. Dieser Initiative haben sich zwischenzeitlich Kanada und Mexiko angeschlossen. Die Verhandlungen sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Bislang sind wichtige Industriestaaten Südostasiens wie China, Japan oder auch Südkorea in dieses Abkommen nicht einbezogen, aber auch ohne diese Staaten würde laut Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie rund ein Drittel der Weltwirtschaftsleistung von einem solchen Handelsabkommen erfasst. Die genannten Abkommen sind letztlich ein Ausfluss der stockenden Doha-Runde der Welthandelsorganisation. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Cancún haben diese Verhandlungen keine Fahrt mehr aufgenommen und die bi- sowie multilateralen Handelsabkommen häufen sich.

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (Transatlantic Trade and Investment Partnership TTIP) ist also nicht in erster Linie eine Geste der alten Verbundenheit von USA und Europa. Es geht vielmehr um die Verteilung der Märkte. Sollte das Abkommen tatsächlich abgeschlossen werden, würden nahezu 50 Prozent des Welthandels in der Freihandelszone zwischen den USA und Europa abgewickelt werden.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es verständlich, warum die Bundesregierung und auch die Europäische Kommission so nachdrücklich auf einen Abschluss des Verhandlungsmandats drängten. Es geht um die Position auf dem Weltmarkt, um die Frage, welche Rolle der alte Kontinent Europa im globalen Handel spielt. Bereits im März 2013 waren die internen Verhandlungen aufgenommen worden. Im April informierte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erstmals über das geplante Freihandelsabkommen in einer Veranstaltung, an der Vertreter verschiedener Branchen teilnahmen. Bei dieser Veranstaltung kam zum einen zum Ausdruck, dass viele Industriebranchen sich in ihren Exporten nach Südostasien, speziell China, sowie die BRICS-Staaten orientieren und dass zum anderen tarifäre Handelshemmnisse kaum mehr eine Rolle spielen. Entscheidender sind nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie unterschiedliche Normen oder, speziell was die USA betrifft, protektionistische Maßnahmen der Handelspartner. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie machte bei diesem Treffen unmissverständlich klar, dass es keine Ausnahmen im Verhandlungsmandat geben soll, sondern vielmehr mit einem offenen Mandat in die Verhandlungen eingestiegen werden soll.

Dieser Vorgehensweise stand von Anfang an die »UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« (Konvention Kulturelle Vielfalt) entgegen. Denn diese völkerrechtlich verbindliche Konvention, die im Kontext der GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade in Services) in denkbar kurzer Zeit erarbeitet wurde und sowohl von der Europäischen Union als auch der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde, soll dazu dienen, den Kultur- und Mediensektor vor der Liberalisierung zu schützen. Bereits Ende der 1990er-Jahre warnte beispielsweise der damalige WDR-Intendant Fritz Pleitgen vor einer Liberalisierung des Dienstleistungshandels. Der Deutsche Kulturrat hat sich in mehreren Stellungnahmen gegen eine Einbeziehung von Kultur- und Mediengütern sowie -dienstleistungen in die GATS-Verhandlungen ausgesprochen. Befürchtet wurde beispielsweise, dass durch ein Handelsabkommen wie GATS bestehende Schutzstandards im Urheber- und Leistungsschutzrecht ausgehebelt werden, so dass z.B. US-amerikanische Filmkonzerne in Europa oder Deutschland Rechte in Anspruch nehmen, die sie ihrerseits in den USA nicht gewähren.

In der Konvention Kulturelle Vielfalt wird unterstrichen, dass der Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt unabhängig von den technologischen Übertragungswegen zu leisten ist. Damit wird sie in die digitale Welt geöffnet. Denn darum geht es doch im Kern beim Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, was den Kultursektor betrifft. Es geht um die Marktchancen US-amerikanischer Konzerne, die längst divers aufgestellt sind und sowohl Technik als auch Inhalte liefern. Wohlgemerkt Inhalte, die sie weder zuvor erstellt, noch in deren Erstellung sie investiert haben. Diese Konzerne wollen möglichst ungehindert auf den europäischen Markt und sie wären es auch, die von einem Investitionsschutzabkommen profitieren, da sie die nötige Marktmacht und wirtschaftliche Potenz haben gegen Staaten zu klagen, wenn sie sich durch deren gesetzliche Entscheidungen eingeschränkt fühlen.

Wie viel Luft wird Kunst und Kultur in Europa gelassen?

Beim Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU geht es also auch darum, wie viel Luft der teilweise kleinteiligen Kultur- und Medienwirtschaft in Europa und in Deutschland gelassen wird. Sind die Initiativen zur Stärkung dieses Sektors tatsächlich ernst gemeint oder handelt es sich um Beiwerk, um der eigenen Wirtschaftspolitik einen modernen Anstrich zu geben? Der Deutsche Kulturrat hat unmittelbar nach der Information durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eine adhoc-Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommen diskutiert wurden und hat sich mit einer Stellungnahme zu Wort gemeldet (siehe hierzu Seite 27). Ebenso hat der Deutsche Kulturrat am 15. Mai ein Hintergrundgespräch mit Abgeordneten durchgeführt, bei dem Experten aus den verschiedenen Kulturbereichen über die möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens in ihrem Bereich informiert haben. Der Deutsche Kulturrat hat sich mit Nachdruck für eine Ausnahme des Kultur- und Medienbereiches vom Verhandlungsmandat eingesetzt. Diese Forderung stieß sowohl bei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments als auch im Bundesrat auf offene Ohren. Sowohl das EP als auch der Bundesrat haben sich eine Bereichsausnahme ausgesprochen. Die Bundesregierung blieb bei ihrer Position, dass kein Bereich ausgenommen werden soll.

Der europäische Teil des Verhandlungsmandats wurde am 14. Juni vom EU-Handelsministerrat verabschiedet. Dank des beharrlichen Wirkens der französischen Handelsministerin wurde durchgesetzt, dass der audiovisuelle Sektor von den Verhandlungen ausgenommen wird. Im Mandat wird an verschiedenen Stellen bekräftigt, dass die Konvention Kulturelle Vielfalt beachtet wird. Dennoch besteht weder Grund noch Anlass sich beruhigt zurückzulehnen. Im Juli beginnen die Verhandlungen. Sie gilt es nun intensiv zu begleiten und kontinuierlich dafür zu streiten, dass die völkerrechtlich verbindliche Konvention Kulturelle Vielfalt beachtet und eingehalten wird. Es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

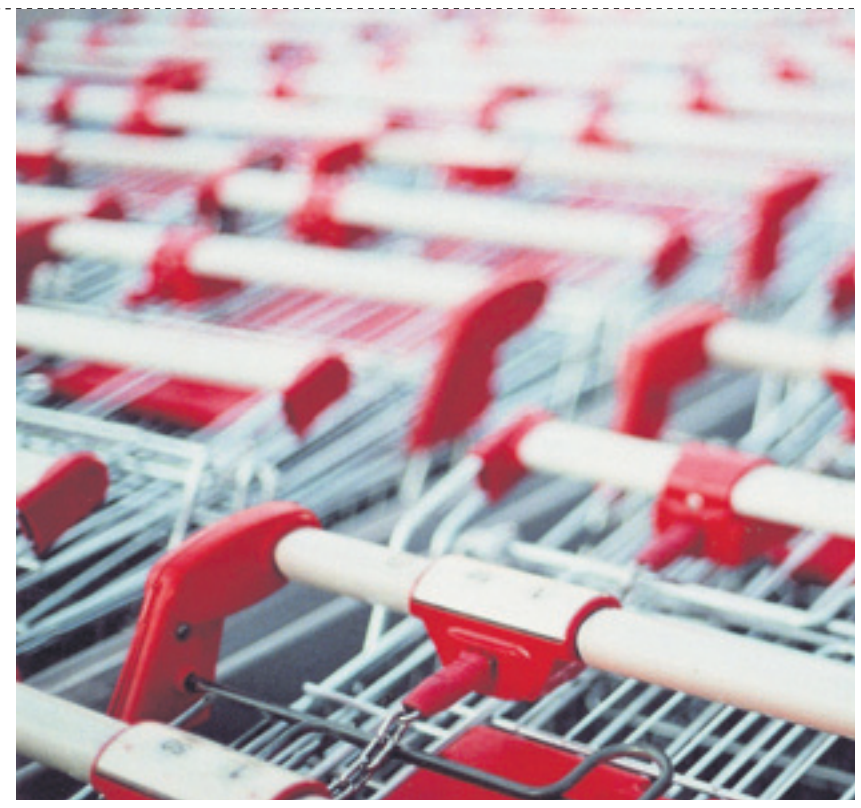


FOTO: REBEKKAW / PHOTOCASE.COM

Umfassend und ehrgeizig

Chancen und Risiken des neuen Handelabkommens

HANS-JOACHIM OTTO

Die geplante transatlantische Handels-und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA kann für Deutschland und die anderen EU-Staaten Möglichkeiten und Chancen bieten, die weit über den wirtschaftlichen Austausch im traditionellen Sinne hinausgehen. Gemeinsame Werte wie Freiheit und Demokratie verbinden uns, als Deutsche, besonders mit den USA. Der Einsatz der USA für die Befreiung und den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg bleiben unvergessen, ebenso wie die Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung.

Dass uns trotz dieser gemeinsamen Vergangenheit, trotz stetig gestiegener gegenseitiger Investitionen und einem lebhaften wechselseitigen Handel noch hartnäckige Handelshemmnisse und stark divergierende Regulierungen begleiten, ist allgemein bekannt. In Zeiten, in denen viele Staaten in Europa dringend auf eine wirtschaftliche Erholung und neue Impulse hoffen, und in denen sich die Regierung in den USA nach einer Phase der »Buy American«-Mentalität wieder stärker zu öffnen bereit ist, muss die Chance für ein solches Abkommen als historisch bezeichnet und mutig ergriffen werden.

Dazu bedurfte und bedarf es der Unterstützung der Wirtschaftsverbände, aber auch der Zivilgesellschaft. Eine enge Einbeziehung von sämtlichen Beteiligten wird es ermöglichen, dem Anspruch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, des amerikanischen Präsidenten Barack Obama und der Spitzen von EU-Kommission, Rat und den anderen Mitgliedstaaten an das Abkommen gerecht zu werden: Es soll umfassend und ehrgeizig sein, denn nur dann kann es die erhofften wirtschaftlichen Vorteile bringen. Mit diesem Anspruch hat die EU-Kommission Mitte März den Prozess mit der Vorlage eines Entwurfs für ein Verhandlungsmandat begonnen. Inzwischen hat nach einer mehrwöchigen Konsultation mit den betroffenen Verbänden und einer zuweilen kritischen öffentlichen Debatte der Rat das Verhandlungsmandat beschlossen.

Dabei wird auch der besonderen Rolle des kulturellen und audiovisuellen Sektors in Europa Rechnung getragen. In Übereinstimmung mit der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen begrüßt die Bundesregierung die letztlich einstimmig gefundene Lösung, die großen Wert auf den Schutz und die Förderung des kulturellen Sektors legt und die audiovisuellen Dienstleistungen sogar komplett von den Verhandlungen ausnimmt.

Bereits im Vorfeld dieser Beschlussfassung hatte die Bundesregierung Verbesserungen am Mandatsentwurf vorgeschlagen, um nicht nur den Erhalt der kulturellen Vielfalt der Europäischen Union zu betonen, sondern auch die Weiterentwicklung des Sektors zu gewährleisten. Dem hatten sich die anderen Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission angeschlossen.

Das nunmehr beschlossene Mandat bietet auch, wie von der Bundesregierung gewünscht, ausreichend Flexibilität für den Verlauf der Verhandlungen. Über eine Öffnungsklausel kann die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten später noch Vorschläge zu neuen Verhandlungsgebieten machen.

Das nunmehr vorliegende Ergebnis ist aus meiner Sicht in vielerlei Hinsicht zufriedenstellend. Es gibt für die Sicherung der kulturellen Vielfalt eine Reihe von Absicherungen.

Erstens wird sichergestellt, dass alle bestehenden Maßnahmen und Politiken auf EU- und mitgliedstaatlicher Ebene im Bereich Kultur beibehalten werden können.

Zweitens beinhaltet das Mandat keine Vorfestlegung darauf, im Bereich Kultur Verpflichtungen einzugehen. Für Deutschland gilt: Verpflichtungen bei Kultur könnten nur im Einvernehmen mit den Ländern eingegangen werden. Gegen neue Verpflichtungen haben sich die Länder bereits deutlich ausgesprochen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung darauf achten, dass auch die übliche Sonderbestimmung zur Erlaubnis von Subventionen für Dienstleistungen im Abkommen enthalten sein wird, mit der die gesamte öffentliche Kulturförderung einschließlich der Filmförderung abgesichert werden wird.

Drittens wird auch in Zukunft für die EU oder die Mitgliedstaaten ein angemessener Politikspielraum für neue Maßnahmen zur Wahrung der kulturellen Diversität garantiert. Damit können Herausforderungen durch die zunehmende Digitalisierung in den neuen Medien bewältigt werden.

Die Mitgliedstaaten der EU senden damit ein starkes Signal über den Atlantik, damit das Momentum für die Aufnahme dieser sicher nicht ganz einfachen Verhandlungen in unserem gemeinsamen europäischen Interesse genutzt werden kann.

Hans-Joachim Otto ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Die Drei Reisen Sindbads
Kinderkonzert des SWR Vokalensembles Stuttgart

Ein musikalisches Hörspiel, in dem alle Ereignisse, Geräusche und Stimmungen allein durch die menschliche Stimme erzeugt werden – diese Einmaligkeit haben der Komponist Gordon Kampe und die Librettistin Gabriele Adams gemeinsam für das und mit dem SWR Vokalensemble Stuttgart geschaffen: „Die Drei Reisen des Sindbad“ haben im April Hunderte von Kindern in die ferne Welt aus 1001 Nacht entführt, auf nmzmedia.de können Sie dieses besondere Klangerlebnis nun auch selbst erfahren.

Deutschland, wie klingst du?
Das Musikmagazin taktlos live aus Karlsruhe

„Hat Deutschland eine musikalische Identität?“, fragten sich die Studierenden des Instituts LernRadio der Karlsruher Musikhochschule für die von ihnen organisierte Ausgabe von „taktlos“, dem Musikmagazin der neuen musikzeitung und BR-Klassik. Gäste der Sendung am 2. Mai im Karlsruher Schloss Gottesaue waren der Musikethnologe Julio Mendivil, der Musiker David Saam, der Musikredakteur Matthias Kugler und Alexander Endreß von der Popakademie Mannheim.

Meisterkurs Dirigieren
mit Peter Eötvös in Luzern

Vor Charles Ives’ 4. Sinfonie sind schon etliche Dirigenten zurückgewichen – zu komplex sei das Notenmaterial, zu unübersichtlich die rhythmischen Herausforderungen für eine Aufführung. Der Ungar Peter Eötvös widmete diesem Werk nun einen kompletten Meisterkurs, an dessen Ende als besonderes Highlight für einige der Teilnehmer das Co-Dirigat dieses Werkes im Rahmen des Lucerne Festival in der berühmten Lucerne Concert Hall war. Die Reportage in voller Länge auf nmzmedia.de.

kostenlos unter:
www.nmz.de

Spinnen die Gallier? Nein, vive la France!

Transatlantische Handelspartnerschaft ohne Kultur und Audiovisuelles

JÜRGEN BURGGRAF

Nicht selten werden dieser Tage unsere französischen Nachbarn ob ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Reformunwilligkeit, ja wegen ihrer Halsstarrigkeit kritisiert. Sie werden aufgefordert, mehr Verantwortung für Europa und so für die Lösung der anhaltenden Krise zu übernehmen. Da mag Wahres dran sein. Das aber mögen beiderseits des Rheins bessere Kenner der Materie beurteilen. Fest steht hingegen: Es ist maßgeblich der Beharrlichkeit und Überzeugung Frankreichs zu verdanken, dass kulturelle und audiovisuelle Dienste nun doch nicht Bestandteil der in Kürze anlaufenden Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft werden. Somit bleiben der EU und ihren Mitgliedstaaten unbedingt notwendige kultur- und medienpolitische Handlungs- und Entwicklungsspielräume erhalten.

Also: Vive la France! Und: Felicitations!, denn das ist eine beachtliche Leistung. Zumal die französische Regierung mit ihrer Verhandlungslinie im Handelsministerrat so gut wie alleine dastand. Auch die Bundesregierung ist Frankreich in dieser Angelegenheit nicht zur Seite gesprungen. Im Gegenteil. Sie überging schlicht die einstimmige Forderung des Bundesrates und einer breiten Allianz der deutschen

Wir alle profitieren von der französischen Beharrlichkeit

Kultur- und Kreativsektoren nach einer Bereichsausnahme für Kultur und Audiovisuelles. EU-Kommissionspräsident Manuel Barosso nannte die Haltung Frankreichs sogar »reaktionär«. Dahinter stehe eine »anti-kulturelle Agenda«, die ohne Verständnis für die Segnungen der Globalisierung sei, gerade auch in kultureller Hinsicht. Nun ja.

Was soll eigentlich falsch daran sein, sich in Zeiten technologischer, wirtschaftlicher und auch zunehmend kultureller Globalisierung das Recht vorzubehalten, die eigene kulturelle, sprachliche und gesellschaftliche Identität abzusichern und dafür Sorge zu tragen, für deren Erhalt und Förderung auch die geeigneten politischen, legislativen und finanziellen Instrumente zur Hand zu haben? Kulturproduktion und -vermittlung, nicht zuletzt über audiovisuelle Medien, sind doch ganz wesentlich für das Gespräch der Gesellschaft mit sich selbst – auch und gerade über die eigene Verortung in der globalisierten Welt. Diese ständige Selbstvergewisserung braucht aber unbedingt eigene Mittel, Medien aus Kunst, Kultur, Literatur, Wissenschaft, Rundfunk, auch Internet usw., die diesen Reflexionsprozess mit Sprache, Bildern, Ideen, Referenzen ausformen. Nur so kann Reflexion individuell und gesellschaftlich produktiv und nützlich sein.

Ist das nun protektionistisch? Nein, nicht im Sinne der Abschottung von Märkten und der Errichtung von ökonomischen Schutzwällen. Schon jetzt sind gerade auch für US-amerikanische Waren und Dienste die europäischen Märkte weit offen. Unsere Kino- und Fernsehwelten sind ganz maßgeblich amerikanisch geprägt. Und auch durch das Internet surfen wir mit Geräte- und Diensteanbietern aus den USA. Das wird auch so bleiben und sich wahrscheinlich noch verstärken. Das ist Teil des global way of life – made in the USA. Zugleich gilt aber auch: Ja, das ist protegierend im besten Sinne des legitimen Eigeninteresses, die eigene Kultur leben und erleben zu können und sie

Was ist falsch daran, die kulturelle Vielfalt sichern zu wollen?

dafür, auch mittels geeigneter Schutz- und Fördermaßnahmen, hinreichend vital und stark zu halten.

Das Verhandlungsmandat beinhaltet zwei entscheidende Sätze. Sie lauten, frei übersetzt: »Dieses Abkommen soll keine Bestimmungen enthalten, die Gefahr liefen, die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Union oder ihrer Mitgliedstaaten zu präjudizieren.« Und: »Audiovisuelle Dienste werden nicht erfasst [...].« Diese beiden Aussagen gilt es, in den Verhandlungen zu verteidigen und dabei genau darauf zu achten, wie sie insbesondere mit Blick auf die digitalen, konvergenten Mediendienste faktische Wirkung erlangen. Denn die Konvergenz verwischt die vormals existenten Trennlinien zwischen Medien, Informationstechnologie und Telekommunikation und verknüpft etwa unter integrierten Distributions- und Geschäftsmodellen, was vormals getrennt war, nämlich »Transport« und »Inhalt«. Auf diese Entwicklungen haben europäische und mitgliedstaatliche Medienpolitik und -regulierung bisher kaum oder noch nicht adäquat reagiert und reagieren können. Dies muss aber geschehen und dafür müssen Ermessens- und Entscheidungskorridore offen gehalten werden. Denn: Wie wollen wir das Zusammenwachsen von Fernsehen und Internet, sogenanntes Connected TV, künftig behandeln? Ist und bleibt das in rechtlichen Kategorien in etwa das, was gegenwärtig ein audiovisueller Mediendienst ist? Oder wollen wir das anders kategorisieren, etwa als elektronischen Kommunikationsdienst oder als Dienst der Informationsgesellschaft? Das ist keine Wortspielerei! Sondern es ist relevant, weil sich dahinter unterschiedliche Regulierungskonzepte verbergen. Und mit ihnen geht einher, ob und wie wir solche Dienste künftig überhaupt regulieren können, etwa mit Blick auf den Schutz der Menschenwürde, den Jugendschutz, die Trennung von Werbung und Programm, die Förderung etwa von Kultur- und Bildungsprogrammen, europäischen Werken usw.

Wollen wir auch künftig bestimmten Diensten und Inhalten ganz unabhängig von ihrer Übertragungs- und Präsentationsform eine immanente gesellschaftliche Bedeutung beimessen und ihren Anbietern deshalb bestimmte Verpflichtungen auferlegen, müssen wir diese Fragen angemessen beantworten können. Es ist wichtig zu verstehen, dass es hier nicht um eine schlichte Regulierung der Medienwirtschaft geht, sondern um eine der gesellschaftlichen Realität gewachsenen Kulturpolitik. Und dazu braucht es eben ein eigenes kulturpolitisches Verständnis von gesellschaftlicher Funktion und Wirkung medialer Inhalte. Und es braucht gleichermaßen die Fähigkeit, dies zur Grundlage einer gesellschaftspolitischen Einordnung und Regulierung zu machen. Das ist übrigens eine Haltung, wie sie jenseits des Atlantiks eher nicht zum medienpolitischen Mainstream gehört. Gerade deshalb aber müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten auch nach den Regeln einer zukünftigen transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft handlungsfähig bleiben. Und das geht nur mittels des Ausschlusses von Kultur- und audiovisuellen Diensten, wie ihn nun die EU auf Drängen Frankreichs beschlossen hat.

Die Gegner eines solchen Vorgehens behaupten, dass nur durch Einschluss dieser Dienste und konkretes Verhandeln die kulturpolitischen Interessen der EU geschützt werden könnten. Das erscheint aber doch allzu einfach gedacht. Glauben sie allen Ernstes, die USA würden sich in den Verhandlungen um die Internet-Ökonomie des 21. Jahrhunderts – von Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft & Co. unterstützt und gedrängt – tatsächlich darauf einlassen, durch Verzicht auf Handelsliberalisierung gemeinschaftliche und mitgliedstaatliche Handlungsräume in der konvergenten Medienwelt zu respektieren und zu erhalten? Das Gegenteil wird wohl der Fall sein: Die USA werden versuchen, die Entschlossenheit Frankreichs, die nun einmal die Grundlage des nun europäisch vereinbarten Carve Out ist, zu hinterfragen und zu unterminieren. Und nicht nur die USA. Gleich nach den Verhandlungen im Ministerrat vermeldete EU-Handelskommissar Karel de Gucht, es existiere kein Carve Out für audiovisuelle Dienste. Hier scheint es aber weniger um solide Textexegese zu gehen, als um den Versuch, früh in der öffentlichen Meinungsbildung Wirkung zu erlangen. Aber das ändert nichts am Ministerbeschluss und an der Tatsache, dass es der Einstimmigkeit aller Mitgliedstaaten bedürfte, ihn zu revidieren. Auch hieß es im Vorfeld der Mandatierung stets von Seiten der Europäischen Kommission und zahlreicher Mitgliedstaaten, alles müsse auf den Verhandlungstisch. Nichts dürfe a priori ausgeschlossen werden, sonst werde eine große Chance vertan und die USA würden die EU für ein solches Vorgehen »bestrafen«. Als ob die USA nicht ihrerseits ebenfalls bestimmte Sektoren aktiv von den Verhandlungen ausschließen wollten! Schon seit geraumer Zeit ist bekannt, dass die USA genau dies planen, etwa hinsichtlich Finanzdienstleistungen, die nach ihrem Willen in einem »parallelen« Prozess, also außerhalb von TTIP, mit der EU verhandelt werden sollen.

Es bleibt dabei: Frankreich hat Europa und somit auch Deutschland durch seine klare Haltung einen großen Dienst erwiesen. Kultur- und audiovisuelle Dienste sind nicht (ver-)handel-

Kultur- und audiovisuelle Dienste sind nicht (ver)handelbar

bar. Dies wird sich als ein wesentlicher Beitrag zu kultureller Vielfalt und Medienpluralismus in Europa erweisen. Das heißt ja nicht, dass kultur- und medienpolitisch alles so bleiben muss, wie es ist. Aber notwendig erachtete Veränderungen wollen und sollen die Europäer schon noch selbst untereinander diskutieren und dann unter sich entscheiden – und zwar auf Basis ihrer eigenen Ideen, Werte und sozialen Gewichtungen. Auch das ist savoir vivre.

Jürgen Burggraf ist Leiter des ARD-Verbindungsbüros in Brüssel

Bauernopfer Buchhandel?

Das geplante Freihandelsabkommen wird zum Kulturkiller

BIRGIT REUSS

Ein offener Preiskampf ist das Ende des stationären Buchhandels. Wer die Buchkultur mit in den Gesprächen zwischen EU und USA über das Handels- und Investitionsabkommen verhandelt, nimmt das bewusst in Kauf. Amazon, Apple und Google bedanken sich schon heute.

Da bislang der Kulturbereich nicht ausgenommen wurde, stehen die Buchpreisbindung und damit die gesamte deutsche Buchkultur zur Disposition, wenn die EU-Mitgliedstaaten der EU-Kommission das Mandat für die Verhandlungen mit den USA über ein umfangreiches Handels- und Investitionsabkommen erteilen, das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Damit hat die amerikanische Internetwirtschaft die Möglichkeit, gegen die Buchpreisbindung in Deutschland als Handelshemmnis vorzugehen.

Hat diese Politik System? Es ist kein Geheimnis, dass die Wettbewerbskommissare der Europäischen Union seit jeher die nationalen Buchpreisbindungsvereinbarungen und -gesetze mit großer Skepsis sehen. Sie betrachten Bücher ausschließlich als Handelsware, nicht als Kulturgut. Und deshalb sind Preisbindungsgesetze wie beispielsweise in Deutschland oder Frankreich für die EU-Wettbewerbskommissare auch nichts anderes als wettbewerbsverzerrende staatliche Eingriffe.

Tatsächlich hat der Deutsche Bundestag mit der gesetzlichen Verankerung der Preisbindung im Jahr 2002 auch dafür gesorgt, dass die bis dahin regelmäßig erfolgten Angriffe der EU-Wettbewerbshüter auf die seit Jahrzehnten bestehenden freiwilligen Vereinbarungen der Verlage und Buchhandlungen zur Buchpreisbindung aufhörten. Das geplante Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den USA könnte eine willkommene Hintertür für die Preisbindungsgegner in der EU-Kommission sein, einen erneuten Anlauf zu wagen.

Eine willkommene Hintertür für die Preisbindungsgegner

Ihre Verbündeten sind groß und mächtig, sie heißen: Amazon, Apple und Google. Deren Motive sind rein wirtschaftlicher Natur und wider jegliche Vielfalt, die für die deutsche und europäische Kultur charakteristisch ist. Wie sehen die Geschäftsmodelle dieser Unternehmen aus? Der (kulturelle) Inhalt ist Mittel zum Zweck. Andere haben ihn hergestellt, darein investiert. Die digitale Wirtschaft nutzt diese Inhalte lediglich zum Verkauf von Smartphones, iPads oder E-Readern, sie formt Systeme und Vermarktungswege, um den Kunden an diese Technik und damit auch an den Vertriebsweg zu binden. Das Buchhandelssterben ist ein Bestandteil des »Business-Plans«: je weniger Buchhandlungen, umso stärker sind Leser auf Onlinehändler angewiesen. Ohne Buchpreisbindung geht das noch einmal schneller. Es liegt also auf der Hand, dass es im Interesse der amerikanischen Internetwirtschaft ist, diese Regel außer Kraft zu setzen.

In Deutschland gibt es einen breiten parteiübergreifenden Konsens darüber, dass Bücher ein Kulturgut sind und die flächendeckende Existenz von Buchhandlungen als Kulturvermittler und Bildungsförderer sinnvoll und richtig ist. Nur deshalb wurde die Buchpreisbindung seinerzeit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Seit Inkrafttreten des Buchpreisbindungsgesetzes sind Verlage verpflichtet, für die von ihnen verlegten Bücher, gleichgültig ob print oder digital, die Ladenpreise festzusetzen. Alle geschäftsmäßig oder gewerblich agierenden Händler sind verpflichtet, beim Verkauf an Endabnehmer die gebundenen Ladenpreise einzuhalten. So ist garantiert, dass ein Buch oder ein E-Buch überall dasselbe kostet – egal, ob es von einem großen Buchkaufhaus oder in der Fußgängerzone, in einem Internet-Shop oder in einer Buchhandlung auf dem Land angeboten wird. Gleichzeitig schützt das Gesetz kleinere Geschäfte vor einem ruinösen Preiswettbewerb und trägt maßgeblich dazu bei, Titelvielfalt, Qualität und unser dichtgeknüpftes und gut funktionierendes Buchhandelsnetz in Deutschland zu erhalten.

Die kleinen Buchhandlungen wären die Leidtragenden

Bundesweit gibt es rund 6.750 Buchverkaufsstellen, davon 3.573 klassische Buchhandlungen (stationäre Sortimente) von der Kleinstadtbuchhandlung bis zum Buchkaufhaus, von der literarischen Buchhandlung bis zum hochspezialisierten Fachsortiment. Daneben gibt es den Fachbuchhandel, die Antiquariate, Versandbuchhandlungen oder die Bahnhofsbuchhandlungen. Im Durchschnitt ist in Deutschland selbst in Städten mit weniger als 10.000 Einwohnern mindestens eine Buchhandlung zu finden. Leser wählen in jeder dieser Sortimentsbuchhandlungen aus einer enormen Anzahl und Art von Titeln. Vom leicht verkäuflichen Bestseller über Lyrik bis hin zu wissenschaftlichen und bisweilen sehr speziellen Fachbüchern in kleinster Auflage sind weit über eine Million Titel in Deutschland lieferbar. Jährlich gibt es rund 80.000 Neuerscheinungen. Die durchschnittlichen Preise sind dabei für den Verbraucher deutlich niedriger als in Ländern ohne Buchpreisbindung.

Vielfalt und Qualität des deutschen Buchmarktes stehen auf dem Spiel

Nichts weniger als diese weltweit vorbildliche Vielfalt und Qualität des deutschen Buchmarktes stehen auf dem Spiel, wenn bald im Rahmen des transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens über außertarifäre Handelshemmnisse mit den USA verhandelt werden wird.

Für den deutschen Buchmarkt zu gewinnen gibt es bei diesen Verhandlungen nichts, denn der Buchmarkt ist international bereits weitgehend liberalisiert. Es bestehen weder für US-amerikanische Marktteilnehmer noch für deutsche Unternehmen Zugangshemmnisse zum jeweiligen Markt des anderen. Da Bücher sprachgebunden sind, hängt der Austausch gedruckter Güter stark davon ab, wie viele Leserinnen und Leser es im Markt für die Sprache des jeweils exportierenden Landes gibt. Daneben erfolgt der Austausch durch die Vergabe von Lizenzen an nationale Verlage zur Veröffentlichung von Übersetzungsausgaben.

FOTO: BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS

Vorsicht Buch! ist eine Initiative der deutschen Buchbranche

Die europäischen Länder sind für den deutschen Buchmarkt mit 92,1 Prozent die wichtigsten Exportpartner für gedruckte Güter (Bücher und Zeitschriften), nicht die USA, die erst an fünfter Stelle kommen. Gerade einmal 192 von insgesamt 8.000 Lizenzen wurden 2011 in die USA verkauft. Der Außenhandel der deutschen Buchbranche mit den USA bewegt sich seit Jahren auf diesem relativ niedrigen Niveau. Die Gründe dafür liegen nicht in Handelsbeschränkungen, sondern schlicht in der mangelnden Nachfrage der USA an fremdsprachiger Literatur. Nennenswerte wirtschaftliche Potenziale über das Handelsabkommen sind für die deutsche Buchbranche also nicht zu erwarten.

Der Blick in die USA sollte uns warnen. Er zeigt, wie der deutsche Buchmarkt ohne Preisbindung aussehen wird. Dort hat sich der Gesamtvertrieb von Büchern bereits sichtbar auf die großen Online-Anbieter verlagert. Ein stationäres Buchhandelsnetz existiert nicht mehr. Gerade einmal 1.900 reine »Bookstore locations« und 2.517 Buchverkaufsstellen insgesamt verzeichnet die American Booksellers Association trotz der vielfach höheren Einwohnerzahl der USA insgesamt. Darüber hinaus dominieren Mainstream-Bestseller, die zudem deutlich teurer sind als in Deutschland. So kostet ein belletristisches Buch hierzulande im Schnitt 15,48 Euro (20,55 US-Dollar) in den USA durchschnittlich 27,67 Dollar.

Die kulturelle Vielfalt muss erhalten bleiben

Fällt die Preisbindung dem Freihandel zum Opfer, wird der Kunde der Dumme sein: Nachdem mit einer Phase der Dumpingpreise für Bestseller die globalen Internetanbieter den stationären Buchhandel eliminiert haben, werden auch in Deutschland die Preise deutlich anziehen. Und das bei gedruckten, aber auch bei digitalen Büchern, die in Deutschland ebenfalls preisgebunden sind.

Wollen wir auf zwei bis drei börsennotierte Internetgiganten angewiesen sein, bei denen elektronische Bücher nur in Verbindung mit einem bestimmten Lesegerät erworben werden können? Nein. Wir wollen ein sich ergänzendes Nebeneinander von stationärem und fachlich versiertem Online-Buchhandel, der Qualität und Vielfalt auch im E-Book-Bereich sicherstellt. Und wir wollen das kulturpolitische Engagement unserer Buchhändler erhalten, die einen enorm wichtigen Beitrag zur Leseförderung und Kulturvermittlung vor Ort leisten.

Noch haben sich die EU-Handelsminister nicht auf eine umfassende Ausnahme für den Kultur- und Medienbereich einigen können, sondern lediglich den Film- und Musikmarkt vorläufig aus dem Verhandlungsmandat herausgenommen. Diese halbherzige Entscheidung ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, für die Buchkultur in Deutschland aber mit einem großen Risiko verbunden.

Am Ende werden im Kulturbereich Kompromisse gefunden werden müssen. Werden die Verhandlungsführer der EU-Kommission die besondere Stellung des Kulturgutes Buch in Europa und seine Schutzmechanismen auch im Hinblick auf zukünftige digitale Geschäftsmodelle offensiv vertreten? Das Vertrauen fehlt. Es wird entscheidend darauf ankommen, dass sich auch eine zukünftige Bundesregierung der kulturellen Rolle des Buchmarktes in Deutschland verpflichtet fühlt und deshalb den uneingeschränkten Bestand der Buchpreisbindung für gedruckte und digitale Bücher im Rahmen des Abkommens vereinbart.

Birgit Reuß leitet das Berliner Büro des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V.

FOTOS: DEUTSCHMANN: PRIVAT / EHRMANN: BERND BRUNDERT / BÖRNSEN: KARSTEN SÖRENSEN / KRUMWIEDE: DIE GRÜNEN-BUNDESTAGSFRAKTION / JOCHIMSEN: LAURENCE CHAPERON

Wolfgang Börnsen, MdB ist kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB ist kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Reiner Deutschmann, MdB ist kulturpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Lukrezia Jochimsen, MdB ist kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Agnes Krumwiede, MdB ist Sprecherin für Kulturpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der freie Markt ersetzt keine Kulturförderung

Fingerspitzengefühl

WOLFGANG BÖRNSEN

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt neuen Liberalisierungsverpflichtungen für den Kultur- und Mediensektor gestern, heute und morgen entgegen. In Analogie zu den GATS-Verhandlungen müssen Deutschland und die EU weiter auf Ausnahmeregelungen für den Kultur- und Mediensektor bestehen. Denn sonst steht unsere einzigartige kulturelle Vielfalt auf dem Spiel. Um diese zu sichern, ist Deutschland im Zuge der GATS-Verhandlungen dem UNESCO-Übereinkommen zum Schutz kultureller Vielfalt beigetreten.

Daher begrüßen wir den Kompromiss des EU-Handelsministerrates vom 14. Juni, Film, Musik und andere Medien aus den Gesprächen auszuschließen. Nach den bei Redaktionsschluss bekannten Informationen kann der Kultur- und Mediensektor nur dann in die Verhandlungen einbezogen werden, sofern die Regierungen dem zustimmen.

Dieses Ergebnis ist ein großer Erfolg für unsere kulturelle Vielfalt. Wir verdanken ihn einer starken Koalition aus dem Europäischen Parlament, der französischen Regierung, Staatsminister Bernd Neumann, MdB, den Bundesländern und vielen Kulturverbänden, besonders aber dem Deutschen Kulturrat. Imponierend ist das französische Beharren auf der »Exception culturelle«. Aber genauso wichtig ist die Entschließung des Europäischen Parlaments, das auf einer Sonderbehandlung für Kultur und Audiovisuelles besteht. Denn das Parlament muss völkerrechtlichen Abkommen wie z. B. Handelsabkommen zustimmen. Die EU-Kommission würde ein Scheitern des verhandelten Abkommens nach all der Mühe nicht riskieren, weil die »roten Linien« des Europäischen Parlaments nicht respektiert wurden.

Allerdings gehört es zur Redlichkeit dazu, die Position der Gegner einer kulturellen Bereichsausnahme zu respektieren. Schließlich hat auch Europa in den Verhandlungen ein paar Wünsche an die USA, z.B. beim Marktzugang unserer Medienindustrie in den USA.

Wir Kultur- und Medienpolitiker der CDU/CSU-Fraktion wollen negative Folgen insbesondere für die deutsche Filmindustrie und ihre öffentliche Förderung, die Buchpreisbindung sowie die verfassungsrechtlich verbürgte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in jedem Fall ausgeschlossen wissen.

Keine Handelsware

SIEGMUND EHRMANN

Die Absicht der EU und ihrer Mitgliedstaaten, gemeinsam mit den USA ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen zu schließen, begrüßt die SPD ausdrücklich. Das Abkommen bietet Chancen, angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise und der hohen Arbeitslosigkeit in Mitgliedstaaten der EU durch einfacheren Marktzugang, durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen Arbeitsplätze und damit Wachstum und Wohlstand zu schaffen.

Die SPD hat von Beginn an darauf verwiesen, dass es Bereiche gibt, die aus TTIP mit guten Gründen ausgeklammert werden sollten. Dazu zählen im Besonderen Kulturgüter und kulturelle Dienstleistungen, die sowohl als Ware, aber auch als Träger von Werten und Identität einen Doppelcharakter besitzen. Diese Besonderheit wurde im Rahmen der WTO-/GATS-Verhandlungen als ein europäischer Grundkonsens verankert und findet Ausdruck im UNESCO-Übereinkommen zur kulturellen Vielfalt, dem die EU wie auch Deutschland beigetreten sind. Die Konvention will, dass die Mitgliedsstaaten auch weiterhin eine aktive Politik zur Förderung der kulturellen Vielfalt betreiben können und wendet sich gegen Bestrebungen, die Kultur wie andere Dienstleistungen zu liberalisieren. Im Vertrag über die Europäische Union (EUV) ist als ein Ziel der EU beschrieben, den «Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt» zu wahren «und für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas» zu sorgen. Bereits in der Präambel der EU-Grundrechte-Charta ist die «Achtung der Vielfalt der Kulturen» sowie «der Medien und ihrer Pluralität» verankert.

Verschiedene Akteure haben deutliche Befürchtungen geäußert, wichtige kultur-, medien- und netzpolitische Aspekte könnten einer Liberalisierungslogik des Marktes unterworfen werden. Konkrete Auswirkungen könnte das für das Urheberrecht, die Filmförderung, die Stellung der Verwertungsgesellschaften, den öffentlich-rechtlich Rundfunk, die Buchpreisbindung sowie vergleichbare Schutzmaßnahmen und Subventionen für Kultur und Medien haben. Es gilt, die am 14. Juni 2013 erreichte Verständigung der EU-Handelsminister zu analysieren und die weiteren Verhandlungen über das Abkommen sehr genau zu beobachten. Frankreich konnte zwar erreichen, dass nicht über Kultur und audiovisuelle Dienstleistungen verhandelt wird. Gleichwohl wird es aber möglich sein, zu einem späteren Zeitpunkt doch einen entsprechenden Verhandlungsvorschlag einzubringen.

Keine Gefahr

REINER DEUTSCHMANN

Die Bedenken wegen befürchteter Nachteile für Kultur und Medien durch das neue Freihandelsabkommen zwischen EU und USA waren und sind unbegründet. Die EU-Kommission wird dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Beeinträchtigung der kulturellen und medialen Vielfalt in Europa kommt. Stattdessen werden auch Kultur und Medien durch das Freihandelsabkommen massiv profitieren.

Nun ist gekommen, was viele gefordert hatten. Auf Drängen Frankreichs soll die audiovisuelle Kultur in den Verhandlungen des Freihandelsabkommens ausgenommen werden. Dabei bestand zu keinem Zeitpunkt die Gefahr, dass die Kultur- und Medienlandschaft in der EU durch das Abkommen geschädigt werden würde. Das von der FDP geführte Bundeswirtschaftsministerium hat sich schon früh bei der EU-Kommission rückversichert, dass Kultur und Medien unangetastet bleiben werden. EU-Handelskommissar Karel de Gucht hatte in diesem Zusammenhang schon früh betont, dass das Freihandelsabkommen keine Regelung enthalten dürfe, die die kulturelle und sprachliche Vielfalt der EU beeinträchtigte.

Bei der hitzigen Debatte um die Gefährdung der Kultur durch das transatlantische Abkommen handelt es sich um den sprichwörtlichen Scheinriesen. Aus der Nähe betrachtet, existiert das Problem nicht. Deswegen wird sich die FDP auch nicht an dieser Phantomdebatte beteiligen, zumal nicht einmal im Ansatz erkennbar ist, dass die US-Amerikaner europäische Förderungs- und Schutzmechanismen für Kultur- und Medien ablehnen.

Grundsätzlich ist die Haltung der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Bundeswirtschaftministers Philipp Rösler richtig, die transatlantischen Verhandlungen zunächst ohne Vorbedingungen zu beginnen. Ein uneingeschränktes Verhandlungsmandat hat den Vorteil, dass es alle Sektoren gleichermaßen betrifft, also auch den wirklich streitumfangenen Agrarbereich. Die Genehmigung der Ausnahme im Kulturbereich noch vor Verhandlungsbeginn birgt die Gefahr, dass andere ebenfalls eine Ausnahme fordern. So kann man Verhandlungen auch im Vorhinein komplizierter machen, als sie sein müssen.

Auch der Kulturbereich wird von einem freien Handel zwischen der alten und der neuen Welt profitieren. Gerade im Wettbewerb um audiovisuelle Produktionen sieht man deutlich, dass Deutschland – wie beispielsweise in den Babelsberger Studios zu sehen - auch für US-amerikanische Produktionen attraktiv ist.

Vorsicht ist geboten

LUKREZIA JOCHIMSEN

Die Linke sieht das gesamte Freihandelsabkommen nicht unkritisch und fürchtet insgesamt mehr Gefahren als sie Chancen sieht.

Ganz klar war für uns immer, dass wenn es zu diesem Freihandelsabkommen käme, der Kultur und Medienbereich von vorneherein herausgenommen werden muss.

Diesen Zustand haben wir nun Dank der unbeirrten Haltung Frankreichs. Eigentlich kein Grund für uns stolz zu sein, denn wie der Intendant des Bayerischen Rundfunks und frühere Sprecher von Kanzlerin Merkel Ulrich Wilhelm der Süddeutschen Zeitung sagte: »Die Interessen der Medien und Kulturinstitutionen in Deutschland sollten eigentlich nicht bei der französischen Regierung besser aufgehoben sein als bei der deutschen.« Aber so ist es nun mal. Die deutsche Regierung hat herumgeeiert und mit Argumenten hantiert, die sich schlicht als falsch herausgestellt haben und dabei sowohl den Beschluss des Bundesrates als auch den des Europäischen Parlamentes missachtet. Eine höchst kritikwürdige Haltung für die Regierung eines Landes, das sich gern Kulturnation nennt. Deshalb muss auch in Zukunft sehr aufmerksam verfolgt werden, wie sich gerade Deutschland bei den bevorstehenden Detailverhandlungen des Freihandelsabkommens verhält.

DIE LINKE setzt sich sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene dafür ein, eine weitere Liberalisierung des Handels, insbesondere in Bezug auf die kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen zu verhindern.

Und wir halten das nicht für reaktionär, auch wenn EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso mit solchen Begriffen die Herausnahme des Kultur- und Medienbereichs kritisiert hat.

Vielfalt erhalten

AGNES KRUMWIEDE

Kunst und Kultur haben einen Wert, der nicht allein mit ökonomischen Kriterien bemessen werden kann. Der Doppelcharakter als Kultur- und Wirtschaftsgut wurde von der EU durch die Unterzeichnung der UNESCO-Konvention anerkannt. Dieser völkerrechtlich bindenden Grundlage zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt sind Deutschland und die EU bei Verhandlungen mit der USA über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP verpflichtet. TTIP wäre das größte und umfassende Handelsabkommen weltweit.

Nicht nur seitens vieler Kulturpolitiker wird dessen normative Wirkung kritisch eingeschätzt. Auch die Errungenschaften der regulatorischen europaweiten Harmonisierung sowie unserer nationalen Standards in vielen anderen Bereichen wie beispielsweise beim Verbraucher- und Umweltschutz könnten durch TTIP zur Disposition stehen. Daher müssen bei den Verhandlungen starke Standards berücksichtigt werden. Nach dem Europäischen Parlament und dem Bundesrat hat auch die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, die Bereiche audiovisuelle Medien und Kultur aus dem Abkommen auszunehmen.

Die Gesetze des Marktes ersetzen keine öffentliche Kulturförderung. Künstlerische Werke und Ausdrucksformen, die heute auf dem Markt noch keine Rolle spielen und sich ohne Förderung nicht entfalten könnten, gehören zur kulturellen Vielfalt und prägen möglicherweise die Kulturlandschaft der Zukunft. Europäische und nationale Kulturförderinstrumente ebenso wie rechtliche und soziale Absicherungssysteme für Künstlerinnen und Künstler müssen erhalten bleiben.

Dazu gehören das europäische Urheberrecht und die Künstlersozialkasse sowie direkte und indirekte Fördermaßnahmen, beispielsweise die Buchpreisbindung oder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter und Presseerzeugnisse. Eine Bereichsausnahme für die Kultur und audiovisuelle Medien wurde letztendlich auch in den 1990er-Jahren beim internationalen Handelsabkommen GATT geschaffen. Ausschlaggebend dafür waren auch zivilgesellschaftliche Proteste – 1993 gingen in Frankreich zahlreiche Künstlerinnen und Künstler auf die Straßen, um für eine Beibehaltung der »Exception culturelle« zu demonstrieren.

Ein ähnliches Engagement seitens Gesellschaft und Politik ist auch heute notwendig, damit unsere Kulturförderinstrumente erhalten bleiben und weiterhin auf nationaler sowie auf EU-Ebene weiterentwickelt werden können.

Verbinden. Verstehen. Vertrauen.

Seit 25 Jahren gibt es nun das Goethe-Institut Peking: Gegründet wurde es im Jahr 1988 als erstes ausländisches Kulturinstitut in China.

INGRID FISCHER-SCHREIBER

Am Anfang ging es um Spracharbeit. Deutschland war bereits damals eines jener westlichen Länder, das auf Chinesen eine besondere Faszination ausübte: wegen seiner Kultur und Philosophie (dass die marxistischen Denker Deutsche waren, war in den 80er-Jahren in gewisser Hinsicht ein »emotionales« Bindeglied), seiner »Geregeltheit« und Disziplinertheit, seiner Leistungen in den Ingenieurswissenschaften, aber erst 1996, mit der weiteren Öffnung Chinas gen Westen, fanden die ersten Kulturveranstaltungen statt. Anfangs waren es noch vorsichtige Versuche in konventionelleren Formaten. Aber dieses Herantasten legte den Grundstein für das, wofür das Goethe-Institut nunmehr steht: den direkten Dialog im Erarbeiten von Projekten. Also gemeinsam mit chinesischen Institutionen Themen zu finden, die für beide Seiten relevant sind. Gemeinsam Formate und Präsentationsmodi zu entwickeln, die sich abseits der gängigen kommerziell geprägten »Kulturindustrie« bewegen und sich nicht am Mainstream orientieren. Die nicht auf einen ökonomischen Zweck ausgerichtet sind, sondern »idealistisch« und manchmal fast utopisch anmuten. Sich Nischen suchen und den Boden beackern, auf dem dann echtes Verständnis wachsen kann – das eine Bereicherung für beide Seiten darstellt und für das chinesische Publikum oft wahrhaft augenöffnende Momente schafft.

Ein »Muster«, das sich durch alle Aktivitäten des Goethe-Instituts zieht, ist gleichzeitig auch das Motto des 25-jährigen Jubiläums des Goethe-Instituts in Peking: »Verbinden. Verstehen. Vertrauen.« Schaffung von Netzwerken, von Freundschaften, die die Basis für's Aufeinanderzugehen und ein echtes Verstehen bilden, aus dem sich dann ein Gespräch, ein Dialog entwickelt, der letztendlich Vertrauen schafft. Und erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Basis für die eigentliche Arbeit des Goethe-Instituts geschaffen: nämlich mit chinesischen Partnern Fragen und Themen aufzugreifen, die sowohl in Deutschland als auch in China Relevanz besitzen. Also solche, die manchmal als Minderheitenprogramm angesehen werden, als zu schwierig und sensibel, weil sie sich mit Fragen beschäftigen, die in der chinesischen Gesellschaft oft noch gar nicht im Fokus stehen, aber bereits im Untergrund angelegt sind.

Diese Themen mögen von manchen als zu abgehoben und zu elitär angesehen werden, wenn sie sich um Konzepte drehen, die in der chinesischen Gesellschaft oft gar nicht mit unseren Begriffen diskutiert werden, wie zum Beispiel »Zivilgesellschaft« oder »Erinnerung« oder »Freiheit« oder »Kunst im öffentlichen Raum«. Da ist viel Verständigungsarbeit zu leisten.

Ein besonders geglücktes Beispiel für ein solches Projekt sind die Veranstaltungen rund um Alexander Kluges Film (neun Stunden!) zu »Das Kapital« von Karl Marx: »Nachrichten aus der ideologischen Antike«. Der Film selbst wurde in Peking, Hangzhou, Nanjing und Shanghai, später sogar in ganzer Länge und mit vollständigen chinesischen Untertiteln auf dem chinesischen YouTube gezeigt. Zur Premiere folgte ein Live-Interview zwischen Alexander Kluge und Wang Hui, einem der prominentesten chinesischen Philosophen per Satellit. Weitere Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen mit deutschen und chinesischen Wissenschaftlern und Philosophen wurden landesweit organisiert, dazu noch eine Film-Aktion plus Diskussionsrunde mit einigen der bekanntesten Künstler Chinas an der Kunstakademie in Hangzhou. Dort drehten Film- und Medienstudenten Kluges Film über den Zustand des Spätkapitalismus einfach weiter, und Axel Honneth schloss die Reihe vor Kurzem in der Pekinger Parteihochschule mit einer Diskussion über die »Kultur der Freiheit« ab. Das Goethe-Institut verstand es dabei, einige gewichtige Player im intellektuellen Diskurs Chinas einzubeziehen und reflektierte mit dieser Veranstaltungsserie Themen, die in Deutschland eine lange Tradition haben, in China aber nach wie vor ein konfliktträchtiges Fast-Tabu-Thema darstellen: Wie gehen wir mit unserer Geschichte um? Wie schaffen wir unser Geschichtsbewusstsein? Wie erinnern wir uns an unsere Vergangenheit? Dabei geht es um Sensibilisierung für Fragen, nicht um die Vermittlung von (deutschen) Best-Practice-Ansätzen, um die Erschließung eines intellektuellen Kontextes, dessen Implikationen sich nicht auf das unmittelbare Thema beschränken. Durch die Einbeziehung akademischer und künstlerischer Institutionen wird über die disziplinären Grenzen hinweg ein Diskurs geschaffen, der nachhaltig wirkt und sich aufgrund der Grenzüberschreitung der Genres dem unmittelbaren Zugriff der chinesischen Behörden entzieht.

In diesem thematischen Feld »Erinnerung« sind auch andere Veranstaltungen zu sehen: das Rahmenprogramm zur umstrittenen Ausstellung »Kunst der Aufklärung« in den Jahren 2011 und 2012 im (von deutschen Architekten) renovierten National Museum of China. Die Ausstellung behandelt zutiefst »deutsche« Themen, wobei sie nicht auf ein Vorwissen auf chinesischer Seite aufbauen kann, aber indirekt für die chinesische Gesellschaft extrem relevante Themen berührt. Ohne das museumspädagogische Begleitprogramm des Goethe-Instituts, dessen Veranstaltungen im Kern auf Führungen zu ganz spezifischen Themen wie »Neuer Fortschrittsglaube?« oder »Nachtseiten – Ironie und Kritik im Bild« basierten, hätte sich diese Ausstellung wohl kaum für den durchschnittlichen chinesischen Museumsbesucher erschlossen. Oder die Auftritte von Blixa Bargeld, der eines seiner 1994 begonnenen Projekte nun mutig in Peking fortsetzte: Aus einer Fragebogenaktion im ganzen Land gesammelte »Erinnerungen« wurden poetisch in neue Textcollagen und musikalische Kompositionen verschmolzen – und im Rahmen einer Kooperation mit zehn chinesischen Künstlern und Musikern »exekutiert«. Das Endprodukt: eine Performance, die auch vor den Metaphern der Erinnerungen an die Traumata von 1989 nicht Halt machte.

Schaffung von Netzwerken, von Freundschaften: die Basis für das Aufeinanderzugehen der Kulturen und echtes Verstehen

Es sind oft Umwege, ein Crossover im breiteren Sinn – zwischen Kulturen, zwischen Wissensfeldern –, die Andeutungen, die die Faszination solcher Projekte ausmachen, denn sie schaffen es, Neugierde zu erwecken. Neugierde auf das Fremde, aber auch auf das, was sich im eigenen Land, also in China, tut.

Ein weiteres Erfolgsgeheimnis, das die Arbeit des Goethe-Instituts in China erklärt, ist, dass es eine essenzielle chinesische Kulturtechnik sehr gut beherrscht: Beziehungen herzustellen und zu pflegen. Die Veranstaltungen wären nicht möglich, ohne das dauernde Pflegen von existierenden Freundschaften und das Neuknüpfen solcher »Guanxi«. Denn nur so kann ein verlässliches Netz von Kooperationspartnern aufgebaut werden und in neue, fremdere Gebiete vorgestoßen werden wie bei der Shanghai-Biennale 2012, wo der Leiter des Goethe-Instituts Peking, Peter Anders, den deutschen Beitrag kuratierte. Er lud das »raumlaborberlin« ein, das dem deutschen Architekten Richard Paulick und seinem »Stahlhaus« gewidmet war. Paulick hatte in den 1930er- und 1940er-Jahren in Shanghai als Stadtplaner gearbeitet und die Entwicklung der Stadt mitgeprägt – ein Hinweis auf die komplexen historischen Bande zwischen den beiden Ländern. Das so entstandene »Teehaus« war eines der Highlights der Intercity Pavillons der Shanghai-Biennale.

Diese Fähigkeit zu netzwerken schlägt sich auch in anderen Dimensionen nieder. Das Goethe-Institut hat lokale Kontakte und arbeitet stark dezentralisiert, um gewissermaßen der »Peking-Falle« zu entgehen: nur den Blick auf die Hauptstadt zu haben und die – sehr andere – Realität in anderen Ecken Chinas auszublenden. Und es hat ein aktives, beliebtes Account auf der relevantesten Social-Media-Plattform (Sina Weibo), mit mehr als zehntausend Followern. Das dient nicht nur der Werbung, sondern auch der Beobachtung von Reaktionen und Feedback auf Veranstaltungen, denn nirgends ist man so am Puls des Publikums wie auf dieser Microblogging-Plattform.

FOTO: GOETHE-INSTITUT CHINA

Stummfilm trifft auf Live-Musik

Ingrid Fischer-Schreiber ist freie Übersetzerin und Kuratorin

FOTO: KIRCHENTAG

Gesellschaftlicher Resonanzraum

Deutscher Evangelischer Kirchentag 2017 in Berlin und Wittenberg?

ELLEN UEBERSCHÄR

Der Deutsche Evangelische Kirchentag wurde 1949 durch Gustav Heinemann, den nachmaligen Bundespräsidenten, zu einer »Einrichtung in Permanenz« ausgerufen. Die frühen Kirchentage im geteilten Deutschland waren Diskussionsforen für die politischen und religiösen Großthemen, die das Land bewegten – die Integration der Vertriebenen, die Unterdrückung der Christinnen und Christen in der DDR, das Verhältnis der Machtblöcke in Ost und West. In den 1960er-Jahren gab der Kirchentag wichtige Impulse für den Dialog mit dem Judentum und für den ökumenischen Dialog zwischen der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche – in dieser Reihenfolge! In den späten 1970er-Jahren begann das Gespräch mit den Muslimen.

Die Anstöße und Ideen entwickelten sich selten entlang von Jahrestagen, sondern durch Vertrauen der Beteiligten und den Mut, kontroverse Themen in einer öffentlichen Diskussion auszutragen. Kirchentage sind bis heute Resonanzräume gesellschaftlicher Diskussionen und religiöser Großwetterlagen, die Entwicklungen auf den Punkt bringen, verstärken oder differenzieren können. Jüngstes Beispiel ist die Losung des Hamburger Kirchentages »Soviel Du brauchst«, die auf dem Hintergrund der Debatte um Steuerhinterziehung als ein Ruf zur Vernunft und zu Maßhalten gesehen und zitiert wurde. Die oberen Zehnttausend können nicht genug bekommen, während Andere schlicht zu wenig bekommen. Mit dieser Losung wurde die Kraft des religiösen Argumentes für die Gestaltung der Gesellschaft blitzlichthaft sichtbar. Eine so konkrete Anwendung einer Losung lässt sich nicht im Voraus planen, aber die Grundtendenz des Kirchentages, in evangelischer Freiheit für eine liberale und gerechte Gesellschaft zu streiten, ist durch die Jahrzehnte erkennbar geblieben. Seit der Jahrtausendwende ist die Einsicht hinzugetreten, dass es heute wieder wichtiger wird, die Quellen, aus denen sich christliche Überzeugungen speisen, freizulegen und zum Sprudeln zu bringen. Denn das Packeis einer selbstverständlichen Kirchlichkeit ist in fast allen Regionen Deutschlands geschmolzen. Was liegt da näher, als eine Großveranstaltung, die die Leichtigkeit des Glaubens mit dem ernsthaften Anliegen politischer und gesellschaftlicher Gestaltung verbindet?

Unter diesen Prämissen ist das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages an die Überlegungen für einen Kirchentag im Jahr 2017 gegangen. Ihm gehören etwa 30 Menschen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft an, die ehrenamtlich Verantwortung für den Kirchentag übernommen haben. Sie sind der verfassten Kirche weder persönlich noch institutionell verpflichtet. Der Kirchentag ist auf Vereinsbasis organisiert, was seine Unabhängigkeit sichert. Die ersten Überlegungen des Präsidiums zum Jahr 2017 gingen der Frage nach, welche Position der Kirchentag im Wechselspiel mit den kirchlich organisierten Feierlichkeiten einnimmt. Kurz gefasst war die Frage: Reformation feiern oder bewusst einen Kontrapunkt setzen? Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen arbeitete 2009 eine Prüfgruppe des Präsidiums, die eine Verortung des Kirchentages in Mitteldeutschland prüfen sollte. Zehn Jahre vor dem Ereignis war der deutliche Wunsch aus Mitteldeutschland zu hören, der Kirchentag solle im Ursprungsland der Reformation stattfinden. Dahinter stand der Wunsch, das durch Nazi- und DDR-Diktatur dezimierte und teilweise verschüttete Erbe der Reformation an ihren Originalschauplätzen zu beleben. Daraus speiste sich die Erwartung, dass die Aktualisierung der Reformationsbotschaften Impulse für die am stärksten säkularisierte Region Europas geben kann und von dort Ausstrahlungskraft entwickelt.

Der Kirchentag 2017 bedarf keiner Begründung, aber einer Botschaft

Die 2009 vom Präsidium einberufene Prüfungsgruppe votierte für ein Berlin-Wittenberg-Konzept, das seitdem auf seine Machbarkeit hin untersucht wurde. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen – ein hochkomplexes Projekt bedarf der ausreichenden Unterstützung durch kirchliche und staatliche Stellen. Aber die beiden Kirchen, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und die Evangelische Kirche Mitteldeutschlands haben eine Einladung zu einem Kirchentag in Berlin und Wittenberg ausgesprochen und seitdem wird intensiv an der Umsetzung gearbeitet. Für den Teil des Kirchentages, der in Wittenberg und in Mitteldeutschland geplant ist, gibt es zum ersten Mal in der Geschichte des Kirchentages eine institutionelle Kooperation mit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Idee ist, die Kräfte des Protestantismus zu bündeln und gemeinsam einen reformatorischen Gottesdienst zu feiern.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Der Kirchentag 2017 bedarf keiner besonderen Begründung, aber einer Botschaft. Im Präsidium besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass eine Beteiligung des Kirchentages an »Lutherfestspielen« nicht in Frage kommt. Eine vorwiegend historische Schwerpunktsetzung (Luther und die Frauen, Luther und die Theologie, Luther und der Staat etc.) ist kein Konzept für den Kirchentag. Stattdessen ist nach zwei ökumenischen Kirchentagen deutlich, dass die Verantwortung des Kirchentages für die Gestaltung der Ökumene in Deutschland gewachsen ist. Der ökumenische Fokus umfasst nicht nur die römisch-katholische, sondern auch die orthodoxen Kirchen und die Freikirchen. Das Reformationsjubiläum bietet eine große Chance, gemeinsam mit den anderen Konfessionen über das Wesen des Christentums im 21. Jahrhundert nachzudenken. Wie geht es weiter im interkonfessionellen und im interreligiösen Dialog? Längst ist der Kirchentag zu einem der wichtigsten Foren für den interkulturellen und interreligiösen Dialog geworden. Welche Position messen wir der Religion in einer säkularen Gesellschaft bei und wie füllen wir sie als Christinnen und Christen im Alltag aus? Gemeinsame Vorbereitungsgruppen mit anderskonfessionellen Christinnen und Christen wie bei Ökumenischen Kirchentagen, der Kirchentagsfreitag als ökumenischer Tag – hier ist vieles denkbar.

Natürlich muss ein Kirchentag 2017 auch die Chance bieten, über den Zustand des Protestantismus, über die Realität des Priestertums aller Gläubigen, über den Zustand der Kirche, der Theologie im 21. Jahrhundert nachzudenken und eine zeitgemäße und ansteckende Formulierung der reformatorischen Befreiungserfahrung zu finden. Die Reformation hat viele und sehr verschiedene Früchte getragen. Sie war keine einheitliche, zentral von Wittenberg gesteuerte Bewegung. Wenn der Kirchentag die Verantwortung für einen Großgottesdienst zum Reformationsjubiläum übernimmt, dann wird das Ambivalente und das Vielfältige theologisch und liturgisch darin vorkommen. In diesen Kontext gehört auch die Feier der weltweiten Ökumene, die im Kirchentag eine große Tradition hat. Das internationale Interesse an einem Deutschlandbesuch wird im Jahr 2017 hoch sein.

Die Reformation war eine europäische Bewegung. Blicken wir heute auf Europa, dann scheinen die Zukunftsaussichten düster, Europa steckt nicht nur in einer Schulden- und Finanzkrise, sondern auch in einer Orientierungs- und Wertekrise. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass die Finanzkrise der letzten Jahre 2017 vielleicht überwunden sein wird – die Diskussion um das Gemeinschaftsprojekt wird weitergehen. Auf Kirchentagen war bis zum Jahr 2013 die Erfahrung zu machen, dass Europa als »Thema« eher leere Hallen produziert. Anders in Hamburg 2013 – die Sorge um Europa treibt die Menschen wieder um und eine hochkarätig besetzte Podienreihe fand viel Publikum. Wenn der Anknüpfungspunkt Reformation als europäische Bewegung fruchtbar gemacht werden kann für die Idee einer neuen europäischen Reformation jenseits des Primats der Ökonomie, könnte das ein neuer, überraschender und folgenreicher Ansatz sein.

Ellen Ueberschär ist Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages

Impulse setzen

Ein Gespräch mit Tilo Gerlach, Geschäftsführer der GVL

Die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten, kurz GVL, ist die urheberrechtliche Vertretung der ausübenden Künstler und der Tonträgerhersteller. Sie nimmt die sogenannten Zweitverwertungsrechte für Künstler und Hersteller wahr. Sie zieht hierfür Vergütungen bei den Rechte-Nutzern bzw. -Verwertern ein und verteilt sie an ihre Berechtigten. Daneben fördert die GVL auch kulturelle, soziale oder kulturpolitische Projekte. Über das Engagement der Gesellschaft im Bereich der kulturellen Bildung sprachen wir mit einem der beiden Geschäftsführer, Tilo Gerlach.

Die GVL fördert regelmäßig Kulturprojekte, darunter viele, die in den Bereich »musikalische Bildung« fallen. Warum fördert eine Verwertungsgesellschaft musikpädagogische Projekte?
Tilo Gerlach: Die Frage im größeren Kontext muss lauten: Warum gibt es im Bereich unserer Zuwendungen Abzüge für soziale und kulturelle Zwecke? Das Selbstverständnis der Verwertungsgesellschaften ist, dass wir eben keine reine Inkasso-Funktion haben, sondern dass wir wichtige und letzten Endes auch staatsentlastende Aufgaben wahrnehmen, vor allem im Bereich der kulturellen Förderung. Da besteht zumindest in Kontinentaleuropa ein großer Konsens. Diese Auffassung findet so große Akzeptanz, dass sie auf europäischer Ebene sogar einer der Gründe dafür war, die Privatkopie nicht abzuschaffen, weil gerade auch mit diesen Geldern wichtige kulturelle und soziale Aufgaben wahrgenommen werden.
Dass wir kulturelle Bildung fördern, liegt auf der Hand. Zum einen: Keiner kann von Musik leben, wenn es nicht auch jemanden gibt, der diese Musik genießt, der sich damit auseinandersetzt und der letzten Endes auch die Tatsache akzeptiert, dass er dafür bezahlen muss. Zum Teil sind die Projekte, die wir fördern, durchaus mit einer ökonomischen Bewusstseinsbildung verbunden, beispielsweise die »Schooltour«, die wir in der Vergangenheit unterstützt haben. Es geht also auch um eine gesamtgesellschaftliche Bildung im Interesse unserer Berechtigten.
Zum anderen sind diese Projekte sehr häufig mit Musikausübenden verbunden. Unsere Kooperationen haben dann auch eine wirtschaftliche Bedeutung für die Künstler, die häufig sogar ehrenamtlich involviert sind und auf diese Weise von der Projekt-Förderung durch die GVL profitieren.

Nach welchen Kriterien suchen Sie Förderprojekte aus?
Natürlich haben wir nicht genügend Geld, um auch nur annähernd das zu fördern, was förderungswürdig wäre. Unsere Satzung sieht vor, dass wir für kulturelle, soziale und auch kulturpolitische Zwecke bis zu 5 Prozent der Verteilsumme verwenden können. Der Bereich der kulturpolitischen Zwecke ist davon nur ein Bruchteil, weil wir ja auch die kulturelle und soziale Unterstützung der Direktberechtigten aus diesem Topf schöpfen, zum Beispiel für die Teilnahme an Wettbewerben, Kostenzuschüsse für Kurse und dergleichen.
Ein von der GVL gefördertes Projekt muss auf jeden Fall eine überregionale Signalwirkung haben. Unsere Förderung ist in aller Regel eine Anschubfinanzierung. Wir können eigentlich nur Impulse setzen. Insofern kommen auch nie dieselben in den Genuss dieser Gelder. Wichtig ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Projekte, die durch einen entsprechenden Finanzierungsplan nachgewiesen werden muss. Klar muss außerdem sein, dass die GVL immer nur einen Teil leistet. Ein weiterer Punkt ist, dass durchaus ein Bezug zu ausübenden Künstlern oder Tonträgerherstellern gegeben sein muss.

Wenn wir über die GVL hinaus schauen: Wie sollte sich »die Musikwirtschaft« aus Ihrer Sicht in Sachen kulturelle Bildung engagieren?
Es gibt natürlich ein riesiges Interesse der Musikwirtschaft, dass Musik geschätzt wird. Da wird ja auch einiges auf die Beine gestellt. Das fängt bei den kommerziellen Aktivitäten an, mit dem Entdecken neuer Künstler, mit der Herausgabe neuer Produktionen. Wer ein Angebot zur Verfügung stellt, tut bereits den ersten Schritt im Bereich der kulturellen Bildung. Darüber hinaus gibt es vom Bundesverband Musikindustrie diverse Aktivitäten, gerade auch den Nachwuchs zu sensibilisieren. Nicht nur, was den Musikgenuss angeht, sondern auch hinsichtlich des Wertes der Rechte.

»Dass wir kulturelle Bildung fördern,liegt auf der Hand«

Sie sagten am Anfang, dass Sie auch staatsentlastende Aufgaben wahrnehmen. Ist das denn die Aufgabe der Musikwirtschaft oder der Wirtschaft ganz allgemein?
Nein, das ist sogar eine große Gefahr. Wir springen nicht in die Bresche, wenn der Staat sein Engagement zurückfährt. Auf Bundesebene ist das zum Glück nicht der Fall. Aber wenn Sie sich kommunale Aktivitäten in diesem Bereich angucken, dann ist das durchaus besorgniserregend. Es darf keinesfalls sein, dass durch Mittel von privater Seite – und letztlich sind auch die GVL-Gelder Mittel von privater Seite – die entsprechenden öffentlichen Haushalte zurückgefahren werden können.

Als Geldgeber und Akteur im Bereich der Musik(-Wirtschaft) haben Sie auch einen Blick auf das, was im Bereich der musikalischen Bildung in Deutschland passiert. Wie ist Ihre Prognose? Sind Sie eher optimistisch oder ängstlich?
Das ist gemischt. Es gibt ganz tolle Initiativen. Bürgerschaftlich tut sich enorm viel, wofür die von uns Geförderten ja ein gutes Beispiel sind – ob das »Rhapsody in School« ist oder auch das Projekt »SING!«. Ganz schlecht sieht es allerdings mit der musikalischen Bildung im Schulbereich aus. Das erlebe ich als Vater schulpflichtiger Kinder ganz unmittelbar. Es gibt keinen qualifizierten Musikunterricht, die wenigsten, die in der Grundschule Musik unterrichten, sind dafür ausgebildet. Der Ausfall in diesem Bereich ist, zumindest im Raum Berlin, katastrophal. Da wird heute leider deutlich weniger vermittelt, als das früher der Fall war.

Tilo Gerlach ist Geschäftsführer Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten.
Das Interview führte Barbara Haack, Redakteurin von Politik & Kultur und »Kultur bildet.«

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

THEATER TRIER, RHEINLAND-PFALZ

- Gründung: 1802
- Tätigkeitsfeld: Theater mit eigenem Schauspiel-, Ballett- und Musiktheaterensemble
- Homepage: www.theater-trier.de

FOTO: THEATER TRIER

1

Seit sage und schreibe 1802 besteht das Theater Trier als Dreispartenhaus. Kurz nach seinem 200. Geburtstag soll es ihm an den Kragen gehen. Grund: Das Theater soll, so will es die Stadt, eine Million Euro pro Jahr einsparen, was schlichtweg nicht machbar ist. In den Szenarien des jüngst vorgelegten Gutachtens von Dieter Haselbach ("Der Kulturinfarkt") wird vorgestellt, welche Sparte oder Sparten gestrichen werden könnten. Bespielbetrieb nennt sich das. Von der Einsparung der 36 Mitarbeiter des Schauspiel-Ensembles bis zur Entlassung sämtlicher künstlerisch Angestellten des Hauses ist alles denkbar. Theater würde in Trier dann nur noch in Form von Gastspielen stattfinden. Weitere Informationen und die Möglichkeit, Ihren Protest gegen die Umsetzung der Szenarien auszudrücken, unter: www.openpetition.de/petition/online/pro-ensemble-theater-trier

DEUTSCHES STICKMUSTERMUSEUM, CELLE NIEDERSACHSEN

- Gründung: 1985 in Buxtehude, 1991 Neueröffnung in Celle
- Tätigkeitsfeld: Sammlung Elfi und Hans-Joachim Connemann; Stickmustertücher und alles, was in diesen Bereich gehört
- Finanzierung: vormals Finanzierung durch die Stadt Celle
- Homepage: www.kulturbox.de/museen/celle/?vo_id=_SAG04F6G4

FOTO: DEUTSCHES STICKMUSTERMUSEUM

0

Im März diesen Jahres war es vorbei: Das Deutsches Stickmustermuseum Celle musste seine Türen schließen. Seit Beginn der 1990er-Jahre beherbergte das Prinzenpalais in Celle die Sammlung Elfi und Hans-Joachim Connemann, die anhand ihrer rund 2000 Exponate einen sehr umfassenden Überblick über die Geschichte der Stickmuster in Europa vermittelt. Die Sammlung Connemann, für die nun ein neuer Ort gefunden werden muss, veranschaulicht einen oftmals ausgesparten Teil der volkstümlichen Kultur der vergangenen vier Jahrhunderte und gilt als wichtiges Zeugnis der Sozial- und Frauengeschichte der Zeit. Die Sammlung Connemann wurde vor einigen Jahren von der Stadt Celle übernommen. Diese stellte die jährliche Kostendeckung von über 50.000 Euro ein. Wann und ob die Exponate in ihrer Fülle wieder zu sehen sein werden, ist ungewiss.

GALERIE M, BERLIN

- Gründung: 1990
- Tätigkeitsfeld: zeitgenössische Kunst
- Finanzierung: Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf betreibt die Galerie M
- Homepage: www.galerie-mp13.de

FOTO: KALLEJIPP / PHOTOCASE.COM

2

Die Galerie M, die 14 Tage vor der »Wende« fertiggestellt wurde, und sich in den letzten über 20 Jahren zu einer Anlaufstelle für Kunst und Kultur in Marzahn, Berlin und weit über die Hauptstadt hinaus, entwickelt hat, droht das Aus. Der Galeriebau in der Marzahner Promenade 13 ist dem Abriss freigegeben. Die Galerie M musste bereits 2012 aufgrund eines Wasserschadens aus ihren Räumen ausziehen. Eine Rückkehr in das Galeriegebäude scheint nun unmöglich. Der Eigentümer Degewo will das Kunsthaus abreißen. Nun formiert sich Widerstand gegen die Pläne, das Gebäude abzureißen statt zu sanieren. Die Abrissgegner stellen heraus, dass der Erhalt des DDR-Architekturerbes an den renommierten Standort undenkbar ist, zumal das Konzept eines Neubaus nicht als Äquivalent der herkömmlichen Ausstellungs- und Konzerthalle angesehen wird.

LANDESBÜHNE SACHSEN-ANHALT

- Gründung: 1953
- Tätigkeitsfeld: Schauspielensemble, Vorstellungen im Stammhaus und als Gastspiele in Schulen und Theatern in Sachsen-Anhalt etc.
- Homepage: www.theater-eisleben.de

FOTO: LANDESBÜHNE SACHSEN-ANHALT

1

In der Lutherstadt Eisleben schlagen die Wogen hoch. Am 20. Juni versammelten sich in Eisleben rund 250 Schauspieler und Einwohner zu einem Trauermarsch, da die Schließung des Hauses dramatisch nah rückt.
Hintergrund ist die Ankündigung des Kultusministers von Sachsen-Anhalt, die Zuschüsse für das Theater Eisleben ab 2014 vollständig zu streichen. Für das Theater geht es um 1,3 Millionen Euro. Wenn es soweit ist, muss ist nach Angaben des Intendanten der Spielbetrieb eingestellt werden. Insgesamt sollen in Sachsen-Anhalt die Mittel für Kultur um 7 Millionen Euro zurückgefahren werden.
Betroffen sind ebenfalls die Theater in Halle und in Dessau. Das Theater wehrt sich gegen »die kulturelle Verwüstung, die in der Region Mansfeld-Südharz entstünde« und bittet um Unterstützung der Petition https://www.openpetition.de/petition/online/sein-oder-nichtsein-die-landesregierung-sachsen-anhalt-beerdigt-die-landesbuehne-eisleben.de

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	( ) = bei Erstaufnahme
Theaterburg Roßlau. e.V., Sachsen-Anhalt	0	(0)
Archiv der Jugendkulturen Berlin	2	(2)
Kino Streit's Hamburg	0	(1)
Nordwestdeutsche Philharmonie Herford, NRW	4	(1)
Theater der Keller, NRW	3	(1)
Atelierhaus Prenzlauer Promenade Berlin	2	(1)
Stadtbibliothek Calbe, Sachsen-Anhalt	0	(1)
Bergische Philharmonie Remscheid, NRW	3	(3)
Frauenmusikzentrum Hamburg	4	(2)
Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Brandenburg	4	(1)
Künstlersiedlung Halfmannshof, NRW	0	(2)
SWR Sinfonieorchester, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg	3	(1)
Theater Hagen, NRW	3	(3)
Hotel am Kalkberg, Bad Segeberg, Schleswig-Holstein	0	(0)
Das Archiv Potsdam, Brandenburg	0	(1)
Studienzentrum für Künstlerpublikationen, Weserburg/Bremen	2	(2)
Stadtbibliothek Essen, NRW	3	(3)
Elektrohaus, Hamburg	2	(2)
Fachlehramt für Musik und Kunst an Grundschulen, Berlin	1	(2)
Museum für Naturkunde und Vorgeschichte, Dessau, Sachs-A.	2	(2)
Internationales Artistenmuseum, Brandenburg	0	(2)
Bunker Ulmenwall, Bielefeld, NRW	2	(2)
Maison de France, Berlin	1	(1)

Neunzehn mal Berlin

Dirk von Kügelgen im Politik & Kultur-Porträt

ANDREAS KOLB

Es scheint nicht der direkte Weg zu sein: eine Lehre als Maurer anzufangen, um später einen Studienabschluss als Mathematiker abzulegen, dann als Kulturmanager Ost beim Kulturbund der DDR, dem Schriftstellerverband der DDR und schließlich als Kulturmanager West bei der Gewerkschaft ver.di seine Brötchen und Meriten zu verdienen. Das Politik & Kultur-Porträt des 1948 in Berlin/West geborenen Fachgruppenleiters Musik bei der Gewerkschaft ver.di, Dirk von Kügelgen, spiegelt wider, wie sich die genannten Stationen folgerichtig zu einem Lebenslauf fügten.

Zugespitzt könnte man sagen, Dirk von Kügelgen ist in der Kultur gelandet, weil er Maurer war: Die Maurerausbildung bestand in der DDR aus Abitur mit Berufsausbildung. In der 11./12. Klasse bewarb er sich dann für ein Auslandsstudium in anderen sozialistischen Staaten, die Qualifikation dafür konnte man jedoch nur auf der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Halle/S. erwerben. »Maurer gab es da nicht«, erinnert er sich, »aber eine Mathe-Spezialklasse«. So kam der Berliner in Halle zur Mathematik, für die er natürlich auch die nötige Begabung mitgebracht hatte. Der Abschlussjahrgang ging dann aber nicht wie geplant geschlossen ins Ausland, sondern an die Martin-Luther-Universität zum Mathematik-Studium. Nach dem Studium trat von Kügelgen als Mathematiker in die Nationale Volksarmee (NVA) ein. Nach drei Jahren war auch dort Schluss, da seine Schwester in den Westen gegangen war. Obwohl diese nach einem halben Jahr reumütig zurückkehrte – für eine Krankenschwester war der Westen nicht so golden wie sie es sich erhofft hatte – folgte der Rausschmiss ihres Bruders aus der NVA, da er auf einmal einen sogenannten »unsicheren politisch/familiären Hintergrund« besaß. Von Kügelgens Vater war Chefredakteur bei der Zeitschrift »Sonntag« des Kulturbundes der DDR. So war es naheliegend, dass sein Sohn eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Kulturbund annahm und damit den Grundstein zu einer jahrzehntelangen, engagierten Berufstätigkeit im Kulturbereich legte.

FOTO: PRIVAT

Schnodderig-berlinerisch drückt von Kügelgen dies so aus: »War immer Kulturmensch! Habe mich in der DDR darum bemüht, dass es Künstlern und Wissenschaftlern erträglicher geht, auch wenn der Erfolg relativ gering war. Das Gleiche versuchte ich nach der Wende mit Hilfe der Gewerkschaft im Kapitalismus. Der Erfolg ist auch nicht viel größer. Aber die Arbeit war trotzdem immer ein Vergnügen.«

Wieso war? Dirk von Kügelgen ist 2013 in seinem 65. Lebensjahr angelangt und das heißt bei ver.di Schluss, obwohl ihm noch lange nicht nach Aufhören zumute ist. »Ich nenne es Altersdiskriminierung – aber die Gerichte haben anders entschieden. Diese betriebliche Regelung ist deshalb nicht gesetzwidrig, da man als Rentner jederzeit dazuverdienen kann.«

Abgesehen von fünf Jahren in Halle/S., vier Jahren in der IG-Medien-Zentrale in Stuttgart und fünf als Leiter des Instituts für Medien, Bildung und Kunst in Lage-Hörste lebte Dirk von Kügelgen immer in seiner Geburtsstadt Berlin – 19 Wohnsitze hatte er in der Spreestadt: »Ich kenne Berlin wirklich – und nicht nur den Weg zur Arbeit und den Weg ins Grüne.« Geboren 1948 in Westberlin zogen seine Eltern 1949 in den Ostteil der Stadt, wo die Redaktion der »Neuen Berliner Illustrierten« angesiedelt war, deren Chefredakteur damals: von Kügelgens Vater.

Wenn man an eine Kindheit im Nachkriegs-Berlin und auch später im geteilten Berlin denkt, dann fallen einem dazu sofort die Bilder des Fotografen Arno Fischer ein. »Situation Berlin« hatte dieser eine Foto-Serie des geteilten Berlin übertitelt. Der Riss durch die Stadt war auch ein Riss durch die Familie von Kügelgen: »Die Teilung war für mich schmerzlich gewesen, denn die Großeltern lebten in West-Berlin. Bin bis 1961 bei ihnen groß geworden, mit dem Mauerbau war Schluss. 1962 starb mein Großvater, und mein Vater konnte nicht mal zur Beerdigung.«

Von 1974 bis 1988 war von Kügelgen dann für den Kulturbund tätig, in ganz unterschiedlichen Positionen: als wissenschaftlicher Mitarbeiter, als Bezirkssekretär (Bereiche Natur, Umwelt und Heimatgeschichte sowie Kunst Literatur, internationale Arbeit und Wissenschaften), als Leiter des Büros des Ersten Bundessekretärs, oder als Leiter der Abteilung Information und Organisation im Sekretariat des Präsidiums und anderes mehr. Eine steile Karriere, die er aber auf eigenen Wunsch beendete, da er die Erwartungen von Seiten des SED-Zentralkomitees nach personalisierten Berichten über die Stimmungslage nicht erfüllen wollte. Es gelang ihm der Wechsel zum Schriftstellerverband. Wenn er dachte, er hätte nun die sichere Nische bis zur Rente gefunden, dann war dies eine glatte Fehlanzeige! Sein neuer Job beinhaltete die u.a. aktive Betreuung der »Umweltschutz-Literaten«, ein heißes Thema in der DDR, denn Umweltverschmutzung gab es offiziell nicht. Zudem wartete noch eine bittere Aufgabe auf von Kügelgen: Für den Schriftstellerverband bedeutete die Wende das Aus. Nachdem 1990 der Geldhahn zugemacht worden war, musste er die Kündigung von 70 Kollegen aussprechen. In diese Zeit der Liquidation fällt auch die Kontaktaufnahme zur Gewerkschaft IG-Medien: Im Dezember 1990 kam es zur Auflösung des DDR-Verbandes und bis Februar 1991 dem Wechsel von etwa zwei Drittel der Verbandsmitglieder zum Verband deutscher Schriftsteller in der IG-Medien.

1992 wurde von Kügelgen Geschäftsführender Sekretär der Fachgruppe Bildende Kunst, 2001 Fachgruppenleiter Bildende Kunst. In diesem Jahrzehnt war er aber auch tätig für die Bundeskommission FREIE im Hauptvorstand, Leiter des Instituts für Medien und Kunst sowie Projektleiter »Designers Union«. Seit 2002 ist Dirk von Kügelgen Fachgruppenleiter Musik der ver.di. Seine Einschätzung nach 20 Jahren Gewerkschaftsarbeit: Die Gewerkschaften sollten nicht nur Tarifpolitik betreiben, sondern viel stärker noch zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen Stellung beziehen. Stark bewegte ihn in seinen letzten Monaten im Amt die prekäre Situation insbesondere der Berliner Musikschullehrer, die in diesen Tagen gegen eine Schlechterstellung auf die Straße gehen, sowie die schleichende Privatisierung der bisher öffentlichen Musikschulen.

Auf seine »Lieblingsorchidee« unter den Künsten angesprochen, gibt er die diplomatische Antwort jedes Vaters, der alle seine Kinder gleich gern hat: Er fühle sich in allen Künsten zuhause und würde keine bevorzugen.

Zu seinen entschiedensten Leidenschaften zählt jedoch das Pfeifenrauchen, das er – wie sollte es anders sein – auch im Verein organsiert betreibt und zwar im Tabakskollegium Berlin. Rauchen ist für ihn in erster Linie Genuss, aber auch praktizierter Widerstand gegen Super-Nanny Staat. Den im Süden der Republik lebenden rauchenden Mitbürgern empfiehlt der Preuße zivilen Ungehorsam: Ein Rat, eigentlich ganz im Sinne der liberalitas bavariae.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Wie aus dem Märchen

Das Café Winuwuk in Bad Harzburg

GEORG RUPPELT

Das Jahr 2012 wurde als Märchenjahr gefeiert in Erinnerung an die 200 Jahre zuvor erschienenen Kinder- und Hausmärchen der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm. Auch das Jahr 2013 ist ein Märchenjahr, denn vor 150 Jahren starb Jacob Grimm wie sein weniger prominenter, aber doch nicht völlig vergessener Malerbruder Ludwig Emil Grimm. Erinnert werden sollte 2013 aber auch an Ferdinand Philip Grimm, den unglücklichen, »unbekannten«, vor 225 Jahren geborenen Bruder, der wie seine berühmten Brüder ebenfalls Märchen sammelte, von denen einige publiziert wurden. Die letzten zehn Jahre seines Lebens verbrachte er in Wolfenbüttel, der alten Stadt im nördlichen Vorharz. Der Harz ist Schauplatz zahlreicher Märchen, Sagen und Mythen. Märchenhaftes umgibt das Café Winuwuk in Bad Harzburg. Vor gut 90 Jahren haben sich die Künstler Dore und Walter Degener damit einen Traum verwirklicht. Um Ausstellungen avantgardistischer Kunst und Lesungen anbieten zu können, sollte eine Galerie mit einer Möglichkeit zur Einkehr entstehen, Letzteres auch aus wirtschaftlichen Gründen. Das Ehepaar gewann für sein Vorhaben Bernhard Hoetger, der gemeinsam mit den Bildhauern Erna Mayweg und Fred Ehlers ein Gesamtkunstwerk am Waldrand mit weitem Blick ins Land erbaute. Hoetger war Professor an der Darmstädter Künstlerkolonie. Bekannt wurde er besonders durch verschiedene Bauten und Kunstwerke in Worpswede und die Bremer Böttcherstraße mit dem Haus Atlantis. Der Sohn der Degeners berichtet, dass Hoetger, der kein Architekt war, das Modell des Cafés am Küchentisch frei aus Ton modelliert habe. Später musste ein Profi die Bauzeichnungen fertigen, denn mit Hoetgers Vorlagen hätte man vom Hochbauamt Wolfenbüttel keine Baugenehmigung erhalten.

Das Café scheint aus einer Märchenwelt herausgenommen und in den Harz versetzt worden zu sein, weswegen es wohl auch eben von Kindern besonders geliebt wird. Der Bau besitzt keine gerade Wand; Eingänge, Fenster und das gesamte Mobiliar sind mit kräftigen Farben, Figuren und Schnitzereien verziert, die an skandinavische oder indianische Kunst erinnern. Dicke Eichenbalken aus dem Heininger Forst tragen das Gebäude, und kaum etwas ist so wie in einem »normalen« Haus. In der Mitte des Gastraumes befindet sich eine beeindruckende Feuerstelle. Das runde Atrium des Sonnenhofes besitzt als ansprechendes Zentrum einen Brunnen.

Der seltsame Name Winuwuk ist übrigens ein von Hoetger gebildetes Akronym und steht für »Weg Im Norden Und Wunder Und Kunst«; die Erbauerfamilie Degener interpretierten Winuwuk als »Wille Ist Neu Und Weg Unserer Kunst«.

Sprachliche Besonderheiten kann man im öffentlichen Raum von Bad Harzburg aber auch an einem ganz ungewöhnlichen Ort wahrnehmen. Wer durch die Fußgängerzone flaniert, wird sich wundern, warum Spaziergänger vor zwei recht neuen Gebäuden in der Herzog-Wilhelm-Straße stehen bleiben, an deren Fassaden hinaufblicken und schmunzeln. Gewiss sind die Gebäude, die »Bio-Suiten«, ein Hotel und Gastronomie beherbergen, ansehnlich – doch die Passanten halten vor ihnen inne, um auf ihnen zu lesen! Sie lesen vergessene deutsche Wörter, die die beiden Häuser zieren – ein Freilichtmuseum für Wörter gewissermaßen. Zu der netten Idee hat die Gebäude-Eigentümer eine Vorfahrin namens Plumbohm inspiriert, was auf Niederdeutsch Pflaumenbaum heißt. Wir haben aus diesen Wörtern eine kleine Geschichte geflochten und tragen sie hier vor. Können Sie alles verstehen?

»Ich will mich anbucken«, flüsterte Base Wilhelmine ihrem weitläufigen Vetter Friedrich, einem Gendarm, zu. Beide kamen aus dem Lichtspielhaus, wo sie für fünf Groschen einen hanebüchenen Film gesehen hatten. Im Mittelpunkt der bewegten Bilder hatte eine Kiste voller Heiermänner gestanden, die angeblich aus reinem Gold sein sollten. Schlawiner und Huckeduster, aber auch Dölmer und Luftikusse machten auf sie Jagd und waren jipperich, sie zu erlangen. Eigentümer der Schatzkiste war ein Hagestolz namens Dagobert Knörich, dernur Sonntagsstaat zu tragen und sich jedes Jahr zur Sommerfrische und Kur einschließlich Kurschatten zu begeben, von Döneken, Fisimatenten, Firlefanz und Schnick Schnack nichts hielt und selbst in seinem Bett kein Plümo duldete, sondern nur zwei große Handtücher, die ein Pinökel zusammenhielt. Mehr wäre für ihn Humbug gewesen. Doch das Sammeln von Gold und Geld war ihm ein Hochgenuss, und es war für ihn eine wohlfeile Wonne, in einer Badewanne, gefüllt mit Münzen oder güldenen Kleinodien, ein von seiner Zugehfrau bereitetes Bad zu genießen. So war das (falsche) Gerücht von den goldenen Fünf-Mark-Stücken entstanden. Am Ende des Films hatte ein Tausendsassa gesiegt, der mit der Nichte des Geldsammlers ein Techtelmechtel angefangen und bei einem Stelldichein ihr »Ja« zu einer Eheschließung erhalten hatte, dann um den Oheim herumscharwenzelt und auf diese Weise schließlich Gatte der Alleinerbin eines Riesenvermögens geworden war. Wilhelmine jedenfalls gelang es nach dem Film, Friedrich zu bezirzen, dem daraufhin die ganze Nacht lang blümerant zu Mute war.

Georg Ruppelt ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover

Kulturmenschen Gabriele Lindinger und Karlheinz Schmid

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, dass das Gerede von der Kreativität des Schwarms dummes Zeug ist, hätte man sich nur Gabriele Lindinger und Karlheinz Schmid anschauen müssen. 1991 gründeten die beiden Individualisten den Verlag Lindinger + Schmid um kritischen und unabhängigen Journalismus im Bereich der Bildenden Kunst zu ermöglichen. Heute geben sie monatlich die KUNSTZEITUNG, vierzehntäglich den Branchenbrief Informationsdienst KUNST und jeweils im Herbst die Bilanz-Zeitschrift KUNSTJAHR, heraus.

Die kaufmännische Geschäftsführung wird von Gabriele Lindinger mit genauso viel obsessiver Schaffenskraft verantwortet, wie die redaktionelle Verantwortung von Karlheinz Schmid. Die beiden kreativen Ausnahme-Unternehmer verlassen jetzt nach vielen Jahren Regensburg und kommen mit ihrem Team nach Berlin. Auf gute Nachbarschaft!

FOTO: UWE NIMMRICHTER

Politik & Kultur

FOTO: LUKAS COCH / ZEITENSPIEGEL

Kein Wohlfühlprogramm

Dimensionen des Spannungsverhältnisses von Kultur und Konflikt

OLAF ZIMMERMANN UND RONALD GRÄTZ

Ob Homers »Ilias« oder die Kämpfe der Israeliten in der Hebräischen Bibel, ob »Im Westen nichts Neues« oder »Inglourious Bastards«, ob »Romeo und Julia« oder »Krieg und Frieden«, ein wesentliches Motiv und Movens von Kunst ist der Konflikt. Der Konflikt, sei es der Konflikt zwischen Völkern oder Staaten, sei es der zwischen verfeindeten Familien, gerne auch gepaart mit einer Liebesgeschichte, ist es, der eine Erzählung ausmacht. Erzählung meint dabei sowohl den Roman als auch den Film, das Theaterstück oder auch ein Bild. Der Konflikt ist ein Reibungspunkt, an dem sich die Geschichte entzündet, der sie vorantreibt und dessen Lösung sehr oft angestrebt wird. Konflikte sind ein Teil des Menschseins und die Kunst ist ein Mittel, um Konflikte zu erfahren, zu bearbeiten und zu appellieren, weniger Konflikte aufkommen zu lassen.

Ein Reibungspunkt, an dem sich die Geschichte entzündet

Wenn sich also mit Kultur und Konflikt befasst wird, hat dieses Thema verschiedene Dimensionen. Es geht zum einen darum, sich selbst vor Augen zu führen, welche Wirkung die künstlerische Aufarbeitung eines Konfliktes hat. Dabei geht es unter anderem um die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Romane wie »Im Westen nichts Neues« oder Theaterstücke wie »Draußen vor der Tür«, »Mutter Courage« oder »Die letzten Tage der Menschheit«, Bilderzyklen wie »Café Deutschland«, Kompositionen wie das »War Requiem«, Filme wie »Die Brücke von Remagen« und viele andere mehr sind Beispiele, wie sich deutschsprachige Künstler mittels der Kunst mit den letzten beiden Kriegen und auch mit der Teilung Deutschlands auseinandergesetzt haben. Zum anderen werden Kunst und Kultur als Chance gesehen, Menschen zusammen zu bringen und mit den Mitteln der Kunst zu versöhnen. Dieses insbesondere dort, wo aus politischen Gründen Sprachlosigkeit herrscht. Zu denken ist etwa an das West-Eastern-Diwan-Orchester von Daniel Barenboim, in dem junge Musiker aus Palästina, aus Israel und anderen arabischen Ländern zusammenspielen. Zu erinnern ist auch an den ermordeten israelischen Theatermacher Juliano Mer-Khamis, der mit seinem Freedom-Theater im Flüchtlingslager Dschenin im Westjordanland Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit eröffnete mittels der Theaterkunst sich mit ihrem Leben auseinanderzusetzen und Selbstbewusstsein zu entwickeln. Nicht vergessen werden dürfen auch die zahlreichen Autoren, Journalisten und Künstler, die sich in ihren Ländern für Freiheit – so auch die Kunstfreiheit – einsetzen und mit ihrem Leben und Werk für die Menschenrechte, wie das Recht auf Meinungsfreiheit kämpfen.

Kultur und Konflikt sind kein Wohlfühlprogramm. Im Gegenteil, wer meint, ein bisschen Kulturarbeit würde die Welt schon besser machen, verschließt die Augen vor der Bedeutung des kulturellen Unterschieds als eines Auslösers von Konflikten. Natürlich, die Kultur ist es nicht allein, die Serben, Kroaten, Slovenen und Kosovaren in einen bitteren Bürgerkrieg stürzte. Kulturelle Gründe sind nicht der alleinige Grund für die Auseinandersetzungen zwischen Hutus und Tutsis in Ruanda und den angrenzenden Ländern. Fast immer spielen ökonomische und soziale Gründe eine mindestens ebenso wichtige Rolle in den Konflikten. Dennoch, gerade bei Auseinandersetzungen werden die kulturellen Unterschiede auf einmal ganz besonders wichtig. Darum ist es, um an unsere Verantwortung in Deutschland zu erinnern, auch eine so bedeutende kulturelle Leistung, dass die einstigen »Erbfeinde« Frankreich und Deutschland vor 50 Jahren einen Freundschaftsvertrag unterzeichneten und als Motor der europäischen Integration begriffen werden.

Ein Mittel, um Konflikte zu erfahren und zu verarbeiten

Im Fokus »Kultur und Konflikt« in diesem Heft wird sich mit den verschiedenen Dimensionen des Spannungsverhältnisses von Kultur und Konflikt befasst. Hermann Häring setzt sich auf einer philosophischen Ebene mit der Frage auseinander, welche Rolle Kultur für den Frieden spielen kann. Peter Mares stellt das Förderprogramm »zivik« des Instituts für Auslandsbeziehungen vor, das darauf abzielt, Konflikte auch mit kulturellen Mitteln zu bearbeiten. Johannes Ebert berichtet von der Arbeit der Goethe-Institute, die oftmals Orte für kulturelle Freiräume schaffen. Die Mitglieder des Unterausschusses »Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit« des Deutschen Bundestags geben über die Zielsetzungen ihrer Arbeit Auskunft. Michael Daxner schreibt von der Schönheit des Grauens und schlägt damit eine Brücke zu den Künsten. Dietrich Heißenbüttel vertieft dies am Beispiel der bildenden Kunst. Selmin Çalişkan schließlich wendet ihren Blick auf Frauen, die in bewaffneten Konflikten oftmals in mehrfacher Hinsicht zu Opfern werden. Im Leitartikel ist Reinhard Baumgarten bereits auf die aktuelle, besondere Situation in der Türkei eingegangen und der frisch gewählte Präsident des Deutschen PEN-Clubs Josef Haslinger nennt als eine der wichtigen Aufgabe, denen er sich in besonderer Weise zuwenden will, den Einsatz für verfolgte Autoren. Ein solcher Fokus kann nur in Schlaglichtern einige Themen anreißen. Dieser Fokus ist daher auch kein Abschluss der Beschäftigung mit dem Thema, sondern vielmehr eine Verdichtung von Fragestellungen, die an anderer Stelle bereits angesprochen wurden oder in den nächsten Ausgaben Thema sein werden. Der Fokus ist ferner eine zweite Kooperation des Instituts für Auslandsbeziehungen und dem Deutschen Kulturrat, die sicherlich nicht die letzte sein wird.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Ronald Grätz ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen

ZU DEN FOTOS

Peace Counts recherchiert seit 2003 Beispiele für erfolgreiche Friedensprojekte, dokumentiert diese in Form faszinierender Reportagen und bereitet sie weltweit für ein breites Publikum auf. Ziel von Peace Counts ist es, Wege zum »gelungenen Frieden« darzustellen und zu eigenem Engagement zu ermutigen. Peace Counts ist ein Partnernetzwerk.
Träger sind Berghof Foundation, Zeitenspiegel Reportagen und Advanced Journalism Academy. Dem Projekt Peace Counts on Tour wurde im Mai 2009 der renommierte Peter-Becker-Preis für Friedensforschung der Universität Marburg verliehen. Gefördert wird das Projekt vom Institut für Auslandsbeziehungen mit seinem Förderprogramm »zivik«, ausgestattet mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. Mehrere Kooperationspartner unterstützen das Projekt. www.peacecounts.org
Die Bilder des Titels und von »Im Fokus« entstammen verschiedenen Reportagen in ganz unterschiedlichen Ländern. Nachstehend finden Sie die Länderangaben zu den Bildern und die Reportagentitel der jeweiligen Seiten im Heft:

Seite(n):

1, 17:	Kolumbien: Mateo will leben
15:	Thailand: Mission hinter den Kulissen
16:	Nigeria: Eine Art Wunder
19, 21:	Kenia: Nach dem Ballverlust
18, 20:	Ägypten: Aus Feinden werden Nachbarn

THEMA

Den Tanz auf dem Vulkan wagen

Wie kann man den Frieden erhalten und welche Rolle kommt dabei der Kultur zu?

HERMANN HÄRING

FOTO: ULI REINHARDT/ZEITENSPIEGEL

Wie lassen sich Kriege verhindern und wie können wir Menschen widerstandsfähig machen gegen Vernichtung und Hass? So fragt 1932 Albert Einstein, als in Deutschland schon Hitlers Sturmtruppen marschieren. Sigmund Freuds Antwort wird dann zu einem der wichtigsten Dokumente des 20. Jahrhunderts. »Warum Krieg?«, fragt er exemplarisch zurück. Er erklärt ausführlich, dass er eine befriedigende Antwort schuldig bleibt. Die Katastrophe von Nationalsozialismus, Shoa und Zweitem Weltkrieg wird seinen tiefen Pessimismus um vieles übertreffen, und ganz andere Szenarien des Grauens halten die heutige Welt in Atem.

Dennoch leistet Freud mit seiner Antwort Epochales, denn er beschreibt Kultur als die entscheidende Brutstätte, die Konflikte unaufhörlich zähmt und zugleich produziert, Aggressionen nicht überwindet, sondern nur sublimiert. Der Arzt Freud sieht unsere westliche Kultur, mit der er sich wiederholt beschäftigt, als den hochexplosiven Kreuzungspunkt von individuellem Verhalten und kollektiven Verhaltensregeln, von oft willenloser Einordnung und widerständiger Reaktion. Doch als aufgeklärter Bürger Europas rechnet er damit, dass sich egoistische Strebungen in ein dichtes Netzwerk von Gegenstrategien einfangen lassen. Er hofft darauf, dass »auch die anderen Pazifisten werden«. Dazu greift er auf den klassischen Fortschrittsoptimismus zurück: »Alles, was die Kulturentwicklung fördert, arbeitet auch gegen den Krieg.«

Behalten Freuds Optimismus oder sein Pessimismus recht? Die Frage, so simpel gestellt, muss offen bleiben. Freuds Kulturbild ist einem Motor vergleichbar, der jede Explosion in eine kraftvolle Bewegung umsetzt, die selbst wieder für Zündungen sorgt. Der Optimist wird erklären: Problemlos münden die Aggressionen in eine mächtige Gesamtbewegung ein. Der Pessimist wird sich fragen, wie lange dieser Idealmotor den Gesamtbelastungen standhält und wann er selbst heiß läuft oder gar explodiert. Wie oft müssen wir noch Auschwitz, die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki, Archipel GULAG oder den Syrienkrieg erleben? Sollen sie denn der Treibstoff der Geschichte sein?

Die westliche Kultur ist ein hochexplosiver Kreuzungspunkt

Geboten ist Nüchternheit, denn Kulturen sind keine friedliche Veranstaltung. Wo sie entstehen, sind immer Verteilungskämpfe und Überlebensfragen, Aggressionen und abgrundtiefe Zerstörungswut im Spiel. Das Beziehungschaos zwischen Menschen muss sich regeln lassen. Droh- oder Unterwerfungsgesten, Sympathie- und Ausgleichshandlungen, unbewusst ablaufende Reaktionen und Rituale, sie alle reagieren auf Konfliktsituationen, stellen oft elementare Verhaltensweisen dar. Werden sie unterbrochen, erleben wir Irritationen oder Gewaltausbrüche. Müßig ist deshalb der Streit, ob wir unser Verhalten von Aggressionskalkülen herleiten oder sympathischere Modelle bevorzugen. In jedem Fall sind wir hineingeboren in differenzierte Verhaltensregeln, komplexe Gemeinschaftsformen und hochintelligente Umgangs- und Kommunikationssysteme. Sie alle schützen und steigern unser Zusammenleben. Aber alle sind zerbrechlich und können versagen. Kulturen lösen die zerstörerischen Potenziale nicht auf, sondern formen sie um. Noch leben sie aus einer abgründigen Dynamik, die uns heute präsenter ist denn je.

Geboten sind wache Sinne, denn auch Hochkulturen sind wie der Tanz auf einem Vulkan, auf dessen Energien wir angewiesen sind. Vital bleibt eine Kultur ja nur durch Erschütterungen und unerwartete Schrecken. Kulturen sind Konflikte, und ihr Geheimnis, das sie lebendig erhält, besteht darin, dass sie ihre eigenen Abgründe zur Kenntnis nehmen, begehen und oft kunstvoll inszenieren. Ein jedes Individuum lebt davon, dass wir unsere Rivalitäten, unsere Hab- und Geltungssucht einander vorführen und unserer Identität einbrennen. So gesehen lassen sich Kulturen geradezu definieren als ein Schauplatz bewusst gewordener Konflikte, Abgründe und Bosheiten. In Anschauung und Verstand verdoppeln Philosophie und Künste dieses Menschliche, das sich in unbiegsamer Härte abspielt. So wird es seiner Funktionalisierung entzogen, als gut oder als böse, als destruktiv oder als sinnvoll erkannt; Respekt vor Mensch und Wirklichkeit können wachsen.

Geboten ist Verantwortung, denn wer – kraft kultureller Instrumentarien – diese Abgründe zur Kenntnis nimmt und durchschaut, den berühren nicht nur Angst und Schrecken, sondern auch Verantwortung und Solidarität. Wir beobachten unsere eigene Kultur nie in objektiver Distanz, denn wir sind ein aktiver Teil von ihr und können unser Handeln nicht an sie delegieren. Mehr denn je erkennen wir die Konflikte sozialer, ethnischer oder weltanschaulicher Art, die sich nicht von selbst zähmen oder lösen lassen; Kulturen sind keine anonymen Verwaltungsmaschinen. Also schufen wir Institutionen, Rechts- und Sanktionssysteme, statteten Ämter mit besonderen Vollmachten aus und sind ohne Unterlass politisch aktiv. Allerdings zogen wir seit Menschengedenken fruchtlose Macht-, Militär- und Beherrschungspolitik mit ins Kalkül, um daran zu scheitern. Ihr Gewaltpotenzial hat alle Bindekräfte überrollt. Dabei käme doch alles auf eine befriedende Endwirkung an. Wir brauchen endlich eine Politik, die zu versöhnen, Hass und Krieg zu verhindern weiß. Kann sie das überhaupt leisten? Dies gibt zu Fragen Anlass.

Geboten sind deshalb Bescheidenheit und Ehrlichkeit. Ein rettendes Konzept, das eine konfliktfreie und friedfertige Welt rundum garantiert, ist nicht in Sicht. Globalisierungsprozesse zeigen, wie schwach und zerbrechlich unsere Regelungen ökonomischer und politischer Art sind; die bisherigen Konzepte waren trügerisch. Wir haben keine Weltregierung, zwischen den Nationen herrscht oft genug noch das Recht des Stärkeren. Ein moralischer Konsens, der Konflikte nachhaltig regeln könnte, wird noch immer ignoriert.

Vor allem kann es wohl keiner Kultur gelingen, ihre Konflikte überschusslos zu lösen. Genau deshalb wurden Konflikte ja nach außen delegiert, Kriege mit anderen Völkern geführt, »Nachbarn« zu Objekten von Hass, Macht- und Besitzgier gemacht, also zu »Feinden« erklärt. Selbst Religionen schufen für ihr Erlösungsverlangen Freiräume der Gewalt mit Sündenbock und Opfer; Blut musste fließen. Das ist verständlich, denn unweigerlich schaffen Kulturen neue, oft höchst komplexe und hartnäckige Konflikte. Ich nenne nicht nur Sozialismus und Kapitalismus, den Nord-Süd-Konflikt, den Streit um religiöse Wahrheit, das Verlangen nach der Wiedergutmachung vergangenen Unrechts, sondern frage mich auch, wie die Menschheit im Rahmen ethischer Minimalstandards konfliktlösende Verhaltensregeln widerspruchslos durchsetzen kann: ein Recht etwa, das nicht neue Ungerechtigkeit schafft, eine verbesserte Kommunikation, die nicht zu neuen Manipulationen führt, eine zwischenmenschliche Treue, die schwelende Loyalitätskonflikte aus der Welt schafft oder eine Gewaltabwehr, die den Einsatz von neuer Gewalt verhindert? Ist die Menschheit also zu einer konfliktbeladenen Zukunft verdammt oder kann sie dennoch auf eine friedvolle Zukunft hoffen?

Ein rettendes Konzept für den Frieden ist nicht in Sicht

Die Frage brennt uns auf den Nägeln. Die Bundesrepublik Deutschland wollte 1945 nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, nie wieder Rassismus. Inzwischen nehmen Gewalt und Gewaltpropaganda, soziale und ethnische Spannungen, die Aggressivität in Medien und Politik bedrohlich zu. Frank Schirrmacher sieht eine Gesellschaft heranwachsen, die »aus Egoismus, Misstrauen und Angst zusammengesetzt ist und gar nicht anders kann, als im Anderen immer das Schlechteste zu vermuten«.

Für das Niveau unserer Kultur bedeutet das eine Katastrophe. Umso wichtiger ist die Feststellung: Allen Unkenrufen zum Trotz können verantwortliche Menschen diesen Entwicklungen entgegentreten, das öffentliche Bewusstsein und die Politik entgiften und moralischen Standards wieder Geltung verschaffen, die in den vergangenen Jahrzehnten aus dem Bewusstsein verdrängt wurden.

Leider vergessen säkularisierte Gesellschaften, dass die Weltreligionen seit Menschengedenken als moralische Weltagenturen gewirkt haben und immer noch wirken. Sie alle formulieren ein Grundethos, dessen unverzichtbare Grundhaltungen und Minimalstandards in einen Geist der Humanität aufgenommen sind, den die Weltreligionen übereinstimmend als Goldene Regel formulieren. Sie haben Wege der Verinnerlichung entwickelt, dieses Ethos also stabilisiert und dafür Sorge getragen, dass Verfehlungen nicht zum Ausgangspunkt neuer Aggressionen werden müssen. Auch Vergebung und Versöhnung gehören zum politischen Konzept. Es geht um keine hehren, jenseitig verzierten Ideale, sondern um konflikterprobte, im Streit gestählte Grundregeln von höchster gesellschaftspolitischer Relevanz. Es sind ethische Angebote, die Entscheidungsfreiheit ermöglichen. Ob sie vor unseren Abgründen standhalten, hängt letztlich von unseren eigenen Entscheidungen ab; niemand kann sich aus der Verantwortung stehlen.

Unverzichtbar ist eine neue Menschlichkeit, die Verantwortung übernimmt

Dieses Projekt eines umfassenden Weltethos könnte in einer Epoche weiterhelfen, die weltweite Begegnungen und ein neues Weltbewusstsein erzwingt. Unverzichtbar ist eine neue Menschlichkeit, die keine Verantwortung mehr abschiebt und nicht mehr zwischen besseren und schlechteren, entwickelten und rückständigen Kulturen unterscheidet. Denn auch Kulturen sind keine Rettungs- oder Rückzugsräume mit dem Ziel, die freie Verantwortung von Menschen zu ersetzen. Von uns Menschen, nicht von einem klugen Kulturideal wird erwartet, dass wir eine neue Epoche des Friedens und der Gerechtigkeit eröffnen. Unsere Bescheidenheit und Verantwortung vorausgesetzt, kann selbst der unausweichliche Tanz auf dem Vulkan gelingen.

Hermann Häring hatte 1980-2005 einen Lehrstuhl an der Theologischen Fakultät in Nijmegen (Niederlande) und ist seit seiner Emeritierung wissenschaftlicher Berater am Projekt Weltethos in Tübingen

Freiräume nutzen, Konflikte bearbeiten

Die Friedensprojekte des Instituts für Auslandsbeziehungen in Krisengebieten

PETER MARES

Nairobi, 2007: Unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen gehen die Menschen aufeinander los. Sie gehören unterschiedlichen Ethnien an, bezichtigen sich gegenseitig der Wahlfälschung und des politischen Machtmissbrauchs. Über das Radio überziehen Hassprediger das Land mit ihren rassistischen Parolen. Die Unruhen gehen über viele Wochen. Mehr als tausend Menschen sterben und Hunderttausende sind auf der Flucht. Schockwellen durchziehen das ganze Land.

Mittendrin ist Boniface Mwangi. Er hat eine Fotokamera und ist getrieben von der Notwendigkeit, die Gewaltexzesse festzuhalten. Um sich zwischen den Konfliktparteien frei bewegen zu können, muss er zum Teil seine eigene ethnische Identität leugnen und gerät dadurch selbst in Lebensgefahr. Dabei hilft ihm, dass er in Kibera, einem der größten Slums Nairobis, aufgewachsen ist und die Sprache der gewaltbereiten Jugendlichen kennt. Er sieht Menschen leiden und sterben. Im Wissen, dass er alleine nichts gegen die Unruhen ausrichten kann, hält er die Kamera auf die Gewalt vor seinen Augen. Der daraus entstandenen Fotoserie gibt er den Titel »NEVER AGAIN«. Er will damit die Erinnerung wach halten und die Auseinandersetzung mit dem Geschehenen anregen.

Konfliktbearbeitung muss immer an den jeweiligen Ort angepasst sein

Wie in Kenia entstehen Konflikte immer dann, wenn Interessen und Wertvorstellungen unterschiedlicher Personen oder Gruppen unvereinbar erscheinen. Konflikte können aber auch konstruktiv sein und für Veränderungen und Entwicklungen sorgen, die für jede Gemeinschaft lebensnotwendig sind. Ob Konflikte ins Positive oder Negative fallen, entscheidet sich deshalb in der Anwendung von bzw. dem Verzicht auf Gewalt. In einem Zustand der Gewalt muss es also darum gehen, Wege zu finden, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten. Hierfür müssen Menschen dafür gewonnen werden, Beziehungen einzugehen, Verständnis zu schaffen, Vertrauen aufzubauen und Kooperationen zu schließen. Gerade hier können auch kreative Formen der Konfliktbearbeitung zum Tragen kommen.

Das Förderprogramm »zivik« (Zivile Konfliktbearbeitung) des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) unterstützt mit Mitteln des Auswärtigen Amtes seit 2001 Friedensprojekte in Krisenregionen weltweit. Es fördert Projekte von Organisationen, die im Unterschied zu staatlich gesteuerten Maßnahmen einen gesellschaftlichen Beitrag zu Friedensbemühungen leisten.

Die Förderung ist auf klar umrissene Konfliktzusammenhänge und die in ihnen brennenden politischen Fragen ausgerichtet. Sie zielt auf eine friedliche Dialogkultur im Rahmen von gewaltgeprägten Auseinandersetzungen. Die Unterstützung ist so angelegt, dass kurzfristige Projekte mit Blick auf sich rasch ändernde Konfliktsituationen und unter direkter Einbeziehung von Konfliktbetroffenen flexibel geplant und umgesetzt werden können. Im Vordergrund steht dabei der bereits angeführte notwendige Verzicht auf Gewalt. Maßnahmen der Konfliktbearbeitung wie Dialog und Begegnung müssen, um wirkungsvoll zu sein, immer an die Bedingungen vor Ort angepasst sein. Hierfür braucht es Raum und Freiheit, um Ideen zu entwickeln und sich ausdrücken und entfalten zu können. Das Bildmaterial, das Boniface Mwangi zusammengestellt hat, führte drastisch vor Augen, wie Gewalt aussieht und zu welchen Konsequenzen sie führt. Dabei beließ er es aber nicht. Nachdem die Gewalt abebbte, ging er zurück an die Orte der Exzesse, auf die Straßen und Plätze, und stellte seine Fotos großformatig aus. Passanten blieben stehen und kamen miteinander ins Gespräch. Die Fotos weckten Erinnerungen an eigene traumatische Erlebnisse und thematisierten Aspekte wie politische Manipulation und eine kritische Einschätzung der eigenen Rolle. Die öffentlichen Präsentationen begleitete Boniface Mwangi mit Dialogveranstaltungen und dem Angebot der psychologischen Beratung durch professionelle Kräfte in der Aufarbeitung von Gewalterfahrungen. Den Besuchern wurde die Möglichkeit gegeben, mit ihrer Unterschrift ein Bekenntnis abzugeben und auf Gewalt zu verzichten. Durch Maßnahmen wie diese erzielten die Fotos eine Wirkung, die die Menschen persönlich erreichte und über die Berichterstattung in Zeitungen und im Rundfunk weiter verbreitet wurde.

Der Wert von Kultur liegt in ihrem unabhängigen, kritischen, experimentellen Umgang – mit einem offenen Ausgang, was nicht bedeutet, dass auf Planung und Steuerung verzichtet werden kann. Im Gegenteil ist die Wirkungsfrage elementar für jede Auseinandersetzung mit Konflikten. Sie ist wichtig bei der Planung, Durchführung und weiteren Begleitung von Aktivitäten. Mit der Wirksamkeit hängen wesentliche Fragen der Art, wie eingegriffen wird, das Rollenverständnis der beteiligten Personen, die Qualitätssicherung und vorrangig die Entwicklung eines umfassenden Konfliktverständnisses zusammen. Auf diese Fragen konnte Boniface Mwangi mit seinen Aktionen überzeugende Antworten finden.

Das ifa ist neben der Friedensförderung auch der Kultur- und Kunstförderung verpflichtet. Es setzt sich mittels Austausch- und Dialogprogrammen mit Chancen und Grenzen eines kultur- und bildungspraktischen Engagements zur Überwindung gesellschaftlicher Spannungen auseinander. Konflikte mit kulturellen Mitteln zu bearbeiten – Räume zu schaffen und Freiheiten zu nutzen – stellt dabei eine wichtige kreative Erweiterung des Methodenrepertoires der Konfliktbearbeitung dar. Mit Unterstützung des ifa wurde die Ausstellung »NEVER AGAIN« in den Folgejahren in weiten Teilen Kenias gezeigt und erreichte bereits mehrere hunderttausend Menschen. Auf diese Weise ist es der Ausstellung gelungen, einen nachdrücklichen Beitrag zu einer gemeinsamen Versöhnung und Aufarbeitung der nationalen Tragödie zu leisten.

Auch die Präsidentschaftswahlen 2013 in Kenia wurden von einzelnen Anschlägen überschattet. Flächendeckende Ausschreitungen wie 2007 wiederholten sich aber nicht.

Peter Mares leitet das Förderprogramm »zivik« des Instituts für Auslandsbeziehungen

Differenz als Chance

Über die Rolle der Kultur in Konflikten und Krisen

JOHANNES EBERT

In den vergangen Jahren ist viel über die Wechselwirkung von Kultur und Krisen reflektiert worden. Es wäre blauäugig, die Wirksamkeit von Kulturarbeit bei der Lösung akuter kriegerischer Auseinandersetzungen zu überschätzen. Menschen mit Maschinengewehren tauschen diese nicht gegen Bücher. Bei der Bearbeitung tief sitzender und langfristig wirkender gesellschaftlicher Konflikte, die in Gewalt münden können, spielt Kultur jedoch eine wichtige Rolle.

Spannungen innerhalb von Gesellschaften haben oft Ursachen, die mehrere Generationen zurückliegen. Häufig werden Konflikte auf der kulturellen Ebene rezipiert und ausgetragen – selbst wenn ihre Wurzeln woanders liegen. Ihre Akteure bedienen sich der Mechanismen der gegenseitigen Ausgrenzung. Gesellschaftliche Konflikte sind vielschichtig und zu komplex, um durch politische oder wirtschaftliche Interventionen allein gelöst zu werden. Vielmehr müssen multidimensionale Ansätze und ganz unterschiedliche Kommunikationskanäle geöffnet werden, um gesellschaftliche Konflikte bewusst zu machen, zu bearbeiten und damit einem Abgleiten in Zonen der Gewalt vorzubeugen. Genau hier kommen kulturelle Aktivitäten und langfristiger, nachhaltiger Kulturaustausch auf Augenhöhe, wie ihn das Goethe-Institut anstrebt, ins Spiel.

Im deutsch-russischen Comic-Projekt »RESPEKT« erstellten 26 Künstler aus neun europäischen Ländern Comics gegen Fremdenfeindlichkeit. In mehr als 50 Städten Russlands wurden Ausstellungen organisiert, insgesamt mehr als 200.000 Comics verteilt und über 400 Workshops mit Jugendlichen durchgeführt. Comic-Kunst legt hier einen neuen Kommunikationskanal gerade zu jungen Menschen. Comic-Kunst spricht ihre Sprache und schafft Bewusstsein für ein gesellschaftliches Problem mit hoher politischer Sprengkraft. In der gemeinsamen Produktion »Open for Everything« von Constanza Macras und dem Goethe-Institut Prag erarbeitete die Berliner Choreographin mit jungen Roma aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei und ihrer Compagnie ein Tanztheaterstück, in dem die »Roma« im Mittelpunkt stehen: Tanz als Möglichkeit, Erfahrungen und auch traumatischen Erlebnissen Ausdruck zu geben und andererseits das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Frage des Umgangs mit »Roma« jenseits von Bedrohungsszenarien oder Verfolgtenpathos zu stärken. Die internationale Konferenz »ÜBER(W)UNDEN« der Goethe-Institute in Afrika stellte die Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Konflikt- und Vergangenheitsbearbeitung in den Mittelpunkt und gab Künstlern und Kulturaktivisten das Wort, deren künstlerische Auseinandersetzung von traumatischen Erlebnissen oder tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen beeinflusst wurde.

Das Goethe-Institut hat in seiner über 60-jährigen Geschichte mit den ihm eigenen künstlerischen und diskursiven Zugängen, für die diese Projekte beispielhaft stehen, auf die Umbrüche in der Welt reagiert. Historische Wendepunkte waren zum Beispiel die Veränderungen in Osteuropa nach dem Fall der Berliner Mauer, als zahlreiche Goethe-Institute in Osteuropa und Zentralasien gegründet wurden, Aktivitäten im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa nach dem Vertrag von Dayton oder die Intensivierung des Dialogs mit der islamischen Welt in der Folge des 11. Septembers.

Im Fokus der letzten Jahre standen unter anderem Länder wie Afghanistan und die arabische Welt, die von tiefgreifenden politischen Änderungen und Umwälzungen betroffen sind. Dort organisiert das Goethe-Institut Kulturprojekte, welche die Transformation voranbringen, den Dialog fördern und die Zivilgesellschaft stärken sollen, auch mit dem Ziel, die Anfälligkeit für gesellschaftliche Konflikte zu verringern. Die »Tahrir-Lounge« am Goethe-Institut Kairo schafft zum Beispiel ein freies Diskussions- und Bildungsforum für junge Aktivisten des arabischen Frühlings, das »Cultural Innovators Network« vernetzt progressive Kulturakteure im Süden und Norden des Mittelmeeres, die Zukunftsprojekte für ihre Gesellschaften entwickeln. Von besonderer Bedeutung sind die Fortbildungsprogramme für Kulturmanager, Kulturschaffende, Verleger und andere Mitarbeiter von Kultur- und Bildungseinrichtungen, die dazu beitragen, dass die kulturellen Infrastrukturen in Umbruchsländern ihrer wesentlichen Funktion nachkommen: den Zugang zu Kultur, Wissen und Bildung für die Menschen zu öffnen.

Kulturelle Freiräume schaffen und so die Integration fördern

Alle diese Beispiele zeigen, wie die Kulturarbeit der Goethe-Institute, die vor Ort eng mit den Kultur- und Bildungsszenen vernetzt sind, angelegt ist und langfristig wirkt. Die Programme der Goethe-Institute schaffen künstlerische Freiräume, in denen sich Vertreter unterschiedlicher Gruppen miteinander auseinandersetzen können. Sie ermöglichen es, durch Kunstprojekte konfliktbelasteten Erfahrungen Ausdruck zu verleihen und fördern Integration und gegenseitige Akzeptanz in heterogenen Gesellschaften. Die Goethe-Institute sind und schaffen öffentliche Foren und Kommunikationsräume für freie Meinungsäußerung und ermöglichen den Dialog durch Begegnungs- und Austauschprogramme. Darüber hinaus leisten sie Beiträge zum Kompetenzaufbau im Kulturbereich und zum Wiederaufbau kultureller Infrastrukturen.

Kulturelle Prozesse wirken, wenn sie langfristig angelegt, offen gestaltet sind und wenn sie Differenz als Chance zu einer konstruktiven Auseinandersetzung auf Augenhöhe sehen. Kultur wirkt, wenn ihr Freiraum und Unabhängigkeit zugestanden wird. Dann eröffnen sich neue, unerwartete und vielfältige Möglichkeiten, gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, die auf anderem Wege unzugänglich scheinen.

Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts

FOTO: ANTONIA ZENNARO / ZEITENSPIEGEL

THEMA

FOTO: ULI REINHARDT / ZEITENSPIEGEL

Segen und Fluch zugleich

Lösungsansätze zur Bewältigung internationaler Konflike – 5 Statements

Für »Im Fokus« haben wir Mitglieder des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit des Deutschen Bundestages um einen kurzen Beitrag zu folgenden Fragestellungen gebeten: Kann man aktive Friedensgestaltung und damit Konfliktbearbeitung erlernen bzw. lehren? Was kann/soll die Politik befördern? Welchen Stellenwert nehmen dabei kulturelle Aspekte ein? Es antworten Roderich Kiesewetter (CDU/CSU), Ulla Schmidt (SPD), Joachim Spatz (FDP), Kathrin Vogler (Die Linke) und Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen). Politik & Kultur befragt in dieser Ausgabe erstmals Mitglieder dieses Unterausschusses. Damit die Einordnung des Ausschusses und dessen Zielsetzung kurz umrissen wird, möchten wir auf die Selbstdarstellung des UA »Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit« verweisen und diese wie folgt zitieren: »Prävention, Bewältigung und Nachsorge von Konflikten kann unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts nur funktionieren, wenn militärische und zivile Maßnahmen in einem umfassenden Konzept miteinander vernetzt werden. Der erstmalig eingesetzte Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses möchte einen wichtigen Beitrag zur Integration des Themas in die parlamentarische Arbeit leisten und u.a. mit Expertenanhörungen und fortlaufenden Unterrichtungen durch nationale, europäische und internationale Institutionen die zivile Krisenprävention und die vernetzte Sicherheit in den Fokus rücken.«

Friedensgestaltung ist lernbar

RODERICH KIESEWETTER

Kann man aktive Friedensgestaltung lernen? Die Versuche und Bemühungen, Konflikte friedlich zu regeln, nehmen zu. In den Konflikten, die wir gerade in neuerer Zeit haben auftreten sehen, wurde auch zumeist versucht, Vermittler einzuschalten. Zum Beispiel war die EU Vermittler zwischen Serbien und dem Kosovo oder vor Kurzem vermittelte Kofi Anan im Syrien-Konflikt. Ich denke, dass diese Form der Friedensgestaltung eine der effizientesten und gerade angesichts der globalen Vernetzung und der immer stärkeren Einbindung von Staaten in supranationale Verflechtungen auch unumgänglich ist. Wenn es um das Erlernen von Konfliktlösungen geht, beziehe ich mich besonders auf Konfliktmediation.

Ja, ich bin überzeugt, dass Friedensgestaltung zumindest bis zu einem gewissen Grad erlernbar ist. Eigentlich ist es geradezu notwendig, sie zu lernen, denn im schlimmsten Fall können Fehler beim Schlichten die Lage noch verschlimmern. Es benötigt viel Feingefühl, um Friedensprozesse zu fördern bzw. überhaupt eine Vermittlung zustande zu bringen. Konflikte können sehr unterschiedlich sein. Während die zwischenstaatlichen Konflikte weniger werden, sehen wir einen Anstieg der innerstaatlichen Auseinandersetzungen. Die Schwierigkeit für den Vermittler kann zunächst darin bestehen, die Ansprechpartner der Konfliktparteien auszumachen, bevor der ohnehin schwierige Vermittlungsprozess beginnt. Konfliktfälle sind auch immer Extremsituationen. Daher lassen sie sich schwer Mustern zuordnen, die konkrete Vorhersagen erlauben. Je nach Konflikt sind unterschiedliche Herausforderungen zu bewältigen. Je nach Konfliktregion und -parteien ist eine differenzierte Herangehensweise erforderlich. So sind kulturelle, historische und zivilgesellschaftliche Aspekte zu beachten, durch die auch die Rahmenbedingungen für die Konfliktlösung bestimmt werden. Ein Beispiel: Wegen der besonderen Vergangenheit ist es nur schwer vorstellbar, dass Deutschland zwischen Israel und Palästinensern vermittelt.

Wir haben mit der EU eine Plattform geschaffen, die den Raum bietet, sich staatsübergreifend auch beim Thema Konfliktbearbeitung auszutauschen und voneinander zu lernen. In diesem Zusammenhang ist auch die grenzübergreifende (Zusammen-)Arbeit von NGOs und Staaten zu nennen. Es gibt einige NGOs, die sich gerade auf dem Feld der Friedensstiftung weltweit betätigen. Know-how für die Friedensschlichtung gibt es zudem bereits auch in einigen Staaten bedingt schon durch ihre Geschichte. So in Irland mit seinem Konflikt im Norden. Letztlich muss auch durch praktische Einsätze gelernt werden. Dazu gehört es auch, eine Vermittlung abzubrechen, wenn diese die Lage eher verschlechtert. Die Aufgabe der Politik ist es, möglichst gute Bedingungen zu schaffen, um den Austausch der verschiedenen Friedensakteure möglichst effizient zu gestalten. Sie muss gewährleisten, dass die Werkzeuge bereitgestellt werden, um auch auf künftige Konflikte so gut wie möglich vorbereitet zu sein.

Roderich Kiesewetter, MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Europaausschuss, Obmann der CDU/CSU Fraktion im Unterausschuss Abrüstung und Mitglied im Unterausschuss für zivile Krisenprävention

Konflikte international lösen

ULLA SCHMIDT

Der Grundstein des europäischen Friedensprojektes wurde von den Gründervätern des Einigungsprozesses auf den Trümmerhaufen des Zweiten Weltkrieges gelegt. Ihre Entscheidung fußte auf der Erkenntnis, dass der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, welche die Gräueltaten beider Weltkriege umfasst, ein friedliches Zusammenleben der europäischen Nationen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts entgegengesetzt werden muss. Das europäische Friedensprojekt, welches die Gründergeneration an unsere Generation weitergegeben hat, beschert unserem Kontinent bis heute die längste Wohlstands- und Friedensperiode unserer Geschichte.

Wir stehen in der politischen Verantwortung, aktiv zu Friedensgestaltungen und zu Aufarbeitungen von Konflikten in Europa und in der Welt beizutragen. Institutionelle Einrichtungen schaffen Rahmenbedingungen, die die Bereitschaft zum Dialog mit der jeweils anderen Seite fördern können. Die außenpolitische Kultur- und Bildungspolitik übernimmt eine wichtige Rolle in diesem Gestaltungsprozess: Sie vermittelt das positive Bild eines weltoffenen Deutschlands in der Welt, pflegt Freundschaften und fördert Vertrauen. Darüber hinaus ist sie ein offener Austauschprozess für die Freiheit, die Emanzipation und die Entwicklung von ärmeren Ländern, für die Krisenprävention und -bewältigung.

Zahlreiche Konflikte weisen eine solche Komplexität auf, dass diese nur in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft gelöst werden können. Aus diesem Grund ist es von großer Wichtigkeit, dass Projekte zur Friedensgestaltung und zur Konfliktbearbeitung auch auf europäischer Ebene initiiert werden. Positiv hervorzuheben ist z. B. das Projekt »More for More«. Mit diesem Projekt werden ehemalige sowjetische Staaten sowie Länder des arabischen Frühlings finanziell von der Europäischen Union unterstützt unter der Bedingung, dass diese sich verstärkt für den demokratischen Transformationsprozess einsetzen. Mit dieser finanziellen Unterstützung wird langfristig eine stabile Nachbarschaftspolitik angestrebt, von der sowohl die Nehmer- als auch die Geberländer in Zukunft profitieren können.

Friedensgestaltung und Konfliktbearbeitung sind immer andauernde und komplexe Prozesse, die alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche umfassen müssen, um langfristig Erfolge für alle Beteiligten verzeichnen zu können. Voraussetzungen für erfolgreiche Friedensgestaltung und Konfliktbearbeitung sind stets festgelegte Grundsätze der beidseitigen Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht. Diese müssen von allen Akteuren erkannt und mitgetragen werden – dies gilt für politische Akteure ebenso wie für Beteiligte in kulturellen Bereichen.

Ulla Schmidt, MdB ist Bundesministerin a.D.

Konfliktsensibilität zeigen

JOACHIM SPATZ

Das internationale Krisenmanagement steht nicht selten vor der schwierigen Herausforderung, dass internationale Hilfe im Rahmen bilateraler oder multilateraler Missionen zwangsläufig immer auch Nebenwirkungen mit sich bringen. Oft bestehen diese in positiven Begleiterscheinungen.

Jedoch hat sich gezeigt, dass sich – wenn auch unbeabsichtigt – eigentlich gut gemeinte Maßnahmen negativ auf Bemühungen zur friedlichen Konfliktransformation auswirken können. Internationale Akteure verschlimmern unter Umständen durch ihre Hilfsmaßnahmen Konflikte und Notsituationen sogar und können Gewaltpotenziale gar

Fortsetzung auf Seite 19 ►

FOTO: FRANK SCHULTZE / ZEITENSPIEGEL

Fortsetzung von Seite 18

indirekt befördern.

Um diesen negativen Begleiterscheinungen entgegenzutreten, hat sich die sogenannte Konfliktsensibilität als eine der wichtigsten Prinzipien herauskristallisiert, deren Einhaltung für das Gelingen von Konflikttransformationen von überragender Bedeutung ist. Der Anspruch »do no harm / Richte-keinen-Schaden-an« ist daher bereits seit Längerem sowohl bei der Planung als auch bei der Auswertung und Anpassung von Maßnahmen im Bereich des Krisenmanagements leitend.

Die Frage, ob man aktive Friedensgestaltung und damit Konfliktbearbeitung erlernen kann, würde ich eindeutig bejahen. Dabei nehmen die kulturellen Aspekte bzw. deren Kenntnis und Berücksichtigung einen enorm wichtigen Stellenwert ein. Aktuelle Einsatzsszenarien stellen sowohl militärische als auch zivile Einsatzkräfte fast immer vor die Herausforderung, in einem für sie zunächst meist unbekanntem Umfeld agieren zu müssen. Um dabei sowohl die eigene Handlungsfähigkeit aufrechterhalten zu können als auch dem Prinzip der Konfliktsensibilität gerecht zu werden, ist es von entscheidender Bedeutung, Kenntnisse über die fremden soziokulturellen und soziopolitischen Strukturen zu erlernen. Dazu zählt auch das Verständnis historischer Gegebenheiten sowie das Bewusstsein für die kulturellen Eigenheiten und die spezifischen Situationen in Konfliktregionen.

Eine kompetente Beratung der Einsatzkräfte im Vorfeld ihrer Entsendung ist eine entscheidende Bedingung für Erfolg oder Misserfolg einer Mission. Sie soll die Akteure dazu in die Lage versetzen, potenzielle negative Auswirkungen des eigenen Handelns erkennen zu können und dieses gegebenenfalls anzupassen. Kenntnisse über die jeweilige Konfliktsituation sowie die lokalen Gegebenheiten sind in diesem Sinne entscheidende Voraussetzungen, um langfristige Konsequenzen des Handelns weitblickend mitzudenken und mit zu berücksichtigen.

Im Bereich der Bundeswehr wird diese Ausbildungsaufgabe durch die »Interkulturelle Einsatzberatung – IEB« unter dem Dach des Zentrums Operative Information wahrgenommen. Die dort angesiedelten Interkulturellen Einsatzberater sind die zuständigen Ansprechpartner für die Soldatinnen und Soldaten. Dort werden die entsprechenden Kenntnisse über den jeweiligen Einsatzraum und die daran angrenzenden Regionen gewonnen und verarbeitet und schließlich an die Bedarfsträger vermittelt. Ähnliche Vorbereitungen finden auch im zivilen Bereich statt, beispielsweise in den Vorbereitungskursen und Lehrgängen des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze – ZIF.

Joachim Spatz, MdB, ist der europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Unterausschusses Zivile Krisenprävention des Deutschen Bundestages

Den Kontext verstehen lernen

KATHRIN VOGLER

Konflikte gehören unvermeidlich zum Leben. Deswegen ist es auch nicht richtig, von »Konfliktverhütung« zu sprechen, sondern es geht um Konflikttransformation bzw. -bearbeitung. Konflikte resultieren aus unterschiedlichen Einzel- oder Gruppeninteressen und werden oft religiös oder kulturell überlagert. Wenn Konfliktbearbeitung im politischen Raum erfolgreich sein will, muss sie zunächst die tatsächlichen (legitimen und illegitimen) Interessen hinter dem Konflikt aufklären und dabei den kulturellen Kontext berücksichtigen. Paul Watzlawick hat den Satz bekannt gemacht, dass für den, der nur über einen Hammer verfügt, jedes Problem wie ein Nagel aussieht. In der zivilen Konfliktbearbeitung kommt es aber darauf an, nicht nur einen vielseitigen Werkzeugkasten von Instrumenten zu beherrschen, sondern auch die Wahrnehmung zu schulen, um eben mehr als Nägel zu erkennen.

Hilfreich ist es, implizite Anliegen der Konfliktparteien explizit zu machen, ihnen selbst und ihrem Gegenüber bewusst zu machen, was die eigentlichen Ziele und Interessen sind. Bei internationalen Konflikten ist es nicht nur sinnvoll, sondern notwendig, den kulturellen Kontext zu verstehen, in den die Konflikte eingebettet sind. Diese Fähigkeiten kann man lernen und trainieren. Seit 1999, als der erste Trainingskurs für den Zivilen Friedensdienst stattfand, hat sich eine reichhaltige Bildungslandschaft entwickelt, die Kurse für gewaltfreie Konflikttransformation, interkulturelle Mediation und Friedensförderung anbietet. Kein Kurs kommt ohne eine Trainingseinheit zu kultureller Identität und Vielfalt aus. Methoden aus den Bereichen Kunst und Kultur sind aus dem Werkzeugkasten der Friedensarbeit schon länger nicht wegzudenken.

In der politischen Landschaft ist allerdings leider zu beobachten, dass Konflikte häufig auf ihre Sicherheitsdimension verkürzt wahrgenommen werden. Deswegen wird eher auf militärische und polizeiliche Maßnahmen gesetzt als auf kulturelle und soziale Prozesse. Das mag damit zu tun haben, dass diese weniger berechenbar erscheinen oder dass sie sich schwieriger durch staatliches Handeln beeinflussen lassen. Man hat den Hammer in der Hand und so muss der Konflikt eben ein Nagel sein. Letztlich aber ist das eine kontraproduktive Entwicklung, nicht nur, weil sie erhebliche Ressourcen bindet, sondern auch, weil sie von den Wurzeln der Konflikte und von möglichen Chancen für ihre Transformation ablenkt. Die Tragik dieser Politik können wir etwa in Afghanistan beobachten, wo zwölf Jahre massiver Militärintervention keineswegs zur Konfliktlösung beigetragen haben.

Bereits vor zehn Jahren schrieb die »Kooperation für den Frieden«, ein Zusammenschluss wichtiger friedenspolitischer Organisationen und Initiativen in ihren Friedenspolitischen Richtlinien: »Die Erfolgsaussicht einer Friedensstrategie liegt im frühen Einwirken auf Anlässe und Motive von Konflikten. Das bedarf der beständigen kritischen Überprüfung der gesellschaftlichen Funktionen von Konflikten im wechselnden sozialen Zusammenhang. Dem Aufbau einer Kultur des Friedens kommt inner- und zwischengesellschaftlich größte Bedeutung zu. Dabei sind eine Ethik des persönlichen Gewaltverzichts und das Training von Dialog und Kommunikation zu fördern. Die Erfahrungen und Strategien von Kriegsdienstverweigerung und Friedensdiensten sind unverzichtbar und müssen produktiv weiterentwickelt werden.« Diese Forderungen an die Politik sind noch weitgehend uneingelöst.

Kathrin Vogler ist Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE und Mitglied im Unterausschuss Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit

Chancen und Probleme

CLAUDIA ROTH

Das Thema »Kultur und Konflikt« ist ein hoch brisantes. Denn Kulturfaktoren sind Identitätsfaktoren und bestimmend für das Selbstbild von Menschen. Daraus resultieren Chancen für die Konfliktbearbeitung, aber auch Eskalationspotenziale, die häufig größer sind als jene, die aus profanen Interessenskonflikten hervorgehen. Denn wer in seiner kulturellen Identität angegriffen wird, steht als Persönlichkeit in Frage. Kulturelle Konflikte sind leicht funktionalisierbar. Populisten wissen genau, wie man entlang von kulturellen Unterschieden Konflikte schüren und damit hohe Resonanz erzielen kann. Auch Huntington mit seinem »Clash of Civilizations« setzt auf diese Karte. Und einer der ältesten ideologischen Tricks besteht ja darin, Interessenskonflikte mit kulturellen Konflikten zu verbrämen. Vermeintliche oder tatsächliche »Beleidigungen« der eigenen Kultur, Nation, Religion oder Geschichte können so wahre Nebelwände an Ressentiment erzeugen, hinter dem ganz anders gelagerte Konfliktursachen verschwinden.

Wer Konflikte lösen will, sollte deshalb zunächst falsche und schädliche Kulturalisierungen kritisieren und auflösen. So sind etwa die offenen Fragen der Integrationspolitik bei uns nicht »dem« Islam geschuldet, wie Innenminister Hans-Peter Friedrich es mit seiner gescheiterten Islamkonferenz insinuiert. Es geht um viel handfestere Dinge, um das Fehlen von fairen Ausbildungschancen, um die Verfestigung einer Zweidrittelgesellschaft durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik, um die mangelnde Willkommenskultur in der Einwanderungsgesellschaft. Der positive Beitrag von Kunst und Kultur zur Konfliktbearbeitung liegt in dem, was sie zum Schutz der Integrität und Würde von Menschen, zur Entwicklung eines fairen Dialogs und einer Kultur des Respekts und der gegenseitigen Anerkennung beitragen kann. Ein Beispiel, das mich tief beeindruckt hat, gaben hierfür Mikis Theodorakis und Zülfü Livaneli mit gemeinsamen Konzerten zur griechisch-türkischen Versöhnung. Damit füllten sie Stadien und begeisterten hunderttausende Menschen – durchaus zum Leidwesen mancher Regierender in beiden Ländern, die sich in der wechselseitigen Feindschaft gut eingerichtet hatten.

Große Bedeutung spielen Literaturübersetzungen, wenn sie Sprachgrenzen überwinden und Menschen auf unterschiedlichen Konfliktseiten einander näher bringen, wenn sie statt zu verteufeln, »ganz normale Menschen« auf der anderen Seite zeigen. Jede kulturelle Aktivität, die wechselseitige Einfühlung und Perspektivenübernahmen ermöglicht, ist hier wichtig, zum Beispiel auch Daniel Barenboims West-Eastern Divan Orchestra, das junge israelische und palästinensische Musiker zusammenführt.

Auch außenkulturpolitische Aktivitäten können einen wichtigen Beitrag leisten, zum Beispiel der Islamdialog, den wir in der rot-grünen Regierungszeit gestartet haben – ein Dialog auf Augenhöhe, bei dem auch die Menschen- und Freiheitsrechte eine wichtige Rolle spielten. Auch die Kritik an einer teilweise mangelhaften Verwirklichung dieser Rechte bei uns, in Deutschland und Europa, wurde nicht ausgeblendet. Denn Menschenrechte gelten universell, sie sind keine Einbahnstraße im interkulturellen Dialog.

Claudia Roth ist Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Von der Schönheit des Grauens

Über die Entstehung und Ästhetik eines Gefühls

MICHAEL DAXNER

Stockhausen zog mit seinen Bemerkungen zur Ästhetik des Anschlags vom 11.9.2001 viel Kritik auf sich, obwohl er nur feststellte, was jeder sehen konnte: eine symbolgeladene Attacke auf die Wahrnehmung, die sich von den Anschlägen aller Art unterscheiden musste, nicht in ihrem Volumen allein, sondern in eben den Symbolen, die sonst als vertraute – Twin Towers, Stadtbild, Macht – Trivia nicht mit Ästhetik in Verbindung gebracht werden. Das bürgerliche Bewusstsein will Ästhetik an das (Kunst-) Schöne binden, und die »Aisthesis«, die Wahrnehmung, in die vorbewusste, unbefragte Psychologie verbannen, oder in den Diskurs.

Aber das geht so einfach nicht. In den »Desastres de la guerra« gelingt Goya etwas ganz Seltenes: Er stellt den »Zwischenraum« zwischen dem tätigen Leben der Beteiligten und ihrer Zurschaustellung als Tote dar. Das Grauen des Krieges ist das Sterben, nicht der Tod. Das Grauen ist ein Teil der Angst, des Ungewissen; es ist ein Teil jener Aussparung, die beim lebendig Handelnden – mag er sich vor etwas fürchten oder nicht – noch nicht, beim Gestorbenen, Zerfetzten, Amorphen nicht mehr vorhanden ist; also uns zur Deutung überlassen wird. Und wir haben Angst, uns graut.

Geglättet lesen wir von 40 Toten als Ergebnis eines Selbstmordanschlags oder eines »Friendly Fire« der Alliierten in Afghanistan; wir sehen ein Objekt, einen Menschen, ein Haus im Zielfernrohr, erst ganz, dann nicht; wir sehen, wie ein Mensch gefoltert wird, aber wir spüren nicht seinen Schmerz. Unsere Vorstellung muss den Zwischenraum überbrücken, und dann – kann uns das Grauen befallen. Die Distanz zwischen Leben und Sterben wird aufgespannt in uns, die sie nicht erleben, aber simulieren müssen, als stünden wir unter der Folter (wie das Peter Weiss geschrieben hat), als müssten wir gleich getroffen werden (wie das Yoram Kaniuk über seine Kriegserfahrung als 17-Jähriger in »1948« beschreibt), als lägen wir pulverisiert im Bombentrichter, wenn wir eine Minute früher hier gewesen wären.

Aber wie geht die ästhetische Verschiebung genau vor sich? Nehmen wir zwei gerade preisgekrönte und umstrittene Filme: »Argo«, die Geiselbefreiung im Iran 1979/80 als CIA-Dokudrama – und »Zero Dark Thirty«, das Aufspüren und Töten von Osama bin Laden 2011. In »Argo« drückt sich alle Angst, jeder Zweifel, die Furcht vor konkreten »Störungen« des Fluchtplans in den Gesichtern und Dialogen der betroffenen Personen aus. Spannung – ja, Grauen – nein. In »Zero Dark Thirty« werden oft Einstellungen an Computerzielgeräten, durch Nachtgläser, durch Koordinatenkreuze geliefert, die das Ziel, letztlich den lebenden Menschen, nur per Assoziation orten lassen. Wenn es auf dem Bildschirm blitzt oder, analog, eine Rauchwolke aufsteigt, weiß man, dass da ein Mensch, eine Menschengruppe, vernichtet wurde, und nicht nur ein Gebäude. Ziel = Mensch. Das war zwar seit Anbeginn so, aber mittlerweile sind die Distanzen so groß, ist der Zusammenhang zwischen Zielen, Maß nehmen, und dem Tötungsakt so gestreckt und unterbrochen, dass er in eine abstrahierende Ästhetik eingebaut werden muss. Das Grauen wächst in dem Maß, in dem Abscheu, der Ekel oder das schlicht Unerträgliche, sich in die Lage der Sterbenden zu versetzen, aus dem Blick verschwinden. Wir verstehen das Grauen der Erkundung, Englisch zutreffend »intelligence« oder »reconnaissance« genannt. Das anamnestische Element wird stärker: Wiedererkennen in der Vorstellung! Unsichtbare Flugapparate sehen, was kein Auge sehen kann, sie liefern Daten, die investigative Mühe abkürzen, »Big Brother« ist ein Kinderspiel dagegen. Wenn es um das Ziel geht, dann ist der Akt des Erkennens – sowie bei bewaffneten Systemen, des Tötens – ethisch »neutral«, um die missglückte, aber aufschlussreiche Formulierung Thomas de Maizières zu zitieren. Uns graut, weil alles abgehört, gesehen, womöglich gerochen und gespürt werden kann, was wir bisher als geschützt angesehen haben. Es geht also um das Wissen, von dem wir nicht wissen, wer es wann wie aneignet. Noch mehr bedrückt die technizistische Ästhetik der Nichtbeherrschbarkeit des autonomen digitalen oder robotischen Waffensystems, das maximale Distanz zwischen den menschlichen Auslöser der gezielten Tötung und dem Objekt setzt. Gleichzeitigkeit ereignet sich, kann aber beim besten Willen nur gedacht und vorgestellt, nie wahrgenommen werden. Man sieht nicht wie man tötet, und meldet Vollzug.

FOTO: ULI REINHARDT / ZEITENSPIEGEL

Demgegenüber sind die Körper der Krieger (Warriors) und Kämpfer (Fighters) in der Tradition der Unverwundbaren – Batman, Spiderman, Siegfried. Sie sind so schön wie unbesiegbar (außer durch jeweils ein Lindenblatt, das die Spannung hält). Der symbolische Körper des Helden bleibt intakt, erfährt keine Amputationen, wird meistens nicht einmal schmutzig. Das hat mehr mit den heutigen Kriegen zu tun, als man auf den ersten Blick meinen möchte: Wenn in asymmetrischen Kriegen gekämpft wird, hat die intervenierende Macht (USA, Russland, NATO etc.) meist Technik bei sich, um den Feind zu orten, sozusagen schon einzukreisen, bevor er es merkt, und wenn möglich wird er unerwartet, von unsichtbaren Basen aus angegriffen und vernichtet. Die US Taktik des zero casualty wurde erstmals mit Stealth-Bombern in Jugoslawien 1999/2000 ausprobiert. Die Tarnkappe, der unsichtbare Krieger, die unscheinbare Waffe erleben ihre neueste Weiterentwicklung.

Die Frankenstein-Ästhetik findet ihre Fortsetzung in Gruselfilmen, »Dungeon«-Stories, in vielen Computerspielen, wo die Abweichung von der

Das Grauen ist ein Teil der Angst, des Ungewissen, des Deutbaren

»Normalität« bizarr, bedrohlich, aber ästhetisch nach der Ähnlichkeit – das ist noch ein Mensch – eingefangen wird. Aber die Gräuel des Krieges erfahren zunächst eine negative Ästhetik – was wahrgenommen wird, kann nicht schön sein, weil es zerstört ist: das Kind mit der Minenprothese, das brennende Gehöft, die aus der Luft beschossenen syrischen Zivilisten. Das ist die andere Seite der kontinuierlichen Schlachtenmalerei – Bilder aus dem amerikanischen Bürgerkrieg sind ein Beispiel für die neue Ästhetik (NYRB April 2013), die sich in den Bildern von Haeberle (My Lai) oder den unzähligen Pietas der letzten Kriege im Sinne der Pathosformeln (Aby Warburg) reproduzieren.

Aber ich behaupte: Wir haben schon neue Texte zu den neuen Kriegen, aber noch keine neuen Bilder. Die Bilder haben es schwer – entweder sie stellen Renaturierungen dar (Manöverbild); oder sie müssen die Brücke zum unsichtbaren, autonomen Waffensystem herstellen, das nur zwei Ausgänge hat: die einseitige Tötung des wehrlosen Feindes; oder die Vorbereitung eines ganz altmodischen Kampfes Mensch gegen Mensch, nachdem die Erkundung einseitige Vorteile für eine Partei erwirkt hat. Das eine ist die gezielte Tötung, die nicht nur mit der moralischen Abwertung des Feindes begründet wird – der muss dann »hässlich« sein, so wie man selber »schön« ist, sondern auch gut zu begründen: Ein undifferenziertes Flächenbombardement wäre noch schlimmer, und schließlich verliert man niemanden von den »Unsrigen«. Und das andere findet in der allseitig einsehbaren Arena des Kriegsschauplatzes statt. In der Militärsprache »theatre« genannt. Bis zum eigentlichen Kampf erledigt alles die Logistik: Erkundung, Nachschub, medizinische Versorgung. Nach dem Kampf wird vielleicht tätowiert – ich kenne viele Arme, die Kerben für getötete Feinde, andere Kerben für getötete Kameraden, und überreichlich Sinnsprüche aufweisen. Aber keine Symbole für diesen Krieg, oder für eine bestimmte Ideologie (wie früher Hakenkreuze oder Parteiembleme). Der Mensch, der nicht richtig Held sein kann wegen der distanzierten Strategien, verändert sein Antlitz. Man muss Sebastian Jungers »Krieg« (Deutsch 2012) lesen und die dazugehörigen Bilder des gefallenen Fotoreporters Tim Hetherington: »Infidel« (2011). Hunderte Aufnahmen von Gesichtern und Oberkörpern. Individuell, aber austauschbar, viele sind gestorben, bevor das Buch in Druck ging.

Das deutsche Afghanistan-Trauma geschah am 4.9.2009, als ein deutscher Oberst, mittlerweile zum General befördert, zwei steckengebliebene Tanklastzüge bombardieren hat lassen. Über 90 Zivilisten sind dabei gestorben, obwohl keine Gefahr für deutsche Truppen bestand. Der Journalist Christoph Reuter (damals Stern) hat sorgfältig recherchiert, der Fotograf Marcel Mettelsiefen hat für jeden Getöteten einen Hinterbliebenen aufgenommen, neben diesen Halbportraits sind die Überreste der Getöteten – Bilder, Ausweise, Gebrauchsgegenstände, und eine kleine Biografie dargestellt. Keine Anklage, keine Kritik, kein direkter Bezug zum Geschehen. Nicht die Distanz der Angreifer zu ihren Zielen, sondern die der Opfer zum Geschehen. Nie war objektive Genauigkeit grauenvoller. Die Würde der Überlebenden verfolgt die Wahrnehmung wie die Erynnien, die Wohlmeinenden, die keinen Täter mehr aus den Augen verlieren. Die amputierten Kinder rühren uns anlasslos. Die Empathie mit den ausgesuchten Opfern schafft aber eine neue Ästhetik des Grauens aus dem Niemandsland der Verantwortung.

Michael Daxner ist Professor für Soziologie der Freien Universität Berlin

Kunst und Konflikt

Die Bezähmung von Gewalt

DIETRICH HEISSENBÜTTEL

In der Silvesternacht 2010 kam es zu einem Anschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria. Nabil Boutros stellte zu dieser Zeit in der Galerie Darb 1718 in Kairo eine Serie fotografischer Selbstporträts aus, in denen er, gekennzeichnet durch Bekleidung, Haar- und Barttracht, wechselnde Identitäten durchspielte. Der Leiter der Galerie, Moataz Nasr, ließ diese Porträts unter der Überschrift »Alles Ägypter« auf Poster drucken. In verschiedenen Städten aufgehängt und als Banner auf den Tahrir-Platz getragen, wirkten sie als Appell zur Einigkeit jenseits kultureller Differenzen.

Während der israelischen Angriffe auf den Gazastreifen im Januar 2009 kontaktierte die israelische Lehrerin Norma Musih aus Tel Aviv-Jaffa den Fotografen Shareef Sarhan, der vor Ort die Zerstörungen dokumentierte. Seine Aufnahmen druckte Musih auf Postkarten, paarweise konfrontiert mit Reaktionen israelischer Künstler. Die Karten waren in der Galerie der Initiative Zochrot ausgestellt, aber auch zum Verschicken gedacht. Denn während in Gaza Häuser einstürzten und Menschen ums Leben kamen, nahm in Israel kaum jemand davon Notiz.

Es ist nicht bekannt, dass die »Postcards for Gaza« die »Operation gegossenes Blei« beendet oder die Konfliktpartner zum Umdenken bewegt hätten. Dagegen mag Boutros' Poster dazu beigetragen haben, einen Konflikt zwischen den verschiedenen religiösen Volksgruppen zu vermeiden. War also das Plakat in Ägypten erfolgreicher als die Postkartenaktion aus Tel Aviv?

Wer so fragt, verkennt, dass es zwischen Kunst und Konflikt einen viel tieferen Zusammenhang gibt. Über eine mögliche Wirkung von Kultur in Konflikten ist in den letzten Jahren viel diskutiert worden, häufig begleitet vom Ruf nach Evaluation. Dahinter steckt offenbar der Wunsch, mit möglichst begrenztem Aufwand Projekte zu fördern, die eine maximal friedensstiftende Wirkung entfalten. Aber Kunst lässt sich in dieser Weise nicht in Anspruch nehmen. Seit es eine autonome Kunst gibt, folgt sie eigenen Wegen – oder nach Kant einem »interesselosen Wohlgefallen«. Ihr Verhältnis zur gesellschaftlichen Realität ist komplex, wie ein Blick auf die deutsche Nachkriegszeit zeigt: Nach der Barbarei der Nazizeit war die Documenta das sichtbarste Zeichen, dass die neue Republik gewillt war, wieder an die zivilisatorischen Errungenschaften der Vorkriegsmoderne anzuknüpfen und auf der symbolischen Ebene der Kunst zu einem friedlichen Austausch zwischen den Ländern der »freien Welt« zurückzukehren. Freilich kann die nicht mehr von Krieg und Nationalsozialismus geprägte Nachwelt den abstrakten Werken der Zeit diesen friedensstiftenden Impetus kaum noch ansehen.

Aber es gab davor und danach durchaus Künstler, die frühzeitig vor den Folgen von Krieg und einer verbrecherischen Politik warnten. So sah der Stuttgarter Maler Oskar Zügel in seinem »Schicksalsbild«, wie er es nannte, bereits 1934-1936 den »Untergang des Unsterns Hitler« und die Zerstörung Stuttgarts voraus. Viele heute weltbekannte Künstler hängten 1966 in Los Angeles insgesamt 418 Gemälde an einen 20 Meter hohen »Artists Tower against the War in Vietnam«. In den 2012 auf der Documenta ausgestellten Diagrammen des 2000 in seinem Atelier erhängt aufgefundenen Künstlers Mark Lombardi finden sich bereits die Spuren, die direkt auf die Anschläge des 11. September 2001 hinauslaufen. Noch am 9. April 2003, dem Tag, an dem die amerikanische Armee Bagdad einnahm, reiste Steve Mumford in den Irak und hielt dann in hunderten von Zeichnungen und Aquarellen das tägliche Leben in dem von Militärpräsenz und Zerstörung geprägten Land fest.

Heute gibt es neue Institutionen wie das Center for Cultural Decontamination in Belgrad oder das Israeli Center for Digital Art in Holon (auch Digital Art Lab, DAL), die in einer Umgebung von Krieg, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt explizit nach neuen Wegen suchen. Die Website des DAL bietet eine Fülle von Beispielen aus allen Teilen der Welt. Nicht den Künstlern ist es vorzuwerfen, wenn ihre Initiativen nicht mehr Wirkung entfalten. Es liegt daran, dass Kunst neben den lauten Stimmen von Militär, Politik und Massenmedien zu wenig Gehör findet.

In anderen Konfliktregionen der Welt ist Kunst hingegen kaum anzutreffen. Es fehlt an Bildungswegen, Ausstellungsräumen und Austauschprogrammen. Hier künstlerische Projekte zu fördern oder ihnen zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen, kann viel bewirken. Die wichtigsten Ansprechpartner sind in solchen Fällen häufig die europäischen und amerikanischen Kulturinstitute.

In Deutschland ist es nach 1945 gelungen, auf allen Gebieten der Kunst wieder Anschluss an aktuelle Tendenzen zu finden – und bis heute zu halten. Und es hat seither keinen Krieg mehr gegeben. Könnte es sein, dass hier ein Zusammenhang besteht? Der Bildhauer Johann Heinrich Dannecker hat hierfür vor gut 200 Jahren mit seinem berühmtesten Werk, der Ariadne, die auf dem Panther reitet, ein Sinnbild geschaffen. Es bezeichnet »die Bezähmung der Wildheit durch die Schönheit«, wie ein zeitgenössischer Kritiker schrieb. Oder aus heutiger Sicht: durch Kunst.

Dietrich Heißenbüttel ist Kunsthistoriker und arbeitet freiberuflich als Journalist

FOTO: FRANK SCHULTZE/ZEITENSPIEGEL

Frauen in bewaffneten Konflikten

Über Gewalt gegen und Ausgrenzung von Frauen in Konfliktsituationen

SELMIN ÇALIŞKAN

Ein wichtiges Instrument für die Frauen-und Menschenrechtsarbeit ist die im Oktober 2000 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution 1325 für Frauen, Frieden und Sicherheit und deren Folgeresolutionen. In ihnen werden Maßnahmen zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und die stärkere Einbeziehung von Frauen in nationale, regionale und internationale Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten empfohlen.

Die Resolution 1325 wird in den letzten Jahren zunehmend von Frauenorganisationen als Instrument der Einmischung genutzt. Diese Tatsache ist interessant, denn oft wird von Seiten internationaler aber auch lokaler Akteure vorgebracht, dass das Empowerment von Frauen nicht der lokalen Kultur entspreche. Es sind gerade lokale Aktivistinnen, welche die Partizipation von Frauen einfordern und Konzepte zur Unterstützung von Frauen entwickeln. So forderte das Kosovar Women's Network im Gespräch mit dem Verhandlungsleiter Martti Ahtisaari die Einbindung von Frauen bei den Statusverhandlungen des Kosovo. Er zeigte sich erstaunt darüber, dass kosovarische Frauen mit ihm über Statusverhandlungen und nicht über »Frauenthemen« sprechen wollten: Es entspräche nicht der kosovarischen Kultur, dass Frauen in der Politik mitredeten. Die Kosovarinnen sahen das anders: Für sie waren die Statusverhandlungen ein »Frauenthema«. Auch Afghaninnen sehen sich während der Friedensverhandlungen von Seiten der internationalen Akteure nicht ernstgenommen und von einheimischen Männern misstrauisch beäugt und bedroht. Ägypterinnen sind auf dem Tahrirplatz sexualisierten Übergriffen von Männern ausgesetzt, die Frauen wieder aus dem öffentlichen Leben verbannen wollen. Auch nach erfolgreichen Protesten sitzen Frauen nicht an Verhandlungstischen. Die Erfahrung zeigt, dass Frauen, die den Krieg überlebt und einen politischen Umbruch vorangetrieben haben, auch von internationaler Seite mit ihren Rechten und ihrem Partizipationsanliegen oft im Stich gelassen werden.

Nach erfolgreichen Protesten sitzen Frauen nicht an den Verhandlungstischen

Die Umsetzung der Frauenrechtskonvention CEDAW und der UN Resolution 1325 würde wohl ohne einen engagierten zivilgesellschaftlichen Einsatz weit hinter ihrem Anspruch zurückbleiben.

Das Trauma

Für jene Frauen jedoch, die durch Vergewaltigungen schwer traumatisiert werden, gibt es in der Nachkriegszeit ohne Unterstützung von außen kaum Möglichkeiten, ins Leben zurückzufinden, geschweige denn, sich aktiv an der friedensfördernden Bewältigung gesellschaftlicher Konflikte und am gesellschaftlichen Wiederaufbau zu beteiligen. Während Überlebende der erfahrenen Gewalt meist nur durch Schweigen begegnen können, wird dieses Schweigen oft auch gesellschaftlich gefördert. Dies ist der Fall, wenn die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit politisch nicht gewollt ist, wenn man anstelle der Aufarbeitung endlich einen »Schlussstrich« ziehen will, wenn eine Konfliktpartei sich die politische Deutungshoheit über die gewaltvolle Vergangenheit aneignet, aber auch wenn die kulturelle Verfasstheit einer Gesellschaft es nicht erlaubt, an Tabus zu rühren und die Gewalterfahrung öffentlich zu benennen. Bei Vergewaltigung ist das Letztere fast immer der Fall.

Die Kultur

In vielen Ländern werden vergewaltigte Frauen und Mädchen stigmatisiert, als Prostituierte beschimpft und müssen ihre Familie und ihr Dorf verlassen. Oft hängt die Sanktion vom Alter und familiären Status der Vergewaltigten ab. In wenigen Ländern wird der Täter bestraft, wobei das Strafmaß von Körperstrafen, über Verbannung aus der Gemeinschaft bis zur Tötung reicht. In Westafrika werden Vergewaltiger zwar aus der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen. Sie haben aber größere Chancen, wieder aufgenommen zu werden, als vergewaltigte Frauen. Falls überhaupt Prozesse vor traditionellen Gerichtsinstanzen stattfinden, werden oft die Frauen und Mädchen angefeindet, reviktimisiert, traumatisiert und rufgeschädigt.

Frauen gelten oftmals noch als rechtsunmündig

Traditionelles Recht

Traditionelle Formen zur Gewaltaufarbeitung sind meist Männerdomänen. Frauen gelten als rechtsunmündig und müssen sich von ihren Ehemännern, Vätern oder Brüdern vertreten lassen. Oft geht es bei traditionellen Konfliktregelungen nicht um die Frau selbst, sondern um die Wiederherstellung familiärer und gesellschaftlicher Beziehungen. Kongolesische Aktivistinnen berichteten z.B., dass Überlebende in traditionellen Verfahren retraumatisiert werden, da diejenigen, die diese Prozesse leiten, eigene Interessen haben. Die Aktivistinnen versuchen daher, bestehende Gesetze zu nutzen, weil diese sexualisierte Gewalt bestrafen.

Internationales Recht als verlässlichere Größe

So ist die Verurteilung von Gewaltverbrechen gegen Frauen und Mädchen bei nationalen Gerichten und am Internationalen Strafgerichtshof eine unverzichtbare Anerkennung von Menschenrechtsverletzungen an Frauen – ein wichtiger Aspekt für die persönliche Aufarbeitung des Traumas, aber auch für Versöhnungsprozesse und die Prävention vor neuer Gewalt. Von der systematischen Umsetzung einer durchgängigen Geschlechterperspektive ist auch Deutschland noch weit entfernt. Umso bedeutender ist es, dass die Traumatisierung und ihre Folgen gemeinsam mit der Beendigung der Straflosigkeit als Schlüsselaspekte für Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltigen Frieden, auch hierzulande, endlich Eingang in die Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik finden.

Selmin Çalışkan ist Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International

Ein Instrument zur Meinungsfreiheit

Die Kulturmagazine der DCTP (Development Company for Television Program)

PAUL LEO GIANI

Wer Sonntag nachts zappt und gegen halb eins im Programm von Sat.1 stoppt, stößt auf eine Sendung, bei der er sich zunächst vielleicht irritiert fragt, ob er sich im Sender geirrt hat. Titel wie »Orientierung in unsicherer Welt« mit Prof. Gerd Gigerenzer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, der über »Blinde Flecken« im Bildungswesen spricht, oder (an einem anderen Tag) ein Gespräch mit Prof. Alf Christophersen zu »Sternstunden der Theologie« – oder »Der älteste Mythos der Menschheit«: der Assyriologe Prof. Dr. Walther Sallaberger über den Gilgamesch-Epos.

Es sind die Sendungen des Formates »NEWS & STORIES«, 45 Minuten lang, die von Alexander Kluge produziert bzw. verantwortet werden. Tiefschürfende Gespräche zu Themen, die ernste, existentielle Fragen der Menschheit, der Welt, der Literatur, der Musik und vieler anderer Bereiche betreffen. Das Programm steht in einem besonders auffälligen Kontrast zum übrigen Programm von Sat.1, das auf Unterhaltung orientiert ist.

Um die Facetten noch etwas anzureichern, noch einige weitere Titel: »Geheime Evangelien«, »Als die Himmel noch miteinander sprachen«, »Stalingrad – das Ende der Führung«, »Begehbare Geschichte«, »Geschichte des Menschenhandels«, »Die Wanderung ins Eiszeit-Land«, »Tokyo, die Baustelle am Abgrund«, »Unser ferner Spiegel: Menschen der Steinzeit«, »Wozzek«, »Europa, das unbeschriebene Blatt«, »Die Götterdämmerung«, »Siegfried«, »Xerxes« ...nur eine kleine Auswahl von 50 Sendungen pro Jahr.

Das andere Kulturmagazin, das Kluge produziert, findet sich im Programm von RTL – Montag abends nach dem Nachtjournal um 0.30 Uhr – 24 Minuten lang – mit dem Titel »10 VOR 11« (dieser

Vom »Quotenkiller« zum festen Bestandteil des Programms

Titel sei kurz erklärt, bevor der Leser sich in Spekulationen über tiefgründige Gedanken verliert: Der ursprüngliche Sendeplatz vor 20 Jahren war auf 22.50 Uhr gelegt - also »10 vor 11«). Das Ziel ist – um es in Kluges eigener Formulierung auszudrücken – »nicht nur die Vielfalt von Bildung und Kultur darzustellen, sondern es geht zusätzlich darum, dass diese Berichterstattung auch in den Ausdrucksformen der Kulturbereiche (die sehr verschieden sind) erfolgt«. Es geht nicht um Sendungen »über« Kultur, sondern um Sendungen in der »authentischen Ausdrucksweise der Kultur«.

Auch dazu nur einige Beispiele: »Die Soldaten« – Oper in vier Akten von B.A. Zimmermann; »Super-Beethoven« – Helge Schneider in der Rolle des Genies; »Der Aufstand beginnt als Spaziergang« – Thomas Thieme über Heiner Müllers Hamletmaschine und Antonin Artauds Theater der Grausamkeit; »Der Neutronenjäger« – Prof. Spiering und die Suche nach der Dunklen Materie; »Der Irrsinn des Kriegs und die Würde der Liebe« – Prokofiews Krieg und Frieden an der Oper Köln; »Pergamon« – Panorama einer antiken Metropole; »Die Kulturgeschichte der Mausefalle« – W. Klein über den 8000-jährigen Krieg zwischen Menschen und Mäusen; »Das Gift des Ketzers« – wie der Vatikan Originaltexte Spinozas rettete; Schönbergs »Dr. Faust« – Das einzigartige Musikdrama »Die glückliche Hand« an der Staatsoper Stuttgart; »Die 7 Todsünden und der moderne Charakter« – Oskar Negt im Gespräch.

Mit diesen Beispielen soll es aus Raumgründen hier sein Bewenden haben. Sie geben jedenfalls einen ungefähren Eindruck von der Art, in der diese Programme konzipiert sind.

Helmut Thoma, der legendäre erste Senderchef von RTL, belegte Kluges Programme in den 90er-Jahren mit sehr abschätzigen Begriffen – »Quotenkiller« ist nur einer davon. Diese Art von Kritik ist seltener geworden. Diese Programme sind mittlerweile ein fester Bestandteil bei RTL und Sat.1 geworden – und sie haben auch ein festes Publikum. Für diejenigen, die sie unter Quotengesichtspunkten als »quantité negligeable« abtun wollen, seien nur einige Fakten aus der Zuschauerforschung genannt:

Die durchschnittlichen Zuschauerzahlen liegen zwischen 300.000 und 600.000 – in Einzelfällen über einer Million. Nimmt man beide Programme zusammen, erreicht Kluge damit jede Woche beinahe eine Million Menschen – da müsste man viele Theatersäle füllen, um eine vergleichbar hohe Zahl von Zuschauern anzusprechen.

Viele Menschen – vor allem jene, die mit der deutschen Medienordnung wenig zu tun haben – fragen sich, wie es möglich war und ist, dass Programmformate wie »NEWS & STORIES« oder »10 VOR 11« in kommerzielle Programme von Sat.1 oder RTL Aufnahme finden konnten. Die Antwort findet sich in der klugen Reaktion der föderalen Medienpolitik bei der Umsetzung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) zur Gewährleistung der Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz.

Das BVG hat in ständiger Rechtsprechung seit über 50 Jahren wiederholt betont, dass die Rundfunkfreiheit eine »dienende Freiheit« ist und der Gesetzgeber geeignete Vorkehrungen treffen muss, um einerseits zu verhindern, dass »vorherrschende Meinungsmacht« bei Wenigen entstehen kann (was eine Gefahr für die Demokratie wäre) und dass andererseits gerade im Fernsehen die »Vielfalt der in einer Gesellschaft bestehenden Meinungen« sich wiederfinden soll. Mit anderen, plastischeren Worten: Auch beim privaten, kommerziellen Fernsehen darf die Quote und der Gewinn nicht das einzige Orientierungsdatum sein, sondern auch dort müssen – jedenfalls in einem kleinen Umfang – Vielfalt sichernde Elemente existieren. Dies führte dazu, dass die Länder in den Rundfunkstaatsverträgen bei den beiden großen TV-Veranstaltergruppen eine Verpflichtung zur Einräumung von »Sendezeiten für unabhängige Dritte« und für Regionalfenster festgelegt haben. Sat.1 und RTL müssen jede Woche 180 Minuten Sendezeiten an unabhängige Dritte zur Verfügung stellen (zusätzlich zu den Regionalfenstern). Diese werden von der zuständigen Landesmedienanstalt ausgeschrieben und in einem langwierigen und komplizierten Auswahlverfahren aus dem Kreis der Bewerber ausgewählt. Für einen kleinen Teil dieser ausgeschriebenen Sendezeit hat sich auch Alexander Kluge mit seinen genannten Kulturformaten beworben und ist von den Landesmedienanstalten ausgewählt worden (andere Fensterprogrammformate sind z.B. SPIEGEL TV, FOCUS TV, Stern TV).

Diese unabhängigen »Fenster« im Programm von RTL und Sat.1 sind von interessierter Seite immer wieder kritisiert worden. Aber auch sehr viele, die anfangs bei ihrer Einführung in den 90er-Jahren skeptisch waren, sind inzwischen überzeugt, dass sie – im Unterschied zu »Beiräten« o.Ä. – das einzige wirksame Instrument sind, von dem ein Stück zusätzlicher Meinungsvielfalt ausgeht. Wenn man bedenkt, dass alle Fensterprogramme nach dem Rundfunkstaatsvertrag zusammen Woche für Woche mehr als zehn Millionen Zuschauer erreichen, wird man dem nur zustimmen können.

Paul Leo Giani ist Rechtsanwalt in Wiesbaden

Auf dem Weg zu einem Medienstaatsvertrag

Wir brauchen eine Diskussion zur Funktion der Medien in der digitalen Welt

HELMUT HARTUNG

Es gibt viele Dinge im Leben, an die man sich gewöhnt hat und die einem unumstößlich erscheinen, weil sie vernünftig und sinnvoll sind. Zu diesen anscheinend ehernen Gesetzen gehört die Überzeugung, dass Medien in unserer Gesellschaft eine Doppelfunktion haben, auf der einen Seite die Basis der gesellschaftlichen Kommunikation bilden, Kulturgut sind und auf der anderen Seite Wirtschaftsgut.

Diese Doppelfunktion der Medien ist auch durch das Grundgesetz geschützt. Zu den Kommunikationsfreiheiten gehören: Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1, 1. Hs. GG), Rezipientenfreiheit (Informationsfreiheit) (Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2. Hs. GG), Rundfunk-und Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG). Hinzu kommen die Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) und das Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG).

Aus der Doppelfunktion leiten sich auch eine Reihe von Privilegien für die Medien ab: Printmedien werden nur mit sieben Prozent Mehrwertsteuer besteuert, Journalisten sind in der Ausübung ihres Berufes besonders geschützt, es existiert ein sogenanntes Presseprivileg beim Datenschutzrecht, spezielle Rundfunkfrequenzen dienen ausschließlich der Übertragung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird mit einem Rundfunkbeitrag finanziert, über Fragen des Wettbewerbs zwischen den Medien, über den Zugang zu Medien entscheidet nicht allein das Kartellrecht, sondern auch das Medienrecht. Um die Vielfalt zu sichern, werden Medien und Medieninhalte auch direkt finanziell gefördert.

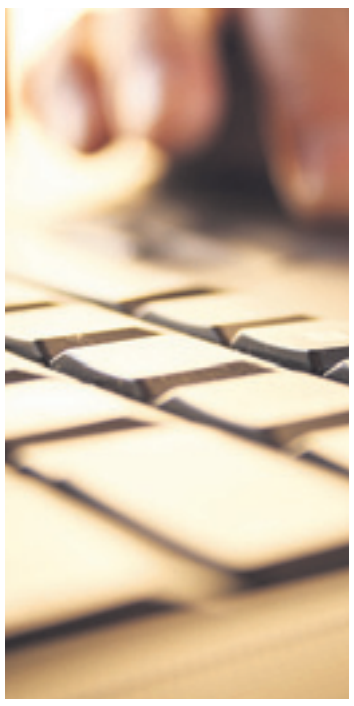


FOTO: IGSL/ PHOTOCASE.COM

Aufgrund ihres großen Einflusses auf die Meinungsbildung im Volk werden die Medien gelegentlich auch als vierte Gewalt neben den klassischen drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative bezeichnet. Dies ist insofern auch naheliegend, als dass die Medien tatsächlich über kritische Berichterstattung die anderen Gewalten bis zu einem gewissen Grad kontrollieren (Kritik- und Kontrollfunktion der Medien).

Besondere Funktion der Medien wird zunehmend infrage gestellt

Diese besondere Funktion der Medien und damit auch ihr bevorzugter Schutz werden zunehmend infrage gestellt. So wird die Meinung vertreten, dass die neuen sozialen Medien, dass Blogs und andere Online-Angebote, dass der Informationsüberfluss im Internet, professionelle Journalisten und damit auch Medien in ihrer herausragenden Funktion für die gesellschaftliche Kommunikation und damit für das Funktionieren der Demokratie ersetzen können. Daraus wird geschlussfolgert, dass Medien ihre Doppelfunktion verlieren und nur noch Wirtschaftsgut sind. Damit entfalle ihr besonderer Schutz, damit wären aber auch besondere Förderungen nicht mehr zulässig. Medien würden wie die Automobilindustrie oder der Maschinenbau ausschließlich dem Kartell- und Wettbewerbsrecht unterliegen.

Diese Auffassung vertreten inzwischen auch Kommissare der EU – diese Frage spielt zum Beispiel bei der sogenannten Kinomitteilung der EU, die gegenwärtig debattiert wird, eine entscheidende Rolle – und auch bei den Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ist dieses Thema hoch aktuell.

Zum Schutz der Medien und ihrer nach wie vor wichtigen Rolle bei der gesellschaftlichen Meinungsbildung muss deshalb sichergestellt werden, dass bei den Verhandlungen der völkerrechtlichen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union als Vertragsparteien des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005 Rechnung getragen wird. Dieses stellt sicher, dass auch bei fortschreitender Deregulierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen Kultur- und Medienpolitik sowie öffentliche Kunst- und Kulturförderung, einschließlich der Förderung von Kultur- und Kreativwirtschaft, im Sinne der Wahrung der kulturellen Vielfalt weiterhin als politische Instrumente erhalten bleiben. Insbesondere bei internationalen Handelsvereinbarungen muss der besondere Doppelcharakter von kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen als Kultur- und Wirtschaftsgut gewahrt bleiben.

Debatte zur Rolle der Medien in der Gesellschaft

Angesichts der nationalen und internationalen Debatte ist es dringend, dass sich unsere Gesellschaft darüber verständigt, welche Funktionen die Medien in der digitalen Welt erfüllen, welchen Beitrag sie zur gesellschaftlichen Kommunikation leisten sollen. Daraus muss die Politik dann ableiten, inwieweit Medien oder mediale Plattformen reguliert, inwieweit sie privilegiert werden müssen, um diesen Auftrag zu erfüllen. Von dieser Grundverständigung ist dann auch abhängig, wie die künftigen Strukturen für eine mögliche Medienregulierung – oder Aufsicht – aussehen müssen, ob es anstelle der Rundfunkkommission der Länder eine Medienkommission geben muss oder anstelle von 14 Landesmedienanstalten eine Medienanstalt der Länder, die sich nicht nur um den klassischen Rundfunk, sondern auch um die Online-Medien kümmert. Zu dieser Perspektive gehört dann sicher auch ein Medienstaatsvertrag, der die Rundfunkstaatsvertrage ersetzt.

Sind Medien heute nur noch ein Wirtschaftsgut?

Die Notwendigkeit einer neuen Medienpolitik hat auch Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Ende Mai beim Hamburger Mediendialog erläutert:

»Es geht künftig vor allem darum, Vielfalt dort sicherzustellen, wo Information von den Lesern und Zuschauern gefunden werden kann. Das sind noch die Medienkanäle, aber es werden zunehmend die Plattformen, auf denen zwar im Prinzip alles verfügbar, aber oft nur theoretisch auffindbar ist. Diese Frage betrifft die klassischen Medien ebenso wie das Netz. Wir müssen sie deshalb übergreifend bearbeiten. Wir sollten es uns als Länder zutrauen, einen Medienstaatsvertrag zu schreiben, der auf Artikel 5 des Grundgesetzes aufsetzt, eine umfassende Medienordnung auf der Höhe der digitalen Zeit beschreibt und so das vielfach geforderte level playing field absteckt.

Dabei brauchen wir neue Mitstreiter. Die Debatte darf uns nicht zerbrechen: In die Medienpolitiker auf der einen Seite, die nahe beim Content stehen und sich in zähen Kompromissen millimeterweise bewegen, und in die Netzpolitiker auf der anderen Seite, die nahe bei der Technology sind, und lustvoll Revolution predigen. Medien- und Netzpolitik gehören genauso zusammen wie Content und Technology.«

Helmut Hartung ist Chefredakteur und Herausgeber von promedia – das medienpolitische Magazin

Finanzierung von Öffentlichkeit

Oder: Warum es sich lohnt, dafür Verantwortung zu übernehmen

MARC JAN EUMANN

Die digitale Welt ist eine Welt des Überflusses: Noch nie gab es so viele Texte, Töne und Bilder. In jeder Minute des Jahres 2012 wurden 72 Stunden neues Videomaterial auf YouTube geladen. Das sind in einer Woche 725.760 Stunden. Ein 80-jähriger Mensch kann hingegen nur auf 700.800 Stunden Leben zurückblicken. Und YouTube ist nur ein Distributionskanal –neben unzähligen weiteren. So vielfältig, faszinierend, grenzenlos und bisweilen auch abstoßend uns die Inhalte erscheinen, umso anspruchsvoller ist es, das Relevante für uns selbst und für die Gesellschaft zu identifizieren – und dann zu nutzen. In der digitalen Welt des Überflusses wächst die Bedeutung von Sortierern und Einordnern sowie denjenigen, die sich auf Authentizität und konsistente, nachvollziehbare Regeln verpflichtet haben. Man könnte sie auch, ein wenig altmodisch, Journalisten nennen.

Die Finanzierung von Journalismus hat viele Jahre im Großen und im Ganzen funktioniert. Das hat sich geändert. Grundlegend. Der Journalismus, der bislang über Print finanziert wurde, ist akut gefährdet. Eine alternative und adäquate Finanzierung ist (noch) nicht in Sicht. So ist die Finanzierungsfrage untrennbar mit der Sicherung von Vielfalt durch Journalismus verknüpft.

Journalismus war schon immer ein Subventionsgeschäft. Heute stellt sich aber eine alte Frage neu: Wer subventioniert in Zukunft Journalismus, wenn die alten Geschäftsmodelle, also vor allem die Finanzierung über Anzeigen und Werbung, nicht mehr ausreichen? Gewiss mag es manche geben, die meinen, demokratische Gesellschaften kämen in Zukunft ohne die Leistungen eines unabhängigen Journalismus aus. Dieser Auffassung bin ich nicht. Das Qualitätssiegel »Made by Journalist« muss gerade im Meer der Informationen und der stärker werdenden Vermischung von Information und Meinung als Orientierungsleistung erhalten bleiben.

Was ist zu tun, um diese besondere Variante des Strukturwandels der Öffentlichkeit zu begleiten? Kulturelle und wirtschaftliche Dynamik kann durch Innovation, Passivität oder Kreativität beeinflusst werden. Eine Möglichkeit wäre Passivität, also einfach Nichtstun. Hundert Jahre ist es gut gelaufen für die Verlage, jetzt ist es vorbei. Das ist anderen Branchen auch schon passiert. Wer diese Haltung einnimmt, verkennt die schlichte Tatsache, dass Verlage, dass Medienhäuser, deren Produkte im Kontext gesellschaftlich relevanter Massenkommunikation stehen, immer beides sind: Wirtschafts- und Kulturgut. Die Auswirkungen digitaler Öffentlichkeit machen sich nicht nur überregional, wie bei der Insolvenz der Frankfurter Rundschau, bemerkbar, es gibt ein kontinuierliches Schrumpfen der Regional- und Lokalzeitungen. Diese Entwicklung trifft nicht nur Verleger und Journalisten, sondern auch die demokratische Gesellschaft. Hinzu kommt: Nicht sicher ist, ob nicht auch weitere Träger journalistischer Leistungen wie kommerzielle Rundfunkanbieter in den nächsten Jahren in den Strudel dieses digitalen Transformationsprozesses geraten.

Wenn Passivität keine Option ist, lohnen die Auseinandersetzung und der Streit um Lösungen. Denn es gibt nicht nur eine unternehmerische Verantwortung der Verlage, sondern auch eine Verantwortung der Politik und Gesellschaft, wenn man unabhängige und professionelle Medien ins digitale Zeitalter transformieren will. Dabei wird es kaum einen Königsweg geben.

Es ist absurd, dass Beiträge der Politik allein mit Verweis auf die Staatsferne und Freiheit der Medien diskreditiert werden. Die Staatsferne und Freiheit der Medien werden in keiner Weise infrage gestellt, diese Grundwerte sind konstitutiv für die Funktionsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft. Erfreulich wäre vielmehr ein konstruktiver Diskurs mit all denen, die vom digitalen Strukturwandel betroffen sind, nämlich Verleger, Journalisten, Politiker und Mediennutzer. Selbstverständlich sind die Medienhäuser vor allem selbst gefragt, um die ökonomischen Veränderungen zu bewältigen. Sie müssen journalistische Produkte entwickeln und Vertriebswege nutzen, die sich behaupten. Wahrscheinlich ist, dass manche journalistische Produkte teurer werden müssen. Das kann zu Konsequenzen mit Blick auf die Vielfalt und die Qualität führen. Deswegen lohnt es sich, auch darüber zu streiten, ob Kooperationen, oder noch besser: Coopetition, also Zusammenarbeit und Wettbewerb, Vielfalt und Qualität des journalistischen Produkts sichern helfen können. Es könnten beispielsweise Doppelausgaben vermieden und Parallelstrukturen abgebaut werden, mit dem Ziel, Journalismus zu stärken.

Wir müssen eine Entscheidung treffen: Wie viel Vielfalt wollen wir und wie viel Geld soll wer warum in die Hand nehmen?

Dies gilt für verschiedene Ebenen, zum Beispiel für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Für mich ist unumstritten: Es bedarf eines starken und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch im digitalen Medienzeitalter. Allerdings steht er, wie alle anderen, die einen gesellschaftlichen Auftrag haben und von den Bürgern finanziert werden, in der Verantwortung, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Dann gibt es die Ebene, auf der sich öffentlich und privat finanzierter Journalismus im direkten Wettbewerb begegnen. Für sie gilt ganz besonders: Kooperiert, wo es geht (Jay Rosen).

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist vor dem Hintergrund seiner Finanzierung gefordert, in diesem Transformationsprozess den Journalismus sichern zu helfen – auch außerhalb seines direkten Wirkens. Und auf einer weiteren Ebene geht es um die Fragen der öffentlichen und privaten Finanzierung. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es wird auch zukünftig sehr erfolgreiche private Medienhäuser geben; ganz sicher, verfassungsrechtlich geboten und gesellschaftspolitisch erwünscht, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zentral sind für mich folgende Fragen: Wie viel Vielfalt wollen wir? Wie viel Geld soll wer und warum in die Hand nehmen? Hier kann der Haushaltsbeitrag mehr leisten als bisher, ohne Marktverzerrungen zu bewirken. Auch die Gesellschaft kann mehr: Neue Modelle der Nutzerbeteiligungen, Genossenschaften, Crowdfinanzierung sind nur drei Stichworte.

Die Frage, wie Öffentlichkeit zukünftig finanziert werden kann, ist damit nicht gelöst. Die Medienpolitik und die Medienschaffenden tragen aber die Verantwortung dafür, dass gesellschaftlich akzeptierte Konzepte zur Finanzierung von Öffentlichkeit entwickelt werden. Passivität und Obstruktion helfen hier nicht weiter, gefragt sind vielmehr Kreativität und Mut, neue Wege zu gehen. Das gilt auch für den Vorschlag Nordrhein-Westfalens, einen Teil des sich aus § 10 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages ergebenden Anteils gezielt für innovative Projekte zur Sicherung der Rundfunkfreiheit zu verwenden. Dieser Vorschlag wird aktuell kontrovers diskutiert. Und das ist auch richtig so. Wir müssen über das Wie streiten. Wie können Angebote aussehen, die Vielfalt sichern helfen? Sind Recherchestipendien geeignet, brauchen wir eine bessere Verzahnung zwischen Wissenschaft und Praxis, wie sieht es mit der Weiterbildung aus? Das sind nur einige Fragen, über die wir diskutieren. Und die Diskussion hat gerade erst begonnen, auch deswegen sind Ideen, Anregungen und Vorschläge mehr als gewünscht. Aber eines scheint sicher: Nichtstun wäre das Falsche.

FOTO: OHNESKI / PHOTOCASE.COM

Marc Jan Eumann ist Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

INFO

Es handelt sich um eine gekürzte und leicht veränderte Fassung eines Textes, der im Juni 2013 im Band »Medien, Netz und Öffentlichkeit. Impulse für die digitale Gesellschaft«, herausgegeben von Marc Jan Eumann, Frauke Gerlach, Tabea Rößner und Martin Stadelmeier, im Klartext Verlag in Essen erschienen ist (474 Seiten, ISBN 978-3-8375-0931-1).

Der Autor freut sich über Ideen und Anregungen an: marcjan.eumann@stk.nrw.de

Zur Netzpolitik der Zukunft

5 Statements zum Thema Neue Medien und den Perspektiven der digitalen Gesellschaft

Dorothee Bär, MdB ist Vorsitzende des netzpolitischen Arbeitskreises der CSU und stellv. CSU-Generalsekrerärin

Lars Klingbeil, MdB ist Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und im Unterausschuss Neue Medien

Sebastian Blumenthal, MdB (FDP-Bundestagsfraktion) ist Vorsitzender des Unterausschusses Neue Medien

Petra Sitte, MdB ist stellv. Vorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Konstantin von Notz, MdB ist Mitglied der Bundesfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Fest verankert

DOROTHEE BÄR

Aus netzpolitischer Sicht betrachtet war diese nun auslaufende Legislaturperiode eine Art Kennenlernphase. Diesen Status zu überwinden und unseren (netz-)politischen Credos nun politische Umsetzung folgen zu lassen, werden die wichtigsten Aufgaben für die nächste Legislaturperiode werden. Konkret heißt das, dass wir viele unserer Gesetze einem Digitalisierungs-Check unterziehen müssen. Ganz besonders wird dies beim Urheberrecht deutlich, dessen Neugestaltung sicher in die nächsten Jahre fallen wird. Gesetze müssen für die Lebenswirklichkeit aller Interessensvertreter in einer digitalen Gesellschaft geeignet und umsetzbar sein. Nur dann erhalten sie die nötige Praktikabilität und Akzeptanz in der Bevölkerung. Außerdem müssen wir dafür Sorge tragen, dass kreative Menschen mit mutigen und innovativen Geschäftsmodellen die Chancen und Möglichkeiten des digitalen Zeitalters nutzen können. Die Politik muss die nötigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, die solche Unternehmungen fördern. Mein Verständnis von einer digitalen Gesellschaft ist eine Gesellschaft in Freiheit und Fairness. Dazu gehört, dass wir den Menschen auch die nötige Sicherheit geben und politisch tätig werden, wo diese Sicherheit bedroht ist. Ein großes Thema für die nächsten Jahre wird deshalb der Datenschutz sein, dessen Einhaltung politisch geregelt werden muss. Dies darf nicht durch eine Verbotskultur, sondern durch eine sinnvolle Gesetzgebung geschehen, die einhergeht mit der Vermittlung von Medienkompetenz und der Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln der Bürgerinnen und Bürger. Der Ausbau der Infrastruktur, die Verankerung des Themas Medienkompetenz in Schulen, Universitäten und allen anderen Bereichen der Ausbildung, ein Grundoptimismus den Chancen einer digitalen Gesellschaft gegenüber und dabei die Kenntnis der Risiken ebenso wie der adäquate Umgang, gehören zur Netzpolitik der nächsten Jahre, wie ich sie mir vorstelle. Um all diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist es sinnvoll, sowohl einen ständigen Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft im Deutschen Bundestag zu etablieren – so, wie es die entsprechende Enquete-Kommission unlängst gefordert hat – als auch einen eigenen Staatsminister für dieses Themenfeld einzusetzen. Wir leben in einer digitalen Welt mit veränderten Lebensrealitäten und einem völlig neuen Verständnis von Kommunikation. Das haben wir festgestellt. Jetzt müssen wir auch souverän damit umgehen.

Zugang ermöglichen

LARS KLINGBEIL

Aus meiner Sicht sind netzpolitisch in der kommenden Legislatur drei Dinge besonders wichtig. An erster Stelle steht der Breitbandausbau. Der Zugang zum schnellen Internet muss heute der Teil der öffentlichen und medialen Daseinsvorsorge sein. Er ist die Grundlage für Zugang, Teilhabe und Kreativität im Netz. Es geht auf der einen Seite um eine Grundversorgung, aber auch darum, dass die Unterschiede in der Versorgung mit schnellem Internet zwischen Stadt und Land verringert werden. Dazu gehört dann auch die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität, weil auch das die Grundlage gleichberechtigten Zugangs und Innovation im Netz ist. Der zweite wichtige Punkt ist aus meiner Sicht die Medienkompetenz. Der Umgang mit dem Internet und der technischen Infrastruktur müssen in der Bildung und Ausbildung gerade junger Menschen eine größere Rolle spielen. Eine digitale Selbstständigkeit muss dabei das Leitbild sein. Die Startchancen von Menschen in der digitalen Gesellschaft dürfen nicht von der finanziellen Situation oder der Netzaffinität der Eltern abhängen und deshalb braucht jede Schülerin und jeder Schüler einen Laptop oder einen Tablet. Außerdem müssen Bildungsmaterialien digitalisiert und Erzieher, Lehrer, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter medienpädagogisch aus- und weitergebildet werden. Der dritte wichtige Schwerpunkt wird der Bereich Digitale Arbeit sein. Digitale Arbeit ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon heute Realität. Arbeit wird dezentraler und durch neue Techniken zunehmend unabhängig von Ort und Zeit. Das bietet auf der einen Seite riesige Möglichkeiten für mehr Freiheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auf der anderen Seite erkennen wir aber auch Herausforderungen durch Überforderung, Projektdruck und die Entgrenzung von Arbeitszeiten. Diesem Thema muss sich die Politik annehmen, um die Chancen und emanzipativen Potenziale digital vernetzter Arbeit zu fördern und auf der anderen Seite Probleme durch klare Regeln abzubauen.

All das ist nur ein kleiner Ausschnitt einer Fülle von Themen, die in der kommenden Legislatur in der Netzpolitik eine große Rolle spielen werden. Die SPD hat einen Kreativpakt für die Kultur- und Kreativwirtschaft erarbeitet, den wir umsetzen wollen. Das Urheberrecht, die Datenschutz-Reform und viele weitere Dinge werden ebenfalls im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen einen eigenständigen Ausschuss für Netzpolitik im Bundestag und einen Staatsminister im Kanzleramt, der das Themenfeld koordiniert und Themen vorantreiben kann.

Breitbandausbau

SEBASTIAN BLUMENTHAL

In der Netzpolitik für die nächste Legislaturperiode sehe ich drei Fokusthemen auf der politischen Agenda.

Erstens müssen die Ziele zum Breitbandausbau weiter intensiv verfolgt werden. Insbesondere in den letzten drei Jahren sind hier dynamische Fortschritte gemacht worden, allerdings gibt es noch immer Regionen mit »weißen Flecken«, die es zu schließen gilt.

Zweitens setze ich mich dafür ein, die Forderung nach einem Hauptausschuss Netzpolitik (Arbeitstitel) der Internet Enquete-Kommission in die Tat umzusetzen. Das Themenfeld ist zu umfangreich und von allgemeinpolitischer Bedeutung, als dass es in einem Unterausschuss wie in der aktuellen Legislaturperiode auf Dauer richtig aufgehoben wäre. Netzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe als politisches Handlungsfeld, insofern braucht es auch alle parlamentarischen Instrumente zur Befassung – dies ist nur in einem Hauptausschuss möglich. Dies soll nicht zu einer Kannibalisierung mit der Kultur- und Medienpolitik führen. Oftmals gibt es enge Überschneidungen und direkte Zusammenhänge, teilweise aber auch sehr technisch spezifische Aspekte wie das Thema Breitbandausbau oder das Thema Netzneutralität. Die Kultur- und Medienpolitik soll damit nicht weniger relevant werden. Beide politischen Handlungsfelder sehe ich auf Augenhöhe miteinander.

Drittens werden wir im Bereich des Urheberrechts eine Modernisierung vornehmen müssen. Die FDP hat sich dabei in der Internet Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags klar und eindeutig zum geistigen Eigentum bekannt. Für uns ist und bleibt der kreativ Schaffende Ausgangs- und Fixpunkt in der Betrachtung durch den Gesetzgeber und in der Gewährung von Schutzrechten. Kreatives Schaffen entsteht nicht allein aus dem Umstand der Vernetzung über das Internet, vielmehr bedarf es auch weiterhin eines kreativen Impulses oder einer Idee, die zunächst individuell geprägt ist. Nicht die Nutzer sollen anschließend darüber entscheiden, wie ein kreatives Werk verbreitet wird – dies ist allein die Entscheidungssouveränität des oder der kreativ Schaffenden. Für die multimediale Nutzung sind allerdings rechtliche Klarstellungen notwendig. Zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen sehe ich es im Gegensatz zu einem Warnhinweismodell in Richtung Nutzer als effektiveren Ansatz, die Bereitsteller von illegalen Downloads / Streamingplattformen zu verfolgen und die Angebote aus dem Netz zu nehmen. Dafür braucht es dringend eine bessere internationale Zusammenarbeit und klare Konventionen.

Ein Grundrecht

PETRA SITTE

Das Internet ist trotz aller Versuche, es einzuhegen und zu kontrollieren, immer noch die Plattform, die Kommunikation, Information und Teilhabe für möglichst alle Menschen realisieren kann. Die Digitalisierung bietet vielfältige Werkzeuge und Wege, Wissen und kreative Inhalte zu erarbeiten und auch zu teilen. Deshalb müssen wir endlich Fortschritte machen beim Breitbandausbau in der Fläche. Da es sich für Telekommunikationskonzerne aber schlicht nicht lohnt, jedes Dorf und jeden Landstrich mit Glasfaserkabeln zu versorgen, gilt es, in Deutschland und Europa wegzukommen vom einseitigen Privatisierungsgebot im Telekommunikationsbereich. Netzausbau und -betrieb sollen künftig auch von Genossenschaften, kommunalen oder regionalen Trägern und anderen gemeinwirtschaftlichen Organisationsformen organisiert werden. Neben technischer Infrastruktur ist die Chance auf Zugang zum Netz elementar. Dazu müssen neben den Kosten für den Anschluss ans Netz endlich auch netzfähige Hardware wie Computer oder Tablets zum soziokulturellen Existenzminimum gezählt werden. Drittens braucht es gleichberechtigten Zugang zur Inhaltsebene des Netzes. Provider, die Inhalte oder Dienste nach Gutdünken sperren oder durch spezielle Tarifmodelle ihren Kunden vorenthalten, verhindern einen solchen gleichberechtigten Zugang. Deshalb wollen wir die Netzneutralität endlich gesetzlich festschreiben.

Dies alles dient auch kleinen Unternehmen und Kreativschaffenden. Nur bei fairen Zugangsmöglichkeiten zum Internet ist der Kontakt mit Auftraggebern, Kunden, Publikum und Partnern möglich. Produktionsprozesse, insbesondere kreative, finden mehr und mehr onlinebasiert statt. Wer da ohne Breitband oder mit einem gedrosselten Anschluss im Netz unterwegs ist, hat einen handfesten Standortnachteil.

Wir setzen uns ein für eine große Urheberrechtsreform, die zum einen den Spagat schafft, faire Vergütung und gute Arbeitsbedingungen für Kreative mit einer möglichst freizügigen Nutzung von Inhalten zu verknüpfen. Zum anderen darf eine solche Reform nicht Vehikel für die Einschränkung von Bürgerrechten durch Überwachungs- und Zensurinfrastrukturen sein, wie sie für eine Verschärfung der Providerhaftung oder durch Klarnamenzwänge entstehen würde. Für Open Access in der Wissenschaft und den Zugang zu digitalisierten Kulturgütern hat die Bundesregierung viel zu wenig getan. Das gleiche gilt für die Öffnung von steuerfinanzierten Daten in Ministerien, Forschung und Verwaltungen (»Open Data«).

Wandel verschlafen

KONSTANTIN VON NOTZ

Der digitale Wandel betrifft heute nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Fragen zur Gestaltung der digitalen Gesellschaft sind mittlerweile in der Mitte des Parlaments angekommen. Kaum eine Sitzungswoche, in der nicht zahlreiche netz-, medien- und kulturpolitische Themen auf der Agenda stehen. Der Bundestag hat erfreulicherweise also grundsätzlich erkannt, wie wichtig es ist, sich dem digitalen Wandel zu stellen. Der Abschlussbericht der Internet-Enquete ist Ausdruck dieser Erkenntnis: Nicht nur legte die Kommission eine umfassende Bestandsaufnahme vor, zudem gelang es ihr, sich – oftmals fraktionsübergreifend – auf durchaus visionäre Handlungsempfehlungen zu verständigen. Während die Kommission ihre Hausaufgaben gemacht hat, hat die Schwarz-Gelbe Bundesregierung den digitalen Wandel unserer Gesellschaft komplett verschlafen. Vor dessen Herausforderungen hat sie längst den Kopf in den Sand gesteckt.

Das Urheberrecht zeigt das exemplarisch: In kaum einem Bereich wäre eine visionäre und interessenausgleichende Politik so notwendig. Und doch stellte die Merkel-Koalition die Interessen einiger Weniger vor die des Allgemeinwohls. Kündigten CDU/CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag noch vollmundig den »3. Korb« an, war schnell klar, wohin die Reise tatsächlich geht: Der »Wissens- und Gesellschaftskorb« wurde zum »Springer-Korb«. Sein Hauptbestandteil: Das hoch umstrittene Leistungsschutzrecht. Alle anderen Reformen blies man sang- und klanglos ab. Während CDU/CSU und FDP wenigen großen Verlagen rechtzeitig vor der Wahl ein eigenes Schutzrecht präsentierten, gingen Kreative, Wissenschaft und Journalistinnen und Journalisten leer aus.

Das zeigt: CDU/CSU und FDP haben nichts getan, um die Kluft zwischen Netz-, Medien- und Kultursphäre zu schließen und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu moderieren. Das wäre ihre Aufgabe gewesen. Die nächste Bundesregierung steht nun vor der Herausforderung, dieses Versäumnis aufzuholen. Das Ziel, den Kreativen eine angemessene und faire Vergütung zu ermöglichen und ihnen die Autonomie über die eigene Werke zurückzugeben, gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass diese bestmöglich gesellschaftlich genutzt werden können, sollte uns alle einen. Es ist an der Zeit, abzurüsten, Gräben zu verlassen und sich aufeinander zuzubewegen. Sowohl die Grüne Bundestagsfraktion als auch der Deutsche Kulturrat haben das erkannt. Wir wissen: Der Druck auf das Urheberrecht und auf die Kreativen wird weiter zunehmen. Die eigentliche Arbeit fängt jetzt erst an. Nur gemeinsam werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen meistern. Auch das hat die Enquete-Kommission gezeigt.

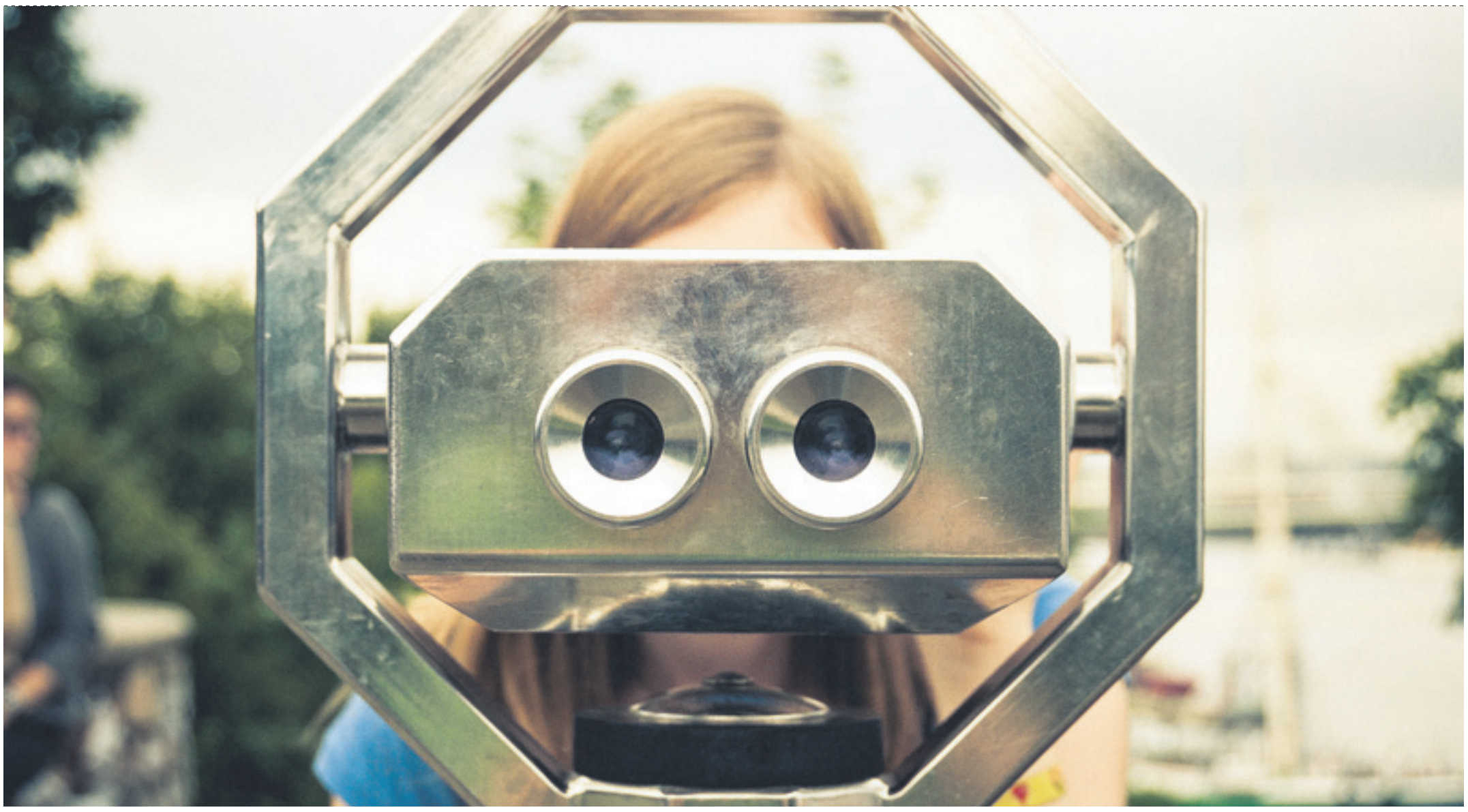


FOTO: JOHNY SCHORLE / PHOTOCASE.COM

Wenn der »Shitstorm« losbricht

Die Überwachung und Ausspionierung der User durch die Medienkonzerne nimmt beängstigende Ausmaße an

FELIX ZIMMERMANN

Es ist der 21. Mai 2013, 19 Uhr Mitteleuropäische Sommerzeit. Über 8 Millionen Nutzer verfolgen Online, wie Microsoft seine neue Spielekonsole in Redmond, Washington erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Welches Ausmaß die Ernüchterung nach der Präsentation annehmen würde, konnte man zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen. Microsoft stellte die Xbox One vor, eine Multimediabox, die die Verschmelzung von Fernsehen, Internet und Videospielen bringen soll, angefüllt mit vielen mehr oder minder sinnvollen Features. Videospieler waren enttäuscht, als sie erkannten, dass das Spielen selbst nun nicht mehr im Vordergrund zu stehen scheint. Europäische und asiatische Zuschauer waren enttäuscht, wie deutlich Microsoft seine Fixierung auf den US-amerikanischen Markt zeigte und wie wenig Microsoft der Rest der Welt zu interessieren schien. Relativierende Botschaften aus dem Microsoft-Hauptquartier folgten in den nächsten Tagen, Videospiele seien ihnen sehr wichtig, der europäische und asiatische Markt natürlich auch.

Eine wahre Welle der Ernüchterung ging in den folgenden Wochen durch das Netz, als Microsoft sein mit der Xbox One angestrebtes Konzept erläuterte und ausführte. Ein gekauftes Spiel sollte untrennbar mit dem Nutzeraccount einer Person verbunden werden, was Weiterverkauf, Tausch oder Verleih unmöglich machen würde. Ebenso sollte es notwendig sein, die Konsole wenigstens alle 24 Stunden mit dem Internet zu verbinden, um sie weiter nutzen zu können, eine Forderung, die vor allem in Regionen mit schlechter Internetanbindung für Stirnrunzeln sorgte. Und so kam es, dass aus Ernüchterung Wut wurde.

Den Begriff »Shitstorm« definiert der Duden als einen »Sturm der Entrüstung in einem Kommunikationsmedium des Internets, der zum Teil mit beleidigenden Äußerungen einhergeht«. Diese sachlich formulierte Definition vermag kaum einzufangen, wie sich Hobbyspieler, Gamer und leidenschaftliche Zocker in den Onlineforen dieser Welt gegen Microsoft vereinten. Die Spielerschaft fühlte sich betrogen. Hier schien es nur noch um Profit zu gehen, der Gebrauchthandel sollte ausgeschaltet werden. Dies war allerdings nicht alles. Hinzu kam, dass Microsoft mit jeder Xbox One bei ihrem Erscheinen im November diesen Jahres eine aktualisierte Version der Mikrofon-Kamera-Einheit Kinect ausliefern wollte, die es schon für die Vorgängerkonsole gibt und die nun noch genauer Sprachbefehle und Bewegungen erkennen und umsetzen sollte. Eigentlich war Kinect bis zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als eine nette Spielerei, eine Möglichkeit, manche Spiele mit Bewegungen zu steuern oder seiner Konsole Sprachbefehle zu geben. Doch Microsoft schickte sich an, aus der Kinect ein Überwachungsgerät für den Massenmarkt zu machen. Die Kombination aus einer hochentwickelten Kamera-Mikrofon-Einheit, die dauerhaft auf die privaten Rückzugsorte der Menschen gerichtet ist und von der nicht klar ist, welche Daten sie genau aufzeichnet und sichert, und einer erzwungenen Internetverbindung, machte die Xbox One zu einer perfekten Überwachungsmaschine, nutzbar, um detaillierte Nutzerprofile anzulegen, Gespräche abzuhören oder von Hackern missbraucht zu werden. Auch Warnungen aus der Politik wurden laut. Peter Schaar, Bundesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, sprach bei der Xbox One von einem »Überwachungsgerät« und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner von einem »Trojaner im Wohnzimmer«.

Ein »Trojaner« im Wohnzimmer: eine allzu reale Schreckensvorstellung

Eine pessimistische Stimmung machte sich breit. Anfang Juni würde die Electronic Entertainment Expo (E3) in Los Angeles folgen und man erwartete, dass Sony mit seiner Playstation 4 eine ähnliche Richtung wie Microsoft einschlagen würde. Eine potentielle Spionagekamera würde es zwar nicht geben, doch eine Registrierungs- und Onlinepflicht verbunden mit dem Ende des Gebrauchthandels schien mehr als realistisch.

Dann kam die E3. Microsoft eröffnete mit seiner Pressekonferenz den großen »Konsolenkrieg« zwischen der Xbox One und der Playstation 4. Wie versprochen standen bei Microsoft die Spiele diesmal im Vordergrund. Über Online- und Registrierungszwang wurde nicht geredet, vielmehr wurde eine reichhaltige Auswahl an neuen, interessanten Spielen gezeigt. Die Fachpresse war sich in einem positiven Gesamteindruck der Pressekonferenz einig. Lange nicht alles konnte Microsoft wieder gut machen, doch schien der »Shitstorm«, der auf Onlinepflicht, Kinectpflicht und Registrierungspflicht folgte, erst einmal abgewehrt worden zu sein.

Sonys Pressekonferenz folgte kurz darauf. Man war sich sicher, dass auch hier die Wünsche der Kunden ignoriert werden würden. Onlinezwang würde kommen, Registrierungspflicht würde kommen, wie sollte es anders sein? Dann ließ Sony die Bombe platzen. Wie Gerd Müller damals verwandelte Sony jeden Steilpass von Microsoft und netzte ein: Die Playstation 4 würde bei ihrem Erscheinen Ende des Jahres komplett auf eine Onlinepflicht verzichten, Gebrauchthandel sei weiterhin uneingeschränkt möglich und zudem läge der Preis unterhalb des Preises der Xbox One. In diesem Moment hatte Sony den »Konsolenkrieg« gewonnen. Was in diesem Moment in den Köpfen der Verantwortlichen von Microsoft vorgegangen sein muss, kann man sich nur schwer vorstellen, schön dürfte es nicht gewesen sein.

Da war er wieder, der »Shitstorm«. Im Angesicht der Tatsache, dass Sony auf all das zu verzichten schien, dass bei der Ankündigung der Xbox One für Unmut bei den Spieler gesorgt hatte, rückte Microsofts Konsole in ein noch viel schlechteres Licht. Viele Spieler waren sich sicher: Die Xbox One würde Ende des Jahres untergehen. Wer diese Spionagebox mit Onlinepflicht kaufen wollen würde, dem sei doch nicht mehr zu helfen. Auch der Fachpresse fiel es schwer, der Xbox One noch gute Verkaufschancen zu prognostizieren. Doch würde Microsoft seine Strategie überdenken? In den folgenden Tagen zeigte sich Microsoft selbstbewusst. Die Spieler würden schon irgendwann erkennen, welche Möglichkeiten die Xbox One biete und dass der Preis gerechtfertigt sei. Es schien so abzulaufen, wie es immer ablief. Von einigen Eingeweihten würde es einen Aufschrei geben, am Ende würde die Xbox One doch gekauft werden. Wie häufig wurde z.B. Apple Innovationslosigkeit vorgeworfen und doch verkauft sich jedes neue Iphone wie geschnitten Brot.

Für den Moment haben die Kunden gewonnen

Dieses mal sollte alles anders kommen. Der Aufschrei war beispiellos. Bis auf wenige Ausnahmen war man sich sogar in der Spielerschaft einig, unbeholfene Aussagen von führenden Persönlichkeiten bei Microsoft verbreiteten sich wie Lauffeuer in sozialen Netzwerken. Jeden Tag schien eine neue Hiobsbotschaft zur Xbox One aufzutauchen. Plötzlich kündigte Microsoft an, die Xbox One werde zuerst nur in 21 Ländern nutzbar sein, Polen und Spanien ausgeschlossen – um nur zwei Beispiele zu nennen. Trotzdem schien Microsoft an seinem Plan festhalten zu wollen.

Der Online-Versandhändler Amazon hatte in Deutschland eine Umfrage gestartet, welche Spielekonsole die Konsole der Wahl sei. Obwohl sie bis zum 20.06. laufen sollte, wurde sie am 18.06. vorzeitig abgebrochen, das Ergebnis war zu eindeutig und Amazon wollte wohl Problemen mit Microsoft aus dem Weg gehen. Von 41.000 Teilnehmern stimmten 38.984 Nutzer für die Playstation 4 und nur 2.162 für die Xbox One. Auch in den Verkaufscharts führte die Playstation 4 und zwar auch in den eigentlich von der Xbox dominierten USA. Wie lange würde Microsoft das noch mit ansehen können?

Am 19.06. geschah dann, womit kaum einer gerechnet hatte. Microsoft machte eine 180°-Wende. Sowohl Onlinezwang als auch Regionen- und Gebrauchthandelssperre wurden aufgehoben. Kinect ist zwar weiterhin Pflicht, verliert durch den Wegfall des Onlinezwangs aber an Spionagepotential. Hatten die Spieler also gewonnen?

Tatsächlich ist dieses Schmierentheater, das kein Autor einer nachmittäglichen Soap jemals hätte besser schreiben können, eine Beweis dafür, dass am Ende doch der Nutzer die Karten in der Hand hat. Es wird vermutet, dass auch Sony schon auf den Unmut der Spieler reagierte und deshalb spontan entschied, die Playstation 4 in einer Gegenposition zur Xbox One aufzustellen und auf alle Zwänge zu verzichten. Schon hier konnten die Kunden einen Erfolg verbuchen. Microsoft schien sich taub stellen zu wollen. Doch die Nutzer erteilten Microsoft eine Lehrstunde, die der Großkonzern aus Redmond so schnell nicht vergessen wird. Wenn es eine Regel am Markt gibt, dann die, dass du niemals die verärgern solltest, die dein Produkt kaufen sollen – vor allem, wenn es ein Konkurrenzprodukt gibt, zu dem deine Kunden abwandern können. Und genau das taten die Spieler auch: Es scheint, als hätten sich Profispieler mit Gelegenheitsspielern, Vollblutgamer mit Feierabendzockern zusammengetan, um für ihre Rechte einzustehen. Man habe auf die Wünsche der Kunden gehört, sagt Microsoft jetzt, doch am Ende war es doch nur die Angst vor einem finanziellen Fiasko. Doch wenn sich der Kunde nur noch über die Verkaufszahlen gehört verschaffen kann, dann muss er es eben tun! Microsoft wird einige Zeit brauchen, um sich von diesem Imageschaden zu erholen. Ein offenes Ohr für die Nutzer hätten dem Konzern einigen Ärger erspart.

Für den Moment haben die Kunden gewonnen, doch man muss weiterhin wachsam bleiben. Wer weiß, ob Sony und Microsoft nicht bald einen erneuten Versuch starten, die Rechte der Spieler einzuschränken. Die letzten Wochen haben uns gelehrt, dass es möglich ist, als Einheit gegen die Großen der Welt zu bestehen, eine Lehre, die wir nicht so schnell vergessen sollten.

Felix Zimmermann ist Student der Geschichte und der Kommunikationswissenschaft

E-Book versus Buch

Sollten gleiche Inhalte gleich besteuert werden?

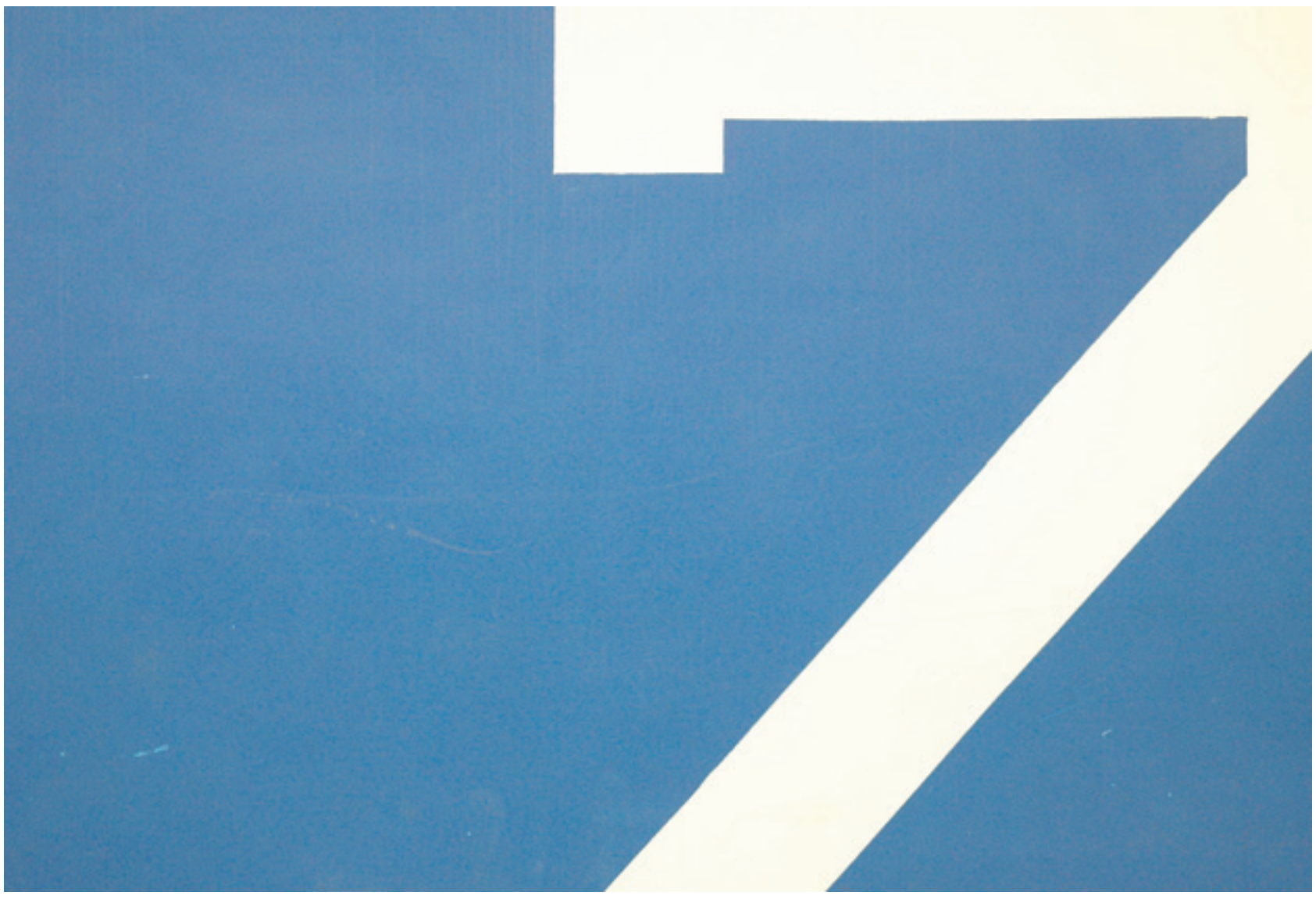
FRANK SIMON-RITZ

Bei einer Soirée der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Zukunft des Buches im digitalen Zeitalter am 24. April hat der Fraktionsvorsitzende, Volker Kauder, ein wichtiges Thema angesprochen. Er könne sich, so Kauder, eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für E-Books von derzeit 19 auf 7 Prozent – analog des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für gedruckte Bücher – vorstellen. Wohlgemerkt: Es geht hier um die Inhalte, also um das Buch als Text – und nicht etwa um die elektronischen Lesegeräte (E-Reader). Und hier fängt die Verwirrung an.

Aus Sicht des Deutschen Bibliotheksverbands (dbv) darf das Thema der steuerlichen Gleichbehandlung nicht auf elektronische Bücher – also auf E-Books – reduziert werden. Das gleiche Problem stellt sich auch bei Zeitschriften, die als Informationsträger gerade in den wissenschaftlichen Bibliotheken eine zentrale Rolle spielen. Auch hier wird auf gedruckte Zeitschriften der reduzierte Mehrwertsteuersatz angewendet, während elektronische Zeitschriften oder E-Journals mit 19 Prozent versteuert werden. Für die Hochschulbibliotheken ergibt sich daraus ein paradoxer Effekt: Die unterschiedliche steuerliche Behandlung führt dazu, dass das modernere und zeitgemäßere Medium, nämlich das E-Journal, unter finanziellen Gesichtspunkten weniger attraktiv ist, als sein gedrucktes Pendant. Bei wissenschaftlichen Fachzeitschriften, deren Preise zum Teil immens sind, sind dieses Unterschiede durchaus gravierend. Noch gravierender wird es, wenn man sich die Gesamtzahlen anschaut. Allein in den deutschen Hochschulbibliotheken wurden im Jahr 2012 ca. 114 Mio. Euro für elektronische Informationsressourcen ausgegeben. Insgesamt haben die Hochschulbibliotheken im Jahr 2012 ca. 252 Millionen Euro für Medienerwerb ausgegeben. Der Anteil der Ausgaben für elektronische Medien lag somit bei etwa 45 Prozent.

Das Thema beschränkt sich nicht nur auf Bücher

Der höhere Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent wirkt sich bei elektronischen Zeitschriften und Büchern wie eine Zusatzsteuer auf Wissen aus. Die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Bibliotheken tragen hier massiv dazu bei, dass Mittel in die öffentlichen Kassen zurückfließen. Das ergibt wenig Sinn. Weitaus sinnvoller wäre es, wenn diese Beträge wiederum in den Erwerb von Informationsressourcen – unabhängig vom Datenträger – investiert werden könnten und so der Öffentlichkeit unmittelbar zugute kämen. Neben Büchern und Zeitschriften gibt es auch noch die Informationsressource der Datenbanken, die weder als Buch noch als Zeitschrift gewertet werden können. Schon die Bezeichnung legt nahe, dass es sich hier um digitale Ressourcen handelt. Eine ganze Reihe dieser Datenbanken sind aus klassischen »Nachweisinstrumenten«, den sogenannten Bibliografien, hervorgegangen. Ihre Inhalte sind jedoch höchst unterschiedlich. Teilweise enthalten sie Volltexte aus Büchern und Zeitschriften, teilweise nur Fundstellennachweise. Auch bei Datenbanken gilt derzeit der erhöhte Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent. Da der Schwerpunkt der Inhalte in der Regel jedoch gedruckten Werken entspricht, sollte nach Ansicht des dbv auch hier der niedrigere Steuersatz Anwendung finden.



FOTOS: BLUE757 / PHOTOCASE.COM

Ungleiches Geschwisterpaar: Während gedruckte Bücher mit 7 Prozent besteuert werden, gilt für E-Books bislang eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent.

Wahrscheinlich reibt sich die eine Leserin oder der andere Leser verwundert die Augen. Warum wird denn der gleiche Inhalt – mag sie oder er sich fragen – steuerlich derart unterschiedlich behandelt? Geht es nicht in beiden Varianten – oder Ausgabeformen – um die gleichen Inhalte und somit um dasselbe Buch oder dieselbe Zeitschrift?

Aber ganz so einfach ist es nicht. Offensichtlich sind für den Gesetzgeber die digitalen Pendants tatsächlich weniger förderungswürdig als gedruckte Zeitschriften und Bücher. Das merkt man auch da, wo es um die Lizenzierung von E-Books für Öffentliche Bibliotheken geht. Bei gedruckten Büchern ist es seit 1965 im Urheberrechtsgesetz so geregelt, dass jede Bibliothek das Recht hat, jedes in Deutschland erschienene Buch auf der Basis des festgesetzten (Laden-)Preises zu erwerben und es ihren Nutzerinnen und Nutzern ohne zusätzliche Kosten für die Bibliothek zur Verfügung zu stellen. Bei E-Books ist es hingegen so, dass jeder Verlag selbst entscheidet, ob und zu welchen Bedingungen er einen bestimmten Titel für Öffentliche Bibliotheken lizenzieren will. Kompliziert wird diese Situation dadurch, dass gerade in den letzten Monaten verschiedene Portale – z.B. Skoobe und Libreka, aber natürlich auch Amazon – mit kommerziellen Leih- bzw. Mietmodellen für E-Books auf den Markt gedrängt sind.

Zu diesen Angeboten steht das nichtkommerzielle Angebot der Öffentlichen Bibliotheken aus Sicht der Verlage und Plattformbetreiber in unmittelbarer Konkurrenz. Für die Bibliotheken hingegen bedeuten die Einschränkungen bei der Lizenzierung von E-Books zugleich eine Einschränkung bei der Erfüllung ihres eigentlichen Auftrags, nämlich Bürgerinnen und Bürgern einen freien, ungehinderten Zugang zu Information und Wissen zu bieten.

Frank Simon-Ritz ist Direktor der Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar und Vorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbands und ist Mitglied im Sprecherrat des Deutschen Kulturrates

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt testen!

Fordern Sie Ihr gratis Probe-Exemplar an!
Per Telefon: 030 . 24 72 80 14, Fax: 030 . 24 72 12 45
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

Über den Tellerrand geblickt

E-Books in Bibliotheken in Connecticut

Im US-Bundesstaat Connecticut wurde in diesem Jahr ein Gesetzentwurf in die General Assembly (Abgeordnetenhaus und Senat) eingebracht, der ursprünglich Verlage dazu aufforderte, den Bibliotheken E-Books zu einem angemessenen Preis anzubieten bzw. zu denselben Konditionen wie der Öffentlichkeit. Die Regierung beschäftigt sich mit dem E-Book-Handel in den USA seit 2011, als das US-Justizministerium begann, gegen die Firma Apple und die fünf größten US-Verlage wegen vermeintlicher Preisabsprachen bei E-Books zu ermitteln.

Da der Bibliotheksverband von Connecticut im Februar 2013 bestätigt hat, dass einige E-Book-Verlage unseriöse Geschäftspraktiken gegenüber Öffentlichen Bibliotheken ausüben, forderten Mitglieder der General Assembly eine Studie zur Verfügbarkeit von E-Books in Öffentlichen Bibliotheken Connecticuts. Das ursprüngliche Gesetz wurde um diesen Zusatz ergänzt. Das Abgeordnetenhaus (143 zu 0) und der Senat (34 zu 0) stimmten im Mai für ein Gesetz, das den Verbraucherschutzbeauftragten mit einem Bericht zur Thematik zum 1. Februar 2014 betraut. Der Gouverneur Dannel Malloy unterzeichnete das Gesetz Anfang Juni.

Das Gesetz fordert von jedem, der Lizenzen für E-Books der Öffentlichkeit anbietet, gleichzeitig auch ein entsprechendes Lizenzangebot für Bibliotheken im Bundesstaat, die den Nutzern der Bibliothek den Zugang zu diesen E-Books ermöglicht.

Es fordert außerdem, dass die Bibliothekslizenz zu angemessenen Bedingungen angeboten werden muss; das kann folgende Restriktionen beinhalten: 1) eine Begrenzung der Anzahl der Nutzer, die gleichzeitig Zugriff auf das E-Book haben, 2) eine Begrenzung der Ausleihfrist, und 3) Bedingungen für den Gebrauch von Technologien, die den Nutzer daran hindern a) Zugriff auch über die Ausleihfrist hinaus zu haben und b) das E-Book mit anderen zu teilen. Das Gesetz macht die Verletzung dieser Bestimmungen zu einer unlauteren oder betrügerischen Geschäftspraxis laut dem Connecticut Unfair Trade Practices Act (CUTPA), die im Ermessen des Verbraucherschutzministeriums liegt und rechtliche Konsequenzen wie Strafzahlungen nach sich ziehen kann.

Ein entsprechendes Gesetz zur Implementierung der Empfehlungen aus der Studie wird im kommenden Jahr erwartet. Der Präsident des Bibliotheksverbandes von Connecticut zeigte sich äußerst zuversichtlich, dass die Empfehlungen den Zugang zu E-Books für die Nutzer der Öffentlichen Bibliotheken Connecticuts deutlich steigern werden.

Zusammengestellt von Natascha Reip, Referentin Politische Kommunikation beim Deutschen Bibliotheksverband e.V. (dbv)

Quellen: www.cga.ct.gov; www.ctlibraryassociation.org

Resolution des Deutschen Kulturrates

Kulturelle Ausnahme ist bei geplantem Freihandesabkommen zwischen EU und USA unverzichtbar

Berlin, 6.5.2013. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert, dass beim geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership TTIP) der Kultur- und Mediensektor ausgenommen wird. Diese Ausnahme muss aus Sicht des Deutschen Kulturrates bereits in der Stellungnahme Deutschlands zum Verhandlungsmandat der EU unmissverständlich fixiert werden. Ebenso fordert der Deutsche Kulturrat, dass sich die Vertreter Deutschlands im EU-Handelsministerrat dafür stark machen, Kultur und audiovisuelle Dienste, einschließlich audiovisueller online-Dienste, von den Verhandlungen auszunehmen. Diese Ausnahme muss angesichts der rasanten Konvergenzentwicklungen im Medienbereich entwicklungsdynamisch formuliert werden, d.h. nicht nur bestehende audiovisuelle Mediendienste müssen davon erfasst werden können, sondern auch solche, die künftig entwickelt werden.

Kultur ist Kern der Gemeinschaft der Europäischen Union, so wurde es in der Charta der Grundrechte der EU festgeschrieben. Hier steht: »Die Union trägt zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei.« Diese Festlegung ist auch für Wirtschaftsverhandlungen bindend. Kulturgüter und -dienstleistungen haben einen besonderen, doppelten Charakter. Sie sind einerseits Wirtschaftsgüter und andererseits Träger von kultureller Identität und kulturellen Werten. Kulturgüter und -dienstleistungen werden von erwerbswirtschaftlichen Unternehmen, von öffentlich geförderten Institutionen, von durch Gebühren finanzierten Einrichtungen sowie durch Kultureinrichtungen in Trägerschaft der öffentlichen Hand erbracht. Dabei bestehen innerhalb des Kultursektors, zu dem auch der Bereich der audiovisuellen Medien gehört, zahlreiche Verschränkungen.

Der Deutsche Kulturrat hat sich angesichts der wachsenden weltwirtschaftlichen Verflechtung auch im Kultur- und Mediensektor für die Erarbeitung und rasche Ratifizierung der »UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« eingesetzt, die sowohl von Deutschland als auch der EU im Jahr 2007 ratifiziert wurde und daher geltendes Recht ist. Diese UNESCO-Konvention zielt insbesondere darauf ab, die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern. Durch die Unterzeichnung haben sich die Staaten und damit auch die EU verpflichtet, die in diesem Zusammenhang erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt, zur Förderung und dem Ausbau des Kultur- und Mediensektors zu ergreifen. Die »UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« bezieht sich nicht allein auf die bestehenden Verbreitungsformen von Kunst, Kultur und Medien, sondern schließt neue Verbreitungsformen ein. Die Vertragsparteien haben mit ihrer Unterzeichnung anerkannt, ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu erfüllen und das Übereinkommen anderen Verträgen nicht unterzuordnen.

Der Deutsche Kulturrat geht daher davon aus, dass sowohl Deutschland als auch die EU ihre Selbstverpflichtungen aus der »UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«, die ausdrücklich auch neue, also digitale Verbreitungsformen, umfasst, bei der Erarbeitung des Verhandlungsmandats und den Folgeverhandlungen erfüllen, auch wenn die USA die UNESCO-Konvention nicht ratifiziert haben. Das bestehende hohe Schutzniveau für den Kultur- und Medienbereich der EU darf nicht zu Gunsten der USA verringert werden. Deshalb ist es unabdingbar, bereits jetzt im Verhandlungsmandat zu fixieren, dass der Kultur- und Mediensektor ausgenommen werden.

Der Deutsche Kulturrat sieht, dass das geplante Freihandelsabkommen sehr große Chancen für die weitere weltwirtschaftliche Verflechtung und Wirtschaftswachstum der beteiligten Staaten bietet. Nahezu 50 Prozent des weltweiten Handels werden in der dann entstehenden Freihandelszone erwirtschaftet. Auch in einzelnen Ingenieurbranchen mit kulturellem Bezug besteht die Hoffnung, durch das geplante Freihandelsabkommen die Marktchancen in den USA zu verbessern.

Der Deutsche Kulturrat ist aber der Überzeugung, dass Kultur und Medien einen so hohen Stellenwert für die Gesellschaft haben, dass ihr Schutz und ihre Förderung Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben müssen, zumal Kultur und Medien selbst wichtige Motoren für wirtschaftliches Wachstum sind. Sowohl Deutschland als auch die EU haben daher in den letzten Jahren vermehrte Anstrengungen unternommen, um die Kultur- und Kreativwirtschaft, einschließlich der Medienwirtschaft, als Zukunftsbranche zu unterstützen. Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der europäischen Kultur- und Medienproduktion sind gezielte Fördermaßnahmen wie beispielweise die Filmförderung, die Buchpreisbindung oder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt werden.

Mit Blick auf die anstehende Erarbeitung des Verhandlungsmandats fordert der Deutsche Kulturrat:

- Transparenz bei den Verhandlungen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA, dazu gehört auch die Offenlegung des Verhandlungsmandats und der Verhandlungstexte,
- Beteiligung des Deutschen Bundestags vor der Erteilung des Verhandlungsmandats, um dieses Mandat demokratisch zu legitimieren,
- Information und Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Vorbereitung des Verhandlungsmandats sowie den anschließenden Verhandlungen.

Für die weiteren Verhandlungen sind folgende Grundsätze für unverzichtbar:

Erhalt und Weiterentwicklung von Förderinstrumenten

Die bestehenden Förderinstrumente auf europäischer und nationaler Ebene für den Kultur- und Mediensektor dürfen durch das Freihandelsabkommen nicht angetastet werden. Das gilt für die Förderinstrumente im erwerbswirtschaftlichen wie im nicht-gewinnorientierten Sektor. Diese Förderinstrumente müssen weiterhin zielgerichtet für europäische oder nationale Unternehmen und Institutionen eingesetzt werden können. Die Ausnahme darf sich nicht allein auf die bestehenden Förderinstrumente beziehen, sondern muss neue, noch entstehende Förderinstrumente erlauben, um zukunftsfähig zu sein. Zu den Förderinstrumenten zählen sowohl direkte Unterstützungsmaßnahmen wie beispielsweise die Filmförderung als auch indirekte Fördermaßnahmen wie die Buchpreisbindung oder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter. Sowohl direkte als auch indirekte Fördermaßnahmen müssen weiterentwickelt werden können, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kultur- und Medienproduktion zu gewährleisten.

Sicherung von digitalen ' Zukunftschancen

Ausnahmeregelungen für den Kultur- und Mediensektor dürfen nicht auf bestehende audiovisuelle Dienste und deren Verbreitung eingeengt werden. Die digitale Wirtschaft entwickelt sich in einem enormen Tempo und benötigt attraktive Inhalte, die vom Kultur- und Mediensektor geschaffen werden. Für die Entwicklungsfähigkeit des europäischen Kultur- und Mediensektors ist es von herausragender Bedeutung, dass weiterhin in der EU gemeinschaftliche und mitgliedstaatliche Regulierungsmechanismen zum Schutz und zur Förderung europäischer Inhalte und ihrer Verbreitung möglich sind.

Erhalt und Ausbau eines hohen Schutzniveaus für Urheber- und Leistungsschutzrechte

Das europäische Urheberrecht und das US-amerikanische Copyright-System unterscheiden sich grundlegend. Die Grundprinzipien des europäischen Urheberrechts, die den Urheber und seine Persönlichkeit sowie seine ökonomischen Rechte in den Mittelpunkt stellen, sind nicht verhandelbar. Dazu gehört auch das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, das zum einen die Rechtsaufsicht der Verwertungsgesellschaften regelt und zum anderen die kulturelle und soziale Verantwortung der Verwertungsgesellschaften festlegt. Es darf durch das Freihandelsabkommen kein generelles Inländerprinzip im Urheber- und Leistungsschutzrecht eingeführt werden, ohne gleichzeitig für ein materiell gleich hohes Schutzniveau in den beteiligten Staaten zu sorgen. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung anzustreben.

Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherung

Die bestehenden Arbeitnehmerrechte wie auch die in Deutschland bestehende soziale Absicherung der freiberuflichen Künstler und Publizisten durch das Künstlersozialversicherungsgesetz dürfen durch das Freihandelsabkommen nicht angetastet werden. Unternehmen, die in Deutschland tätig werden, müssen sich an die geltenden europäischen bzw. nationalen Vorschriften halten und dürfen diese nicht unterlaufen.

Streitbeilegungsverfahren

Der Deutsche Kulturrat sieht es als erforderlich an, dass Streitbelegungsverfahren nur zwischen Staaten und nicht zwischen Investoren und Staaten im Freihandelsabkommen vereinbart werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass z.B. große US-amerikanische Konzerne der Internetwirtschaft bei vermeintlichen Investitionshemmnissen gegen Staaten klagen. Es würde damit die bestehende Macht dieser Konzerne noch wachsen und zugleich könnten vorhandene Schutzmaßnahmen ausgehöhlt werden.

Der Deutsche Kulturrat wird zeitnah weiteres Material im Kontext des Freihandelsabkommens vorlegen.

Blätterrauschen: KUNSTUNDKULTUR – kulturpolitische Zeitschrift ver.di

Die von ver.di herausgegebene Zeitschrift »KUNSTUNDKULTUR « richtet sich nicht nur an die Mitglieder in den ver.di-Fachgruppen Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst und Musik, sondern an Künstlerinnen und Künstler aller Sparten sowie an alle kulturpolitisch Interessierten. Sie erscheint seit 20 Jahren und hat ihren Leserkreis kürzlich nach Österreich ausgeweitet, hierbei ist die Auflage auf 25.000 Exemplare gestiegen.

Auf 24 bebilderten Seiten schreiben Experten zu aktuellen kulturpolitischen Themen und künstlerischem Schaffen. Jede Ausgabe widmet sich einem thematischen Schwerpunkt. So dreht sich in der aktuellen Ausgabe alles um das Thema Visionen. Hier werden unter anderem Schriftsteller dazu befragt, was Visionen sind und waren, das neu entwickelte Bewegungskonzept des Tanzpädagogen Martin Puttke vorgestellt, der Zeichner und Geschichtenerzähler Horst Hussel berichtet über seine Arbeit und seine Visionen und es ist zu lesen, weshalb die Reportage als journalistisches Genre nicht neu erfunden werden sollte. »KUNSTUNDKULTUR« beinhaltet aber auch Buchbesprechungen, Gedichte und Romanauszüge. Ein fester Bestandteil sind die kulturpolitischen Meldungen und Kommentare zu aktuellen Ereignissen, genauso sind in der Rubrik »HINZUNDKÜNSTE« regelmäßig Kurzmeldungen zu finden. Unter »Mozarts Kugeln« sind in jeder Ausgabe Neuigkeiten zu Kulturveranstaltungen lesen. »KUNSTUNDKULTUR« gibt es auch als Online-Ausgabe unter *www.kunstundkultur-online.de.* Die Online-Version hält zudem noch ein erweitertes Angebot an Informationen und Neuigkeiten aus den verschiedenen künstlerischen Sparten bereit.

Abonnements können unter *www.kunstundkultur-online.de/bestellung.html* bestellt werden.

Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Herausgeber

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) / Fachbereich 8 (Medien, Kunst +Industrie); Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Verlag

ConBrio Verlag Regensburg

Redaktion

Burkhard Baltzer (verantwortlich)

Erscheinen

vierteljährlich

Auflage

25.500 Exemplare

Inhalt

Berichte und aktuelle kulturpolitische Informationen aus allen künstlerischen Sparten

Zielgruppe

Künstlerinnen und Künstler aller Sparten in den Gewerkschaften ver.di und Österreichs GdG-KMSfB und alle mit Kunst und Kultur befassten Personen

Titelthemen der letzten Ausgaben

- Gesucht: Visionen – Mit Illustrationen zu Visionen von Horst Hussel
- Ohne Stunde null – Ein Heft zum braunen Deutschland 1933-2013
- Gemeinsam einsam – Ein Heft zu Klassen und Gesellschaftskampf

Kurz-Schluss

Wie ich aus gegebenen Anlässen einmal mein Demokratieverständnis renovierte

Der Termin war vielleicht etwas ungeschickt gewählt: Kürzlich flog ich mit meiner Air-PuK-One – einer kleinen Leih-Cessna meines Insgeheim-Gönners Wolfgang Schäuble – nach einem bescheidenen Kurzurlaub von Peenemünde nach Berlin. Ein sonniger Mittwochabend. Schon fünfzig Kilometer vor Tegel wurde ich von zwei amerikanischen F-35-Jägern in Empfang genommen, die mich anfangs offensichtlich freundlich eskortierten.

Weil das Funkgerät in der ollen Cessna nicht funktioniert und ich den Tower-Kontakt normalerweise auch dank Handy erledigen kann, reduzierte sich die Kommunikation mit den Piloten auf Gesten. Ich winkte nett lächelnd zurück, was die Jäger-Piloten veranlasste, mir noch näher auf die Pelle zu rücken. Ich wurde richtig fies abgedrängt, weit östlich um die Stadt gezwungen und schließlich auf die holprige Piste der BER-Bauruine gedrückt.

Dort empfing mich schon eine gut zwanzigköpfige Motorradstaffel der Berliner Polizei mit Blaulicht und Suchhunden. »So wichtig bin ich doch auch nicht« – dachte ich noch, bevor man mich verhaftete und 48 Stunden im Friedrich-Ministerium sehr scharf verhörte. Dort erfuhr ich dann, dass der Berliner Luftraum in Erwartung der Landung des amerikanischen Präsidenten schon längst gesperrt sei – und zwar so intensiv, dass auch unsere Bundeskanzlerin angeblich erst in Schönefeld wieder festen Boden unter die Füße bekam. Das tröstete mich nur kurz, weil mir unmittelbar danach eine Rechnung über hunderttausend Dollar für den Sprit der Ami-Jagdflugzeuge plus dreitausend Euro für Motorradstaffel samt Hunden präsentiert wurde.

Ich bitte Sie: Jeder Bürger kann sich doch mal irren, einen Fehler machen. Haben Sie noch nie falsch geparkt? Sind Sie noch nie mit einem unbeleuchteten Fahrrad gefahren? Hat man Sie deshalb ökonomisch ruiniert? Im Verhältnis zu den Zig-Steuergeld-Millionen, den der – offensichtlich realistisch betrachtet auch noch überflüssige – Schutz Barack Obamas in Berlin uns fiskalisch ehrbare Bürger gekostet hat, war meine kleine Funk-Fehlfunktion doch eine sehr lässliche Leichtfertigkeit. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit seien die Prinzipien unserer Demokratie – versuchte ich während des Water-Boardings den Agenten des Innenministeriums und der NSA luftschnappend zu vermitteln. Vergeblich. Im Internet hätte es klare Hinweise auf ein geplantes Flugzeug-Attentat gegeben. Und genügend Hinweise auf meine terroristische Grundhaltung, meine mangelnde Staatstreue seien dort auch haufenweise zu finden. Man müsse nur meine Texte lesen – von meinen E-Mails und SMSsen ganz zu schweigen.

Aus Gründen, die ich nicht wirklich kenne (half Wolfgang?), wurde ich dann unmittelbar vor meiner avisierten Abschiebung nach Guantanamo überraschend freigelassen. Flugs fuhr ich in mein Redaktionsstübchen, um einen Shitstorm wegen der mir widerfahrenen Willkür im Web zu starten. Da erfuhr ich erstmal – urlaubs-informationsgeschwächt – von den allumfassenden Internet-Ausspäh-Initiativen in England und den USA. In einer ersten Panikreaktion verklebte ich die Linse meiner Webcam mit einem Heftpflaster, riss das Computer-Mikro aus der Buchse, löschte meine Facebook-, Twitter- und Mail-Accounts. Dann warf ich mein iPhone in die Spree – und fühlte mich plötzlich schrecklich einsam. Die Kommunikation mit Freundinnen und Freunden, Familie und Kollegen reduziert auf heimliche persönliche Treffen an abgelegenen Orten? Wie überhaupt organisieren? Weite Wege ohne Navi? Ratsuche bei Fremden verbunden mit hoher Wahrscheinlichkeit, doch geortet und verraten zu werden? Das Ende meines Jobs als »Embedded Journalist«? Ein künftiges Leben als Wald- und Höhlenmensch unter einer alten Volksarmee-Zeltplane – um drei Jahre später von RTL2 entdeckt und schmutzig-zottelig als Kuriosum exponiert zu werden?

Schwupps holte mich meine Vernunft aus der Paranoia. Dank »Prism« und »Tempora« ist meine sogenannte Intimsphäre doch schon seit Jahren keine mehr. Ich bin ein gläsernes, öffentliches – wenn auch augenscheinlich recht uninteressantes Wesen. Sonst wäre ich ja reich und prominent. Diesen Zustand teile ich mit den allermeisten meiner Mitbürger, denen die simpelsten Bürgerrechte elektronisch unauffällig ebenso aberkannt wurden wie mir. Was also rege ich mich auf? Die DDR-Bürger haben einst unter vergleichbaren Umständen jedenfalls besser gelebt als Äquatorial-Afrikaner.

Also ab ins Büro, den Compi repariert, die Accounts wieder angelegt – und gucken, was da so geht: Hurra! – Innenminister Friedrich will ein eigenes deutsches »Super-Prism« einrichten. Das ist für einen Mann meiner Qualifikationen doch die reinste Wünsch-dir-Was-Job-Fundgrube. Rasch fülle ich die E-Mail-Bewerbung aus und hoffe so, die Spritgeld-Forderungen der Amis bald begleichen zu können. Mit der Berliner Polizei und den Hunde-Führern komme ich dann schon klar…

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: DIEKO MÜLLER

KURZNACHRICHTEN

Wir ziehen um!
Im August bezieht der Deutsche Kulturrat seine neuen Räume. Bitte senden Sie ab 19. August die Post an Deutscher Kulturrat, Mohrenstraße 63, 10117 Berlin. Unsere E-Mailadressen bleiben bestehen. Wir bitten für Verzögerungen in der Beantwortung von Anfragen und Schwierigkeiten der Erreichbarkeit Ende August, wenn die »heiße« Phase des Umzugs ist, um Ihr Verständnis.

»Kultur macht stark«
Christian Höppner (Präsident) hielt im Rahmen der BKJ Tagung »Kultur macht stark – gemeinsam Kreatives wachsen lassen« am 24. Mai den einleitenden Impulsvortrag der Fachtagung. Er befasste sich mit der Fragen, wie das Programm des BMBF »Kultur macht stark« die Teilhabe-Landschaft verändert. Zum Fachtag trafen sich Vertreter von Bildungs- und Kultureinrichtungen, Fachpartner aus Bildung, Kultur und Jugend, Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft in Vereinen und Verbänden sowie politische Akteure – von der lokalen bis zur Bundesebene – im Berliner Kunstquartier Bethanien, um über Teilhabe an kultureller Bildung durch Kinder und Jugendliche zu sprechen.

Daseinsvorsorge
Verbände aus dem kommunalen, sozialen und kirchlichen Bereich sowie aus der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft stellten am 29.05.2013 in Brüssel ihr Diskussionspapier zu den Leistungen der Daseinsvorsorge vorgestellt. Das Papier wurde im Rahmen einer Diskussion im Europäischen Parlament erstmals erörtert. Die Diskussion stand unter dem Motto: »Wie viel Daseinsvorsorge braucht die soziale Marktwirtschaft? ? Wie viel Binnenmarkt verträgt die Daseinsvorsorge?« Der Präsident des Deutschen Kulturrates, Christian Höppner, nahm für den Deutschen Kulturrat an der Veranstaltung teil.

Forschung für kulturelle Bildung
Am 6. und 7. Juni 2013 fand die Fachtagung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum Thema »Forschung für kulturelle Bildung« im Berliner Café Moskau statt. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, nahm an der anschließenden Podiumsdiskussion zu Erwartungen an die Forschung teil.

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
(ab dem 19. August 2013
Mohrenstraße 63, 10117 Berlin)
Telefon: 030 . 24 72 80 14 ,
Fax: 030 . 24 72 12 45
www.politikundkultur.net,
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Stefanie Ernst (Chefin vom Dienst),
Andrea Wenger, Barbara Haack,
Andreas Kolb , Carolin Ries

REDAKTIONSASSISTENZ
Tatjana Gridnev, Verena Schmidt,
Antonia Sterl

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93 35
Fax: 0941 . 945 93 50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Kultur bildet.

Beiträge zur kulturellen Bildung

Ausgabe Nr. 3 – Juli 2013

ISSN 2191-5792

Altes Eisen?
Loring Sittler 2

Den Geist jung halten
Kim de Groote 2

Das Altern braucht Kultur!
Frieder R. Lang 3

Kunst, Kultur und Demenz
Theo Hartogh 3

Ich musste einfach schreiben
Ein Gespräch mit Elfriede Brüning 4

Hey Alter ...!
Sybille Kastner 5

Nachgefragt bei Anja Hoffmann 5

Rentner 2.0
Ursula Lenz 6

Mit den Augen hören, mit den Ohren sehen
Niels Rasmussen 6

Gut aufgehoben statt abgeschoben
Ein Gespräch mit Anke Franke 7

Kurz und knapp 8

Impressum 8

Jeder fünfte Deutsche ist im Rentenalter und es werden immer mehr!

Gibt es eigentlich noch Seniorentelller? Schenkt man Simone de Beauvoir, Grande Dame der Frauenbewegung, Glauben, so ist unser würdeloser Umgang mit dem Alter zurückzuführen auf die kulturelle Konstruktion einer sich dem Kapitalismus verschreibenden Gesellschaft. Das Alter hängt über unserer Gesellschaft und jedem Individuum wie ein Damoklesschwert. Immer wieder lassen uns die Statistiken der Demografieforscher erschaudern: Wir sind eine sich buchstäblich zu Tode alternde Gesellschaft. Blüms sichere Rente ist dahin, die mehrstöckigen grauen Auffangbecken für Alte quellen über, die sorgende Familie hat sich längst als Ort der letzten Jahre selbst überlebt. Und doch: Alter, wann auch immer es für jeden Einzelnen einsetzen mag, ist Leben und nicht Ableben. Auch viele Kultureinrichtungen haben längst begriffen, dass »die Alten« eine sehr heterogene Zielgruppe sind, die ihre eigenen Ansprüche an Museumsbesuche, Singkreise oder Theatervorführungen stellen. Mit kleinen Häppchen à la Seniorentellerkultur kommt man hier nicht weit. Geschmacklose Miniportionen Kultur und kulturelle Bildung für den alternden Körper, der nicht mehr so viel Nachschub benötigt, sind passé. Auf die ganz unterschiedlichen Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnittene Angebote sind es nicht. Besonders im Bereich der kulturellen Bildung hat sich in den vergangenen Jahren unglaublich viel getan. Lebensqualität, sinnerfüllte Zeit und damit die Möglichkeit zur sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe sind für ältere Menschen selbstverständlich von zentraler Bedeutung. Die Zukunft kann bunt sein statt grau.

Stefanie Ernst

870.000

Hochgerechnet auf die ca. 15 Millionen 65- bis 85-Jährigen in Deutschland, umfasst das Bürgerschaftliche Engagement Älterer 1,48 Mrd. Stunden pro Jahr – dies entspricht etwa 870.000 Vollzeitstellen.

Altes Eisen?

Wie leben, denken und engagieren sich die 15,24 Millionen 65- bis 85-Jährigen in Deutschland? — *Loring Sittler*

Im Auftrag des Generali Zukunftsfonds hat das Institut für Demoskopie Allensbach mit einem strukturierten Fragebogen eine auf die quantitative Datenerhebung ausgerichtete repräsentative Befragung der 65- bis 85-jährigen Bevölkerung durchgeführt. Für die Analyse von langfristigen Entwicklungen wurde auf Daten des Allensbacher Archivs zurückgegriffen, in dem frühere Befragungsergebnisse seit der Institutsgründung 1947 archiviert werden. Zudem wurden Daten aus der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) genutzt, die seit Mitte der 1950er-Jahre jährlich durchgeführt wird und sich derzeit auf rund 25.000 Interviews stützt.

Neben den 4.197 Interviews wurden 28 ausführliche, auf Einzelbeispiele zielende Tiefeninterviews anhand eines Gesprächsleitfadens geführt. Solche ausführlichen Einzelgespräche bieten durch ihre Offenheit in der Gesprächsführung einen breiten Zugang zu individuellen Verhaltensmustern und Biografien und erlauben so, komplexe Zusammenhänge auf persönlicher Ebene aufzuzeigen. Die 20 Porträts am Ende der Studie zeigen die große Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe und Lebensläufe von 65- bis 85-jährigen Menschen in Deutschland auf. Zudem sind Originalzitate aus den Tiefeninterviews in die Studie eingebunden.

Die vom Institut für Demoskopie Allensbach vorgestellten Ergebnisse der Generali Altersstudie werden durch namentlich gekennzeichnete Beiträge renommierter Wissenschaftler ergänzt, indem sie die Befunde kommentieren, einordnen und vertiefen. So entsteht ein Gesamtwerk, wie es in dieser Form für die ältere Generation bislang einzigartig ist. Die Studie richtet sich bewusst an die breite Öffentlichkeit: Sie ist als Fischer Taschenbuch erschienen und als Sonderausgabe von der Bundeszentrale für politische Bildung zu einem Vorzugspreis zu beziehen.

Die Ergebnisse räumen endgültig auf mit dem noch weit verbreiteten stereotyp-defizitären Altersbild: Die Generation der heute 65- bis 85-Jährigen ist heute mit ihrer materiellen Lage zufriedener als jede andere Generation. Mehr als jeder Zweite wohnt in einer eigenen Immobilie. Die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation und dem Wohnumfeld bewegt sich auf außerordentlich hohem Niveau.

Die noch weit verbreiteten Vorstellungen von einer vereinsamten älteren Generation werden von der Untersuchung nicht bestätigt. Die überwältigende Mehrheit hat nicht nur enge familiäre Bindungen, sondern auch einen Kreis von Freunden und Bekannten. Zwei Drittel haben in dieser Altersgruppe noch einen festen Partner; 73 % der 65- bis 85-Jährigen mit Kindern sehen ihre Kinder mehrmals im Monat oder sogar mehrmals in der Woche; Großeltern haben mehrheitlich mehrmals im Monat Kontakt mit ihren Enkeln. Rund die Hälfte trifft darüber hinaus regelmäßig Freunde und Bekannte. Die überwältigende Mehrheit hat zu den eigenen Kindern ein gutes Verhältnis. Die Generationen pflegen in den Familien nicht nur in der Regel einen engen Kontakt, sondern unterstützen sich gegenseitig in eindrucksvollem Maße durch materielle wie immaterielle Leistungen.

Die Generation ist sehr mobil: Selbst die 80- bis 85-Jährigen sind an vier von sieben Tagen unterwegs, rund ein Viertel dieser Altersgruppe fährt mehrmals pro Woche oder häufiger Auto.

Der vielbehauptete Gruppenegoismus der Älteren ist durch die Ergebnisse der Studie weitgehend widerlegt: Eine Mehrheit sieht es als ihre Aufgabe an, die Zukunft der Gesellschaft mitzugestalten. Die Untersuchung belegt das hohe Engagement der älteren Generation ausserhalb der Familie (45 %). Selbst bei den 80- bis 85-Jährigen ist der Anteil mit 29 % sehr hoch. Die Angaben der 65- bis 85-Jährigen zu dem Zeitbudget, das sie in ehrenamtliche Aktivitäten investieren, ergeben im Durchschnitt rund vier Stunden pro Woche, also mehr als 200 Stunden im Jahr. 27 % der engagierten Älteren sind im Bereich Kultur aktiv. Überraschend hoch ist der erhebliche Anteil der jetzt engagierten Älteren, die im Leben bisher nicht oder schwach engagiert waren: Die weit verbreitete These von der kontinuierlichen Engagementbiografie muss somit differenziert betrachtet werden – auch im Alter entstehen neues Engagement sowie eine hohe Engagementbereitschaft.

Dabei ist diese Generation in ausgeprägtem Maße von dem Leitbild der Autonomie bestimmt. Die überwältigende Mehrheit ist darauf ausgerichtet, bei nachlassenden Kräften und gesundheitlichen Problemen ihren eigenen Haushalt aufrechtzuerhalten. Die Mehrheit möchte weder in Abhängigkeit von der Familie, noch von Heimen und Pflegeeinrichtungen geraten, sondern so weit wie möglich die eigene Selbstständigkeit mit Hilfe von Unterstützung aus der Familie und durch die Inanspruchnahme von Dienstleistungen verteidigen. Entsprechend wird es immer mehr zu einer Herausforderung, die unterstützenden Dienstleistungen für die Haushaltsführung und Pflege systematisch auszubauen.

Loring Sittler *ist Leiter des Generali Zukunftsfonds*

Den Geist jung halten

Bedeutung kultureller Bildung für alte und hochaltrige Menschen — *Kim de Groote*

Jeder, der aufhört zu lernen, egal ob er 20 oder 80 ist, ist alt. Jeder, der weiterlernt, bleibt jung. Das Größte im Leben ist es, den Geist jung zu halten. – So beschrieb der Industrielle Henry Ford die Entwicklungsaufgaben des Alters. Wenn die Kinder aus dem Haus sind und berufliche Aufgaben wegfallen, fordert die Lebensphase Alter dazu heraus, sich neuen Lebensentwürfen zu stellen, sich neu zu orientieren, Neues zu erlernen und sich noch einmal zu verwirklichen.

Angebote kultureller Bildung werden dazu von älteren Menschen gern genutzt, denn sie bieten neben ästhetischem Genuss sowie sinnlicher und geistiger Anregung in besonderem Maße die Möglichkeit, den Geist jung zu halten. In der kulturellen Bildung wird die nachberufliche Zeit, die viele Menschen heute gesund und aktiv erleben dürfen, sinnvoll gestaltet. Mit kultureller Bildung stehen ältere Menschen mitten im Leben, altern aktiv, tun etwas für sich selbst – und gern auch für andere. Kulturelle Bildung bietet individuelle Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements. Laut der Generali Altersstudie 2013 engagieren sich 12 % der engagierten Über-65-Jährigen im Bereich Kultur und Musik, ein deutlich höherer Anteil als in anderen Altersgruppen.

Hinzu kommt, dass kreativer Ausdruck und Lebensqualität im Alter in einem engen Zusammenhang stehen. Gemeinsam haben das National Centre for Creative Aging in Washington und die George Washington Universität eine Langzeitstudie zu den Wirkungen von aktiver Kulturteilhabe auf ältere Menschen mit zwei Vergleichsgruppen (zwischen 66 und 103 Jahre alt) durchgeführt. Die Studie hat gezeigt, dass Ältere, die sich künstlerisch betätigen, über ein besseres Wohlbefinden verfügen, weil ihre Perspektive für die Zukunft verbessert wird. Zudem gingen die Probanden aus der Studie seltener zum Arzt als Vergleichsgruppen, die sich nicht künstlerisch betätigen, und nahmen weniger Medikamente. So bedeutet aktive Kulturteilhabe sogar Gesundheitsprävention. Verbesserungen fanden sich auch im sozialen Bereich. Die Teilnahme an kulturellen Bildungsangeboten kann Ältere in Kontakt mit Gleichgesinnten bringen. Künstlerisch Aktive fühlen sich weniger einsam und verfügen über eine bessere geistig-seelische Verfassung. In Nordrhein-Westfalen wird im Jahr 2020 ein Drittel der Über-60-Jährigen allein leben. Das Bedürfnis nach Kommunikation und sozialer Einbindung bleibt bestehen. Angebote kultureller Bildung bringen Gleichgesinnte in Kontakt, beugen der Vereinsamung im Alter vor, fördern den Austausch mit anderen und die Bildung sozialer Netze.

Das Bedürfnis nach Kommunikation und sozialer Einbindung bleibt bestehen.

Die heute Älteren stellen häufig einen hohen Anspruch an die Angebote und möchten sich persönlich sowie in Bezug auf eine künstlerische Aktivität weiterentwickeln. Sie verfügen insgesamt über ein höheres Bildungsniveau als frühere Kohorten. Sie haben ein großes Bildungsinteresse, wollen im Alter ihren Horizont erweitern und gefordert werden. Mit Kaffeenachmittagen und dem Füttern von Schwänen geben sich diese Senioren nicht mehr zufrieden – so ein kulturell aktiver Herr in einem Interview, das für eine kürzlich erschienene Studie von kubia (Kompetenzzentrum für Kultur und Bildung im Alter) zu den Bedürfnissen von Senioren in kulturellen Bildungsangeboten geführt wurde. Von der Teilnahme an kulturellen Bildungsangeboten verspricht er sich, »nicht träge zu werden und im Kopf beweglich zu bleiben«.

Die Studie zeigt, dass die Motive zur Teilnahme an kultureller Bildung häufig mit dem Verlust beruflicher und familiärer Verpflichtungen in Zusammenhang stehen. Beispielsweise verlieren viele Ältere an Selbstvertrauen, wenn Rollen wegfallen, über die sie sich in jüngeren Jahren definiert haben. In kulturellen Bildungsangeboten entstehen künstlerische Produkte, die anderen präsentiert werden können. Die positiven Rückmeldungen darauf steigern das Selbstwertgefühl. Auch im Alter möchten wir gebraucht werden und produktiv sein. In kulturellen Bildungsangeboten wird die frei gewonnene Zeit wieder sinnvoll genutzt.

Und nicht nur die Älteren profitieren von einem kulturgeragogischen Diskurs. Angesichts der bevölkerungsstrukturellen Veränderungen im demografischen Wandel liegt es nahe, dass sich Kulturinstitutionen verstärkt Älteren zuwenden und passgenaue Angebote für sie konzipieren, um einem insgesamt abnehmendem Kulturpublikum entgegenzuwirken. Anbieter kultureller Bildung können durch die Auseinandersetzung mit der Zielgruppe beispielsweise freie Kapazitäten besser auslasten. Die Music Academy Düsseldorf legte die Proben der Rockbands 60plus in den Vormittag – eine Tageszeit, zu der Raum- und Lehrkapazitäten bislang meist ungenutzt blieben. In kürzester Zeit konnten allein durch die Etablierung dieser Bands die Schülerzahlen um 10 % gesteigert werden. Abgesehen von den wirtschaftlichen Effekten liegt in dieser Auseinandersetzung aber auch eine Art Verpflichtung öffentlicher Kultureinrichtungen. Alfred Wendel, Intendant der Duisburger Philharmoniker, begründet damit sein Engagement im Bereich Konzertvermittlungsprogramme für ältere Menschen, in diesem Fall mit Demenz: »Ich finde es wichtig, dass wir unsere Konzerte für alle Besucher öffnen. Wenn sie wie Menschen mit Demenz besondere Unterstützung und ein spezielles Angebot brauchen, müssen wir das berücksichtigen und Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch sie ohne Ängste und Bedenken am kulturellen Leben teilnehmen können. Mir ist es außerdem ein Anliegen, dass man denjenigen, die jahre- oder vielleicht sogar jahrzehntelang unsere Konzerte besucht haben, etwas zurückgibt. Die Betroffenen entfernen sich durch die Krankheit immer mehr von ihrem früheren Leben, sie sind immer mehr separiert. In dem Moment, wo sie zu uns ins Konzert kommen, haben wir die Möglichkeit, sie wieder einzubinden. Diese Möglichkeit sollten wir nutzen. Ich finde sogar, dass wir eine moralische Verpflichtung haben, dies zu tun.«

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.ibk-kubia.de und www.kulturgeragogik.de.

Kim de Groote *ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kompetenzzentrum für Kultur und Bildung im Alter (kubia) und fachliche Leiterin der Weiterbildung Kulturgeragogik*

Das Altern braucht Kultur!

Alter will gelernt sein — *Frieder R. Lang*

Im internationalen Vergleich zählt die deutsche Gesellschaft zu den ältesten Bevölkerungen: Das Durchschnittsalter lag bereits 2010 bei 44 Jahren, weltweit dagegen bei gerade 29 Jahren. Der demografische Wandel bietet zahlreiche Chancen für den persönlichen wie kulturellen Umgang mit Altern und Alter. Infolgedessen entstehen neue Berufe in Wirtschaft, Politik, Kirchen, Bildung und Gesundheitswesen, aber auch im kulturellen Sektor. Neuere Befunde belegen, dass gerade die Auseinandersetzung mit Kultur, kreativem, künstlerischem Schaffen und Musizieren wie auch das ästhetische Erleben für das Alter und Altern eine wichtige sinnstiftende und lebensqualitäts- oder sogar gesundheitsförderliche Bedeutung zukommen lässt. Um der großen Nachfrage nach akademischer Kompetenz in Fragen des Alterns und Alters nachzukommen, entstanden bereits seit den 1980er-Jahren gerontologische Studiengänge an deutschen Universitäten. Seit 1986 besteht an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ein interdisziplinärer Studiengang im Fach Gerontologie (seit 2007: Master of Science), der sich schwerpunktmäßig Fragen der Bildung, Prävention, Intervention und Therapie in den Lebensphasen des Alters widmet. In Vorlesungen, Seminaren, Übungen und Praktika werden kulturelle Angebote und Kulturtechniken im Hinblick auf deren Bedeutung für das Altern reflektiert, analysiert und eingeübt sowie deren Bedeutung für Lebensqualität, Gesundheit, Kompetenz und Produktivität untersucht. Studierende des Studiengangs erwerben unter anderem Kompetenzen in der Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung von Interventions- und Trainingsprogrammen, die sich musikalischen, ästhetischen, kreativen, sensorischen, motorischen und kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten im Alter widmen.

Altersforschung und Gerontologie haben eine lange Tradition an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: 1966 wurde hier die Deutsche Gesellschaft für Gerontologie gegründet, 1973 der erste deutsche Lehrstuhl für Geriatrie und 1980 das erste Institut für Gerontologie (heute: Institut für Biomedizin des Alterns) eingerichtet. Im Interdisziplinären Centrum für Alternsforschung (ICA) der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sind fünf Professuren aus gerontologischen Disziplinen sowie Mitglieder aus allen Fakultäten zusammengeschlossen. Zahlreiche Forschungsprojekte untersuchen die Bedeutung von Kunst, Musik, Ernährung und anderen kulturellen Einflüssen auf ein selbstbestimmtes, gesundes und langes Leben. Es werden auch neue alternsgerechte Dienstleistungen und kulturelle Angebote für Menschen in der zweiten Lebenshälfte entwickelt.

Der am ICA angesiedelte Studiengang Gerontologie (MSc) ist auf Themen der Gesundheit und Lebensqualität im Lebenslauf ausgerichtet und bildet ein wichtiges Scharnier zu einem neuen interdisziplinären Verständnis der Chancen und Anforderungen der Lebensphase Alter. Im Studiengang Gerontologie werden biomedizinische, ethische, psychologische, sozial-, kultur- und sportwissenschaftliche Grundlagen und Kompetenzen vermittelt. Hierzu gehören neuere musik- und kunsttherapeutische Ansätze genauso wie die Vermittlung kultureller Kompetenzen, etwa im Hinblick auf die Situation der in Deutschland lebenden älteren Menschen mit Migrationsbiografien. Die Studierenden können während ihres Studiums anhand von Praxisbeispielen die Anwendung gerontologischen Fachwissens teilnehmend beobachten und im Hinblick auf die eigene berufliche Zukunft eigenständig umsetzen. Das Studium vermittelt eine umfassende berufliche Handlungskompetenz für eine Vielzahl von Tätigkeiten im Bereich der Planung, Gestaltung und Evaluation gerontologischen Handelns in der Praxis, wissenschaftstheoretischer Fundierung und Reflexion berufspraktischer Maßnahmen, spezifischer angewandter Forschungsmethoden der Gerontologie, der Diagnostik und Früherkennung, der praktischen Altenhilfe, der Fort- und Weiterbildung sowie der Umsetzung gerontologischen Wissens in Beratung und Sozialplanung.

Ein langes Leben und die Erfahrung des Alterns sind nicht nur biologische und soziale Tatsachen, sondern widerspiegeln auch die kulturelle Bedeutung des Alterns, etwa über Zukunfts- und Altersbilder, an denen sich Menschen von Kindheit an orientieren. Altersbilder prägen den kulturellen Umgang mit Altwerden und Altsein: in jüngeren Jahren hinsichtlich des Umgangs mit Älteren, im Alter hinsichtlich eigener Lebensführung und Lebensstile. Gesundes und positives Altern erfordert eine besondere Kultur des Alters. In allen Handlungsfeldern der Gesellschaft, in Politik, Wirtschaft oder Bildung sind kulturelle Praktiken und Altersbilder auch prägend für den Umgang mit den Lebensphasen des Alters. Schon die bedeutende Gerontologin und Alternspsychologin Ursula Lehr hat betont, dass es nicht darauf ankommt, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.

Frieder R. Lang *ist Universitätsprofessor für Psychogerontologie, Direktor und Studiengangsleiter am Institut für Psychogerontologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg*

Kunst, Kultur und Demenz

Trotz »abnehmendem Geist« bleibt das Gedächtnis im ästhetischen Bereich weitgehend erhalten. — *Theo Hartogh*

Der weltweit immer größere Anteil hochaltriger Menschen korreliert mit der zunehmenden Anzahl von demenziell erkrankten Menschen; allein in Deutschland gibt es ca. 1.300.000 Erkrankte und diese Zahl wird sich Schätzungen zufolge bis 2050 verdoppeln. Am häufigsten tritt die Demenz vom Alzheimer-Typ auf, Demenzen können jedoch auch andere Ursachen haben. Menschen, die demenziell erkrankt sind, ist aufgrund zunehmender kognitiver Einbußen eine selbstständige Lebensführung nur noch mit Einschränkungen und in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium gar nicht mehr möglich. Die Problematik ist vielschichtig, denn Demenz ist nicht nur ein Problem für Betroffene und ihre Familien, sondern auch eine medizinische sowie sozial- und gesundheitspolitische Herausforderung.

Trotz der demenziell verursachten Defizite bleiben demenziell erkrankte Menschen Teil der Gesellschaft, auch wenn sie in ihrem Verhalten nicht immer der Norm entsprechen. Daher greift ein ausschließlich medizinischer Blick auf das Phänomen Demenz zu kurz. Neben medizinischer und pharmakologischer Forschung sollte auch nicht-medikamentösen Therapien und Bildungsangeboten dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hier ist bezüglich der Forschung und der Praxis noch ein großer Nachholbedarf zu konstatieren. Der amerikanische Neurologe Peter Whitehouse und der deutsche Theologe und Soziologe Reimer Gronemeyer postulieren sogar, Demenz nicht als Krankheit anzusehen, sondern als einen normalen Alterungsprozess. Sie argumentieren, dass – so wie die Leistungsfähigkeit der Sinne und anderer Organe im Alter abnimmt – auch die Funktionsweise des Gehirns altersbedingt nachlässt. Sie sehen Demenz als Teil des Lebens und fordern daher mehr soziale statt medizinische Antworten auf das Phänomen Demenz. Auch wenn man diese Position in ihrer extremen Haltung nicht teilt, so ist doch festzustellen, dass beim Thema Demenz gesellschaftlich eindeutig die medizinische Sichtweise vorherrschend ist und diese Pathologisierung den Blick auf soziale und damit kulturelle Antworten jenseits von Therapie und Pflege verstellt.

70%

Rund 70% der Erkrankten sind Frauen. Jahr für Jahr treten in Deutschland fast 300.000 Neuerkrankungen auf.

In Kulturangeboten richtet sich die Aufmerksamkeit nicht auf die kognitiven Defizite des Einzelnen, sondern auf seine kulturellen und ästhetischen Interessen, Bedürfnisse und Kompetenzen. Statt des beeinträchtigten Gehirns gerät der ganze Mensch als Person in den Blick. Auch bei fortschreitender Demenz, bei der die Orientierung im Alltag nicht mehr möglich ist, bleiben leibliche Erfahrungen und das sogenannte implizite Gedächtnis im ästhetischen Bereich weitgehend erhalten: Wahrnehmung von Atmosphären und Stimmungen, Freude an Kunst, musikalisches Erleben, Tanzen, ein bekanntes Lied singen … all das sind Kompetenzen, die nicht nur erhalten bleiben, sondern häufig sogar gesteigert werden können. Diese Kompetenzen sind nicht rein kognitiv, sondern im Laufe des Lebens durch stete Übung und wiederholte Handlungen erworben und »leiblich eingeschliffen« worden. Und bis zu einem gewissen Demenzgrad sind sie im praktischen Lebensvollzug auch durch konkretes Tun (wieder) zugänglich.

Demenz heißt also keinesfalls Abbau in allen Lebensbereichen. Demenziell erkrankte Menschen sind durchaus in der Lage, das Spielen eines Musikinstruments in Grundzügen zu erlernen, ein Bild oder eine Plastik zu schaffen bzw. bei einem Museumsbesuch unter professioneller Anleitung mit allen Sinnen Neues zu erforschen und für sich bedeutsam werden zu lassen. Zahlreiche Kunst-, Musik- und Tanzprojekte sowie Kulturinitiativen wie »RosenResli« und speziell ausgearbeitete Führungen für demenziell Erkrankte und ihre Angehörigen in Museen belegen die noch weitgehend ungenutzten Potenziale einer professionellen Kulturarbeit mit demenziell erkrankten Menschen. So haben sich mit der Initiative »Wir tanzen wieder« bundesweit Tanzschulen demenziell erkrankte Menschen als neue Klientel mit speziellen Tanzkursen und Veranstaltungen erschlossen. Innovative Konzertprojekte mit klassischem Repertoire wie »Auf den Flügeln der Musik« (Remscheid), »Écouter pour Mieux s'Entendre« (Luxemburg) und »Music for Life« (London) sprechen gezielt demenziell erkrankte Menschen an und zeigen, dass diese trotz ihrer Beeinträchtigungen am Musikleben teilhaben können, wenn Programm, Besetzung, Veranstaltungslänge und Moderation an die Bedürfnisse und die krankheitsbedingten Einschränkungen der Zuhörerschaft angepasst werden.

Die Problematik ist vielschichtig, denn Demenz ist nicht nur ein Problem für Betroffene.

Solche kulturellen Aktivitäten steigern die Lebensqualität und tragen zum Erhalt der Identität demenziell erkrankter Menschen bei. Die gespannte Aufmerksamkeit, Lächeln und abnehmende Unruhe der beteiligten Personen sind deutliche Hinweise darauf, dass kulturelle Angebote aus dem häufig eintönigen, von Pflege und medizinischer Behandlung geprägten Alltag herausheben und Lebensfreude schenken. »Ich werde künftig öfter singen. Wenn ich singe, fühle ich mich sicher, intakt, kerngesund und lebendig!«, äußert sich Richard Taylor, der als einer der ersten Betroffenen ein Buch über seine Krankheit veröffentlicht hat.

Internationale Studien belegen, dass aktives Musizieren und Musikhören einen entscheidenden Beitrag leisten können, um die Lebensqualität Demenzerkrankter in allen Stadien zu fördern, denn musikalische Fähigkeiten bleiben länger erhalten als andere Kompetenzen wie z. B. Sprache. Damit präsentiert sich Musik als zentrales Medium, das für den einzelnen ein emotionales Ausdrucksmedium darstellt, das auch noch zur Verfügung steht, wenn die Sprache versagt. Hinzu kommt der soziale Aspekt, denn demenziell Erkrankte können in einem Chor oder Instrumentalensemble Kontakte mit anderen gleichgesinnten Menschen pflegen. Dieser soziale Aspekt des gemeinsamen Musizierens eröffnet auch zahlreiche Möglichkeiten für Pflegende und Angehörige demenziell erkrankter Menschen, um z. B. die pflegeentlastende Wirkung des Musizierens zu nutzen oder zu Hause in der Familie gemeinsam zu musizieren.

Vor diesem Hintergrund ergeben die bisherigen Erfahrungen im Instrumentalunterricht mit demenziell erkrankten Schülern eine neue Sichtweise auf diese Zielgruppe: Wurden demenziell veränderte Menschen bisher wahrgenommen als Personen, die sich in der Pflege für Erinnerungsarbeit und zum Initiieren von Kommunikation über Musik gut erreichen lassen, jedoch kaum in der Lage sind, musikalisch Neues zu lernen, gehören sie mittlerweile auch zur Klientel von Musiklehrern. Im Sinne der Biografie- und Ressourcenorientierung sind demenziell Erkrankte in diesem Fall nicht Adressaten einer (musik-)therapeutischen bzw. pflegerischen Intervention, sondern Schüler, denen musikalisches Lernen möglichst barriere- und zweckfrei zugänglich gemacht wird. Wichtiger als die Transfereffekte sind dann Fragen nach internen und externen Hilfen, dem Unterrichtsarrangement, dem Lehrerverhalten sowie der Gestaltung von Stunden. Wie beim Unterricht mit orientierten Schülern stehen Musik und Musizieren im Vordergrund, nicht therapeutische Behandlungsziele oder Transfereffekte des Musizierens.

Der Erfolg kultureller Aktivitäten ist maßgeblich von der (kultur-)geragogischen Kompetenz des Anleiters sowie der inhaltlichen Qualität des Angebots abhängig. Daher sind Qualifizierungen für interessierte Anleiter notwendig, die mit demenziell Erkrankten in den unterschiedlichen kulturellen Bereichen arbeiten wollen. Ein erster vielversprechender Schritt sind bundesweit die hochschulzertifizierten Weiterbildungen »Musikgeragogik« der Fachhochschule Münster und »Kulturgeragogik« des Instituts für Bildung und Kultur Remscheid.

Es bleibt zu hoffen, dass angesichts der stetig steigenden Zahl demenziell erkrankter Menschen »die soziale Antwort« von Kultur und Musik gehört und in Praxis und Forschung umgesetzt wird zur Steigerung der Lebensqualität Betroffener, als Weg kultureller Teilhabe und damit letztlich als Beitrag zu einer humanen und inklusiven Gesellschaft.

Statt des beeinträchtigten Gehirns gerät der ganze Mensch als Person in den Blick.

Theo Hartogh *ist Professor für Musikpädagogik an der Universität Vechta*

Ich musste einfach schreiben

Stefanie Ernst im Gespräch mit Elfriede Brüning – seit über 80 Jahren Schriftstellerin!

-10

Im Durchschnitt liegt das gefühlte Alter rund zehn Jahre unterhalb des biologischen Alters.

Frau Brüning, das Interesse an Ihren Büchern und Ihrer Person ist ungebrochen.
— Ja, gerade am Sonnabend hatte ich erst wieder eine Lesung und morgen bin ich in Potsdam.

Merken Sie, dass das Publikum bei Lesungen heute andere Erwartungen an Sie als Schriftstellerin hat als vor 30, 40 Jahren?
— Das weiß ich nicht. Aber manches Mal wundere ich mich schon, dass noch so viele kommen. Am vergangenen Sonnabend las ich in einem kleinen Café in der Immanuelkirchstraße in Berlin. Trotz des herrlichen Wetters war der Raum voll mit absolut interessierten jungen Menschen. Das war wunderbar. Ich las aus einem meiner ersten Bücher nach 1945, »Damit du weiterlebst«. Der Roman handelt von den hingerichteten Antifaschisten Hilde und Hans Coppi, deren Sohn im Gefängnis geboren wird. Es ist 1949 zum ersten Mal erschienen und wurde in der DDR 16 Mal aufgelegt. Damals, das waren die goldenen Zeiten für uns Schriftsteller. Zwar sollen aktuell einige meiner Bücher ganz neu herausgebracht werden, man verdient heutzutage als Autor aber so gut wie gar nichts mehr. Auch die Lesungen soll ich, ginge es nach den Willen der Veranstalter, am liebsten umsonst halten. Die Honorare sind schon sehr niedrig – wir Schriftsteller werden meiner Meinung nach sehr stiefmütterlich behandelt.

Denken Sie, dass diese Umsonst-Mentalität etwas mit Ihrem Alter zu tun hat? Ganz nach dem Motto »Wenn die alte Dame liest, dann tun wir ihr damit doch schließlich auch was Gutes …«?
— Nein, das glaube ich nicht. Das ist ein allgemeines Phänomen. Ich wundere mich manchmal, dass es überhaupt noch Schriftsteller gibt.

Würden Sie in der heutigen Zeit denn wieder Schriftstellerin werden wollen?
— Ich musste einfach immer schreiben. Ich leide heute sehr darunter, dass ich nicht mehr schreibe. Ich lebe ja nicht mehr in dieser Zeit, kann mich nicht bewegen, nicht mehr alleine auf Veranstaltungen gehen und bin stets auf fremde Hilfe angewiesen. Das ist kein Leben.

Schreiben Sie nicht mehr, weil Ihre Hände nicht mehr wollen?
— Nein, weil ich nichts mehr erlebe.

Und über diese Leere zu schreiben kommt für Sie nicht in Frage?
— Nein. Im Alter besteht mein Leben aus Lesen. Der Geschmack ändert sich allerdings. Vieles was ich früher mochte, gefällt mir heute nicht mehr.

Ihr Leben bildet ein ganzes dramatisches deutsches Jahrhundert ab und damit die unglaublich erscheinende Zahl von fünf verschiedenen Staatsformen. Geboren noch unter Kaiser Wilhelm II., aufgewachsen in der Weimarer Republik und während der NS-Zeit, dann lebten Sie in der DDR und nun im wiedervereinigten Deutschland. Was war für Sie die kulturell spannendste Zeit?
— Die Weimarer Republik war mit ihren großartigen Filmen und Büchern die spannendste Zeit für mich. Zudem dachten wir, wir ständen kurz vor der Revolution.

Die Zeit, die Sie auch kulturell am stärksten ausgeschlossen hat, war sicherlich die NS-Zeit?
Während der Nazizeit war man ja völlig isoliert. Ich war kurze Zeit im Gefängnis, und als ich entlassen wurde, war mir der Kontakt zu meinen früheren Freunden und Weggefährten untersagt. Viele von ihnen waren zudem emigriert oder saßen im Gefängnis. Erst viel später habe ich erfahren, dass Harro Schulze-Boysen und auch Ilse Stöbe, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus fest verankert waren, ganz in meiner Nähe wohnten.

Haben Sie, nachdem Sie aus dem Gefängnis entlassen wurden, niemals mit dem Gedanken gespielt, das Land zu verlassen?
— Während meiner Gefängniszeit schrieb ich das Buch »Junges Herz muss wandern«, das 1936 erschien. In dem Verlag, in dem mein Buch erschien, lernte ich meinen Mann kennen, der dort als Lektor tätig war. 1937 heiraten wir, und 1942 wurde meine Tochter geboren. An Emigration dachten wir nicht. Da Mütter mit kleinen Kindern damals Berlin verlassen sollten, zogen wir für drei Jahre zu meinen Schwiegereltern, Domänenpächter in der Magdeburger Börde. Zwar hatten wir ein für diese Jahre geruhsames Leben, eine glückliche Zeit war es für mich aber nicht. Ganz im Gegenteil. Ich gehörte dort einfach nicht hin. Ich habe mich mit den Arbeitern solidarisch gefühlt und war für sie aber die vom Schloss. Ihr Vertrauen zu gewinnen, war sehr schwer. Wieder war ich isoliert. Zudem gab mein Mann seine Lektorentätigkeit auf und kümmerte sich verstärkt um die Landwirtschaft seiner Eltern und rang um sein Erbe. Wir haben uns auseinandergelebt. Ganz anders waren da die ersten Jahre in der DDR. Wir traten an, um ein Paradies aufzubauen. Aber auch zu DDR-Zeiten habe ich als Schriftstellerin immer um Anerkennung kämpfen müssen. Meine Bücher wurden von der Führungsebene immer sehr stark diskutiert und kritisiert. Ihnen fehlte der positive Held … es war nicht einfach. Aber ich hatte meine Leser, so dass die Verlage immer wieder Neuauflagen drucken mussten. Die Reaktionen »von oben« blieben immer eher ablehnend. Sie haben ständig irgendetwas gefunden, was ihnen in meinen Büchern nicht gefiel.

In Ihrem Buch »Und außerdem war es mein Leben« beschreiben Sie eine Szene, in der Sie von dem Redakteur des 12 Uhr Blatts gebeten wurden, ein Interview mit Hilde Scheller zu machen. Als der Redakteur nach Ihrem Alter fragte und erfuhr, dass Sie erst 16 waren, entzog er Ihnen den Auftrag wieder. Im Buch heißt es, dass Sie Ihre Jugend niemals so sehr verwünscht haben, wie damals.
— Die Jugendtragödie um Hilde Scheller füllte damals alle Blätter. Ich war sehr enttäuscht, dass ich sie nicht interviewen durfte. Der Redakteur gab mir Tipps, welche Themen besser geeignet wären. Ich kümmerte mich einige Zeit um die Berichte über fünf Generationen, die unter einem Haus lebten und ähnlichem. Nach einem Jahr reichte mir das nicht mehr. Damals wechselte ich meine Stellen häufig. Eine Zeit lang arbeitete ich als Redaktionssekretärin bei der Filmtechnik Filmkunst, zu deren Mitarbeitern Fritz Lang, Lupu Pick oder Thea von Harbou gehörten. Der Feuilletonchef beim Berliner Tageblatt, Fred Hildenbrandt, und mein Chef Andor Kraszna-Krausz, waren miteinander bekannt. Eines Tages schrieb ich einen Artikel und sagte zu meiner Mutter: »Der muss ins Berliner Tageblatt«. Ich war sicher, dass mich Kraszna-Krausz empfehlen würde, nur weilte er im Ausland, und ich war zu ungeduldig, um auf seine Rückkehr zu warten. Da machte ich etwas Anrüchiges. Ich schrieb im Namen von Kraszna-Krausz an Hildenbrandt: »Sehr geehrter Herr Kollege, ich schicke Ihnen hier einen Artikel einer jungen Autorin, die ich für sehr begabt halte.«

Unterschriftenfälschung, Frau Brüning?
Nun ja, aber der Artikel wurde tatsächlich gedruckt. Damals war ich junge 19 Jahre. Für das Berliner Tageblatt schrieben Größen wie Thomas Mann und Alfred Polgar. Ich war begeistert und dachte, jeder müsse mir meine neue Berühmtheit ansehen. 14 Tage später schickte ich einen weiteren Artikel an Fred Hildenbrandt. Er bestellte mich daraufhin in sein Büro beim Berliner Tageblatt und teilte mir mit, dass er ihn für sehr gelungen halte. Am nächsten Tag lag ein Brief auf meinem Schreibtisch, den ich heute noch auswendig kann: »Liebes Fräulein Brüning, vielleicht wissen Sie nicht, wie selten ich so an meinem Schreibtisch unmittelbar hingerissen sein kann. Diesmal aber war es so. Wenn es Ihnen Freude macht, es zu hören, aus Ihnen wird etwas ganz Seltenes. Wenn Sie nicht sterben und, so ungeschickt es jetzt ausgedrückt ist, wenn Sie weiter so behutsam das Letzte aus einem Thema herausholen, und Sie unterwegs kein Schicksal stört.« Zwischenzeitlich war ich in den 1928 gegründeten Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller eingetreten. Ein junger Autor hatte mich animiert, zu einer Versammlung zu gehen. Ich war sehr angetan von der ganzen Atmosphäre und wurde zum damals jüngsten Mitglied. Persönlichkeiten wie Anna Seghers, Friedrich Wolf, Ludwig Renn und Johannes R. Becher waren Mitglieder im Bund. Die NS-Zeit war für uns alle eine Zeit der Leiden und der Bedrohung.

Sie haben die Bücherverbrennung auf dem heutigen Bebel-Platz miterlebt.
— Der Bund wurde nach Hitlers Machtergreifung 1933 verboten. Unser Treffpunkt wurde von der SA besetzt und die dort lagernden Bücher beschlagnahmt. Wir mussten uns in aller Herren Winde zerstreuen und hatten keine Anlaufstelle mehr. Dann kam die Bücherverbrennung. Da dachte ich, ich werde mal hingehen, vielleicht kommen auch andere, damit wir wieder in Verbindung treten können. Und so war es dann auch. Seitdem trafen wir uns wieder regelmäßig. Wir waren in mehrere kleine Gruppen aufgeteilt. Hans Schwalm, der sich später in der Emigration Jan Petersen nannte, hielt die Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen aufrecht, die weiterhin aktiv waren. Bis Ende 1935 ging alles gut. Es hatte sich bei uns ein Spitzel eingeschlichen, der uns an die Gestapo verraten hat. Die Gestapo hatte uns schon ein ganzes Jahr im Visier. Ich wurde inhaftiert, vom Vernehmungsrichter freigesprochen, trotzdem aber nicht von der Gestapo entlassen. So blieb ich zur Verfügung der Gestapo in Schutzhaft und musste damit rechnen, dass ich überhaupt nicht mehr frei kam. Irgendwann wurde ich dann doch freigelassen. Während der Zeit im Gefängnis schrieb ich an meinem zweiten Buch.

Welchen Zensurmaßnahmen unterlagen Sie damals?
— Ich musste jeden Tag das, was ich geschrieben hatte, bei der Gefängnisbeamtin abgeben und bekam es erst nach Tagen zurück. Ich wusste also, dass die Gestapo mitlas. Das Buch ist eine harmlose Liebesgeschichte. 1936, nachdem ich frei war, konnte es im Schützen-Verlag erscheinen.

Haben Ihnen Ihre Eltern aus Sorge niemals geraten, mit dem Schreiben aufzuhören?
— Meine Eltern waren immer auf meiner Seite. Auch als ich meine Arbeit hingeworfen hatte und als freie Schriftstellerin leben wollte, verstanden sie diesen Schritt. Und das, obwohl mein Lohn die einzige Einnahmequelle der Familie war. Mein Vater hatte seine Werkstatt aufgeben müssen und musste stempeln gehen. Meine Eltern haben mich immer bestärkt und dafür bin ich ihnen heute noch dankbar. Schriftstellerin zu werden war die richtige Lebensentscheidung. Noch heute geben mir meine Lesungen immer wieder Auftrieb, das ist wunderbar. Leider werden die Anfragen mit zunehmendem Alter weniger, weil die Menschen denken, ich könnte es nicht mehr. Aber morgen habe ich die nächste Lesung in Potsdam. Ich freue mich darauf.

Elfriede Brüning, Jahrgang 1910. Geboren im Kaiserreich, seit frühester Jugend politisch engagiert und Schriftstellerin mit Leib und Seele. 30 Bücher mit einer Auflage von insgesamt mehr als 1,5 Millionen hat die älteste aktive Schriftstellerin Deutschlands vorzuweisen. »Kultur bildet.« besuchte sie in ihrer Wohnung in Berlin-Friedrichshain, in der sie nach wie vor selbstständig lebt und sich auf ihre Lesungen vorbereitet.

Hey Alter ...!

Erfahrungen mit einem intergenerativen Ausstellungsprojekt im Duisburger LehmbruckMuseum — *Sybille Kastner*

Glamour und Sexyness sind Schlagworte, die man heute in den Marketing-Abteilungen der Kulturbetriebe häufig hört. Was die Museen dem demografischen Wandel entgegenzubringen haben, hat damit zunächst nichts zu tun. Kunst mit Kaffeeklatsch und reichlich Sitzgelegenheiten – ist es das, was unser zukünftiges Besucherangebot ausmachen wird? Grau in Grau, wer will das schon? Sind unsere spezifischen Vermittlungsangebote für Ältere attraktiv genug, um sie zu vermarkten oder verstecken wir sie doch lieber, sind sie etwas, das man nebenbei »auch« anbietet? Wie man der neuen Altersstruktur in Zukunft begegnen kann, welche Vermittlungsformate spannend für alle Beteiligten sind und was Generationenbegegnung durch Kunst bringen kann, wollte das LehmbruckMuseum in Duisburg wissen und hat es mit der intergenerativen Ausstellung »Hey Alter ...!« ausprobiert.

Die Rahmenbedingungen waren gut: Die Ausstellung wurde gefördert vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW, die Museumsleitung war aufgeschlossen und stand hinter dem Konzept. Mit dem Institut für Bildung und Kultur fand das Museum einen erfahrener Partner für die Evaluation, die wissenschaftliche Beratung übernahm der Gerontologe Michael Ganß. Schwieriger gestaltete sich jedoch das Anbahnen einer ganz neuen Beziehung. Die Zusammenarbeit zwischen klassischer Hochkultur und lokalen Netzwerkpartnern aus der Seniorenarbeit ist in der Kunstvermittlung nicht so traditionsreich wie die mit Schulen. Hier bedurfte es zunächst neuer Überlegungen und Anstrengungen, um die Zielgruppe zu erreichen, bevor man mit dem Projekt startete.

Die Ausstellung selbst umfasste sowohl zeitgenössische Leihgaben als auch Exponate der Sammlung des LehmbruckMuseums, darunter Videoinstallationen, Skulpturen, Gemälde und Fotografien. Die unterschiedlichen künstlerischen Positionen und das umfangreiche Begleitprogramm regten dazu an, sich über Vorurteile und Stereotypen, über Unterschiede und gemeinsame Interessen der Generationen auszutauschen. Als Publikumsliebling erwies sich eine Videoinstallation von Julika Rudelius: Die Arbeit »Forever« befasst sich mit dem Wunsch nach ewiger Schönheit, vorgetragen von gelifteten US-amerikanischen Frauen über 60, die beteuern, dass wahre Schönheit von Innen komme, und hinterlässt ein sehr ambivalentes Gefühl beim Betrachter. Aber auch Bill Violas Arbeit »The Passing«, Fotos von Michael Hagedorn zum Thema Demenz oder die Fotoserie »A Girl and her Room« von Rania Matar regten einen lebhaften Dialog über Kunst und über die eigenen Sichtweisen zum Thema Jugend und Alter an. Die Ausstellung zog über einen Zeitraum von drei Monaten viele Besucher aller Altersgruppen in den Bann.

Besonders vielfältig gestaltete sich das Vermittlungsangebot, das vor allem junge Menschen zwischen 14 und 20 Jahren und älteres Publikum ab 60 Jahren einbinden wollte. Die vielen verschiedenen Formate bildeten ein Experimentierfeld, um wichtige Impulse zu liefern, die das LehmbruckMuseum auch nach Ausstellungsende als einen Ort der Generationenbegegnung etablieren sollen. Es gab Workshops, öffentliche Angebote im Rahmen der Abendveranstaltung »plastikBAR«, spezielle »Blind Date«-Führungen, bei denen sich zwei Generationen trafen, um gemeinsam Kunst zu betrachten, ohne sich vorher zu kennen. Auch bildeten sich zwei Fokusgruppen, die sich aus engagierten Museumsbesuchern beider Zielgruppen rekrutierten. Unter Leitung zweier Koordinatorinnen formulierten die Gruppenteilnehmer unter anderem relevante Fragestellungen zum Thema und brachten sie in das Vermittlungsprogramm ein.

Nicht alle angebotenen Formate waren gleichermaßen erfolgreich. Ein Schreib-Workshop lockte weder junge noch ältere Interessenten aus dem winterlichen Wohnzimmer. Sehr gut besucht, allerdings fast ausschließlich von älteren Teilnehmern, wurde ein Gesangsworkshop mit einem Seniorenchor. Die »Goldies« vom Niederrhein coverten deutsche Rock und Pop Songs und sorgten für viel Spaß. Der Generationendialog trat hier zwar in den Hintergrund, aber die Teilnehmer hatten bei der Finissage die Möglichkeit, ihr frisch erworbenes Liedgut öffentlich zu präsentieren – eine rundum

Grau in Grau,
wer will das schon?

gelungene Veranstaltung. Das cool klingende Angebot »Pimp my Rollator«, bei dem der zweckdienliche Alltagsbegleiter in ein temporäres Kunstgefährt umgewandelt werden konnte, rief zwar großes Interesse bei den Medien hervor, die Teilnehmerzahl war aber eher gering. Eine ungünstige Terminierung in der Weihnachtszeit, Vorbehalte gegenüber der Zulässigkeit einer technischen Veränderung des Geräts oder einfach Transportschwierigkeiten waren mögliche Gründe – ein Workshop, der sich wohl besser als Outreach-Programm eignet – eine Erfahrung mehr. Das teilnehmende Oma-Enkel Duo genoss den Nachmittag allerdings sehr. Sich endlich einmal woanders zu treffen als im Heim war für beide wohltuend und sie verließen das Museum sehr zufrieden und stolz mit dem gepimpten »Zoolator«. Überhaupt muss man sagen, dass gerade erwachsene Enkel mit ihren schon hochaltrigen Großeltern, eine Kombination, die im Museum Seltenheitswert hat, während der Ausstellungszeit öfter zu sehen war.

Als sehr attraktiver Teaser erwies sich das Tagtool: Ein digitales Zeichenbrett, das mit einer Art Mischpult zum Variieren von Farbe und Strichstärke und einem Controller zum Animieren der Zeichnung verbunden ist. Es eignet sich besonders gut für intergenerationelles Arbeiten, weil es spielerisch und einfach zu handhaben ist und man es mindestens zu zweit bedienen muss. Für beide Generationen bot das Tagtool eine neue Herausforderung und war darüber hinaus eine attraktive Gestaltungsmöglichkeit innerhalb der Ausstellung, denn das gemeinsam erschaffene Kunstwerk wurde über einen Beamer auf eine große Projektionsfläche im Raum übertragen. Das Tagtool fungierte als neues Medium nicht nur symbolisch als Generationenbrücke zwischen den »Digital Natives« und den »Digital Immigrants«, sondern wurde tatsächlich von Jung und Alt gerne genutzt. Ein Workshop führte in die Kunst des Taggens ein, in einem zweiten Workshop konnte man sich ein solches Gerät sogar selber bauen. Das Tagtool konnten die Besucher aber auch unabhängig von Veranstaltungen in der Ausstellung ausprobieren. Sehr schnell gerieten am Wochenende junge und jüngste Familienmitglieder in die Expertenrolle des Gamecontrollers. Ältere Besucher versuchten sich eher am Zeichenbrett. Teilnehmer beider Fokusgruppen, die die Ausstellung an Wochenenden betreuten, unterstützten die Besucher bei der Bedienung.

Das beliebteste und erfolgreichste Vermittlungsformat, die »Blind Date«-Führungen, waren ausgebucht. Es kamen Schulklassen aller weiterführenden Schulformen sowie Senioren aus unterschiedlichen Interessenzusammenhängen. Die Teilnehmer der Senior-Fokusgruppe arbeiteten sich gemeinsam mit ihrer Koordinatorin in die Ausstellung ein und brachten ihre Einsichten und Ansichten zur Kunst in die Führungen ein, nachdem die Veranstaltung durch eine Kunstvermittlerin anmoderiert wurde. Die anschließenden Ausstellungsgespräche in kleineren Gruppen verliefen sehr intensiv. Mit älteren Menschen über Kunst zu sprechen, die wie sie, die teilnehmenden Schüler und Senioren auch keine Experten auf dem Gebiet waren, nahm Hemmungen und führte zu interessanten und intensiven Auseinandersetzungen. Die Fokusgruppen-Teilnehmer genossen im Verlauf der Ausstellung zunehmend ihre neue Rolle als Co-Moderatoren und machten überraschende Entdeckungen, z. B. gingen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund deutlich unverkrampfter mit dem Thema Alter um als ihre deutschen Mitschüler. Berufsschulen und Berufskollegs nahmen auffällig oft an Blind Date-Führungen teil. Führungen mit Hauptschülern waren genauso spannend wie mit Gymnasiasten und junge Menschen hatten anstelle von Kaffee trinken und Kuchen essen oft von sich aus wenig Ideen, wie sie die Zeit mit ihren Großeltern mal anders gestalten könnten (LDK Infodienst Nr. 107/Flashmob der Generationen).

Sicher gäbe es noch sehr viel mehr zu entdecken bei weiteren Blind Dates oder anderen, neuen, experimentellen Vermittlungsformen, die einen Generationendialog ermöglichen.

Intergenerative und innovative Angebote für Senioren abseits von Muff und Kaffeeklatsch sind attraktiv und machen Sinn. Sie passieren nicht von alleine, sondern müssen angebahnt und durch ein generationenübergreifendes Thema gestaltet werden. Solche Angebote können gesellschaftliche Gestaltungsprozesse mit ins Rollen bringen, Klischees aufbrechen und mithelfen, bei Jugend und Alter ein differenzierteres Bild voneinander zu entwickeln, um eventuell konstruktiver mit dem demografischen Wandel umzugehen. Gerade wir Kreativen könnten dem Thema zur verdienten Sexyness verhelfen. Dafür braucht es Accessoires wie bei jedem anderen Angebot: Förderung, starke Partner, Beachtung und Öffentlichkeit. Dann ist das Thema auch »sexy« – auch für Museen und Kunstvermittler, und macht Lust auf mehr.

Die Evaluation zur Ausstellung ist bestellbar über *sybille.kastner@lehmbruckmuseum.de* oder *thome@ibk-kultur.de*.

3.400

Nofretete gehört mit rund 3.400 Jahren längst zur Generation 50+!

Sybille Kastner *ist Stellvertretende Leiterin der Kunstvermittlung im LehmbruckMuseum*

Nachgefragt bei Anja Hoffmann

Der Bundesverband Museumspädagogik hat jüngst die Fachgruppe »Generation 60plus im Museum« ins Leben gerufen. Anja Hoffmann, Vorsitzende des Bundesverbandes Museumspädagogik e.V. (BVMP), bringt die Hintergründe auf den Punkt.

Welche Ziele verfolgt der BVMP mit der Gründung der Fachgruppe »Generation 60plus im Museum«?

Die deutsche Gesellschaft wird immer älter. Einige Museen haben sich bereits erfolgreich darauf eingestellt. Andere überlegen noch, wie sie diesem Aspekt des demografischen Wandels begegnen sollen. Unsere Fachgruppe möchte den erfahrenen Vermittler und ihren Museen bundesweit ein Forum für ihre Kompetenzen in der Arbeit mit Älteren geben und den Neueinsteigern Hilfestellungen anbieten. Die Kunst- und Kulturvermittler können sich hier miteinander vernetzen, einen kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch initiieren und auch gemeinsam Projekte entwickeln.

Die Zielgruppe 60plus scheint doch sehr heterogen zu sein: Hochaltrige, demenziell Erkrankte, fitte 100-Jährige, Altenheimbewohner und »selbstständige« Ältere. Wie gehen Sie diese großen Unterschiede in der zukünftigen Arbeit an?

Zunächst gilt es ein Bewusstsein zu schaffen, dass es die (!) Gruppe der Älteren nicht gibt. Die Besucheranalyse, das Leitbild und die Ziele des Museums, nicht zuletzt auch die soziokulturelle Umgebung des Museums bestimmen, welcher Gruppe die Kunst- und Kulturvermittler sich zuerst widmen und welche stimmigen Angebote sie entwickeln. Dazu bietet die Fachgruppe Instrumente, Formate, Methoden und Praxis-Beispiele, wie man seine Gruppe(n) unter den Älteren findet.

Planen Sie, das Fachwissen von Experten aus der Gerontologie abzurufen?

Die Einbindung von Gerontologen erscheint sinnvoll. Das Auftakttreffen der Fachgruppe hat gezeigt, dass einige Museen bereits ganz praktisch mit Fachleuten aus Senioreneinrichtungen kontinuierlich zusammenarbeiten. Aber auch Fachhochschulen und Bildungsträger bieten vermehrt Aufbaustudiengänge und Weiterbildungslehrgänge zu Kulturgerontologie und Kulturgeragogik an. Die ersten Absolventen sind auch schon im Arbeitsfeld der Kultur- und Kunstvermittler zu finden.

Nach frühkindlicher Bildung und interkultureller Bildung nun die Anpassung des eigenen museumspädagogischen Angebots für Ältere. Ist es für die große Masse der kleineren Museen überhaupt zu leisten, für so spezielle Gruppen Angebote zu erstellen?

Die Gruppen der Älteren sind als Publikum nicht so speziell für kleinere Museen. Ein Blick in die Besucherstatistik ergäbe wahrscheinlich, dass viele ältere Menschen schon da sind. Es gilt sie nur in ihren spezifischen Bedürfnissen näher zu fokussieren und dann die Angebote speziell auf sie abzustimmen, z. B. statt einer Frontalführung zur Heimat- und Stadtgeschichte ein Erzählcafé auszuarbeiten, das die Erfahrungen von älteren Zeitzeugen mit einbezieht.

Welche Trends und besonderen Herausforderungen zeichnen sich derzeit in der Museumsszene hinsichtlich der Generation 60plus ab?

Vor allem Kunst-, Freilicht- und Industriemuseen zählen zu den Pionieren, die sich die Generation 60plus offensiv erschließen. Hoch im Kurs stehen Angebote für demenziell erkrankte Menschen. Dabei geht es vor allem um die Wirkung der Programme. Die Anzahl der Besucher spielt ausnahmsweise keine Rolle. Eine der größten Herausforderung liegt allerdings in der zielgruppenorientierten, treffenden Ansprache der Älteren, denn »silver ager« oder »Senioren« u.ä. haben bislang nicht gezündet.

Das nächste Treffen der Fachgruppe »Generation 60plus im Museum« des Bundesverbandes Museumspädagogik findet am 16. September 2013 im Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigsburg statt.

Rentner 2.0

Über kulturelle Teilhabe älterer Menschen via Internet — *Ursula Lenz*

Kultur ein Leben lang – so lautete der Titel einer Stellungnahme, die der Deutsche Kulturrat und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) 2009 gemeinsam verfasst haben. Älteren Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, die sich auf alle Lebensbereiche – von der politischen Partizipation bis hin zur Teilnahme am kulturellen Leben – bezieht, ist eines der wichtigsten Ziele der BAGSO, die über ihre 110 Verbände die Interessen von ca. 13 Millionen älteren Menschen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertritt.

Das Internet – ein wichtiger Schlüssel zur Teilhabe

Insbesondere für Seniorinnen und Senioren, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind bzw. in ländlichen, verkehrstechnisch schlecht angebundenen Orten leben, sind die neuen Informations- und Telekommunikationstechnologien ein »Tor zur Welt«. Angesichts der ihnen nicht vertrauten Technik und des Angebotsdschungels sind viele ältere Menschen jedoch verunsichert und wagen den Schritt ins Netz nicht – mit der Folge, dass sie sich von heutzutage selbstverständlichen Informationsquellen und Kommunikationsformen ausschließen.

Unterstützung beim Einstieg ins Netz

Um dieser Gruppe den Einstieg in das Internet und die sichere Nutzung zu erleichtern, erstellte die BAGSO mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bereits 2007 einen gut verständlichen und die Leserinnen und Leser Schritt für Schritt begleitenden Wegweiser. Der große Erfolg des 80-seitigen Ratgebers – 250.000 verschickte Exemplare in sechs Jahren – gründet sich wesentlich auf dem Prinzip der Nutzerbeteiligung. Bereits bei der Konzepterstellung wurden 60- bis 85-jährige »Onliner«, aber auch »Nonliner«, die interessiert waren, den Schritt ins Internet zu wagen, in zwei ganztägigen Workshops nach ihren Wünschen, Bedenken und Ängsten befragt. Diese sogenannten Fokusgruppen wurden durch Expertengespräche flankiert.

Das Interesse an dem Wegweiser war außerordentlich groß, die Rückmeldungen waren sehr positiv, und zwar sowohl von älteren Menschen, die ihn allein oder mit Freunden durcharbeiten, als auch von Senioren-Internetclub-Leitern, die Kurse zum Einstieg ins Netz anboten und die Broschüre als Unterrichtsmaterial einsetzen.

Neue Entwicklungen im Bereich des Internets wurden in die vollständige Überarbeitung des Ratgebers im Jahr 2012 einbezogen, so das »Web 2.0«, das sich durch eine Vielzahl interaktiver Angebote auszeichnet. Auch auf die sozialen Netzwerke, die den Aufbau neuer Kontakte und Interessengemeinschaften ermöglichen, wurde intensiver eingegangen.

Kulturelle Online-Angebote der BAGSO-Verbände

In der BAGSO engagieren sich mehrere Verbände, die das Internet gezielt für ihre zahlreichen kulturellen Angebote nutzen, insbesondere das »Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk – ViLE« und »Senioren Lernen Online«.

Auf der ViLE-Plattform finden sich unterschiedliche Zugänge zu internetgestützten Aktivitäten: Mitglieder bieten virtuelle Lernkurse an, z. B. zur Bearbeitung eines Themas (»Literatur lesen lernen«), sie führen virtuelle Projekte durch (»Frauengeschichte«, »Jüdische Friedhöfe in Deutschland«) und arbeiten projektbezogen sowohl mit Schulklassen als auch mit Seniorengruppen anderer Länder zusammen. ViLE gibt das Online-Magazin »LernCafé« heraus, das von über 25 Senioren-Online-Redakteurinnen und -Redakteuren gestaltet wird.

Vorlesung per Videokonferenz

Initiiert vom Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Ulm *(www.zawiw.de)*, bei dem auch ViLE angesiedelt ist, führen die Einrichtungen der wissenschaftlichen Weiterbildung Älterer von 12 Universitäten im Sommersemester 2013 gemeinsam eine Online-Ringvorlesung zum Thema »Abenteuer Alter(n) – hier und heute« durch (BAGSO-Nachrichten 2/2013, S. 17). Die Vorträge werden per Videokonferenz von der Heimatuniversität der Vortragenden in die Hörsäle der beteiligten Einrichtungen übertragen. Danach schließt sich eine Frage- und Diskussionsrunde an, an der sich alle Standorte beteiligen können.

Kulturstammtisch im Internet

Seit 2009 organisiert die Kunst- und Kulturhistorikerin Barbara Leisner von »Senioren lernen online« (SLO) monatlich per Skype einen Kultur-Stammtisch, wo sie sich mit Interessierten trifft, um sich auf eine Reise durch die Welt der Kunst im Internet zu begeben (BAGSO-Nachrichten 2/2010, S. 18). Für dieses Angebot erhielt SLO einen 1. Preis beim BAGSO-Wettbewerb »Internet – Keine Frage des Alters!«, der anlässlich des 10. Deutschen Seniorentages ausgeschrieben war.

Den Louvre ins Wohnzimmer holen

Intensiv genutzt wird das Internet zur Vorbereitung von Reisen. »Ich muss dann nicht immer in unsere Bücherei, deren Angebot ohnehin begrenzt ist. Außerdem freue ich mich, dass mein Mann, der leider nicht mitreisen kann, mich ein Stück des Weges virtuell begleitet, z. B. durch Online-Museumsbesuche«, so schreibt eine 75-Jährige in einem Brief, in dem sie sich für den Wegweiser bedankt.

Museumsbesuche im Internet sind für immobile ältere Menschen eine hervorragende Möglichkeit, sich die Kunst der Welt in die eigene Wohnung zu holen. Als ein Beispiel sei genannt »Lebendiges virtuelles Museum Online« der Stiftung Deutsches Historisches Museum *(www.dhm.de/lemo)* und der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland *(www.hdg.de/lemo)*.

Aus Einsendungen, z. B. zum Wettbewerb anlässlich der BAGSO InternetWoche 2012, wissen wir, dass Ältere neben den Bereichen Gesundheit, Wohnen, freiwilliges Engagement das Netz nutzen:

- für Hintergrundinformationen und Rezensionen zu aktuellen Büchern und ihren Autoren, zu Filmen, Schauspielern und Regisseuren sowie zu Theater-, Oper- und Konzert-Veranstaltungen am Wohnort oder in der näheren Umgebung
- für detaillierte Informationen zu Radio- und Fernsehsendungen bzw. das nochmalige Hören bzw. Sehen per Podcast
- zur Recherche nach Büchern, Hörbüchern, Musik-CDs und DVDs in den Bibliotheken mit der Möglichkeit, diese vorzubestellen
- zur Suche nach Gedichten, von denen nur die Anfangszeilen bekannt sind, und nach Aphorismen
- um virtuell dabei zu sein, z. B. durch Livestream-Übertragungen von Veranstaltungen, 2012 erstmals vom 10. Deutschen Seniorentag, als der NDR mehrere Veranstaltungen per Internet übertrug.

Dass ältere Menschen durchaus bereit sind, ihre Vorbehalte dem Internet gegenüber aufzugeben, zeigen uns die zahlreichen Briefe und E-Mails, in denen die neuen Nutzer ihrer Begeisterung über die vielen Nutzungsmöglichkeiten Ausdruck verleihen. Das Internet eröffnet neue Zugänge – auch und nicht zuletzt zur Kultur und zur kulturellen Bildung. Der »Wegweiser durch die digitale Welt« ist kostenfrei zu beziehen über den Publikationsversand der Bundesregierung (PF 48 10 09, 18132 Rostock; *publikationen@bundesregierung.de*). Eine Hörfassung für Blinde und Sehbehinderte im Daisy-Format kann bei der BAGSO angefordert werden.

62,7 %
der 60-bis 69-Jährigen nutzen das Internet.

Ursula Lenz *ist BAGSO-Pressereferentin*

Mit den Augen hören, mit den Ohren sehen

Barrierefreie Angebote im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – für immer mehr Menschen ein wichtiger Zugang zu kultureller Bildung — *Niels Rasmussen*

Für die kulturelle Bildung hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland eine wichtige Funktion. Er bietet Kultur- und Klassikprogramme im Radio, Sendungen im Ersten, Zweiten, den Dritten, auf 3Sat und bei ARTE. Von der Opernübertragung, dem Mitschnitt von Konzerten, Hörspielen, Lesungen, Literatursendungen, Features, Dokumentationen, den Kulturmagazinen bis hin zu anspruchsvollen Filmen ist für jeden etwas dabei. Hinzu kommen die Orchester, Chöre und Bigbands der Sender. Da im Alter die Mobilität abnimmt, sind die Medien für viele ältere Menschen die zentrale Quelle für kulturelle Inhalte.

Ein barrierefreier Zugang zum Fernsehen und Radio wird heute in erster Linie als Maßnahme für eine inklusive Gesellschaft diskutiert. Blinden und Sehbehinderten, Gehörlosen und Hörgeschädigten soll der Zugang zum Programm ermöglicht werden. Doch der Bedarf und auch der Nutzen gehen weiter. Viele Menschen, die heute noch über die volle Sehkraft und die volle Hörfähigkeit verfügen, werden später unterstützende Maßnahmen brauchen, um fernsehen zu können. Dem aktuellen Zensus zufolge waren 2011 16,8 Millionen Deutsche mehr als 65 Jahre alt – Tendenz steigend. Und mit zunehmendem Alter steigt der Anteil seh- und vor allem hörgeschädigter Menschen deutlich. Während hörbehinderte Menschen laut Deutschem Schwerhörigenbund insgesamt in Deutschland ca. 19 % der Bevölkerung ausmachen, sind es bei den über 70-Jährigen mehr als 50 %. Es gibt also für eine wachsende Zahl von Menschen einen Bedarf an barrierefreien Angeboten.

Was unternehmen die Sender, um Barrieren abzubauen?

Was unternehmen die Sender, um Barrieren abzubauen? ARD und ZDF bieten seit vielen Jahren Untertitel und Hörfilme an. Dieses Angebot war aber nicht ausreichend, daher arbeitet in der ARD seit 2010 eine Projektgruppe daran, es auszubauen. Zunächst wurde mit den Behindertenverbänden diskutiert, wo die Schwerpunkte liegen sollten. Einen umfangreichen Maßnahmenkatalog haben die Intendantinnen und Intendanten daraufhin im September 2011 beschlossen.

»Uns ist wichtig, dass wir alle Menschen mit unseren Programmen erreichen«, betont Lutz Marmor, ARD Vorsitzender und NDR Intendant. »Deshalb setzt die ARD bei der Barrierefreiheit einen Schwerpunkt.« Die bereits umgesetzten und geplanten Maßnahmen der ARD sind daher auch nicht punktuelle Highlights, sondern ein umfassendes, nachhaltiges Ausbauprogramm: Bis Ende 2013 sollen alle Erstsendungen im Ersten mit Untertitelung gesendet werden. Die Untertitelquote wurde zu Beginn dieses Jahres deutlich gesteigert, in den ersten drei Monaten 2013 lag sie bei 78 % (2012: 49 %). Es werden also heute bereits weite Teile des Ersten Programms untertitelt, die Lücken werden bis Jahresende geschlossen.

Die Dritten Programme arbeiten ebenfalls an einem Ausbau der Untertitelung – vor allem bei den Regionalmagazinen und in der Primetime. Für die kulturelle Bildung besonders wichtig: Viele Kulturformate werden bereits untertitelt. So können Interessierte »titel thesen temperamente« und »Druck frisch« im Ersten oder die Magazine in den Dritten wie »WestART« (WDR), »artour« (MDR) sowie »Kulturjournal« und »Bücherjournal« (NDR) bereits untertitelt nutzen, weitere werden folgen.

Der schnelle und umfangreiche Ausbau der Untertitelung ist für die Sender finanziell, organisatorisch und technisch eine Herausforderung. In der Praxis sind Live-Sendungen, bei denen die Sprechertexte nicht vorliegen, besonders schwierig zu untertiteln. Da Menschen nicht so schnell lesen können, wie sie gesprochene Sprache verstehen, muss häufig eine journalistische Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte erfolgen. Dieser wird dann von den Untertitel-Redakteuren mittels einer Spracherkennungssoftware in das Untertitelsystem gesprochen und auf der Videotext-Seite 150 ausgespielt. Für die Untertitelung einer Gesprächssendung sind parallel drei Untertitel-Redakteure im Einsatz, um den Zuschauern die Inhalte barrierefrei anzubieten.

Die Untertitelung ist dabei nur eine der Maßnahmen. Um Blinden und sehbehinderten Menschen den Zugang zum Fernsehen zu ermöglichen, bieten ARD und ZDF bei einigen Sendungen Sprachbeschreibungen an, die sogenannte Audiodeskription. Dabei werden in den Dialogpausen des Films zentrale Elemente der Handlung, Schauplätze sowie Gestik und Mimik der Personen von einem Sprecher beschrieben. Bei der Audiodeskription setzt die ARD auf Fiktionales, also Spielfilme, Serien und Krimis. Für andere Genres wie Information oder Kultur liefern die Radioprogramme ein besseres Angebot. Bis Ende 2013 werden alle fiktionalen Formate sowie die Tier- und Naturfilme im Hauptabendprogramm des Ersten in einer Hörfilmfassung ausgestrahlt. Im ersten Quartal lag der Anteil audiodeskribierter Sendungen in der Primetime im Ersten bereits bei 35 %.

Für Gehörlose bietet die ARD verstärkt Gebärdensprachangebote in den Mediatheken an. Diese sind – wie auch die übrigen Online-Angebote – bereits weitgehend barrierefrei. Derzeit arbeitet man daran, die verfügbaren Untertitel und Audiodeskriptionen noch stärker im Internet nutzbar zu machen.

Mit der Einführung der Haushaltsabgabe gilt für viele bislang von der Gebühr befreite Menschen mit Behinderung nun ein ermäßigter Beitrag – sofern sie finanziell dazu in der Lage sind. Trotzdem sind die Verbände mit der Entwicklung zufrieden. »Uns geht es um ein umfassendes Angebot. Wir sehen, dass die ARD und der NDR hier sogar schneller vorankommen als angekündigt«, sagte Alexander von Meyenn, Vizepräsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes bei einem Treffen der Schwerhörigen-, Gehörlosen- und Blindenverbände mit dem federführenden NDR im Januar in Hamburg. »Deshalb haben wir gegen einen ermäßigten Beitrag auch keine Einwände.«

Viele Kulturformate werden untertitelt.

Und viele, die heute noch gut sehen und hören können, werden im Alter davon profitieren, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ihr Untertitel- und Hörfilm-Angebot derzeit deutlich ausbauen.

Niels Rasmussen *leitet den Online-Bereich des NDR und die ARD Projektgruppe Barrierefreiheit*

Gut aufgehoben statt abgeschoben

Das Maria-Martha-Stift ist ein Alten- und Pflegeheim auf der Insel Lindau am Bodensee. In ihm leben zurzeit 30 rüstige und 60 pflegebedürftige Bewohner. »Bis zum Ende leben, nicht bis zum Ende pflegen«, so lautet das Konzept des Hauses. Im Gespräch mit der Heimleiterin Anke Franke, einer studierten Mathematikerin, Physikerin und Diplom-Betriebswirtin, geht Stefanie Ernst dem Erfolgskonzept des mehrfach ausgezeichneten Stifts auf den Grund.

Frau Franke, wie findet eine studierte Mathematikerin, Physikerin und Betriebswirtin eigentlich den Weg in ein Seniorenstift?
— Physik und Mathematik habe ich vor der Wende studiert. Als mein Sohn geboren wurde, ging ich nicht ins Referendariat, sondern begann ein Studium der Betriebswirtschaft, was sozusagen die Basis meiner heutigen Tätigkeit ist. Anfangs – als mein Sohn noch jünger war – arbeitete ich auf einer Teilzeitstelle, was mir sehr entgegenkam, da so ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Familie bestand. Damals waren Teilzeitstellen für Betriebswirtinnen nicht so häufig, deshalb sagte mir die Stelle im Pflegeheim aus arbeitsökonomischen Gründen sehr zu. Schnell stellte ich fest, dass die dortige Arbeit überhaupt nicht so langweilig war, wie ich mir vorgestellt hatte. Ich begriff meine Tätigkeit als große Herausforderung. Die Vorstellungen, die ich von einem guten Heim hatte, deckten sich nicht unbedingt mit dem, was ich vorfand. Das weckte meinen Ehrgeiz.

Das Maria-Martha-Stift gilt als eines der Vorzeigeheime, wenn es um kulturelle und anderweitig innovative Angebote für Senioren geht. Ich entnehme Ihren Ausführungen, dass die Situation, die Sie zu Beginn Ihrer Arbeit vorfanden, eine gänzlich andere war.
— Absolut. Das Heim in seiner heutigen Ausrichtung haben die Mitarbeiter und ich gemeinsam aufgebaut.

Welche speziellen kulturellen Angebote existieren bei Ihnen in der Einrichtung?
— Viele der Bewohner können kulturelle Angebote in Lindau und Umgebung aufgrund von körperlicher Beeinträchtigungen nicht mehr alleine wahrnehmen oder trauen es sich schlichtweg nicht mehr zu. Wenn die Bewohner den Weg zu Kunst und Kultur nicht mehr eigenständig beschreiten können, dann muss die Kultur ins Heim geholt werden. Eines dieser innerhäuslichen Angebote sind unsere Konzerte, die wir vier- bis fünfmal im Jahr veranstalten und bei denen Berufsmusiker auftreten. Bei den Konzerten sind etwa 30 Bewohner unserer Einrichtung anwesend, zum Teil mit Ihren Angehörigen. Nur weil die Bewohner alt sind, müssen sie ja nicht auf Kulturangebote verzichten. Wir passen die Angebote an und liefern eine entsprechende Unterstützung. Unsere Bewohner sollen so normal wie möglich ihren Lebensabend bei uns verbringen können. Und Kultur ist da ein wichtiger Baustein. Neben den Konzerten veranstalten wir im Heim Vernissagen. Die Ausstellungen zeigen wir im Flur oder im Wintergarten. Die unterschiedlichen Ausstellungen wechseln ungefähr alle drei Monate. Besonders gerne stellen Künstler der Region in unseren Räumen aus. Ein besonderes Highlight war die Ausstellung »Jahr 100 Mensch« des deutschen Fotografen Karsten Thormaehlen. Die ausgestellten Porträts zeigten Männer und Frauen, die 100 Jahre und älter sind. Das war eine wahnsinnig eindrückliche Ausstellung. Solche Künstler und ihre Werke kann man natürlich nicht jeden Tag in die Einrichtung holen. Es ist uns ganz wichtig, dass neben den Bewohnern auch Menschen aus Lindau und Umgebung zu den Kulturveranstaltungen kommen, die keinen direkten, persönlichen Bezug zum Haus haben. Auf diese Weise versuchen wir, der Scheu und den Vorurteilen vor bzw. gegenüber Altenheimen, die in der Öffentlichkeit noch weit verbreitet sind, entgegenzuwirken.

Rezipieren alte Menschen Kunst anders?
— Ich erlebe die Bewohner zum Teil als sehr kritische Geister in Bezug auf Kunst. Einige unserer Bewohner sind demenziell erkrankt und gerade sie sind in ihren Äußerungen hier sehr klar und direkt. Sie sagen gerade heraus, ob ihnen etwas gefällt oder nicht. Zum Beispiel haben wir einmal ein Konzert mit experimenteller Musik veranstaltet. Das kam offenkundig bei den Bewohner nicht so gut an. Generell hat sich herausgestellt, dass viele eher leichte, beschwingte, harmonische Musik bevorzugen und die schrägen Töne eher ablehnen.

Kunst genießen können ist das eine, selbst künstlerisch aktiv werden das andere. Nutzen Sie spezielle Angebote der kulturellen Bildung für ältere Menschen?
— Angeleitet von einer Lindauer Künstlerin trifft sich unsere Malgruppe einmal wöchentlich. Musiziert wird regelmäßig in unserer Klangwerkstatt. Hier proben die Bewohner auch für öffentliche Auftritte, die bei den Teilnehmern wie der hiesigen Öffentlichkeit sehr beliebt sind. Zudem gibt es eine Kooperation mit dem Kindergarten in der Nachbarschaft. Immer wieder starten wir Musikprojekte, bei denen unsere Senioren und die Kindergartenkinder gemeinsam musizieren und bei Gelegenheit, zumeist hausspezifischen Feiern, auch gemeinsam auftreten. Neben diesem aktiven Kunsterleben eröffnen sich immer wieder wunderbare Möglichkeiten, um Kultur außerhalb des Heims erlebbar zu machen. Unsere Hauswirtschaftsleiterin zum Beispiel ist mit dem Theatermeister des Lindauer Stadttheaters, in dem sich die Marionettenoper befindet, verheiratet. Dieser direkte Draht zur Marionettenoper ist für unsere Heimbewohner wunderbar. Wenn die Vorstellungen dort nicht ausverkauft sind, bekommt das Heim die Restkarten angeboten. So kann es sein, dass uns auf einen Schlag 20 Plätze frei zur Verfügung stehen. Unsere Senioren genießen die Aufführungen und wir sind flexibel genug, den Transport dorthin kurzfristig zu ermöglichen. Und wissen Sie, was das Erstaunliche ist: Unsere Konzerte im Heim dauern immer nur eine Stunde, weil dann die Konzentration nachlässt. Die Aufführungen in der Marionettenoper dauern aber auch gut und gerne mal zwei Stunden und länger. Alle sind in dieser verhältnismäßig langen Zeit mucksmäuschenstill und verfolgen das Geschehen auf der Bühne mit Spannung. Das ist schon unglaublich.

Nehmen an diesen Aktivitäten orientierte wie demenziell erkrankte Menschen teil?
— Ja, die Gruppen sind durchmischt.

Außergewöhnlich scheint mir, dass Sie den Großteil Ihres Personals schulen lassen, damit die Bewohner auf der Gitarre begleitet werden können, wenn das gewünscht ist.
— Fort- und Weiterbildungen der Mitarbeiter sind sehr wichtig. Der Gitarrenkurs basiert auf meiner Erfahrung mit dem Gitarrenspiel. Ich habe gelernt, vom Blatt zu spielen, konnte aber nie richtig begleiten. Deshalb nahm ich Unterricht bei einer Lehrerin, um das Begleiten auf der Gitarre zu lernen. Ich habe gemerkt, dass sich solche Fähigkeiten sehr gut in den Heimalltag integrieren lassen und so kam es dann zu den Gitarrenschulungen der Mitarbeiter. Die Arbeit hier ist mehr als reine Pflegetätigkeit. Die Mitarbeiter bringen ihre Persönlichkeit ein. Einige sind sportlich und begleiten unsere Sportgruppen, andere musizieren. Jeder kann etwas Besonderes und das sollte er einbringen können.

Häufig liest man aber von der starken Überlastung der Pflegekräfte. Viele klagen über zu wenig Zeit für die Pflege der Bewohner. Gitarrenspielen mit den Senioren trotz des knappen Zeitbudgets, das funktioniert?
— Ja, natürlich. Das oft vorgebrachte Argument »Zeitmangel« kann ich ehrlich gesagt nicht mehr hören. Das ist alles eine Frage der Organisation und der Einstellung. Unsere Pflegekräfte binden diese kulturellen oder anderen Angebote in ihre Pflegetätigkeit ein. Klar sind die Personalschlüssel eng bemessen. Aber mit gut ausgebildeten Mitarbeitern, die einer Arbeit nachgehen, in die sie ihre persönlichen Stärken einbringen können und Freude erfahren, funktioniert das Modell.

Aber warum sieht die Realität in vielen Heimen noch ganz anders aus?
— Weil oftmals ausschließlich medizinische Belange im Vordergrund stehen. Zufriedenheit der Bewohner am Lebensende und das Erfüllen von persönlichen Wünschen steht dabei nicht immer im Fokus. Diese medizinisch diktierten Standards versuchen wir aufzulockern. Das ist ein langer Weg. Die Vorstellung, dass die eigenen Eltern, oder gar man selbst, später in einem 08/15-Heim leben, ist der Antrieb, an der Situation etwas zu verbessern. Dieser Wandel dauert Jahre. Außerdem sind wir auf Unterstützung durch Ehrenamtliche angewiesen. Ein entsprechendes Netzwerk aufzubauen ist sehr arbeitsintensiv. Sie helfen uns zum Beispiel bei dem Projekt »Endlich wieder Tanzen«, das wir zusammen mit der hiesigen Tanzschule durchführen.

600.000

Ungefähr zwei Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig. 600.000 von ihnen leben in Heimen.

Freude und Glück sind schwer messbar. Müssen Sie diese kulturelle Arbeit evaluieren und Erfolge nachweisen?
— Nein, das ist nicht nötig. Aber wir sehen, wie gut diese Angebote den Besuchern tun. Eine demenziell erkrankte Dame, die nicht mehr sprechen kann, kam mir am Morgen, nachdem sie die Marionettenoper besucht hatte, freudestrahlend mit der Eintrittskarte winkend entgegen. Die Eintrittskarte wurde für diese demente Dame eine Erinnerungsbrücke und so wirkte der Opernbesuch nach. Das ist wunderbar zu erleben. Die Bewohner aus dem Heimtrott herauszuholen und Freude zu schenken, wirkt unglaublich lang nach. Auch wenn sich Personen nicht mehr direkt an den Besuch erinnern können, da ihr Gedächtnis dies nicht mehr zulässt, wirken sie einfach zufriedener. Sie fragten nach der Evaluierbarkeit. Als Leiterin habe ich mich mit der Lebensdauer der Heimbewohner befasst. Durchschnittlich verweilen Menschen in Deutschland 29 Monate in einem Pflegeheim, bevor sie versterben. In unserer Einrichtung sind es 47 Monate. Ich führe diese Tatsache darauf zurück, dass wir es schaffen, den Menschen Lebensmut und Lebenswillen zurückzugeben, sie animieren und motivieren zu leben. Rückstufungen in eine niedrigere Pflegestufe sind bei uns keine Seltenheit. Häufig werden als »austherapiert« geltende Patienten aus den Krankenhäusern zu uns in die Einrichtung gebracht. Nicht selten schaffen wir es, dass diese Menschen nach wenigen Monaten wieder am Leben teilnehmen. Das ist ein toller Erfolg für das Haus und alle Mitarbeiter, der unglaublich viel Motivation gibt. Es geht eben nicht immer nur bergab.

Hohes Alter oder ein besonderer körperlicher Zustand sind also keine Gründe, um Kultur nicht genießen zu können.
— Der Besuch einer Vernissage ist auch in einem Liegerollstuhl möglich. Sollte jemand bettlägerig sein und die Angebote nicht wahrnehmen können, versuchen wir die Angebote zu den Bewohnern zu bringen. Das Tolle an den Ausstellungen und anderen Veranstaltungen ist nicht zuletzt der Trubel und die unterschiedlichen Menschen, die zu diesem Anlass ins Heim kommen und miteinander ins Gespräch kommen. Als die Stimmung im Heim während der trüben Jahreszeit bedrückt war, wünschte ich mir eine besondere Künstlerin, die bei uns ausstellt. Wir zeigten dann Bilder, auf denen Frauen mit Rubensfigur zu sehen waren. Das sorgte wochenlang für Gesprächsstoff.

Welche Ideen oder Wünsche würden Sie gerne mit den Zuständigen in der Politik besprechen?
— Ich würde bei einem solchen Gespräch gerne die Frage diskutieren, wie Pflege- und Hilfsbedürftigkeit verhindert werden kann. Mein Fokus läge nicht auf dem Problem der zukünftigen Finanzierbarkeit, sondern auf der Vermeidung der Bedürftigkeit. Wir haben in Lindau ein entsprechendes Pilotprojekt konzipiert. Wenn dieses in Lindau Früchte trägt, wäre es ein Herzensanliegen von mir, das Konzept auf weitere Städte auszuweiten.

Anke Franke *ist Diakonie-Geschäftsführerin und Heimleiterin des Maria-Martha-Stift, Lindau*

Kurz und knapp

WETTBEWERBE

Gesucht: Ideen und Vorbilder für Integration durch Musik

Mit der Ideeninitiative »Integration durch Musik« möchte die Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung das Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund fördern. Bis zum 31. August 2013 sind deutschlandweit wieder Institutionen, Vereine, Verbände, Stiftungen sowie individuelle Initiativen und Akteure mit gemeinnütziger Zielsetzung eingeladen, musisch orientierte Projekte für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Die Umsetzung von maximal 15 der eingereichten Projektanträge unterstützt die Ideeninitiative »Integration durch Musik« mit jeweils bis zu 5.000 Euro.
→ *www.kultur-und-musikstiftung.de*

2008
Das Kompetenzzentrum für Kultur und Bildung im Alter existiert seit 2008.

Nominierungen für BKM-Preis Kulturelle Bildung

Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat die Nominierungen für den BKM-Preis Kulturelle Bildung 2013 bekannt gegeben. Mit diesem Preis honoriert der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) seit 2009 jährlich hervorragende, modellhafte Projekte der künstlerisch-kulturellen Vermittlung. Der Preis ist mit insgesamt 60.000 Euro dotiert, jährlich werden drei Preise verliehen. Erstmalig erhalten in diesem Jahr auch die nominierten Projekte eine Anerkennungsprämie von je 5.000 Euro. Zehn Projekte aus rund 120 Vorschlägen wurden nominiert. Die Preisverleihung findet am 17. September 2013 in der Stiftung Genshagen statt. Dort wird Kulturstaatsminister Bernd Neumann die Auszeichnung an die diesjährigen Preisträger überreichen.
→ *www.bundesregierung.de*

Erstmals deutscher Lesepreis für innovative Leseförderungsmaßnahmen

»Leseförderung ist unabdingbar für eine funktionierende Gesellschaft.« Diese Überzeugung veranlasst die Commerzbank-Stiftung sowie die Stiftung Lesen in diesem Jahr erstmals den »Deutschen Lesepreis« auszuloben. Der Preis soll innovative Leseförderungsmaßnahmen auszeichnen und sucht nach »herausragenden Maßnahmen und Projekten in den Feldern, die dazu beitragen, eine Kultur des Lesens zu erhalten und zu fördern«. Ausgeschrieben ist der Preis in vier Kategorien – Sonderpreis: Ideen für morgen (6.000 Euro), Herausragendes individuelles Engagement (insgesamt 4.500 Euro), Herausragendes kommunales Engagement (insgesamt 4.500 Euro) und Wissenschaftspreis (wird erst 2014 wieder verliehen). Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen, Vereine oder andere Institutionen, die sich in diesem oder im vergangenen Jahr aktiv für die Förderung der Lesefreude und der Lesekompetenz eingesetzt haben. Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2013. Verliehen wird der Deutsche Lesepreis am 7. Oktober in Berlin.
→ *www.deutscher-lesepreis.de*

VERANSTALTUNGEN

»GoMusic SummerCamp« für junge Musiker in Remscheid

Das »Playing in a Band« wird in den Sommerferien (Nordrhein-Westfalen) in der Akademie Remscheid zu einem besonderen Erlebnis. Vom 12. bis zum 16. August 2013 findet hier das »GoMusic SummerCamp« statt. Das Sommercamp bietet jungen Musikerinnen und Musikern in Schüler- und Jugendbands die Gelegenheit, mit international namhaften Musikerinnen und Musikern zusammen zu arbeiten. In Workshops, Coachings, Sessions und Konzerten werden die jungen Bands während des Camps von dem prominent besetzten Dozententeam unterstützt, beraten und gefördert. Veranstalterin ist die Landesarbeitsgemeinschaft Musik Nordrhein-Westfalen.
→ *www.lagmusik.de*

5 x 5 Wege der Baukulturvermittlung

Die Bundesstiftung Baukultur nimmt ihr 5-jähriges Jubiläum im Jahr 2013 zum Anlass, eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit zu ziehen, indem sie ihre Interpretation der »Aufgabe Baukulturvermittlung« an eigenen Projekten und Formaten vorstellt. Was kann ein Haus über sich erzählen? Wie gelingt ein Dialog über Baukultur im Web 2.0? Wie finden baukulturelle Themen ihren Weg in die breite Öffentlichkeit? Die Ausstellung »5 x 5 Wege der Baukulturvermittlung« zeigt noch bis zum 27. September 2013 in den Räumen der Bundesstiftung Baukultur in Potsdam, wie die Stiftung mit ihren Formaten baukulturelle Themen in die Öffentlichkeit bringt und Fachdiskurse anregt.
→ *www.bundesstiftung-baukultur.de*

Deutsches Orchestertreffen 60+

Die Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände veranstaltet vom 12. bis 15. September 2013 das »Deutsche Orchesterstreffen 60+«. Im bayerischen Bad Kissingen werden sich erstmals auf Bundesebene Seniorenorchester und musikaktive Senioren aller Orchestersparten treffen, um zu musizieren und Anregungen für eine ausdauernde und qualitätserfüllte Musikpraxis zu erfahren. Gleichzeitig dient das Treffen für Multiplikatoren als Fortbildung in der musikalischen Arbeit mit Senioren. Programminhalte sind Seminare, offene Orchesterproben, Workshops zum instrumentalen Training; darüber hinaus gibt es auch Konzertveranstaltungen.
→ *www.orchesterverbaende.de*

PUBLIKATIONEN

»Entfalten statt Liften«: Studie über ältere Menschen und kulturelle Bildung

Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ) hat in ihrer »Schriftenreihe Kulturelle Bildung« unter dem Titel »Entfalten statt Liften« eine Publikation über die Bedürfnisse älterer Menschen im Bereich der kulturellen Bildung herausgegeben. Viele Kulturanbieter haben im Rahmen des demografischen Wandels die neue Zielgruppe von Menschen ab 60 Jahren schon erkannt. Die Studie des Instituts für Bildung und Kultur legt empirische Forschungsergebnisse vor, wie kulturelle Bildungsangebote für Ältere gestaltet werden sollten, um den Bildungsbedürfnissen Älterer und den Veränderungen des Lernens im Alter gerecht zu werden. Schwerpunkt der Publikation ist die Auswertung qualitativer Experteninterviews mit Teilnehmenden zwischen 60 und 85 Jahren sowie mit Dozenten kultureller Bildungsangebote für Senioren. Die Publikation ist als Forschungsarbeit am Kompetenzzentrum für Kultur und Bildung im Alter (kubia) im Institut für Bildung und Kultur, Remscheid, entstanden und ist die Dissertationsschrift der Autorin Kim de Groote. Die Zielgruppe: Wissenschaftler und Praktiker aus Kunst, Kultur, (Erwachsenen-)Bildung und Altenarbeit, die sich mit den Bedürfnissen von Senioren in kulturellen Bildungsangeboten auseinandersetzen möchten.
→ *www.bkj.de*

»each one teach one« – Inklusion durch kulturelle Bildung im Kontext von Jugendszenen

Mit »each one teach one«, herausgegeben von Daniel Mark Eberhard und Anna Magdalena Ruile, ist der erste Band der Schriftenreihe des interdisziplinären Forschungsnetzwerks Forum Populärkultur an der Universität Augsburg erschienen. Darin finden sich zwölf Beiträge von Wissenschaftlern und Experten für Jugend- und Interkultur zum Zusammenhang von Jugendszenen, Inklusion und kultureller Bildung. Neben der theoretischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen, pädagogischen sowie institutionellen Bedeutung und Verankerung von Jugendszenen, werden darüber hinaus anhand von spezifischen Formen künstlerischer Entfaltung die Herausforderungen und Schwierigkeiten im Umgang mit Jugendszenen thematisiert.
→ *www.uni-augsburg.de*

WEITERBILDUNG

»Kulturkompetenz50+« Workshop-Reihe

Mit Inhalten aus dem Bereich Kulturgeragogik beschäftigt sich die Workshop-Reihe »Kulturkompetenz50+«, die Kultureinrichtungen sowie Menschen, die in Kultureinrichtungen bzw. Institutionen der kulturellen Erwachsenenbildung arbeiten, dabei unterstützen will, ältere Menschen als Publikum und aktive Nutzer von Kulturangeboten zu gewinnen. Das Angebot trägt dem demografischen Wandel Rechnung: Immer mehr Menschen werden immer älter. Für diese ein adäquates Kulturprogramm zu schaffen ist eine neue Herausforderung. Die Workshop-Reihe stellt Wissen und Praxishilfen für Fachkräfte und Multiplikatoren bereit, die mit älteren Menschen im Kulturbereich arbeiten (möchten). Dabei geht es auch um die besonderen Gegebenheiten im Umgang mit Älteren, mit ihren besonderen Möglichkeiten und Grenzen. Die Teilnehmer sollen mehr über altersspezifische Interessen und Bedürfnisse erfahren. Die Workshops richten sich an Tätige in der Kulturvermittlung, in Kultur- und Sozialeinrichtungen, an Lehrende in der kulturellen Erwachsenenbildung sowie Künstlerinnen und Künstler. Sie können einzelne oder mehrere Workshops spartenübergreifend besuchen.
→ *www.ibk-kubia.de*

Kulturelle Bildung als Profil für Lehramtsstudierende an der der Ruhr-Universität Bochum

Im Fachbereich Sportpädagogik und Sportdidaktik der Ruhr-Universität Bochum (RUB) ist zum Sommersemester 2013 ein neues Angebot entwickelt worden: die Profilbildenden Studien Kulturelle Bildung. (Lehramts-)Studierende der RUB können innerhalb ihres Regelstudiums damit erstmals profilbildende Studien absolvieren und sich für den wachsenden Bereich der kulturellen Bildung an Schulen qualifizieren.
→ *www.ruhr-uni-bochum.de*

Musik in der Kindheit – Berufsbegleitendes Studienmodul für Erzieherinnen und Erzieher

Die Professional School der Leuphana Universität Lüneburg hat zusammen mit namhaften Autorinnen und Autoren den Studiengang »Musik in der Kindheit« speziell als Modul für Erzieherinnen und Erzieher entwickelt. Das Studienmodul soll Erzieherinnen dazu befähigen, Kindern in sehr jungen Jahren Musik zu vermitteln. Der Bachelor Musik in der Kindheit richtet sich an staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher, die über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung verfügen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert »Aufstiegsstipendien«, für die sich am Studiengang Interessierte bewerben können.
→ *www.leuphana.de*

Ab dem 19. August 2013 finden Sie uns in der Mohrenstr. 63 in 10117 Berlin!

Kultur bildet.
erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Adresse
Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Telefon: 030 / 24 72 80 14
Fax: 030 / 24 72 12 45
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de

Deutscher Kulturrat

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur, V. i. S. d. P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Stefanie Ernst (CvD), Kerstin Hübner,
Andreas Kolb, Andrea Wenger, Carolin Ries

Redaktionsassistenz
Tatjana Gridnev, Verena Schmidt

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941 / 945 93 - 0, Fax: - 50
info@conbrio.de, www.conbrio.de

Druck
Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Gestaltung
4S Design

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.